

# Das Argument

# 65

13. Jahrgang 1971

## Fragen der marxistischen Theorie (III)

G. W. Plechanow: Zur Geschichtsphilosophie Hegels [1891]	263
Klaus Marezky: Industrialisierung und Kapitalismus. Probleme der Marxrezeption in Georg Lukacs' »Geschichte und Klassenbewußtsein«	289
Frigga Haug: Alfred Sohn-Rethels Revision des Marxismus und ihre Konsequenzen	313
Karl Theodor Schuon: Wissenschaft und Politik in der spätkapitalistischen Klassengesellschaft	323
Baber Johansen: Die feindlichen Städte. Marokkos blockierter Transformationsprozeß	394
<b>Besprechungen</b>	<b>424</b>

G. W. Plechanow

## Zur Geschichtsphilosophie Hegels

Vorbemerkung: Ende 1891 publizierte *Die Neue Zeit*, die von Karl Kautsky redigierte *Revue des geistigen und öffentlichen Lebens*, einen Aufsatz Plechanows „Zu Hegels sechzigstem Todestag“ (*Die Neue Zeit*, 10. Jg./Bd. 1, 1891/92, S. 198—203, 236—243, 273—282). Diese Arbeit — Friedrich Engels nannte sie mit Recht ausgezeichnet — ist heute fast vergessen. Sie wird hier ungekürzt wieder abgedruckt, jedoch nicht unter dem Originaltitel: er suggeriert einen chronologischen Irrtum und verschweigt zudem den Inhalt. — Orthographie und Zeichensetzung sind modernisiert, ungenaue Zitate stillschweigend verbessert. Zusätze des Herausgebers in den Anmerkungen erscheinen in eckigen Klammern. Siglen: *Jub* (Hegel, Sämtl. Werke. Jubiläumsausg. in 20 Bänden. Hg. von H. Glockner, 3. Aufl. Stuttg. 1949 ff.) — *Rph* (Hegel, Grundlinien der Phil. des Rechts. Hg. von J. Hoffmeister. Hamburg 41955) — *MEW* (Marx/Engels, Werke, Berlin 1956 ff.).

Manfred Hahn

Vor sechzig Jahren, am 14. November 1831, verstarb ein Mann, dem unstreitig und für immerdar einer der hervorragenden Plätze in der Geschichte des menschlichen Gedankens gesichert ist. Unter den Wissenschaften, welche die Franzosen „sciences morales et politiques“ nennen, gibt es keine einzige, die nicht vom Genie Hegels in mächtiger und höchst fruchtbarer Weise beeinflusst worden wäre. Die Dialektik, die Logik, die Geschichte, das Recht, die Ästhetik, die Geschichte der Philosophie und Religion, — alle diese Wissenschaften haben eine neue Gestalt angenommen, dank dem Anstoß, den ihnen Hegel gegeben hat. Die Hegelsche Philosophie hat den Geist solcher Männer großgezogen und gestählt wie David Strauß, Bruno Bauer, Feuerbach, Vischer, Gans, F. Lassalle und endlich Engels und Marx. — Schon bei Lebzeiten war Hegel ein in der ganzen zivilisierten Welt gefeierter Denker. Nach seinem Tode, im Zeitraum zwischen den dreißiger und vierziger Jahren, nahm der fast allgemeine Enthusiasmus für seine Philosophie noch viel großartigere Dimensionen an. Darauf aber trat eine jähe Reaktion ein. Man begann Hegel so zu behandeln, wie — um mit Marx zu reden — „der brave Moses Mendelssohn zu Lessings Zeit den Spinoza behandelt hat, nämlich als ‚toten Hund‘“<sup>1</sup>. Das Interesse für seine Philosophie ist in den „gebildeten“ Kreisen gänzlich verschwunden, und auch in der gelehrten Welt hat es so sehr abgenommen, daß *keiner* der Philosophen von Fach bis auf den heutigen Tag auch nur daran gedacht hat, den bleibenden Wert der Hegelschen Philosophie in den verschiedenen, von

1 [Karl Marx, *Das Kapital*. Nachwort zur zweiten Auflage. *MEW* 23/27.]

ihm behandelten Disziplinen festzustellen. Woraus diese Erscheinung zu erklären ist, werden wir teilweise weiter unten sehen; an dieser Stelle wollen wir nur bemerken, daß in nicht ferner Zukunft das Interesse für die Hegelsche Philosophie wiedererwachen dürfte, namentlich für dessen *Philosophie der Geschichte*. Die großartigen Erfolge der Sozialdemokratie nötigen die sogenannten gebildeten Klassen, die sozialdemokratischen Lehren und deren historischen Ursprung kennenzulernen. Haben sie aber einmal angefangen, sich mit diesen ihnen allerdings wenig angenehmen Studien zu beschäftigen, so werden sie sehr bald und geraden Weges bei — Hegel anlangen müssen, der sich somit als ein für die „öffentliche Ruhe“ höchst gefährlicher Denker herausstellt. Aus diesem Grunde läßt sich mit Bestimmtheit voraussagen, daß die „gelehrten“ Apologeten der bestehenden Ordnung mit großem Eifer an eine abermalige „kritische Durchsicht“ der Hegelschen Philosophie gehen werden, daß mancher Doktorhut und Prämien aller Art werden erlangt werden im Kampfe gegen die „Extreme“ und die logische „Willkür“ des seligen Professors.

Freilich wird bei einer durch derartige Motive ins Leben gerufenen „kritischen Durchsicht“ die Wissenschaft kaum etwas anderes gewinnen, als daß die Apologeten der bürgerlichen Ordnung von neuem und auf einem neuen Gebiet ihre eigene Haltlosigkeit ebenso klar offenbaren werden, wie dies bereits auf dem Gebiet der politischen Ökonomie der Fall. Indes wird das Wiedererwachen des Interesses für die Hegelsche Philosophie schon insofern von Nutzen sein, als sich dadurch unbefangene Leute veranlaßt sehen dürften, die Hegelschen Werke selbst kennenzulernen, — was freilich keine leichte, aber sehr nützliche Arbeit sein würde. Wer wirklich lernen will, kann von Hegel viel lernen.

Im vorliegenden Artikel wollen wir den Versuch machen, die geschichtsphilosophischen Ansichten des großen deutschen Denkers zu würdigen. In kurzem ist dies zwar bereits mit Meisterhand ausgeführt in den vortrefflichen Artikeln von Engels: *Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie*, die zuerst in der *Neuen Zeit* und dann als Separatabdruck erschienen. Wir glauben jedoch, daß die erwähnten Ansichten Hegels einer eingehenderen Behandlung nicht unwert sind.

Die Bedeutung Hegels für die Gesellschaftswissenschaft besteht vor allem darin, daß er alle gesellschaftlichen Erscheinungen in ihrer Entwicklung, das heißt in ihrem Entstehen und Vergehen betrachtete. Mancher dürfte vielleicht finden, dies sei kein so großes Verdienst, da man ja offenbar die gesellschaftlichen Erscheinungen gar nicht anders betrachten könne. Allein, erstens ist dieser Standpunkt, wie wir später sehen werden, von vielen derjenigen, die sich „Evolutionsisten“ nennen, noch bisher nicht entfernt begriffen worden; und zweitens war zu Hegels Zeit dieser Standpunkt den Gelehrten, die sich mit den sozialen Wissenschaften befaßten, noch viel fremder als heutzutage. Es genügt hierfür, auf die damaligen utopistischen Sozialisten und die bürgerlichen Ökonomen hinzuweisen. Die Utopisten

betrachteten die bürgerliche Ordnung als ein sehr schädliches, aber *zufälliges* Produkt der menschlichen *Verirrung*. Und auch den Ökonomen, die dieselbe bewunderten und ihre Vorzüglichkeit nicht genug loben konnten, erschien sie lediglich als das Produkt der *zufälligerweise* entdeckten *Wahrheit*. Weder die einen noch die anderen gingen über diese *abstrakte Gegenüberstellung von Wahrheit und Irrtum* hinaus, obwohl in den Lehren der Utopisten allerdings *Ansätze* zu einer richtigeren Auffassung der Dinge bereits enthalten waren. Für Hegel dagegen war eine derartige abstrakte Gegenüberstellung von Wahrheit und Irrtum eine derjenigen Absurditäten, in die „der reflektierende Verstand“ so häufig verfällt. J. B. Say hielt das Studium der Geschichte der politischen Ökonomie für nutzlos, weil sämtliche Ökonomen bis auf Adam Smith falsche Theorien gepredigt hätten. Für Hegel dagegen war jede zu einer bestimmten Zeit *überwundene* Philosophie — *wahr für ihre eigene Zeit*, und schon aus diesem Grunde allein konnte er nicht die früheren philosophischen Systeme ohne weiteres in die Rumpelkammer werfen. Im Gegenteil, für ihn ist „die der Zeit nach letzte Philosophie das Resultat aller vorhergehenden Philosophien und muß daher die Prinzipien aller enthalten“ (*Enzyklopädie* § 13)<sup>2</sup>. Freilich lag bei Hegel dieser Auffassung der Geschichte der Philosophie die rein idealistische Erwägung zugrunde, daß „der Werkmeister dieser Arbeit (nämlich der philosophischen Gedankenarbeit, — G. P.) der eine lebendige Geist ist, dessen denkende Natur es ist, das, *was er ist*, zu seinem Bewußtsein zu bringen, und indem dies so Gegenstand geworden, zugleich schon darüber erhoben und eine höhere Stufe in sich zu sein“ (*Ibid.*). Indes wird auch der konsequenteste Materialist mit Hegel darin übereinstimmen müssen, daß jedes philosophische System nichts weiter ist als „seine Zeit in Gedanken erfaßt“<sup>3</sup>. Und wenn wir, um auf die Geschichte der politischen Ökonomie zurückzukommen, uns die Frage vorlegen, unter welchem Gesichtspunkt wir dieselbe heutzutage zu betrachten haben, so werden wir sofort merken, wie sehr wir der Hegelschen Auffassung näher stehen als der Sayschen. — Vom Standpunkt Says, das heißt vom Standpunkt des abstrakten Gegensatzes zwischen Wahrheit und Irrtum, mußte zum Beispiel das Merkantilsystem oder sogar das System der Physiokraten lediglich als eine den Menschen zufällig in den Kopf gekommene Absurdität erscheinen, und diese Systeme wurden auch wirklich so betrachtet. Wir wissen aber jetzt, wie sehr jedes der genannten Systeme das notwendige Produkt seiner Zeit war<sup>4</sup>.

2 [Jub 8/59.]

3 [Rph S. 16: die Philosophie ist „ihre Zeit in Gedanken erfaßt“.] Freilich kann die Philosophie sein, und ist auch fast immer, die Rückspiegelung nur einer *gewissen Seite* ihrer Zeit. Dies ändert aber an der Sache nichts.

4 „Wenn das Monetar- und Merkantilsystem den Welthandel und die unmittelbar in den Welthandel mündenden besonders Zweige der nationalen Arbeit als die einzig wahren Quellen von Reichtum oder Geld auszeichnet, ist zu erwägen, daß in jener Epoche der größte Teil der nationalen Produktion sich noch in feudalen Formen bewegte und als unmittel-

Und nicht nur die Philosophie allein, sondern auch die Religion und das Recht betrachtet Hegel als das natürliche und notwendige Produkt der jeweiligen Zeit. Und zwar sind für Hegel Philosophie, Recht, Religion, Kunst und selbst technische Geschicklichkeit aufs engste miteinander verbunden: „Nur mit dieser Religion kann diese Staatsform vorhanden sein, so wie in diesem Staate nur diese Philosophie und diese Kunst<sup>5</sup>.“ Auch das könnte freilich auf den ersten Blick als etwas ganz Gemeinplätzlichers erscheinen: „Wer weiß denn nicht, wie eng alle Seiten und Erscheinungen des öffentlichen Lebens miteinander verbunden sind? Heutzutage ist das jedem Schüler bekannt!“ Allein Hegel faßte diesen gegenseitigen Zusammenhang der verschiedenen Seiten und Erscheinungen des öffentlichen Lebens ganz anders auf, als wie viele „gebildete“ Männer und Schüler von heutzutage. Diesen erscheint jener Zusammenhang als eine bloße Wechselwirkung, wobei erstens das Wesen dieser Wechselwirkung selbst ganz und gar unaufgeklärt bleibt, und zweitens — was die Hauptsache ist — ganz außer acht gelassen wird, daß es doch unbedingt eine einzige gemeinsame Quelle geben muß, aus der all diese in Wechselwirkung stehenden Seiten und Erscheinungen entspringen. Dieses System der Wechselwirkungen stellt sich also heraus als etwas jeder Grundlage Entbehrendes, in der Luft Hängendes. Das Recht wirkt auf die Religion ein, die Religion auf das Recht, jedes der beiden und beide zusammen auf die Philosophie und die Kunst, welche letztere ihrerseits, aufeinander einwirkend, zugleich auch auf das Recht und die Religion einwirken usf. So lautet die allerdings wirklich allgemein bekannte Elementarschulweisheit. Gesetzt nun einmal, daß wir für jede gegebene Epoche mit dieser Auffassung auskommen könnten, so hätten wir dennoch die weitere Frage zu lösen, wodurch die historische Entwicklung der Religion, der Philosophie, der Kunst, des Rechts usf. bis auf die gegebene historische Epoche bestimmt wurde. — Diese Frage wird gewöhnlich wiederum mit dem Hinweis auf die bekannten Wechselwirkungen beantwortet, so daß diese Erklärungsweise schließlich jedweden Sinn verliert; oder es werden auch irgendwelche zufällige Ursachen angeführt, die diese oder jene Seite

bare Subsistenzquelle den Produzenten selbst diene. Die Produkte verwandelten sich größtenteils nicht in Waren und daher nicht in Geld, gingen überhaupt nicht in den allgemeinen gesellschaftlichen Stoffwechsel ein, erschienen daher nicht als Vergegenständlichung der allgemeinen abstrakten Arbeit und bildeten in der Tat bürgerlichen Reichtum. . . . Wie es der Vorstufe der bürgerlichen Produktion entsprach, hielten jene verkannten Propheten an der gediegenen, handgreiflichen und glänzenden Form des Tauschwertes fest, an seiner Form als allgemeine Ware im Gegensatz zu allen besondern Waren.“ Karl Marx, *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, S. 138—139 [MEW 13/133 f.]. — Den Streit der Physiokraten mit ihren Gegnern bezeichnet Marx als einen Streit darüber, „welche Arbeit den Mehrwert schafft“ (Ibid. S. 35 [MEW 13/42]). Nicht wahr, eine höchst „zeitgemäße“ Frage für die Bourgeoisie, die damals im Begriff stand, „alles“ zu werden?

5 *Philosophie der Geschichte*. Dritte Auflage, Berlin 1848. Einleitung, S. 66 [Jub 11/88].

des öffentlichen Lebens beeinflußt hätten, die aber miteinander in keinem Zusammenhange stehen; oder endlich wird die ganze Sache auf die subjektive Logik der Menschen zurückgeführt: so heißt es zum Beispiel, das philosophische System Fichtes sei logisch aus demjenigen Kants entsprungen, die Philosophie Schellings ebenfalls logisch aus derjenigen Fichtes, und die Hegelsche Philosophie aus der Schellingschen. Ebenso „logisch“ wird die Aufeinanderfolge verschiedener Schulen in der Kunst erklärt. Darin ist freilich unleugbar ein Körnchen Wahrheit enthalten, leider aber kann dadurch gar nichts erklärt werden. Es ist ja bekannt, daß der Übergang von einem philosophischen System zum anderen oder von einer Kunstrichtung zur anderen in manchen Fällen sich sehr rasch, im Laufe einiger Jahre vollzieht, in anderen Fällen dagegen erst im Laufe mehrerer Jahrhunderte. Woher nun dieser Unterschied? Die logische Filiation der Ideen bietet dafür gar keine Erklärung, und ebensowenig kann uns dabei helfen die „allgemein bekannte“ Elementarschulweisheit mit ihrer Berufung auf die „Wechselwirkungen“ und auf zufällige Ursachen. Die „Gebildeten“ aber lassen sich dadurch nicht irremachen. Sie begnügen sich damit, in selbstgefälliger Weise manch tiefsinnig klingendes Wort über die das öffentliche Leben beherrschenden Wechselwirkungen zum besten zu geben, und hören gerade da zu denken auf, *wo das streng wissenschaftliche Denken eigentlich erst einzusetzen hat*. Hegel war von solchem Tiefsinn himmelweit entfernt: „Bleibt man dabei stehen“, — bemerkt er — „einen gegebenen Inhalt bloß unter dem Gesichtspunkt der Wechselwirkung zu betrachten, so ist dies . . . ein durchaus begriffloses Verhalten; man hat es dann bloß mit einer trocknen Tatsache zu tun, und die Forderung der Vermittlung, um die es sich zunächst bei der Anwendung des Kausalitätsverhältnisses handelt, bleibt wieder unbefriedigt. Das Ungenügende bei der Anwendung des Verhältnisses der Wechselwirkung besteht, näher betrachtet, darin, daß dies Verhältnis, anstatt als ein Äquivalent für den Begriff gelten zu können, vielmehr selbst erst begriffen sein will, und dies geschieht dadurch, daß die beiden Seiten desselben nicht als ein unmittelbar Gegebenes belassen, sondern . . . als Momente eines Dritten, Höhern erkannt werden.“ Das heißt, wenn es sich um verschiedene Seiten des öffentlichen Lebens handelt, müssen wir, ohne bei dem Hinweis auf die Wechselwirkungen stehenzubleiben, vielmehr sie aus etwas *Drittem*, „*Höherem*“ zu erklären suchen, aus dem, was ihre Existenz selbst und folglich auch die Möglichkeit der Wechselwirkungen bedingt.

Wo muß nun dies „Dritte, Höhere“ gesucht werden? Hegel sucht es in den Eigenschaften des Volksgeistes. Für Hegel ist die Weltgeschichte weiter nichts als die Auslegung und Verwirklichung des allgemeinen Geistes. Die Bewegung des allgemeinen Geistes geht *stufenweise* vor sich. „Jede Stufe als verschieden von der anderen hat ihr bestimmtes eigentümliches Prinzip. Solches Prinzip ist in der Geschichte Bestimmtheit des Geistes — ein besonderer Volksgeist.

In dieser drückt er als konkret alle Seiten seines Bewußtseins und Wollens, seiner ganzen Wirklichkeit aus; sie ist das gemeinschaftliche Gepräge seiner Religion, seiner politischen Verfassung, seiner Sittlichkeit, seines Rechtssystems, seiner Sitten, auch seiner Wissenschaft, Kunst und technischen Geschicklichkeit. Diese speziellen Eigentümlichkeiten sind aus jener allgemeinen Eigentümlichkeit, dem besonderen Prinzipie eines Volkes zu verstehen, sowie umgekehrt aus dem in der Geschichte vorliegenden faktischen Detail jenes Allgemeine der Besonderheit herauszufinden ist<sup>7</sup>."

Nichts leichter als die Entdeckung zu machen, daß die angeführte Anschauung Hegels von der Weltgeschichte vom reinsten Idealismus durchdrungen ist. Das fällt einem jeden in die Augen, selbst demjenigen, der — wie der berühmte russische Schriftsteller Gogol sagen würde — am Seminarium nicht studiert hat. Ebenso leicht ist es, die Kritik der Hegelschen Geschichtsphilosophie auf ein verächtliches Achselzucken ob deren extremem Idealismus zu beschränken. Und in der Tat, so verfahren auch mitunter Leute, die selbst zu keinem konsequenten Denken fähig, Leute, die mit den Materialisten unzufrieden, weil diese Materialisten sind, und mit den Idealisten unzufrieden, weil diese Idealisten sind, dafür aber mit sich selbst ungemein zufrieden sind, weil ihre eigene Weltanschauung angeblich von allen Extremen frei ist, während diese in Wirklichkeit bloß einen ganz und gar unverdauten und unverdaulichen Mischmasch von Idealismus und Materialismus darstellt. Die Hegelsche Philosophie zeichnet sich jedenfalls durch den unbestreitbaren Vorzug aus, keine Spur von Eklektizismus zu enthalten. Und wenn ihre irrtümliche, idealistische Grundlage sich wirklich allzu häufig fühlbar macht, wenn sie der Bewegung des genialen Gedankens des großen Mannes allzu enge Schranken setzt, so erwächst für uns gerade aus diesem Umstand die Notwendigkeit, der Hegelschen Philosophie die größte Aufmerksamkeit zu schenken, — gerade dieser Umstand macht sie im höchsten Grade lehrreich. Die idealistische Philosophie Hegels liefert selbst den besten, den unwiderleglichsten Beweis für die Haltlosigkeit des Idealismus. Zugleich aber lehrt sie uns auch konsequent denken: wer liebevoll und aufmerksam die harte Schule derselben durchmacht, wird für immer einen heilsamen Ekel vor dem eklektischen Mischmasch bekommen.

Wenn wir jetzt wissen, daß die Weltgeschichte keineswegs „die Auslegung und Verwirklichung des allgemeinen Geistes“ ist, so folgt daraus mitnichten, daß wir uns mit den so sehr üblichen Raisonnements begnügen können, wonach die politische Verfassung eines Volkes auf seine Sitten einwirkt und diese ihrerseits auf die Verfassung einwirken. Vielmehr müssen wir mit Hegel darin übereinstimmen, daß sowohl die Sitten wie die Verfassung aus einer einzigen gemeinsamen Quelle entspringen. Welches aber diese Quelle ist, das lehrt uns die moderne materialistische Geschichtsauffassung, die — beiläufig ge-

7 *Philosophie der Geschichte*, Einleitung S. 79 [Jub 11/101].

sagt — von den Herren Eklektikern ebenso schwer begriffen werden kann wie ihr Gegenpol, die Hegelsche idealistische Auffassung.

Jedesmal, wenn Hegel dazu kommt, ein großes historisches Volk zu charakterisieren, offenbart er ein allseitiges Wissen und einen ungemeinen Scharfblick. Er liefert wahrhaft glänzende und zugleich höchst lehrreiche Charakteristiken, im Vorbeigehen mit voller Hand eine Menge der wertvollsten Bemerkungen über die verschiedenen Seiten der Geschichte des behandelten Volkes austreuend. Der hingerissene Leser vergißt beinahe, daß er es mit einem Idealisten zu tun hat, und ist gern bereit anzuerkennen, daß Hegel wirklich „die Geschichte nimmt, wie sie ist“, daß er streng an der Regel festhält: „historisch, empirisch zu verfahren“<sup>8</sup>. Wozu braucht aber Hegel dies historische, empirische Verfahren? — Um die Eigenschaften des Geistes des gegebenen Volkes herauszufinden. Der Geist eines bestimmten Volkes ist nun für Hegel, wie wir bereits wissen, weiter nichts als eine Stufe in der Entwicklung des allgemeinen Geistes, die Eigenschaften des letzteren aber werden keineswegs aus dem konkreten Material der Weltgeschichte heraus bestimmt, sondern von außen her als ein fix und fertiger, vollkommen in sich abgeschlossener Begriff in die Weltgeschichte hineingetragen. Dies führt nun zu Folgendem: solange die Geschichte dem Begriff des allgemeinen Geistes und den Entwicklungsgesetzen dieses Geistes nicht widerspricht, wird sie allerdings genommen, „wie sie ist“. Jedesmal aber, wenn die Geschichte — wir sagen nicht: den Entwicklungs-, „Gesetzen“ des allgemeinen Geistes widerspricht — sondern einfach das Geleise dieser Entwicklung verläßt, sich als etwas von der Hegelschen Logik und Metaphysik Unvorhergesehenes zeigt, wird sie außer acht gelassen. Ein solches Verfahren müßte, sollte man meinen, Hegel wenigstens vor Widersprüchen mit sich selbst bewahren. Dies ist indes nicht immer der Fall: Hegel ist auch von solchen Widersprüchen nicht frei. — So äußert er sich zum Beispiel über die religiösen Vorstellungen der Inder wie folgt: „Liebe, Himmel, genug, alles Geistige wird von der Phantasie des Inders einerseits vorgestellt, aber andererseits ist ihm das Gedachte ebenso sinnlich da, und er versenkt sich durch Betäubung in dieses Natürliche. Die religiösen Gegenstände sind so entweder von der Kunst hervorgebrachte scheußliche Gestalten oder natürliche Dinge. Jeder Vogel, jeder Affe ist der gegenwärtige Gott, ein ganz allgemeines Wesen. Die Inder sind nämlich unfähig, einen Gegenstand in verständigen Bestimmungen festzuhalten, denn dazu gehört schon Reflexion“<sup>9</sup>. Der Tierdienst der Inder wird also von Hegel dadurch erklärt, daß der Geist des indischen Volkes eine der niedrigsten Stufen in der Entwicklung des allgemeinen Geistes darstellt. Die alten Perser, die das Licht sowie auch „Sonne, Mond und fünf andere Gestirne“ als „verehrte Bilder des Ormuzd“ vergötterten<sup>10</sup>, nehmen deshalb bei Hegel einen höheren Rang ein als die

8 [Jub 11/36.]

9 *Philosophie der Geschichte*, S. 192—193 [Jub 11/214 f.].

10 [Jub 11/242.]



Inder. Hören wir nun aber, was er über den Tierdienst der Ägypter sagt: „Der Kultus ist vornehmlich Tierdienst. . . Für uns ist der Tierdienst widrig; wir können uns an die Anbetung des Himmels gewöhnen, aber die Verehrung der Tiere ist uns fremd. . . Dennoch ist es gewiß, daß die Völker, welche die Sonne und die Gestirne verehrt haben, auf keine Weise höher zu achten sind als die, welche das Tier anbeten, sondern umgekehrt, denn die Ägypter haben in der Tierwelt das Innere und Unbegreifliche angeschaut<sup>11</sup>.“ Derselbe Tierdienst wird also von Hegel ganz verschieden beurteilt, je nachdem es sich um Inder oder um Ägypter handelt. Warum nun das? Haben denn die Inder die Tiere wirklich auf eine ganz andere Art verehrt als die Ägypter? Keineswegs! Die Sache erklärt sich einfach daraus, daß der ägyptische Geist eine Übergangsstufe zum griechischen bilden soll und demgemäß einen verhältnismäßig hohen Rang in der Hegelschen Klassifikation einnimmt: er darf also nicht dieselben Schwächen aufweisen wie der niedrigstehende indische Geist. — Ferner finden wir bei Hegel auch eine ganz verschiedene Beurteilung der *Kasten*, je nachdem es sich um indische oder um ägyptische Kasten handelt. Die Kasten der Inder „werden zu natürlichen Unterschieden“, deshalb werden die Individuen in Indien „*noch selbstloser*“ als in China<sup>12</sup>, wo die nicht beneidenswerte Gleichheit aller vor dem Despoten herrscht. Die Kasten der Ägypter dagegen „sind nicht starr, sondern im Kampf und in Berührung miteinander: wir finden oft eine Auflösung und ein Widerstreben derselben“<sup>13</sup>. Indes ist schon aus dem, was Hegel selbst über die indischen Kasten sagt, zu ersehen, daß es auch dort an *Kampf* und *Berührung* nicht ganz fehlte. Nur muß Hegel auch in diesem Falle, wie früher bei Besprechung des Tierdienstes, im Interesse einer willkürlichen Konstruktion ganz analoge geschichtliche Erscheinungen ganz verschieden beurteilen. Das ist jedoch noch nicht alles. Die Achillesferse des Idealismus tritt in ihrer ganzen Blöße hervor, insbesondere da, wo Hegel die Verschiebung des Schwerpunktes der historischen Bewegung von einem Volke nach dem anderen oder die Veränderung des *inneren* Zustandes eines einzelnen Volkes zu erklären hat. In solchen Fällen taucht naturgemäß die Frage auf nach dem „*Warum*“ dieser Verschiebungen und Veränderungen, und als Idealist sucht nun Hegel nach einer Antwort in den Eigenschaften des *Geistes*, dessen Verwirklichung die Geschichte sein soll. Die Frage zum Beispiel, warum Persien zugrunde ging, während China und Indien sich erhielten, beantwortet Hegel wie folgt: „Zuvörderst muß hier das Vorurteil entfernt werden, als wenn die Dauer, gegen das Vergehen gehalten, etwas Vortrefflicheres wäre: die unvergänglichen Berge sind nicht vorzüglicher als die schnell entblätterte Rose in ihrem verduftenden Leben.“ Selbstverständlich können diese Vorbemerkungen in keinem Falle als eine Antwort gelten. Hegel fährt nun also fort: „In Persien

11 A.a.O. S. 258 [Jub 11/280].

12 [Jub 11/160.]

13 [Jub 11/272.]

beginnt das Prinzip des freien Geistes gegen die Natürlichkeit, und diese natürliche Existenz also blüht ab, sinkt hin; das Prinzip der Trennung von der Natur liegt im persischen Reiche, und es steht daher höher als jene im Natürlichen versenkten Welten<sup>14</sup>. Die Notwendigkeit des Fortschreitens hat sich dadurch aufgetan: der Geist hat sich erschlossen und muß sich vollbringen. Der Chinese hat erst als Verstorbener Geltung; der Inder tötet sich selbst, versenkt sich in Brahm, ist lebendig tot im Zustande vollendeter Bewußtlosigkeit, oder ist gegenwärtiger Gott durch die Geburt<sup>15</sup>; da ist keine Veränderung, kein Fortschreiten gesetzt, denn der Fortgang ist nur möglich durch das Hinstellen der Selbständigkeit des Geistes. Mit dem Lichte der Perser beginnt die geistige Anschauung, und in derselben nimmt der Geist Abschied von der Natur. Daher (sic) finden wir auch hier zuerst . . . , daß die Gegenständlichkeit frei bleibt, das heißt, daß die Völker nicht unterjocht, sondern in ihrem Reichtum, ihrer Verfassung, ihrer Religion belassen werden. Und zwar ist dies die Seite, in welcher eben Persien gegen Griechenland sich schwach erweist<sup>16</sup>.“ Nur die letzten Sätze dieser weitläufigen Ausführungen, welche sich auf die innere Organisation des persischen Reiches beziehen und diese als die Ursache der von Persien im Zusammenstoß mit Griechenland bewiesenen Schwäche hinstellen, — nur diese Sätze können als eine Erklärung der historischen Tatsache des Untergangs Persiens angesehen werden. Aber diese Erklärung hat doch mit der idealistischen Geschichtsauffassung Hegels sehr wenig zu tun: die lockere innere Organisation Persiens ist wohl kaum mit „dem Lichte der Perser“ in Zusammenhang zu bringen. Dort hingegen, wo Hegel seinem Idealismus treu bleibt, ist er im besten Falle bloß darauf angewiesen, die zu erklärenden Tatsachen in einen idealistischen Schleier einzuhüllen. — Ebenso unstichhaltig zeigt sich die idealistische Auffassung überall. Betrachten wir noch zum Beispiel die Frage nach der inneren Auflösung Griechenlands. Die griechische Welt war nach Hegel die Welt des Schönen und der schönen Sittlichkeit. Die Griechen waren ein vortreffliches Volk, ihrem Vaterland ergeben und zu großen Taten fähig. Allein sie vollbrachten große Taten ohne Reflexion: „Dem Griechen war das Vaterland eine Notwendigkeit, ohne die er nicht leben konnte; erst später . . . wurden die Prinzipien durch die Sophisten . . . eingeführt: es kam die subjektive Reflexion, das moralische Selbstbewußtsein auf, die Lehre, daß jeder nach seiner Überzeugung handeln müsse<sup>17</sup>.“ Damit beginne eben die Auflösung der schönen Sittlichkeit der Griechen; „die für sich freie Innerlichkeit“ habe die Auflösung Griechenlands herbeigeführt. Eine der Erscheinungsformen dieser Innerlichkeit war nun das Denken, wir stoßen somit da auf die interessante historische Erscheinung, daß das Denken mitunter auch „als Prinzip des Verderbens“ wirken kann<sup>18</sup>. Diese An-

14 Nämlich die chinesische und indische.

15 Nämlich als Brahmane.

16 A.a.O. S. 270—271 [Jub 11/292 f.].

17 [Vgl. Jub 11/330.]

18 [Vgl. Jub 11/348.]

sicht verdient Beachtung schon allein deswegen, weil sie weit tiefsinniger ist als die schablonenmäßige Ansicht der Aufklärer, wonach die Fortschritte des Denkens unter allen Umständen unbedingt und unmittelbar auf die Entwicklung eines jeden Volkes gedeihlich wirken müssen. Nichtsdestoweniger aber bleibt die Frage noch immer offen, woher diese „für sich freie Innerlichkeit“ kam? — Die idealistische Philosophie Hegels antwortet darauf, daß „auf dem Standpunkte der schönen geistigen Einheit . . . der Geist nur kurze Zeit stehen bleiben“ konnte. Das heißt jedoch selbstverständlich wiederum nicht antworten, sondern einfach die zu beantwortende Frage in der Sprache des Idealismus ausdrücken. Es ist, als hätte Hegel selbst das Gefühl davon, er setzt denn auch eiligst hinzu: „Das Prinzip des Verderbens offenbarte sich zunächst in der äußern politischen Entwicklung, sowohl in dem Kriege der griechischen Staaten gegeneinander, als im Kampfe der Faktionen innerhalb der Städte<sup>19</sup>.“ Damit aber stellen wir uns bereits auf den *konkreten* geschichtlichen Boden. Nun war der Kampf der Faktionen innerhalb der Städte — nach Hegel selbst — das Produkt der *ökonomischen Entwicklung* Griechenlands, das heißt mit anderen Worten, der Kampf der politischen Parteien war weiter nichts als der Ausdruck der innerhalb der griechischen Städte aufgekommenen *ökonomischen Gegensätze*. Und wenn wir ferner noch in Betracht ziehen, daß auch der peloponnesische Krieg — wie aus Thukydides zu ersehen — nichts anderes war als ein ganz Griechenland umfassender Klassenkampf, so werden wir ohne Mühe zu dem Schlusse gelangen können, daß die Ursachen des Verderbens Griechenlands in dessen *ökonomischer Geschichte* zu suchen sind<sup>20</sup>. Hegel insinuiert uns also — eine materialistische Auffassung der Geschichte, trotzdem ihm selbst der Klassenkampf in Griechenland bloß als eine *Offenbarung* des Prinzips des Verderbens gilt. Hegels Ausdrucksweise gebrauchend, könnte man sagen, daß *der Materialismus als die Wahrheit des Idealismus erscheint*. Und zwar bereitet dem Leser die Hegelsche Philosophie der Geschichte solche Überraschungen auf Schritt und Tritt. Es ist, als habe sich der größte aller *Idealisten* die Aufgabe gestellt, dem *Materialismus* den Weg zu ebnen. So in dem Abschnitt, der von den mittelalterlichen Städten handelt: nachdem Hegel sozusagen sein idealistisches Gewissen ziemlich salviert hat, betrachtet er die Geschichte jener Städte einerseits als einen Kampf des Bürgertums mit dem Klerus und Adel und andererseits als einen Kampf der verschiedenen Schichten des Bürgertums gegeneinander, — als einen Kampf zwischen den reichen Bürgern und dem gemeinen Volke<sup>21</sup>. So auch in dem Abschnitt über

19 A.a.O. S. 323 [Jub 11/345].

20 „Lakedämon . . . kam besonders wegen der Ungleichheit des Besitzes herunter, — sagt geradeheraus Hegel selbst [Jub 11/342].

21 „Betrachten wir dieses unruhige und veränderliche Treiben im Innern der Städte, — bemerkt u. a. Hegel — die fortwährenden Kämpfe der Faktionen, so erstaunen wir, wenn wir auf der anderen Seite die Indu-

die Reformation: nachdem er den Leser wieder einmal in die Geheimnisse des „allgemeinen Geistes“ eingeweiht, macht er über die Verbreitung der neuen Glaubenslehre folgende, im Munde eines Idealisten höchst sonderbar klingende Bemerkung: „In Österreich, in Bayern, in Böhmen hatte die Reformation schon große Fortschritte gemacht, und obgleich man sagt: wenn die Wahrheit einmal die Gemüter durchdrungen hat, so kann sie ihnen nicht wieder entrissen werden, so ist sie doch hier durch die Gewalt der Waffen, durch List oder Überredung wieder erdrückt worden. Die *slawischen Nationen* waren *ackerbauende* (bei Hegel unterstrichen!). Dieses Verhältnis führt aber das von Herren und Knechten mit sich. Beim Ackerbau ist das Treiben der Natur überwiegend; menschliche Betriebsamkeit und subjektive Aktivität findet im ganzen bei dieser Arbeit weniger statt. Die Slawen sind daher langsamer und schwerer zum Grundgefühl des subjektiven Selbsts, zum Bewußtsein des Allgemeinen ... gekommen, und sie haben nicht an der aufgehenden Freiheit teilnehmen können<sup>22</sup>.“ Damit sagt uns Hegel geradeheraus, daß der Schlüssel für die religiösen Anschauungen eines Volkes sowie für alle freiheitlichen Volksbewegungen in den jeweiligen — *ökonomischen* Verhältnissen zu suchen ist. Noch mehr. Der Staat, der, nach der idealistischen Auffassung Hegels, nichts anderes ist als „die Wirklichkeit der sittlichen Idee, der sittliche Geist“, als der „*offenbare*, sich selbst deutliche, substantielle Wille, der sich denkt und weiß und das, was er weiß und insofern er es weiß, vollführt“<sup>23</sup> — selbst der Staat stellt sich heraus als das *Produkt der ökonomischen Entwicklung*. „Ein wirklicher Staat“ — sagt darüber Hegel — „und eine wirkliche Staatsregierung entstehen nur, wenn bereits ein Unterschied der Stände da ist, wenn Reichtum und Armut sehr groß werden und ein solches Verhältnis eintritt, daß eine große Menge ihre Bedürfnisse nicht mehr auf eine Weise, wie sie es gewohnt ist, befriedigen kann<sup>24</sup>.“ — Und ebenso steht bei Hegel der historische Ursprung der *Ehe* in engem Zusammenhang mit der ökonomischen Geschichte der Menschheit. „Mit Recht ist der eigentliche Anfang und die erste Stiftung der Staaten in die Einführung des *Ackerbaues*, nebst der Einführung der *Ehe* gesetzt worden, indem jenes Prinzip das Formieren des Bodens und damit ausschließendes Privateigentum mit sich führt, und das im Schweifenden seine Subsistenz suchende, schweifende Leben des Wilden zur Ruhe des Privatrechts und zur Sicherheit der Befriedigung des Bedürfnisses zurückführt, womit sich die Beschränkung der Geschlechterliebe zur Ehe, und damit die Erweiterung dieses Bandes zu einem *fortdauernden* in sich allgemei-

strie, den Handel zu Land und zu Wasser in der höchsten Blüte sehen. Es ist dasselbe Prinzip der Lebendigkeit, das, gerade von dieser inneren Erregung genährt, diese Erscheinung hervorbringt“ [Jub 11/490 f.].

22 A.a.O. S. 506 [Jub 11/528].

23 *Philosophie des Rechts* § 257.

24 *Philosophie der Geschichte*, Einleitung S. 106 [Jub 11/128].

nen Bunde, des Bedürfnisses zur Familiensorge und des Besitzes zum *Familiengute* verknüpft<sup>25</sup>.“

Wir könnten noch eine Menge ähnlicher Beispiele aus Hegels Werken anführen. Da aber der Raum uns dies nicht gestattet, so wollen wir uns darauf beschränken, auf die Bedeutung hinzuweisen, die Hegel der *Geographischen Grundlage der Weltgeschichte*<sup>26</sup> beimißt. — Über die Bedeutung des geographischen Milieus für die geschichtliche Entwicklung der Menschheit ist zwar viel geschrieben worden, sowohl *vor* wie *nach* Hegel. Aber *vor* wie *nach* Hegel begingen die Forscher häufig den Fehler, darunter ausschließlich nur den *psychologischen* oder sogar *physiologischen* Einfluß der umgebenden Natur auf den Menschen zu verstehen, deren Einfluß aber auf den Zustand der *Produktionskräfte* und damit auch auf die sämtlichen sozialen Verhältnisse der Menschen überhaupt samt dem ideologischen Überbau derselben gänzlich übersehend<sup>27</sup>. Wenn nicht im einzelnen, so doch *in der allgemeinen Behandlung der Frage* wußte Hegel diesen großen Fehler gänzlich zu vermeiden. Nach Hegel gibt es drei charakteristische Unterschiede des geographischen Milieus: „1. Das wasserlose Hochland mit seinen großen Steppen und Ebenen, 2. die Talebenen, das Land des Überganges, welche von großen Strömen durchschnitten und bewässert werden, 3. das Uferland, das in unmittelbarem Verhältnisse mit dem Meere steht<sup>28</sup>.“ Im Hochland herrscht die *Viehzucht* vor, in den Talebenen der *Ackerbau*, im Uferland *Handel und Gewerbe*. Entsprechend diesen Grundunterschieden weisen auch die gesellschaftlichen Verhältnisse der die betreffenden Gegenden bewohnenden Völker eine verschiedene Gestaltung auf. Die Bewohner des Hochlandes, die *Mongolen* z. B., führen ein patriarchalisches Nomadenleben und haben keine Geschichte im eigentlichen Sinne dieses Wortes. Nur von Zeit zu Zeit stürzen sie, zu großen Massen zusammengeschart, lawinenartig in die Kulturländer herab, überall auf ihrem Wege Zerstörung und Einöde hinterlassend<sup>29</sup>. — Das Kulturleben beginnt in den Talebenen, welche ihre Fruchtbarkeit den Flüssen verdanken. „Eine solche Talebene ist China, Indien ... Babylonien ... Ägypten. ... In diesen Ländern entstehen

25 *Philosophie des Rechts* § 203 Anmerkung. — Unnötig zu sagen, daß bei dem damaligen Stand der Wissenschaft die Ansichten Hegels über die Urgeschichte der Familie und des Privateigentums nicht haben bestimmtere sein können. Worauf es aber ankommt, ist, daß er bereits wußte, wo der *Schlüssel* für dieselbe zu suchen ist.

26 [Vgl. *Jub* 11/120—149.]

27 So stellt z. B. Montesquieu in seinem *Esprit des Lois* vielfach Betrachtungen an über den Einfluß der Natur auf die Physiologie des Menschen. Aus Einflüssen dieser Art sucht er viele historische Erscheinungen zu erklären.

28 [*Jub* 11/131.]

29 „Von den Hochländern herab geht es in die Engtäler: da wohnen ruhige Gebirgsvölker, Hirten, die auch nebenbei Ackerbau treiben, wie die Schweizer. Asien hat deren auch: sie sind aber im ganzen unbedeutender“, sagt Hegel [*Jub* 11/132].

große Reiche, und die Stiftung großer Staaten beginnt. Denn der Ackerbau, der hier als erstes Prinzip der Subsistenz der Individuen vorwaltet, ist an die Regelmäßigkeit der Jahreszeit, an die demgemäß geordneten Geschäfte gewiesen: es beginnt das Grundeigentum und die sich darauf beziehenden Rechtsverhältnisse<sup>30</sup>.“ Die ackerbauenden Völker, die die Talebenen bewohnen, zeichnen sich aber aus durch Trägheit, Unbeweglichkeit, Abgesondertheit, sie wissen nicht das Meer zu benutzen, das durch den Handel (der allerdings anfänglich mit Seeraub verbunden war) die verschiedenen Völker einander näher bringt und so die weitere Entwicklung von Wissen und Bildung fördert. Das Meer bringt in die gesellschaftlichen Verhältnisse ein Element der Beweglichkeit hinein, deshalb ist das Uferland die Geburtsstätte der Freiheit. In Asien treten die besprochenen geographischen Unterschiede besonders grell hervor, in Europa dagegen sind sie vollständig *verwischt*. Das eigentliche Afrika (d. h. das Negerland) ist durch seine ungünstige geographische Lage *außerhalb* der weltgeschichtlichen Bewegung gestellt. Amerika endlich, dieses *Land der Zukunft*, war bis zur Ankunft der Europäer physisch und geistig ohnmächtig. Zu der natürlichen Schwäche der Einwohner gesellte sich dort „der Mangel der absoluten Organe, wodurch eine gegründete Macht herbeizuführen ist, der Mangel nämlich des *Pferdes* und des *Eisens*, wodurch besonders die Amerikaner besiegt wurden“<sup>31</sup>.

Dem Leser dürfte vielleicht bekannt sein das 1889 erschienene Werk von L. Metschnikow: *La Civilisation et les grands fleuves historiques*<sup>32</sup>. Das Werk zeigt zwar unverkennbare Rückfälle in den Idealismus, im großen und ganzen aber steht der Verfasser auf dem materialistischen Standpunkt. Wohlan, die Ansichten dieses Materialisten über die historische Bedeutung des geographischen Milieus stimmen fast vollkommen überein mit den diesbezüglichen Ansichten des Idealisten Hegel, — trotzdem Metschnikow selbst in nicht geringes Erstaunen geraten dürfte, wenn er dies in Erfahrung brächte.

Aus dem Einfluß des geographischen Milieus erklärt Hegel zum Teil auch das Entstehen von Ungleichheiten innerhalb mehr oder weniger primitiver Gemeinwesen. So weist er darauf hin, daß im *vorsolonischen* Attika „der Unterschied der Stände (unter „Stände“ versteht er da die verschiedenen mehr oder weniger wohlhabenden Bevölkerungsschichten: 1. Die Bewohner der Ebene, *Pediakoi*; 2. die Hügelbewohner, *Diakrioi*, und 3. die Küstenbewohner, *Paraloi*) beruht ... auf der *Verschiedenheit der Lokalität*“<sup>33</sup>. In der Tat, die Verschiedenheit der Lokalität und die damit verbundene Verschiedenheit der Beschäftigung mußte unzweifelhaft auf die ökonomische

30 [Jub 11/133.]

31 [Jub 11/124.]

32 [Vgl. Plechanows Artikel „Die Zivilisation und die großen historischen Flüsse“. *Die Neue Zeit*, 9. Jg./Bd. 1 (1890/91), 437—448.]

33 [Vgl. Jub 11/337.]

Entwicklung der primitiven Gemeinwesen einen großen Einfluß ausüben. Leider wird dieses Moment von den modernen Forschern bei weitem nicht immer berücksichtigt.

Hegel wird sich wohl kaum mit der politischen Ökonomie viel beschäftigt haben, aber sein genialer Kopf half ihm auch hier, wie auf so vielen anderen Gebieten, die charakteristische und wesentlichste Seite der Erscheinungen zu erfassen. Hegel sah deutlicher ein als sämtliche Ökonomen seiner Zeit — Ricardo nicht ausgenommen —, daß in einer auf Privateigentum beruhenden Gesellschaft das Wachstum von Reichtum auf der einen Seite unbedingt von einer Zunahme der Armut auf der anderen begleitet sein muß. Er spricht dies in kategorischer Weise aus, sowohl in der *Philosophie der Geschichte* wie auch insbesondere in der *Philosophie des Rechts*. Seiner Ansicht nach müsse „diese Dialektik“ — nämlich „das Herabsinken einer großen Masse unter das Maß einer gewissen Subsistenzweise, die sich von selbst als die für ein Mitglied der Gesellschaft notwendige reguliert“, und die *Konzentration* von „unverhältnismäßigen Reichtümern in wenige Hände“ — notwendigerweise einen Zustand herbeiführen, worin „bei dem *Übermaße des Reichtums* die bürgerliche Gesellschaft *nicht reich genug ist*, d. h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem *Übermaße der Armut* und der Erzeugung des *Pöbels* zu steuern“<sup>34</sup>. Infolgedessen wird die bürgerliche Gesellschaft<sup>35</sup> „über sich hinausgetrieben“, und sie muß nach *neuen Märkten* suchen: sich dem *Welthandel* und der *Kolonisation* zuwenden. — Unter allen Zeitgenossen Hegels war Ch. Fourier der einzige, der die bürgerlichen Verhältnisse ebenso klar durchschaute wie jener.

Der Leser wird bemerkt haben, daß für Hegel das Proletariat weiter nichts ist als „Pöbel“, unfähig die „geistigen Vorteile“ der bürgerlichen Gesellschaft zu genießen. Er hatte eben keine Ahnung davon, wie sehr das moderne Proletariat sich von dem der antiken Welt, sagen wir vom römischen, unterscheidet. Er wußte nicht, daß in der modernen Gesellschaft der auf der Arbeiterklasse lastende Druck unbedingt den Widerstand derselben hervorrufen muß, daß

34 *Philosophie der Geschichte* S. 285 [Jub 11/307]; *Philosophie des Rechts* § 243 und folgende. Der § 243 ist so bemerkenswert, daß wir ihn hier in extenso folgen lassen: „Wenn die bürgerliche Gesellschaft sich in ungehinderter Wirksamkeit befindet, so ist sie innerhalb ihrer selbst in *fortschreitender Bevölkerung* und *Industrie* begriffen. — Durch die *Verallgemeinerung* des Zusammenhangs der Menschen durch ihre Bedürfnisse und der Weisen, die Mittel für diese zu bereiten und herbeizubringen, vermehrt sich die *Anhäufung der Reichtümer* — denn aus dieser gedoppelten Allgemeinheit wird der größte Gewinn gezogen — auf der einen Seite, wie auf der anderen Seite die *Vereinzelung* und *Beschränktheit* der besonderen Arbeit und damit die *Abhängigkeit* und *Not* der an diese Arbeit gebundenen Klasse, womit die *Unfähigkeit der Empfindung* und des Genusses der weiteren Fähigkeiten und besonders der geistigen Vorteile der bürgerlichen Gesellschaft zusammenhängt.“

35 Hegel hat dabei vorzugsweise England im Auge.

in dieser Gesellschaft gerade das Proletariat dazu berufen ist, die Bourgeoisie in geistiger Hinsicht weit zu überholen. Indes waren doch auch die utopistischen Sozialisten nicht imstande, dies alles einzusehen. Auch für sie war das Proletariat weiter nichts als „Pöbel“, würdig alles Mitleids und Mitgeföhls, aber zu selbständiger Tätigkeit absolut unfähig. Erst der wissenschaftliche Sozialismus vermochte die große historische Bedeutung des modernen Proletariats zu erkennen.

Fassen wir nun oben Gesagtes zusammen. — Als Idealist konnte Hegel die Geschichte nicht anders betrachten als vom idealistischen Standpunkte aus. Er hatte alle Kräfte seines genialen Kopfes, alle die kolossalen Hilfsmittel seiner Dialektik dazu verwendet, um der idealistischen Geschichtsauffassung einen einigermaßen wissenschaftlichen Charakter zu verleihen. Der Versuch war mißglückt. Er scheint selbst mit den von ihm erreichten Resultaten unzufrieden gewesen zu sein, und er sah sich denn auch vielfach genötigt, von den nebeligen Höhen des Idealismus auf den konkreten Boden der ökonomischen Verhältnisse herabzusteigen. *Und jedesmal, wenn er dies tat, half ihm die Ökonomie die Hindernisse überwinden, die ihm der Idealismus in den Weg gelegt hatte. Die ökonomische Entwicklung stellte sich jedesmal als der Grundfaktor heraus, der den ganzen Gang der Geschichte bedingt.*

Damit eben war der Wissenschaft der weitere Weg vorgezeichnet. Der nach Hegels Tode erfolgte Übergang zum Materialismus konnte nicht eine einfache Rückkehr sein zu dem naiven, metaphysischen Materialismus des achtzehnten Jahrhunderts. Auf dem uns hier speziell interessierenden Gebiete der Geschichtsauffassung mußte der Materialismus vor allem sich der Ökonomie zuwenden. *Andernfalls hätte der Materialismus keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt bedeutet — gegenüber der Hegelschen Geschichtsphilosophie.*

Die Natur materialistisch auffassen heißt noch nicht die Geschichte materialistisch auffassen. Die Materialisten des vorigen Jahrhunderts waren auf dem Gebiete der Geschichtsauffassung Idealisten, und zwar sehr naive Idealisten. Insofern sie sich mit der Geschichte der menschlichen Gesellschaft beschäftigten, suchten sie dieselbe durch die *Geschichte des Denkens* zu erklären. Für sie bedeutete der berühmte anaxagoreische Satz: „Die Vernunft (oder der Verstand, nus) regiert die Welt“ soviel als: der menschliche *Verstand regiert die Geschichte*. Die traurigen Abschnitte der menschlichen Geschichte wurden den Verirrungen des Verstandes auf Rechnung gesetzt. Wenn die Bevölkerung irgendeines Landes geduldig das Joch des Despotismus trug, so nach ihrer Ansicht einzig deshalb, weil sie die Vorzüge der politischen Freiheit noch nicht erkannt hatte. Wenn sie religiös war, so nur deshalb, weil sie sich von den Priestern betrügen ließ, die die Religion zu ihrem eigenen Vorteil ersonnen hatten. Wenn die gesamte Menschheit unter dem Krieg zu leiden hat, so wiederum nur deshalb, weil sie noch nicht dazu gekommen ist, die Nachteile desselben einzusehen usw. „Der Gang der Ideen wird durch den Gang der Dinge bestimmt“, sagte schon zu Anfang des vorigen Jahrhun-



derts der berühmte Denker J. B. Vico<sup>36</sup>. Die Materialisten hielten das gerade Gegenteil für richtig: der Gang der Dinge in der Gesellschaft wird durch den Gang der Ideen bestimmt, der letztere aber, je nun, sagen wir durch die Regeln der formalen Logik und die Anhäufung von Wissen.

Der absolute Idealismus Hegels war von dem naiven Idealismus der Aufklärung weit entfernt. Wenn Hegel mit Anaxagoras behauptete, daß die Vernunft die Welt regiere, so wollte er damit keineswegs sagen, daß der menschliche Gedanke die Welt regiere. Wohl ist für ihn die Natur ein System der Vernunft, dies heißt aber nicht, daß sie mit Bewußtsein begabt ist. „Die Bewegung des Sonnensystems erfolgt nach unveränderlichen Gesetzen: diese Gesetze sind die Vernunft desselben, aber weder die Sonne noch die Planeten, die in diesen Gesetzen um sie kreisen, haben ein Bewußtsein darüber<sup>37</sup>.“ Der Mensch ist nun zwar mit Bewußtsein begabt, er verfolgt auch in seiner Tätigkeit bestimmte, von ihm selbst gewählte Zwecke, — daraus folgt aber durchaus nicht, daß der Gang der Geschichte durch den menschlichen Willen bestimmt wird. Im Resultate jeder menschlichen Handlung steckt immer etwas von dem Handelnden Unvorhergesehenes, und gerade dies Unvorhergesehene bildet oft, richtiger gesprochen fast immer, die wesentlichste Errungenschaft der Geschichte, gerade dies führt zur Verwirklichung des „allgemeinen Geistes“. In der Weltgeschichte kommt durch die Handlungen der Menschen noch etwas anderes heraus, als sie bezwecken und erreichen, als sie unmittelbar wissen und wollen; „sie vollbringen ihr Interesse, aber es wird noch ein Ferneres damit zustande gebracht, das auch innerlich darin liegt, aber das nicht in ihrem Bewußtsein und in ihrer Absicht lag<sup>38</sup>.“ Staaten, Völker und einzelne Personen verfolgen ihre besonderen Interessen, ihre endlichen Zwecke. Insofern sind ihre Handlungen unbestreitbar als die *bewußter, denkender* Wesen zu betrachten. Indem sie aber bewußt ihre besonderen Zwecke (die gewöhnlich auch von gewissen allgemeinen Auffassungen des Rechts, des Guten, der Pflicht durchdrungen sind) verfolgen, verwirklichen sie zugleich unbewußt die Zwecke des „Weltgeistes“. Cäsar strebte nach der Alleinherrschaft in Rom. Dies war sein persönlicher Zweck. Die Alleinherrschaft war aber zu seiner Zeit eine historische Notwendigkeit: durch Verwirklichung seines persönlichen Zweckes leistete also Cäsar dem „allgemeinen Geist“ einen Dienst. In diesem Sinne kann man sagen, daß die historischen Persönlichkeiten, so wie auch ganze Nationen, als *blinde Werkzeuge des Geistes* erscheinen. Der Geist zwingt sie in seine Dienste, indem er sie dadurch ködert, daß er ihnen seine allgemeinen Zwecke als ihre besonderen erscheinen läßt, und sie durch den Sporn der *Leidenschaft* antreibt, ohne die in der Geschichte nichts Großes vollbracht werden kann.

36 [Vgl. Giambattista Vico, *Die neue Wissenschaft über die gemeinschaftliche Natur der Völker*, hg. von Erich Auerbach. Berlin 1965, S. 100.]

37 *Philosophie der Geschichte* S. 15—16 [Jub 11/37 f.].

38 A.a.O. S. 35 [Jub 11/57].

Der in diesen Ausführungen dargelegte Standpunkt Hegels hat mit dem Mystizismus des „Unbewußten“ nichts gemein. Die Handlungen der Menschen spiegeln sich unbedingt in deren Köpfen wieder, nicht durch diese Rückspiegelung aber wird die historische Bewegung bedingt. *Der Gang der Dinge* wird nicht durch den *Gang der Ideen* bestimmt, sondern durch etwas ganz anderes, von dem menschlichen Willen Unabhängiges, vor dem menschlichen Bewußtsein Verborgenes. Die *Zufälligkeit* der menschlichen Willkür und Einsicht macht Platz der *Gesetzmäßigkeit*, folglich auch der *Notwendigkeit*. Darin besteht der unzweifelhafte Vorzug des „absoluten Idealismus“ gegenüber dem naiven Idealismus der französischen Aufklärer. Der absolute Idealismus verhält sich zu diesem wie der Monotheismus zum Fetischismus und zur Zauberei. Die Zauberei schließt die Gesetzmäßigkeit von der Natur vollkommen aus: sie setzt voraus, daß der „Gang der Dinge“ in jedem Moment durch die Einmischung des Zauberers gestört werden kann. Der Monotheismus dagegen, der die Naturgesetze als von Gott festgesetzt betrachtet, erkennt zugleich an (wenigstens auf einer höheren Entwicklungsstufe, da der Wunderglaube bereits überwunden ist), daß der Gang der Dinge durch diese von Gott ein für allemal festgesetzten Gesetze bestimmt wird. Dadurch gewährt er einen weiten Spielraum der Wissenschaft, die schließlich dazu gelangt, bei der Erklärung von Erscheinungen die „*Hypothese von Gott*“ vollkommen entbehren zu können. Ebenso hat auch der absolute Idealismus, indem er die historische Bewegung als etwas von der menschlichen Willkür Unabhängiges zu erklären suchte, die Wissenschaft vor die Aufgabe gestellt, die historischen Erscheinungen gesetzmäßig zu erklären, — und eine auch nur annähernde Lösung dieser Aufgabe hat die *Hypothese vom Geist* vollkommen entbehrlich gemacht, welche sich in dieser Hinsicht gänzlich haltlos erwiesen hatte.

Wenn die Ansichten der französischen Materialisten des vorigen Jahrhunderts über den Gang der Geschichte in dem Satz gipfelten, daß der menschliche Verstand die Geschichte regiere, so ließen sich ihre Erwartungen von der Zukunft in den Worten ausdrücken: von nun an wird alles von dem aufgeklärten Verstand, von der *Philosophie* geregelt und geordnet werden. Der absolute Idealist Hegel dagegen räumte der Philosophie eine weit bescheidenere Rolle ein. „Um noch über das *Belehren*, wie die Welt sein soll, ein Wort zu verlieren“ — lesen wir im Vorwort zur *Philosophie des Rechts* —, „so kommt dazu ohnehin die Philosophie immer zu spät. Als der *Gedanke* der Welt erscheint sie erst in der Zeit, nachdem die Wirklichkeit ihren Bildungsprozeß vollendet und sich fertig gemacht hat. . . . Wenn die Philosophie ihr Grau in Grau malt, dann ist eine Gestalt des Lebens alt geworden, und mit Grau in Grau läßt sie sich nicht verjüngen, sondern nur erkennen; die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug<sup>39</sup>.“

Diese Worte gehen entschieden zu weit. Ohne im geringsten bestreiten zu wollen, daß die Philosophie nicht imstande ist, eine alt gewordene, im Ableben begriffene Gesellschaftsordnung neu zu beleben, könnte man doch die Frage aufwerfen, was denn die Philosophie hindert, uns, selbstverständlich nur in allgemeinen Umrissen, den Charakter der neuen Gesellschaftsordnung zu zeigen, die an die Stelle der alten treten soll? — Die Philosophie betrachtet die Erscheinungen im Prozeß des Werdens. Dieser Prozeß weist zwei Momente auf: das Entstehen und das Vergehen. Diese Momente lassen sich nun zwar als in der Zeit voneinander getrennt betrachten. Aber zu *jeder gegebenen Zeit* stellt sich der Prozeß des Werdens, sowohl in der Natur, wie auch insbesondere in der Geschichte, als ein *zweischlächtiger Prozeß* dar: *das Alte vergeht, und zu gleicher Zeit, und zwar in dem Maße, in dem das Alte vergeht, entsteht aus dessen Ruinen das Neue.* Muß denn der Entstehungsprozeß des Neuen für die Philosophie immer ein unzugängliches Gebiet bleiben? Wohl erkennt die Philosophie das, was *ist*, und nicht das, was nach der Meinung des einen oder des anderen sein *sollte*; aber was *ist* denn zu jeder gegebenen Zeit? Eben das Ableben des Alten und das Aufkeimen des Neuen. Wenn also die Philosophie nur das Ableben des Alten erkennt, so erweist sich dies Erkennen als ein einseitiges und die Philosophie selbst als ihrer Aufgabe, das Seiende zu erkennen, nicht gewachsen. Letzteres aber widerspricht ja der Überzeugung Hegels von der Allmacht der erkennenden Vernunft.

Der moderne Materialismus ist nun von jenem Extrem durchaus frei. Aus dem, was *ist* und was *im Ableben begriffen*, weiß er auf das, was *wird*, zu schließen. Man darf aber nicht übersehen, daß unser Begriff von dem, was *wird*, sich wesentlich unterscheidet von jenem Begriff von dem, was sein *soll*, gegen den die angeführten Worte Hegels über „die Eule der Minerva“ sich richten. Für uns ist das, was *wird*, das *notwendige Produkt* dessen, was *im Ableben begriffen ist*. Wenn wir wissen, daß gerade *dieses* und nicht *jenes* im Werden begriffen ist, so verdanken wir dies Wissen ebenfalls dem objektiven Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung, die uns auf das Erkennen *des Werdenden* vorbereitet. Wir stellen nicht unser *Denken* dem uns umgebenden *Sein* entgegen. Einen ganz anderen Standpunkt nahmen diejenigen ein, mit denen Hegel polemisierte. Sie wähten, das Denken könne nach Belieben den natürlichen Entwicklungsgang des Seins umgestalten. Deshalb erachteten sie es auch nicht für nötig, diesen Entwicklungsgang zu erforschen und zu berücksichtigen. Ihre Vorstellung von dem, was *sein soll*, beruhte nicht auf der Erforschung der sie umgebenden Wirklichkeit, sondern auf den jeweilig geltenden Begriffen von einer gerechten und normalen Gesellschaftsordnung. Indes waren auch diese Begriffe nichts anderes als der Ausdruck der jeweiligen Wirklichkeit (vorzugsweise der *negativen* Seite derselben). Von diesen Begriffen ausgehen hieß also im Grunde genommen, sich von den Weisungen eben derselben Wirklichkeit leiten lassen, nur waren aber dies Weisungen, die ohne jegliche Kritik, ohne jeglichen Versuch, sie durch Erforschung der un-

mittelbaren Wirklichkeit selbst zu kontrollieren, hingenommen wurden. Es war dasselbe, wie wenn man einen Gegenstand kennenlernen wollte nicht aus unmittelbarer Anschauung, sondern vermittelt seines Abbildes in einem Hohlspiegel. Irrtümer und Enttäuschungen waren unter solchen Umständen unvermeidlich. Und je weniger die Menschen ahnten, daß ihre Vorstellungen von dem, was sein solle, der sie umgebenden Wirklichkeit entnommen waren, je fester sie daran glaubten, daß sie, mit jenen Vorstellungen ausgerüstet, imstande seien, die Wirklichkeit nach eigenem Belieben umzumodeln, — desto größer erwies sich der Abstand zwischen dem, was sie erstrebten, und dem, was sie wirklich erreichten. Wie weit ist nicht die moderne bürgerliche Ordnung von dem Reich der Vernunft entfernt, von welchem die französische Aufklärer träumten! Durch Nichtbeachtung der Wirklichkeit entzogen sich die Menschen keineswegs dem Einfluß der Gesetze derselben: sie nahmen sich dadurch nur die Möglichkeit, die Wirkung dieser Gesetze vorherzusehen und dieselbe ihren Zwecken dienstbar zu machen. Und gerade deshalb stellten sich ihre Ziele jedesmal als unerreichbar heraus. Den Standpunkt der Aufklärer einnehmen hieß nicht über den abstrakten Gegensatz zwischen *Freiheit* und *Notwendigkeit* hinauskommen. — Auf den ersten Blick scheint es, daß, wenn in der Geschichte die Notwendigkeit herrscht, für die freie Tätigkeit des Menschen in derselben kein Platz mehr übrigbleibt. Dieser schwerwiegende Irrtum war von der deutschen idealistischen Philosophie beseitigt worden. Schon Schelling hat gezeigt, daß bei einer richtigen Beurteilung der Sache *die Freiheit als Notwendigkeit, die Notwendigkeit als Freiheit sich herausstellt*<sup>40</sup>. Hegel hat vollends die Antinomie zwischen Freiheit und Notwendigkeit endgültig gelöst. Er hat gezeigt, daß wir frei sind gerade insofern, inwiefern wir die Gesetze der Natur und der gesellschaftlich-historischen Bewegung kennen und uns denselben fügen. Dies war eine großartige Errungenschaft sowohl auf dem Gebiete

40 Schelling sagt, die Freiheit sei ohne die Notwendigkeit undenkbar: „Denn wenn keine Aufopferung möglich ist ohne die Überzeugung, daß die Gattung, zu der man gehört, nie aufhören könne fortzuschreiten, wie ist denn diese Überzeugung möglich, wenn sie einzig und allein auf die Freiheit gebaut ist? Es muß hier etwas sein, das höher ist denn menschliche Freiheit, und auf welches allein im Wirken und Handeln sicher gerechnet werden kann; ohne welches nie ein Mensch wagen könnte, eine Handlung von großen Folgen zu unternehmen, da selbst die vollkommenste Berechnung derselben durch den Eingriff fremder Freiheit so durchaus gestört werden kann, daß aus seiner Handlung etwas ganz anderes resultieren kann, als er beabsichtigte. Die Pflicht selbst kann mir nicht gebieten, in Ansehung der Folgen meiner Handlungen ganz ruhig zu sein, sobald sie entschieden hat, wenn nicht mein Handeln zwar von mir, d. h. von meiner Freiheit, die Folgen meiner Handlungen aber oder das, was sich aus ihnen für mein ganzes Geschlecht entwickeln wird, gar nicht von meiner Freiheit, sondern von etwas ganz anderem und Höherem abhängig sind.“ *System des transzendentalen Idealismus*, Schellings Werke, dritter Band, Stuttgart und Augsburg 1858, S. 595 [Schellings Werke. Münchner Jubiläumsdruck. Zweiter Hauptband, München 1927, S. 595].

der Philosophie als auf dem der Gesellschaftswissenschaft, — eine Errungenschaft, die jedoch nur dem modernen Materialismus in vollem Umfange zugute kam.

Die materialistische Geschichtsauffassung setzt das dialektische Denken voraus. Die Dialektik war zwar schon vor Hegel bekannt. Aber er wußte sie zu handhaben wie keiner seiner Vorgänger; in seiner Hand wurde sie ein mächtiges Mittel, alles Seiende zu erkennen. „Das Dialektische“ — sagte Hegel — „macht . . . die bewegende Seele des wissenschaftlichen Fortgehens aus und ist das Prinzip, wodurch allein *immanenter Zusammenhang und Notwendigkeit* in den Inhalt der Wissenschaft kommt. . . . In unserm gewöhnlichen Bewußtsein erscheint das Nicht-Stehenbleiben bei den abstrakten Verstandesbestimmungen als bloße Billigkeit, nach dem Sprichwort: leben und leben lassen, so daß das eine gilt und *auch* das andere. Das Nähere aber ist, daß das Endliche nicht bloß von außen her beschränkt wird, sondern durch seine eigne Natur sich aufhebt und durch sich selbst in sein Gegenteil übergeht<sup>41</sup>.“ — Solange Hegel an dem dialektischen Standpunkt festhielt (was fast immer der Fall war: er war demselben untreu nur in einigen seiner Ansichten über die *Natur* und in der Würdigung der Entwicklungsstufe *seiner eigenen Zeit*), war er unleugbar ein *revolutionärer Denker*: „Wir sagen, daß alle Dinge (d. h. alles Endliche als solches) zu Gericht gehen, und haben hiermit die Anschauung der Dialektik, als der allgemeinen unwiderstehlichen Macht, vor welcher nichts, wie sicher und fest dasselbe sich auch dünken möge, zu bestehen vermag<sup>42</sup>.“ Demzufolge hatte er vollkommen recht, wenn er sagte, daß *das Dialektische gehörig aufzufassen und zu erkennen — von der höchsten Wichtigkeit ist*<sup>43</sup>. Die *dialektische Methode* — das war das wichtigste *wissenschaftliche Vermächtnis, das der deutsche Idealismus seinem Erben, dem modernen Materialismus, hinterlassen hat*.

Indes konnte die Dialektik der Idealisten nicht ohne weiteres von den Materialisten gebraucht werden. Sie mußte vorerst aus ihrer mystischen Hülle herausgeschält werden. Die Materialisten haben dies denn auch sehr bald vollzogen.

Der größte aller bisherigen Materialisten, ein Mann, der an genialer Denkkraft Hegel in nichts nachstand, der wahre Nachfolger des großen Philosophen, *Karl Marx*, sagte von sich mit Recht, daß seine dialektische Methode das gerade Gegenteil der Hegelschen bilde: „Für Hegel ist der Denkprozeß, den er sogar unter dem Namen *Idee* in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der *Demiurg* des Wirklichen, das nur seine äußere Erscheinung bildet. Bei mir ist umgekehrt das *Ideelle* nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte *Materielle*<sup>44</sup>.“

41 *Enzyklopädie* § 81 und Zusatz [Jub 8/190].

42 [Jub 8/193.]

43 [Vgl. Jub 8/190.]

44 *Das Kapital*, Vorwort zur 2. Auflage, S. XIX [MEW 23/27].

Dank Marx hat sich der Materialismus zu einer harmonischen und konsequenten Weltanschauung erhoben. Wir wissen bereits, daß die Materialisten des vorigen Jahrhunderts auf dem Gebiete der Geschichte sehr naive Idealisten blieben. Marx hat nun den Idealismus aus seiner letzten Zufluchtsstätte, aus der Geschichte, verbannt. Wie Hegel sah auch Marx in der Geschichte der Menschheit einen gesetzmäßigen, von menschlicher Willkür unabhängigen Prozeß; wie Hegel betrachtete er alle Erscheinungen in ihrem Entstehen und Vergehen; wie Hegel begnügte er sich nicht bei der Erklärung von historischen Erscheinungen mit dem Verfahren des metaphysischen Verstandes: wie jener suchte er von der Wechselwirkung, die die verschiedenen Seiten des öffentlichen Lebens aufeinander ausüben, sich zu der gemeinsamen Quelle zu erheben, aus der alle jene Seiten entspringen. Als Materialist aber erblickte er freilich diese Quelle nicht mehr in dem Geist, sondern in eben derselben *ökonomischen Entwicklung*, zu der, wie wir wissen, selbst Hegel sich genötigt sah, seine Zuflucht zu nehmen in allen den Fällen, in welchen der Idealismus — selbst in seiner mächtigen und geschickten Hand — sich als ein machtloses und untaugliches Werkzeug herausstellte. Aber das, was bei Hegel bloß eine mehr oder weniger zufällige *geniale Vermutung* war, wurde bei Marx zu einer *strengen Wissenschaft*.

Der moderne dialektische Materialismus weiß zwar noch viel besser als der Idealismus, daß die Menschen ihre Geschichte unbewußt machen, da deren Gang durch die vom menschlichen Willen unabhängige Entwicklung der materiellen Produktivkräfte bestimmt wird. Der Materialismus weiß ferner auch, wenn „*die Eule der Minerva*“ ihren Flug beginnt. Allein in ihrem Flug, wie in allem anderen auch, sieht er nichts *Geheimnisvolles*. Er hat es verstanden, die vom Idealismus gefundene Lösung der Antinomie zwischen Freiheit und Notwendigkeit auf die Geschichte anzuwenden. Die Menschen machten ihre Geschichte unbewußt und mußten sie unbewußt machen nur so lange, als die Triebfedern der historischen Entwicklung ohne ihr Wissen, hinter ihrem Rücken wirksam waren. Sind aber einmal diese Triebfedern entdeckt, ist ihre Wirksamkeit erforscht, — so sind die Menschen in den Stand gesetzt, sie in die eigene Hand zu nehmen und ihren Zwecken dienstbar zu machen. Das Verdienst, diese Triebfedern entdeckt und ihre Wirksamkeit erforscht zu haben, gebührt *Marx*. Der moderne dialektische Materialismus, der nach der Meinung der Philister den Menschen vollständig zum Automaten macht, eröffnet ihm in Wirklichkeit zum ersten Mal in der Geschichte die Aussicht auf das *Reich der Freiheit und bewußter historischer Tätigkeit*. Aber in dieses Reich kann nur eine *Revolution* einführen: die Philister sind sich dessen bewußt oder haben wenigstens eine Ahnung davon; und deshalb verursacht ihnen die materialistische Geschichtsauffassung so viel Ärger und Kummer, deshalb kann und will kein einziger Philister diese Auffassung *sich zu eigen machen* oder auch nur *begreifen*. — Für Hegel war das Proletariat weiter nichts als Pöbel. Für Marx und die Marxisten ist das Proletariat eine große historische Macht, der Träger der Zukunft. Nur das

Proletariat ist fähig, die Marxsche Lehre sich zu eigen zu machen (von Ausnahmen sprechen wir hier nicht), — und mit jedem Tage wird es immer mehr von derselben durchdrungen. Die bürgerlichen Sykophanten verkünden laut, die sozialistische Literatur habe seit dem Erscheinen des *Kapital* kein einziges bedeutendes Werk aufzuweisen. Das ist erstens *unwahr*, und zweitens würde es nichts beweisen, wenn es auch wahr wäre. Kann denn etwa davon die Rede sein, daß der sozialistische Gedanke gegenwärtig in Schlaf versunken sei, da mit dessen Hilfe alltäglich und allstündlich die wichtigsten Entdeckungen gemacht werden, — nämlich *von den Arbeitern, die entdecken, daß die Herren Bourgeois zu nichts taugen!* Diese Entdeckungen bilden gegenwärtig eine notwendige Vorbedingung für die Fortentwicklung der Menschheit.

Hegel spricht mit Enthusiasmus vom athenischen Volke, vor dem „die Dramen des Aischylos und Sophokles vorgestellt worden“, an das „die Reden des Perikles gerichtet“ waren, aus dessen Mitte „ein Kreis von Männern erwuchs, die klassische Naturen für alle Jahrhunderte geworden sind“<sup>45</sup>. Dieser Enthusiasmus ist nun gewiß durchaus am Platze. Indes war doch das athenische „Volk“ ein *Volk von Sklavenhaltern*. Nicht an die Sklaven, die *Produzenten* jener Zeit, waren die Reden des Perikles gerichtet, nicht für sie waren die Werke der großen Dichter bestimmt. In unserer Zeit dagegen wendet sich die Wissenschaft *gerade an die Produzenten*, das heißt an das moderne Proletariat, und so sind wir durchaus berechtigt, mit Begeisterung auf die Arbeiterklasse zu blicken, für welche die größten Denker schreiben, an welche die besten Redner unserer Zeit ihre Reden richten. Jetzt erst ist endlich der engste und unzertrennliche Bund zwischen der *Wissenschaft* und den *Arbeitern* geschlossen, — ein Bund, der den Beginn einer neuen, höchst segensreichen Epoche in der Geschichte bedeutet.

Es werden hie und da Meinungen geäußert, der dialektische Standpunkt sei im Grunde durchaus identisch mit dem Standpunkt der sogenannten *Evolution* (Entwicklung). Die beiden Standpunkte haben unzweifelhaft manches miteinander gemeinsam, zugleich aber besteht zwischen denselben ein wesentlicher Unterschied, und zwar ein für die „*Evolution*“ ungünstiger. Die modernen *Evolutionisten* lieben es nämlich, sich den *Revolutionären* gegenüberzustellen und suchen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit auseinanderzusetzen, daß *weder in der Natur noch in der Geschichte* Sprünge stattfänden. Derartige Raisonnements bilden einfach ein Gegenstück zu denjenigen der Anarchisten, welche letztere ihrerseits nichts von der *Evolution* wissen wollen. Die Dialektik aber hat es schon längst verstanden, über *den abstrakten Gegensatz* zwischen *Evolution* und *Revolution* hinauszukommen. Sie weiß, daß Sprünge unvermeidlich sind, sowohl im Denken als auch in der Natur und in der Geschichte. Sie bringt es nicht fertig, einen in jedem Momente überall sich abspielenden Vorgang zu leugnen. Sie sucht nur die Bedingungen klarzu-

legen, unter denen die allmähliche Veränderung notwendigerweise zu einem Sprung führen muß<sup>46</sup>. Den Herren Evolutionisten wird es aber sehr bange zumute, sobald die Sache darauf hinauszulaufen beginnt, daß die bestehende Gesellschaftsordnung — die ja wie alles, was besteht, wert ist, daß sie zugrunde geht — einer anderen wird Platz machen müssen, und zwar vermitteltst eines gewissen politischen Sprungs, nämlich der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Vom Hegelschen Standpunkt aus konnten Utopien bloß einen historisch-symptomatischen Wert beanspruchen, als der Ausdruck der zur Zeit vorhandenen Gegensätze. Ebenso werden sie auch vom dialektischen Materialismus oder, mit anderen Worten, vom modernen wissenschaftlichen Sozialismus beurteilt. Nicht die Phantastereien von Reformern, sondern die Gesetze der Produktion und des Austausches bestimmen das Vorgehen der Sozialdemokratie. Im Gegensatz zu dem, was einst der Fall war, treten jetzt als Utopisten auf nicht die Sozialisten, sondern all diejenigen „Gesellschaftsretter“, die die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten suchen, sei es mit Hilfe von Ausnahmegesetzten oder einzelner Scheinreformen. Die am meisten charakteristische Eigentümlichkeit unserer Zeit ist eben der Umstand, daß nicht die Sozialisten, sondern ihre Gegner als Utopisten auftreten. Die utopistischen Anhänger der bestehenden Ordnung möchten sich selbst und den anderen die Überzeugung beibringen, daß diese Ordnung an und für sich vortrefflich sei: es könne sich also nur darum handeln, die Mißbräuche zu beseitigen, die sich in dieselbe eingeschlichen. Es kommen uns dabei unwillkürlich die Äußerungen Hegels über die Reformation in den Sinn: „Die Refor-

46 Hegel hat in vortrefflicher Weise das Sinnlose enthüllt, welches darin liegt, die Erscheinungen durch die allmähliche Veränderung allein erklären zu wollen: „Bei der Allmählichkeit des Entstehens“ — sagt er — „liegt die Vorstellung zugrunde, daß das *Entstehende* schon sinnlich oder überhaupt *wirklich vorhanden*, nur wegen seiner Kleinheit *noch nicht wahrnehmbar*, so wie bei der Allmählichkeit des Verschwindens, daß das *Nichtsein* oder das *andere*, an seine Stelle tretende gleichfalls *vorhanden*, nur *noch nicht bemerkbar sei*; — und zwar vorhanden nicht in dem Sinne, daß das andere in dem vorhandenen *andern an sich* enthalten, sondern daß es *als Dasein*, nur unbemerkbar, *vorhanden* sei. Es wird damit das Entstehen und Vergehen überhaupt aufgehoben ... und der wesentliche oder der Begriffsunterschied in einen äußerlichen, bloßen Größenunterschied [verwandelt]. — Das Begreiflichmachen eines Entstehens oder Vergehens aus der Allmählichkeit der Veränderung hat die der Tautologie eigene Langweiligkeit; es hat das Entstehende oder Vergehende schon vorher ganz fertig und macht die Veränderung zu einer bloßen Änderung eines äußerlichen Unterschiedes, wodurch sie in der Tat nur eine Tautologie ist.“ — *Wissenschaft und Logik*, Nürnberg 1812, 1. Bd., S. 313—314 [*Wiss. der Logik*, hg. von Georg Lasson. Erster Teil, Hamburg 1967, S. 383 f.]. Die Herren Evolutionisten würden überhaupt gut daran tun, wenn sie sich die Mühe nähmen, die Hegelsche Lehre vom Maß kennenzulernen, und insbesondere die „Knotenlinie der Maßverhältnisse“ berücksichtigen wollten.



mation ist aus dem *Verderben der Kirche* hervorgegangen. Das Verderben der Kirche ist nicht zufällig, nicht nur *Mißbrauch* der Gewalt und Herrschaft. Mißbrauch ist die sehr gewöhnliche Weise, ein Verderben zu benennen; es wird vorausgesetzt, daß die Grundlage gut, die Sache selbst mangellos, aber die Leidenschaften, subjektiven Interessen, überhaupt der zufällige Wille der Menschen jenes Gute als ein Mittel für sich gebraucht habe, und daß es um nichts zu tun sei, als diese Zufälligkeiten zu entfernen. In solcher Vorstellung wird die Sache gerettet und das Übel als ein ihr nur Äußerliches genommen. Aber wenn eine Sache auf eine zufällige Weise gemißbraucht wird, so ist dies nur im einzelnen, aber etwas ganz anderes ist ein allgemeines großes Übel in einer so großen und allgemeinen Sache, als eine Kirche ist<sup>47</sup>.“

Kein Wunder, daß Hegel in sehr geringem Grade die Sympathie all derjenigen genießt, die in der Gegenwart eine durch und durch verdorbene Gesellschaftsordnung durch Beseitigung einzelner Mißbräuche zu retten suchen! Es graut ihnen vor dem *latenten* revolutionären Geist der Hegelschen Philosophie.

Es gab eine Zeit, wo gegen Hegel sich diejenigen erhoben, die einer mehr oder weniger revolutionären Gesinnung huldigten und denen sein philisterhaftes Verhalten gegenüber der damaligen preußischen Wirklichkeit zuwider war. Diese Gegner Hegels fehlten darin, daß sie hinter der reaktionären Hülle den revolutionären Kern der Hegelschen Philosophie nicht zu entdecken wußten. Indes waren sie in ihrem Unmut über Hegel immerhin von achtungswerten Motiven geleitet. Heutzutage aber grollen Hegel die gelehrten Vertreter der Bourgeoisie, weil sie das *revolutionäre Wesen* seiner Philosophie erkennen oder instinktiv herausfühlen. Heutzutage liebt man es nicht, die Verdienste Hegels anzuerkennen; man stellt ihm gern *Kant* gegenüber, und schier jeder Dozent fühlt sich berufen, die Philosophie des „Königsberger Weisen“ zu „verjüngen“. Wir sind gern bereit, Kant alle ihm gebührende Achtung zu zollen. Der Verdacht liegt aber sehr nahe, daß die Neigung der bürgerlichen Gelehrten von heutzutage zur Kantschen Philosophie nicht ihrer starken, sondern ihrer *schwachen* Seite gilt, nämlich ihrem *Dualismus*. Der Dualismus ist im „*Moralischen*“ ein besonders bequemes Ding. Mit dessen Hilfe lassen sich die verlockendsten „*Ideale*“ aufbauen, die kühnsten Gedankenausflüge in eine „bessere Welt“ vornehmen, — ohne daß man je daran zu denken brauchte, die „*Ideale*“ in die Wirklichkeit zu übersetzen. Kann man sich denn etwas Besseres wünschen? — Im „*Ideal*“ kann man zum Beispiel die *Klassen* und die Ausbeutung einer Klasse durch die andere vollständig aufheben, zugleich aber in der Wirklichkeit für den Klassenstaat eintreten und die Einmischung der Militärgewalt fordern, jedesmal, wenn es den Ausgebeuteten einfallen sollte, „*hier, auf Erden schon*“, ihre Lage zu verbessern. Hegel betrachtete als eine Beleidigung der Vernunft den bloßen Gedanken daran, daß das *Vernünftige* nicht zur *Wirklichkeit*

47 *Philosophie der Geschichte* S. 497—498 [Jub 11/519 f.].

werden könne. Sein berühmter Satz: „*Was vernünftig ist, das ist wirklich; und was wirklich ist, das ist vernünftig*“<sup>48</sup>, hat bekanntlich Anlaß gegeben zu manchen Mißverständnissen in Deutschland und über dessen Grenzen hinaus, insbesondere in Rußland. Diese Mißverständnisse sind nun eigentlich dem Umstand zuzuschreiben, daß man unklare Vorstellungen davon hatte, was Hegel *Vernunft* und *Wirklichkeit* nannte. Indes, diese Wörter selbst in ihrer gewöhnlichen, vulgären Bedeutung genommen, darf man doch die Frage aufwerfen, ob denn nicht die revolutionäre Bedeutung der ersten Hälfte jenes Satzes: „*was vernünftig ist, das ist wirklich*“ in die Augen fällt? Auf die Geschichte angewendet bedeuten diese Worte nichts anderes als die Überzeugung davon, daß das Vernünftige nicht etwas *Jenseitiges* bleibt, sondern unbedingt *verwirklicht* wird. Ohne diese vielverheißende Überzeugung würde der revolutionäre Gedanke jegliche praktische Bedeutung verlieren. Die Geschichte ist nach Hegel die Auslegung und Verwirklichung des allgemeinen Geistes (das heißt auch der Vernunft) *in der Zeit*. Auf welche Weise konnte er nun demnach die geschichtliche Ablösung der aufeinanderfolgenden Gesellschaftszustände erklären? Eben dadurch, daß im Prozeß der geschichtlichen Entwicklung „*Vernunft Unsinn, Wohltat Plage wird*“. Mit Unsinn gewordener Vernunft braucht man aber nach Hegels Ansicht nicht viel Umstände zu machen. — Indem Cäsar die Staatsgewalt usurpierte, verletzte er die römische Verfassung. Dies war anscheinend ein schweres Verbrechen. Cäsars Gegner waren anscheinend durchaus berechtigt, sich als Beschützer des *Rechts* zu betrachten: sie standen auf „*gesetzlichem Boden*“. Allein das von ihnen verteidigte Recht war bloß „*ein formelles, vom lebendigen Geist und von Gott verlassenes Recht*“<sup>49</sup>. Die Verletzung desselben war also ein Verbrechen bloß vom formalen Standpunkte aus, in Wirklichkeit aber kann es nichts Leichteres geben, als den Rechtsverletzer Cäsar zu rechtfertigen: „Die Taten der großen Menschen, welche Individuen der Weltgeschichte sind, erscheinen so nicht nur in ihrer inneren bewußtlosen Bedeutung gerechtfertigt, sondern auch auf dem weltlichen Standpunkte. Aber von diesem aus müssen gegen welthistorische Taten und deren Vollbringer sich nicht moralische Ansprüche erheben, denen sie nicht angehören“<sup>50</sup>. — Über den Untergang des Sokrates, der als Feind der bestehenden Sittlichkeit verurteilt wurde, bemerkt Hegel: „Sokrates ist der Heros, daß er mit Bewußtsein das höhere Prinzip erkannt und ausgesprochen hat. Dieses höhere Prinzip hatte absolute Berechtigung. . . . Das ist die Stellung der Heroen in der Weltgeschichte überhaupt; durch sie geht neue Welt auf. Dieses neue Prinzip ist in Widerspruch mit dem bisherigen, erscheint als auflösend; die Heroen erscheinen also als gewaltsam, die Gesetze verletzend. Sie finden individuell ihren Untergang; aber dies Prinzip dringt selbst, wiewohl in anderer Gestalt, durch und untergräbt

48 [Rph S. 14.]

49 [Jub 11/105.]

50 A.a.O. S. 83—84 [Jub 11/105 f.]

das vorhandene<sup>51</sup>.“ All dies ist schon an sich deutlich genug. Die Sache wird jedoch noch deutlicher, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß nach Hegel als *Heroen* nicht nur einzelne Persönlichkeiten auftreten, sondern ebensosehr auch ganze Völker, wenn sie als Träger eines neuen welthistorischen Prinzips erscheinen. In diesen Fällen zeigt sich die Sphäre desjenigen, wozu solche Völker nach Hegel *berechtigt* sind, als eine sehr weite: „Gegen dies sein absolutes Recht, Träger der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des Weltgeistes zu sein, sind die Geister der anderen Völker rechtlos, und sie, wie die, deren Epoche vorbei ist, zählen nicht mehr in der Weltgeschichte<sup>52</sup>.“

Wir wissen, daß in der Gegenwart nicht irgendein einzelnes Volk als Träger eines neuen welthistorischen Prinzips erscheint, sondern eine *bestimmte Klasse*, nämlich das Proletariat, *innerhalb aller zivilisierten Völker*. Wir werden aber dem Geist der Hegelschen Philosophie nicht untreu werden, wenn wir sagen, daß gegenüber dem revolutionären Proletariat alle übrigen Klassen in der Weltgeschichte nur insofern zählen, inwiefern sie der proletarischen Bewegung förderlich oder hinderlich sind.

*Rücksichtsloses Streben nach einem großen historischen Ziel — dies ist das politische Vermächtnis der idealistischen Philosophie.*

51 *Geschichte der Philosophie*, 2. Band, S. 120 [Jub 18/120].

52 *Philosophie des Rechts* § 347.

Klaus Marezky

## Industrialisierung und Kapitalismus

### Probleme der Marxrezeption in Georg Lukács' „Geschichte und Klassenbewußtsein“

Die Entwicklung des Kapitalismus ist ohne die Industrialisierung nicht denkbar. Nach Marx besteht weder ein untrennbarer Zusammenhang zwischen Industrialisierung und Kapitalismus, noch ist ihr Zusammentreffen rein zufällig. Es ist gerade der Widerspruch zwischen dem „Prinzip der Maschinerie“ und den kapitalistischen Bedingungen ihrer Anwendung, der nach Marx zur Aufhebung des kapitalistischen Systems treibt.

Die Analysen in „Geschichte und Klassenbewußtsein“ erheben den Anspruch, dem Ansatz Marxs zu folgen. Und doch hat sich Lukács selbst später wiederholt von dieser Arbeit distanziert. Sie genießt indes in weiten Kreisen immer noch Autorität als marxistische Analyse. Es mag daher nützlich sein, eingehender als Lukács selbst den in „Geschichte und Klassenbewußtsein“ vorliegenden Ansatz mit dem von Marx zu konfrontieren<sup>1</sup>.

\*

Der Prozeß, worin sich der Mensch die Natur aneignet, d. h. die Vergegenständlichung des Menschen in der Arbeit<sup>2</sup> ist immer konkret gesellschaftlich bestimmt. Eine besondere Spielart dieses Prozesses der Aneignung der Natur ist der kapitalistische Produktionsprozeß: er ist Arbeitsprozeß in der besondern gesellschaftlichen Form als Verwertungsprozeß. Damit der Arbeiter sich die Natur aneigne, muß er hier seine Arbeitskraft verkaufen. Die Aneignung der Natur erscheint dadurch zugleich als Entfremdung. Die Entfremdung vom Produkt der Arbeit ist aber unter diesen Umständen das einzige Mittel, wodurch sich der Arbeiter verwirklichen, sich die Natur aneignen kann. Die Trennung von Subjekt und Objekt in jeder Form ist Mittel der Reproduktion des Subjekts als Teil der Natur. Die *Lohnarbeit*

1 Ich beschränke mich darauf, am Problem von Industrialisierung und Kapitalismus Lukács' Begriff von „Geschichte“ zu entwickeln. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen für seinen Begriff von „Klassenbewußtsein“, hier nur angedeutet, habe ich dargestellt in meiner Dissertation „Geschichte und Klassenbewußtsein. Probleme der Marxrezeption in Georg Lukács' geschichtsphilosophischem Werk“, die 1972 bei Luchterhand erscheinen soll. „Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien zur marxistischen Dialektik“ wird im folgenden zitiert nach der Erstausgabe, Berlin 1923.

2 Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: Marx/Engels, Werke, Ergänzungsband 1, Berlin 1968, S. 517.

als Form der Trennung von Subjekt und Objekt ist demnach nur eine *besondere* gesellschaftliche Form, in der sie Mittel der Reproduktion des Subjekts ist.

\*

Handwerk, Manufaktur, mechanisierte und automatisierte Industrie bezeichnen für Marx verschiedene Etappen der Aneignung der Natur durch den Menschen. Im Gegensatz zum Mythos vom „organisch gewachsenen“ Handwerk erinnert Marx daran, daß die Ausbildung des spezialisierten Handwerks selbst ein erster wichtiger Schritt ist in der Entwicklung der materiellen Bedingungen der Auflösung des bloß „auf Bluturgenge Natur und Herrschafts- und Knechtschafts(verhältnisse) gegründeten nur lokalen Zusammenhangs“<sup>3</sup>. Dies insofern nämlich, als die ihm eigentümlichen Produktionsinstrumente selbst schon das Produkt menschlicher Arbeit sind, während in der urtümlichen Landwirtschaft die durch Arbeit geschaffenen Produktionsinstrumente gegenüber dem Boden, der Erde als dem im wahrsten Sinn naturwüchsigen Produktionsinstrument nur eine verschwindende Größe darstellen.

Andrerseits sind im Handwerk zwar schon wesentliche Produktionsvoraussetzungen selbst Produkt der Arbeit. Jedoch sind die Produktionsinstrumente noch verwachsen mit der lebendigen Arbeit, mit dem je besondern Arbeitsgeschick. Das schließt ein freies Verhältnis zur Arbeit, d. h. prinzipiell unbegrenzte Disponibilität des Arbeiters aus. Die vorindustrielle Ära sieht die Menschheit sozusagen noch „am Gängelband der Natur“<sup>4</sup>. Mit ihrer noch nicht durch Arbeit vermittelten Naturnähe ist notwendig verbunden materielle und geistige Enge und Beschränktheit, insofern nicht planmäßige Aneignung der Natur im großen Maßstab, sondern nur sporadischer Eingriff in sie erfolgt, in einem Umfang, der bestimmt und begrenzt ist von den unmittelbar durch die anatomischen Gegebenheiten der menschlichen Hand sich bietenden Einwirkungsmöglichkeiten (daher „Hand“werk). In dieser Form kann die Arbeit nichts anderes sein denn „Anstrengung des Menschen als bestimmt dressierter Naturkraft“<sup>5</sup>.

Der Handwerker hat ein relativ breites Arbeitsfeld, in diesem abwechslungsreiche Tätigkeit. An sie aber ist er gefesselt, da seine lediglich empirisch gewonnenen und so erstarrten Arbeitsmethoden andern Arbeitsbereichen im allgemeinen nicht angepaßt werden können. Denn dies setzte voraus Kenntnis der „*wenigen großen Grundformen der Bewegung*“, worin alles produktive Tun des menschlichen Körpers, trotz aller Mannigfaltigkeit der angewandten Instrumente notwendig vorgeht“<sup>6</sup>, also wissenschaftliche Analyse des Arbeitsprozesses.

3 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 79.

4 Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1 in: Marx/Engels, Werke 23, Berlin 1968, S. 536.

5 Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 505.

6 Marx, Kapital I, a.a.O., S. 510.

Aber der Handwerker empfindet diesen Mangel nicht, solange seine Selbstgenügsamkeit sich in der Produktion einer in sich relativ abgeschlossenen Arbeitseinheit bestätigen kann. Das muß in dem Augenblick anders werden, wo zwar das Handwerk noch die Basis des Produktionsprozesses ist, andererseits die handwerksmäßig gebliebene Tätigkeit selbst auf wenige Handgriffe reduziert wird (manufakturmäßige Teilung der Arbeit), während für die Borniertheit der handwerklichen Tätigkeit eben nur die relative Weite des Arbeitsfeldes entschädigen konnte. Die Borniertheit der handwerklichen Tätigkeit liegt darin, daß sich dem einzelnen Handwerker die Beziehung zum Produkt als Ganzem nicht in einem unmittelbar gesellschaftlichen (kooperativen) Produktionsprozeß herstellen kann. Er ist sozusagen praktischer Individualist. Nur solange er das Produkt allein herstellt oder mit wenigen seinesgleichen, macht dessen unmittelbares Zur-Hand-sein, seine „Überschaubarkeit“, die bloß empirische Kenntnis seiner Zusammensetzung nicht als Mangel geltend.

Universelle Aneignung der Natur aktualisiert sich erst, wenn der Mensch nicht mehr den „modifizierten Naturgegenstand als Mittelglied zwischen das Objekt und sich einschiebt; sondern den Naturprozeß, den er in einen industriellen umwandelt, ... als Mittel zwischen sich und die unorganische Natur (schiebt), deren er sich bemeistert“<sup>7</sup>. Industrieproduktion bedeutet also, daß prinzipiell alle Voraussetzungen der Produktion durch menschliche Arbeit dem gesellschaftlichen Zweck adäquat angepaßte Naturvoraussetzungen sind. In dem Maße, wie wir immer kompliziertere Naturprozesse beherrschen lernen, werden sich technische Prozesse von den unmittelbaren Naturprozessen nur dadurch unterscheiden, daß wir die einen selbst in Gang gesetzt haben, die andren dagegen ohne unser Zutun ablaufen. Eine Etappe auf dem Wege der schrittweisen Realisierung dieses Prinzips ist die chemische Industrie, für die schon nicht mehr die Maschinerie im engeren Sinne, die Bearbeitung der Natur auf mechanischem Wege, charakteristisch ist.

Die mechanisierte Industrie ist darum die eigentlich kritische Periode in der Entwicklung des Arbeitsprozesses, und darin bevorzugter Gegenstand kulturkritischer Attacken, weil sie zwar das Prinzip der Industrie setzt, aber entsprechend der diesem unangemessenen (handwerklichen) Grundlage, worauf sie aufbaut, ist es in ihr erst in unvollkommener Form realisiert. Die mechanisierte Industrie ist die erste Form der „großen“ Industrie, d. h. des wissenschaftlich begründeten Produktionsprozesses und daher der planmäßigen universellen Aneignung der Natur. Aber noch ist die menschliche Arbeit selbst als unmittelbare, wenn auch aller bornierten Besonderheiten entkleidete Naturkraft in großem Ausmaß vonnöten.

So ist das Produktionsinstrument nicht an das Arbeitsgeschick dieses oder jenes Arbeiters gebunden, aber doch an unmittelbare Arbeit

7 Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 592 f.

überhaupt. Dadurch ist zwar die Verwachsenheit des Arbeiters mit dem einzelnen Produktionsinstrument und damit der bornierte Charakter der Arbeit aufgehoben, aber seine Disponibilität verdankt er der Reduzierung seiner Arbeit auf nahezu unterschiedslos einfache und daher leicht auswechselbare Arbeitstätigkeit. Die mechanisierte Industrie schafft das Verhältnis zur menschlichen Arbeit überhaupt, weil sie *real* von den handwerklichen Besonderheiten der Arbeit abstrahiert.

Diese Entwicklung bringt zugleich die vollständige Trennung der geistigen und körperlichen Potenzen der menschlichen Arbeit. Die vorindustrielle Tätigkeit ist — sofern nicht schon formell unters Kapital subsumiert — mehr oder minder körperliche und geistige, ausführende und disponierende Tätigkeit in einem, bedingt durch das Verwachsensein von Produktionsinstrument und individuellem Arbeitsgeschick.

Innerhalb der naturwüchsigen Produktion kann sich indes nur ein relativ geringes Potential der „allgemeinen Mächte des Kopfes“<sup>8</sup> bilden, das mit der Zerstörung eben jener Einheit von Kopf und Hand durch die Entwicklung der mechanisierten Industrie frei wird, ebenso wie die große Masse geistentleerer unmittelbarer Tätigkeit auf der anderen Seite. Deren Einheit stellt sich hier dar in der Einheit der vergegenständlichten Arbeit als Maschine, die in sich die ganze Schöpferkraft des Menschen konzentriert, und der lebendigen Arbeit als Arbeiter, der sie mit wenigen, monoton sich wiederholenden Handgriffen „bedient“.

Die Auflösung der unmittelbaren Einheit von Kopf und Hand ist indes notwendig, da eben jene Unmittelbarkeit der Einheit die Entwicklung beider verhindert. Es ist also auch „technisch“ nicht möglich, eine neue Einheit auf höherer Stufe herauszubilden, ohne mit der Auflösung der unmittelbaren, naturwüchsigen Einheit der beiden Momente der Arbeit (verstanden i. e. S. als produktive Tätigkeit unter Absehung von der gesellschaftlichen Zwecksetzung) fürs erste deren Einheit im einzelnen Individuum überhaupt aufzulösen.

Aber an sich ist auch die Verwandlung des Handwerkers in einen Teilarbeiter eine „List der Vernunft“, ein neuer Sieg über die Natur, der die Herrschaftsbasis des Menschen verbreitert. Sie bedeutet daher an sich nicht zunehmende Unterjochung des Arbeiters unter die objektiven Produktionsbedingungen, sondern umgekehrt zunehmende Herrschaft über sie, weil und insofern sie Produkt der menschlichen Arbeit geworden sind. *Kapitalistisch* angewendet ist dieses Mehr an Herrschaft über die Natur indes gleichbedeutend mit Unterwerfung der Arbeiter in der Industrie unter die Maschine, aber der Maschine nur als der *gegenständlichen Form des Kapitals*<sup>9</sup>. Sie

<sup>8</sup> a.a.O., S. 593.

<sup>9</sup> Daß „die Maschinerie die entsprechendste Form des Gebrauchswerts des capital fixe“, bedeute nicht, „daß die Subsumtion unter das gesellschaftliche Verhältnis des Kapitals das entsprechendste und letzte gesellschaftliche Produktionsverhältnis für die Anwendung der Maschinerie“

ist an sich vergegenständlichte Produktivkraft der Arbeiter, aber indem sie ihnen gegenüber als *fremdes Eigentum* existiert, ist sie ihrer Verfügungsgewalt entzogen. Sie sind daher von ihr, ohne die sie nicht arbeiten können aufgrund der oben angeführten technischen Bedingungen, welche das Kapital schaffen ließ, als einer fremden Macht abhängig.

Das ist es, was Marx unter *Entfremdung* des Lohnarbeiters versteht. Auch unter kapitalistischen Bedingungen eignet sich der Arbeiter die Natur an und verwirklicht sich darin, aber die „Verwirklichung der Arbeit erscheint“ hier zugleich „als *Entwirklichung* des Arbeiters, die Vergegenständlichung als Verlust und Knechtschaft des Gegenstandes, die Aneignung als Entfremdung, als Entäußerung“<sup>10</sup>.

Die Maschine bleibt in jedem Fall Vergegenständlichung der Fähigkeiten und Kräfte der Menschen, die, wie Marx sagt, selbst gegenständliche Naturwesen sind (ebd.). Es sind spezifische gesellschaftliche Bedingungen, die das Produkt zum Herren über die Produzenten machen; es ist also das Verhältnis des Menschen zum Menschen, das das Verhältnis des Menschen zur Natur (einschließlich seiner objektiven Produktionsbedingungen) bestimmt.

Die kapitalistische Anwendung der Maschinerie zu deren Natur-eigenschaft erklären, hieße die Entfremdung zu verewigen, da schlechterdings der Kapitalismus nicht beseitigt werden könnte ohne die Maschinerie mit ihm. Diesen Unterschied zwischen dem materiellen Substrat und der gesellschaftlichen Zielsetzung, die sich mit seinem Gebrauch verbindet, gilt es festzuhalten und klar herauszuarbeiten. Es genügt indes nicht allein den Unterschied zu sehen, wenn wir die Frage nach der Möglichkeit oder gar Notwendigkeit der Aufhebung der Entfremdung beantworten wollen. Wenn die Technik, die unmittelbare Produktionssphäre, wirklich kein vom allgemeinen Gesellschaftsprozeß isolierter Bereich ist, kann ihr Verhältnis zur gesellschaftlichen Form kein zufälliges sein. Soweit hier Unterschiede im Verhältnis von Form und Inhalt auftreten, sind sie solche des Grades der Verträglichkeit einer bestimmten gesellschaftlichen Anwendung mit den angewendeten Produktionsmitteln. So nehmen nach Marx die Widersprüche zwischen dem „Prinzip der Maschinerie“ und ihrer kapitalistischen Anwendung in dem Maße zu, wie die große Industrie entwickelt werde<sup>11</sup>.

Der zur Auflösung ihrer Einheit treibende Widerspruch zwischen der Maschinerie an sich und ihrer kapitalistischen Anwendung stellt sich Marx kurz gefaßt etwa so dar: einerseits beseitigt die Maschi-

und „daß dieser Gebrauchswert — die Maschinerie an sich — Kapital ist, oder daß ihr Bestehn als Maschinerie identisch ist mit ihrem Bestehn als Kapital; sowenig wie das Gold aufhörte seinen Gebrauchswert als Gold zu haben, sobald es nicht mehr *Geld* wäre...“ Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 587.

10 Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, a.a.O., S. 512.

11 Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke 13, Berlin 1969, S. 8 f.



nerie den technischen Grund der manufakturmäßigen Arbeitsteilung, damit der Fesselung des Arbeiters an eine Teilfunktion, „andererseits fallen die Schranken, welche dasselbe Prinzip der Herrschaft des Kapitals noch auferlegte“<sup>12</sup>. Denn während die Leistungsfähigkeit des Menschen ohne Mitwirken von Maschinerie über eine relativ enge Grenze hinaus nicht gesteigert werden kann, setzt erst der Einsatz von Maschinerie dem Selbstverwertungsprozeß des Kapitals keine prinzipielle Schranken mehr. Aber indem das Kapital das Prinzip des Eigennutzes voll entfaltet, entwickelt es als Mittel seiner Akkumulation den gegenständlichen Reichtum, revolutioniert es die Produktionsmethoden, beseitigt es alle lokalen Beschränktheiten; entwickelt es mit einem Wort in der Form des bloßen Mittels zur privaten Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums die „Allgemeinheit und Allseitigkeit der Beziehungen und Fähigkeiten der Individuen“<sup>13</sup>. Die Revolutionierung der Produktionsmethoden ist zwar begründet im Kampf des Kapitals gegen die Lohnabhängigen — vermittelt durch den Kampf der Einzelkapitale um die Realisierung der Extraprofite durch Senken der notwendigen Arbeit unter den jeweiligen Durchschnitt und durch entsprechende Ausweitung der Mehrwert bildenden Mehrarbeit — und hat zur Konsequenz die Schaffung bzw. Erhaltung einer industriellen Reservearmee, die den Lohndruck in Grenzen hält<sup>14</sup>. Aber in dem Maße, wie das Kapital die materiellen Voraussetzungen der Reduzierung der unmittelbaren Arbeit schafft und die allein wertbildende unmittelbare Arbeit Automaten überträgt, entzieht es sich seine Existenzbasis<sup>15</sup>.

Marx faßt die historische Stellung und Funktion der kapitalistischen Produktionsweise in den Worten zusammen, „daß die *äußerste Form der Entfremdung*, worin, im Verhältnis des Kapitals zur Lohnarbeit, die Arbeit, die produktive Tätigkeit zu ihren eignen Bedingungen und ihrem eignen Produkt erscheint, ein notwendiger Durchgangspunkt ist — und daher *an sich*, nur noch in verkehrter, auf den Kopf gestellter Form schon enthält die Auflösung aller *bornierten Voraussetzungen der Produktion*, und vielmehr die unbedingten Voraussetzungen der Produktion schafft und herstellt, daher die vollen materiellen Bedingungen für die totale, universelle Entwicklung der Produktivkräfte des Individuums“<sup>16</sup>.

\*

Wie Marx ist auch Lukács der Auffassung, daß sich im Industriebetrieb „der Aufbau der ganzen kapitalistischen Gesellschaft konzentriert offenbart“<sup>17</sup>. In der Verdinglichung (= Entfremdung) erblickt

12 Marx, Kapital I, a.a.O., S. 390. Vgl. auch S. 445 f., S. 455. Ferner: Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 587.

13 Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 80.

14 Vgl. Marx, Kapital I, 23. Kapitel, insbes. den 3. Abschnitt.

15 Vgl. Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 592 ff.

16 a.a.O., S. 414 f.

17 Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien zur marxistischen Dialektik, Berlin 1923, S. 102.

er deren Wesensmerkmal. Sie beinhaltet, „daß durch sie dem Menschen seine eigene Tätigkeit, seine eigne Arbeit als etwas Objektives, von ihm Unabhängiges, ihn durch menschenfremde Eigengesetzlichkeit Beherrschendes gegenübergestellt wird. . . Objektiv, indem eine Welt von fertigen Dingen und Dingbeziehungen entsteht (die Welt der Waren und ihrer Bewegung auf dem Markte). . . Subjektiv, indem — bei vollendeter Warenwirtschaft — die Tätigkeit des Menschen sich ihm selbst gegenüber objektiviert, zur Ware wird. . .“<sup>18</sup>.

Die Menschen sind hier nicht Herren des Produktionsprozesses, den sie selbst doch in Gang gesetzt haben und in Gang halten, sondern sie sind ihm unterworfen und verhalten sich zu ihm als zu einer jenseits ihrer Einflußmöglichkeiten liegenden Macht. Die Beziehungen der Menschen untereinander verwandeln sich in „eine Welt von fertigen Dingen“, die eigene Tätigkeit objektiviert sich gegenüber dem Individuum. Beide Vorgänge werden als Verwandlung menschlicher Verhältnisse und Eigenschaften in *Ware* charakterisiert. Die eigene Tätigkeit wird zur Ware erst bei „vollendeter Warenwirtschaft“. Der Warenverkehr aber ist „die herrschende Form des Stoffwechsels einer Gesellschaft“ nur in der bürgerlichen, kapitalistischen Gesellschaft. Darum ist „das Problem des Warenfetischismus ein *spezifisches* Problem unserer Epoche, des *modernen* Kapitalismus“<sup>19</sup>, ja es ist *das* „zentrale, strukturelle Problem der kapitalistischen Gesellschaft in allen ihren Lebensäußerungen“<sup>20</sup>.

Eine „Anthropologisierung“ der Verdinglichung widerspräche also Lukács' Intentionen. Ließe sich die Verdinglichung nicht historisch lokalisieren, dann auch nicht die Revolutionierung der bürgerlichen Gesellschaft. Stimmt aber schon die Identifizierung des Begriffs *Ware* Arbeit mit dem der *Ware* Arbeitskraft bedenklich — Marxens Mehrwerttheorie basiert gerade auf der *Unterscheidung* dieser beiden Begriffe (s. u.) —, so erst recht seine Darstellung der Entwicklung des Arbeitsprozesses. Marx begründet die Notwendigkeit der Revolution mit den wachsenden Widersprüchen der Produktivkräfte (dazu gehören auch die Produktionsinstrumente) zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Eben die Herausarbeitung dieses Widerspruchs fehlt indes bei Lukács: „Verfolgt man den Weg, den die Entwicklung des Arbeitsprozesses vom Handwerk über Kooperation, Manufaktur zur Maschinenindustrie zurücklegt, so zeigt sich dabei eine ständig zunehmende Rationalisierung, eine immer stärkere Ausschaltung der qualitativen, menschlich-individuellen Eigenschaften des Arbeiters. Einerseits, indem der Arbeitsprozeß in stets wachsendem Maße in abstrakt rationelle Teiloperationen zerlegt wird, wodurch die Beziehung des Arbeiters zum Produkt als Ganzem zerrissen und seine Arbeit auf eine sich mechanisch wiederholende Spezialfunktion reduziert wird. Andererseits, indem in und infolge dieser

18 a.a.O., S. 97 f.

19 a.a.O., S. 95.

20 a.a.O., S. 94.

Rationalisierung die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ... als objektiv berechenbares Arbeitspensum, das dem Arbeiter in fertiger und abgeschlossener Objektivität gegenübersteht, hervorgebracht wird<sup>21</sup>.“ Wo Marx gerade die widersprüchliche und damit zur Aufhebung treibende Einheit zwischen dem industriellen Arbeitsprozeß und den kapitalistischen Bedingungen, unter denen er sich vollzieht, betont, scheinen bei Lukács eher beide Momente die Entwicklung in dieselbe unheilischwangere Richtung voranzutreiben. Damit allerdings bliebe die Frage nach den immanenten über die Verdinglichung hinaustreibenden Kräften offen.

Auch die wirkliche Entwicklung des Arbeitsprozesses bestätigt Lukács' Darstellung nicht. Denn daß eine eindeutig positive Korrelation zwischen der „zunehmenden Rationalisierung“ und der „Reduktion der Arbeit auf eine sich mechanisch wiederholende Spezialfunktion“ bestehe, kann man längstens seit dem Übergang zur hochmechanisierten und automatisierten Produktion nicht mehr behaupten. Lukács hatte zwar Fließbandsystem und „wissenschaftliche Betriebsführung“ (Taylor-System) als modernsten Beitrag zur Arbeitsteilung vor Augen. Es mochte scheinen, daß sie den Menschen endgültig zum Anhängsel der Maschine gemacht habe oder doch machen werde. Wir dürfen aber nicht die „Dialektik der Arbeitsteilung“<sup>22</sup> vergessen: indem die menschliche Tätigkeit unter Einsatz moderner wissenschaftlicher Hilfsmittel auf der Grundlage von Bewegungs- und Zeitstudien in ihre einzelnen Elemente zerlegt und weitgehend standardisiert und automatisiert wurde, war es nur ein Schritt — und er wurde und wird getan —, diese Tätigkeit wirklichen Automaten zu übertragen. Was einerseits ungeheuerliche Reduktion menschlicher Tätigkeit auf einen monoton sich wiederholenden Handgriff, ist zugleich eine der Voraussetzungen, die technischen Bedingungen zur Befreiung des Menschen von stumpfsinniger Tätigkeit zu schaffen. Im automatisierten Produktionsprozeß ist der Zustand erreicht, in welchem „die Arbeit nicht mehr so sehr als in den Produktionsprozeß eingeschlossen (erscheint), als sich der Mensch vielmehr als Wächter und Regulator zum Produktionsprozeß selbst verhält... Er tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein“<sup>23</sup>.

Daß die Monotonie der Tätigkeit mit dem Rationalisierungsgrad geradlinig zunehme, läßt sich empirisch nicht belegen, und es ist auch nicht recht einsichtig, warum die „Zerlegung des Arbeitsprozesses in abstrakt-rationelle Teiloperationen“ *an sich* die Beziehung des Arbeiters zum Produkt als Ganzem zerstöre; es sei denn, die Beziehung des *Handwerkers* zum Produkt werde als einzig mögliche Form einer solchen Beziehung anerkannt. Die Wahl der Termini bei der Beschreibung vor-industrieller Produktionsprozesse nährt in der Tat

21 a.a.O., S. 99.

22 Georges Friedmann, *Der Mensch in der mechanisierten Produktion*, Köln 1952, S. 178.

23 Marx, *Grundrisse*, a.a.O., S. 592.

den Verdacht einer romantischen Verklärung des Handwerks und vorindustrieller Lebensformen, etwa wenn Lukács gegen den industriellen Produktionsprozeß gerichtet schreibt: „Die Berechenbarkeit des Arbeitsprozesses (erfordert) ein Brechen mit der organisch-irrationalen, stets qualitativ bedingten Einheit des Produkts selbst<sup>24</sup>.“ Oder: „Die Gegenstände der Bedürfnisbefriedigung erscheinen nicht mehr als Produkte des organischen Lebensprozesses einer Gemeinschaft<sup>25</sup>.“ Das „Brechen mit der organischen Einheit“ betrifft überdies nicht mehr allein die *mechanisierte* Industrie, denn „Berechenbarkeit“ charakterisiert die automatisierte Industrie eher in viel höherem Grade — es sei denn, „Berechenbarkeit“ schließe die spezifische gesellschaftliche Zielsetzung, die sich mit der Berechnung verbindet, also die „ökonomische Formbestimmtheit“<sup>26</sup>, ein.

Lukács' kulturkritische Polemik gegen den „mechanisch-gesetz-mäßigen Prozeß“, der „sich unabhängig vom Bewußtsein, unbeeinflußbar von einer menschlichen Tätigkeit abspielt“<sup>27</sup>, gipfelt in der Bemerkung: „Das tiefgehendste Mißverständnis von Engels liegt jedoch darin, daß er das Verhalten der Industrie und des Experiments für Praxis — im dialektisch-philosophischen Sinne — hält. Das Experiment ist die am reinsten kontemplative Verhaltensweise. Der Experimentator schafft ein künstliches, abstraktes Milieu, um das ungestörte Sichauswirken der zu beobachtenden Gesetze ungehindert, alle hemmend irrationalen Elemente sowohl von der Seite des Subjekts wie von der des Objekts ausschaltend beobachten zu können...“<sup>28</sup>. Wenn Praxis, d. h. „Beeinflußbarkeit durch menschliche Tätigkeit“, „Abhängigkeit (des Objekts) vom Bewußtsein“ voraussetzt, ist diese Polemik berechtigt. Für den gewöhnlichen Menschenverstand indes legt der Experimentator, der „ein künstliches, abstraktes Milieu schafft“, ein eigentlich recht aktives Verhalten an den Tag. Und er hält auch das Experiment für eine ziemlich praktische Sache, weil die „Beobachtung“ des „ungestörten Sichauswirkens der Gesetze“ Grundbedingung ihrer effektiven Ausnutzung in der industriellen Produktion ist. Ein Materialist wird sich an Prozessen, die sich „unabhängig vom Bewußtsein“ abspielen, nicht stoßen und sich dadurch nicht zu „kontemplativer Haltung“ verdammt wähnen, er wäre andernfalls permanent in ihr befangen — denn die Unabhängigkeit vom Bewußtsein ist Merkmal *aller* gesellschaftlichen Prozesse<sup>29</sup>.

24 Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, a.a.O., S. 100.

25 a.a.O., S. 103.

26 Eine gute Darstellung des Zusammenhangs zwischen ökonomischer Form und ihrem gesellschaftlichen Inhalt bei Roman Rosdolsky, Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen „Kapital“. Der Rohentwurf des „Kapital“ 1857—58, 2 Bde., Frankfurt/M. 1968, 3. Kapitel.

27 Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, a.a.O., S. 101.

28 a.a.O., S. 146.

29 Wenn für Marx zugleich gälte: Sein bestimmt Bewußtsein und ein vom Bewußtsein unabhängiger Prozeß ist ein von menschlicher Tätigkeit unbeeinflußbarer Prozeß, könnte er Tätigkeit überhaupt nicht mehr er-

Die bisherige Diskussion drängte die Vermutung auf, daß Lukács schon den Arbeitsprozeß als solchen, wirkend im Sinne „einer immer stärkeren Ausschaltung der qualitativen, menschlich-individuellen Eigenschaften des Arbeiters“<sup>30</sup>, für die Verdinglichung verantwortlich macht; daß für ihn nicht wie für Marx Entfremdung erst Resultat spezifischer gesellschaftlicher Bedingungen ist, worin die objektiven Produktionsbedingungen als fremdes Eigentum zur feindlichen Macht gegenüber den Produzenten geworden sind. Auf der anderen Seite erinnern wir uns, daß für Lukács Verdinglichung u. a. darin zum Ausdruck kam, daß „die Tätigkeit des Menschen sich ihm selbst gegenüber objektiviert, zur Ware wird . . .“<sup>31</sup>. Welche Beziehung besteht nun zwischen den Aussagen über die „Rationalisierung des Arbeitsprozesses“ und über die „Verwandlung der Tätigkeit in Ware“?

Zur Bestätigung seiner These von der Objektivierung der menschlichen Tätigkeit läßt Lukács ein Zitat folgen, worin Marx bemerkt: „Was also die kapitalistische Epoche charakterisiert, ist, daß die Arbeitskraft für den Arbeiter die Form einer ihm gehörigen Ware . . . erhält“<sup>32</sup>. Marx spricht von der Ware *Arbeitskraft*, Lukács dagegen von der Ware *Arbeit*<sup>33</sup>, an anderer Stelle auch vom Arbeiter als Ware<sup>34</sup>. Lukács sieht in diesen Ausdrücken offenbar nur verschiedene Ausdrücke für ein und dieselbe Sache. Für Marx selbst allerdings hat die Unterscheidung zwischen der Ware *Arbeitskraft* und der Ware *Arbeit* bzw. dem Wert der *Arbeitskraft* und der *Arbeit* fundamentale Bedeutung — wie oben schon gesagt, wäre ohne sie seine Mehrwerttheorie nicht denkbar<sup>35</sup>, die auf der Bestimmung des Wertes als eines bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisses basiert und eben dadurch gestattet, die kapitalistische Produktionsweise in ihrer historischen Begrenztheit zu begreifen.

Nur die Unterscheidung zwischen dem Wert der *Arbeitskraft* und dem Wert(produkt) der *Arbeit* liefert Marx die Erklärung des Mehrwertes, die die Grundlage der Warenproduktion, also auch die der kapitalistischen Produktionsweise als ihrer entwickeltsten Form, nämlich den Austausch von Äquivalenten nicht antastet. Das Arbeitsprodukt als Ware ist wie gesagt widersprüchliche Einheit von Gebrauchswert und Wert. Grundlage des Doppelcharakters der Ware ist der Doppelcharakter der Arbeit: als konkrete bildet sie den Ge-

klären. Vgl. die Eingangsformulierung jener berühmten Passage im Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie, wo Marx davon spricht, daß die Individuen von ihrem Willen unabhängige Produktionsverhältnissen eingehen, a.a.O., S. 13.

30 Lukács, *Geschichte und Klassenbewußtsein*, a.a.O., S. 99.

31 a.a.O., S. 98.

32 a.a.O., S. 98 (zitiert nach Marx, *Kapital I*, a.a.O., S. 184).

33 auch a.a.O., S. 185 f., S. 188, S. 193.

34 a.a.O., S. 184 f.

35 Für die Begründung dieses Unterschieds besonders wichtig: Marx, *Kapital I*, 4. und 17. Kapitel.

brauchswert, als abstrakte den Wert der Ware<sup>36</sup>. Um austauschbar zu sein, müssen die Produkte für Andere Gebrauchswert haben<sup>37</sup>. Ausgetauscht werden Äquivalente, d. h. Waren, die dasselbe Quantum (abstrakter) Arbeit, gemessen an der gesellschaftlich notwendigen, d. h. durchschnittlichen Arbeitszeit, enthalten<sup>38</sup>.

Kapital ist bestimmt als sich selbst verwertender, d. h. sich vermehrender Wert<sup>39</sup>. Der Warenaustausch als Austausch von Äquivalenten erklärt diesen Mehrwert nicht. Übervorteilung des einen Warenbesitzers durch den andren, da im großen ganzen sich ausgleichend, scheidet ebenfalls als Erklärung aus<sup>40</sup>. Da nur Äquivalente ausgetauscht werden, kann die Wertveränderung nicht vom Wert der Waren, sondern nur von ihrem Gebrauchswert her erklärt werden: Damit das Prinzip des Äquivalentenaustausches nicht verletzt werde, ist eine Ware anzunehmen, deren Gebrauchswert darin besteht, einen Tauschwert zu produzieren, der höher ist als ihr eigener Tauschwert. Eben die menschliche *Arbeitskraft* als das Arbeitsvermögen im Unterschied zur sich vergegenständlichenden, daher verwirklichenden Arbeit ist diese Ware<sup>41</sup>. Bei entwickelter Produktion ist der Wert, den die lebendige Arbeit den Arbeitsgegenständen hinzufügt (das Wertprodukt der Arbeit), erheblich größer als der Wert jener Arbeitsprodukte, mit denen der Arbeiter seine und seiner Familie Existenz reproduzieren kann<sup>42</sup>. Der Wert, den er in dem Teil seines Arbeitstages erzeugt, der über die notwendige, seiner Reproduktion dienende Arbeit hinausgeht, ist der Mehrwert<sup>43</sup>.

Ist auch der Doppelcharakter der Arbeit die Naturbasis des Doppelcharakters der Ware, so ist doch dies, daß die Arbeitsprodukte Warenform annehmen, Produkt erst der eigentümlichen *gesellschaftlichen Anwendung* der Arbeit, worin die beiden dialektisch zusammengehörenden Momente der Arbeit als zugleich dualistisch getrennt und unmittelbar identisch erscheinen. In der Ware, die zugleich sie selbst ist, insofern sie als Gebrauchswert Produkt nützlicher Arbeit darstellt, und ihr andres, nämlich bloße Erscheinungsform, sachliche Hülle der auf sie verausgabten abstrakt menschlichen Arbeit<sup>44</sup>, drückt sich nach Marx der Widerspruch einer Produktionsweise aus, worin nicht wie in der unmittelbar vergesellschafteten Arbeit ihre Besonderheit, sondern die *Allgemeinheit* der Arbeit ihre unmittelbar gesellschaftliche Form ist<sup>45</sup>. Die Gleichheit der menschlichen Arbeit nimmt darum Wertform, „eine von ihrer Realität verschiedene phan-

36 Marx, Kapital I, a.a.O., S. 56.

37 a.a.O., S. 55.

38 a.a.O., S. 54.

39 a.a.O., S. 167 ff.

40 a.a.O., S. 175.

41 a.a.O., S. 181.

42 a.a.O., S. 180 ff.

43 a.a.O., S. 230.

44 a.a.O., S. 105.

45 a.a.O., S. 91.

tastische Gestalt“<sup>46</sup> an, weil es voneinander unabhängige *Privat*-arbeiten sind, die allein via Austausch der Arbeitsprodukte unmittelbar gesellschaftlichen Charakter erhalten<sup>47</sup>.

Die Ware Arbeitskraft mit der Ware Arbeit gleichsetzen, hieße den gegenständlichen Schein, wonach der Wert, obwohl ein gesellschaftliches Verhältnis ausdrückend, als dingliche Eigenschaft der Arbeitsprodukte erscheint, an die er gebunden, für die Realität nehmen; hieße der Arbeit als solcher Wert zusprechen. „Die Arbeit ist die Substanz und das immanente Maß der Werte, aber sie selbst hat keinen Wert“<sup>48</sup>.

Der sorglose Gebrauch in der Verwendung des Begriffs der Ware Arbeit, seine stillschweigende Gleichsetzung mit dem der Ware Arbeitskraft bei Lukács bestätigt, was sich schon bei der Diskussion des Begriffs des Arbeitsprozesses zeigte: er vermag offenbar nicht eindeutig Marxens Unterscheidung zwischen dem Inhalt und seiner ökonomischen Form nachzuvollziehen und damit nicht den spezifischen gesellschaftlichen Charakter der kapitalistischen Warenproduktion im Marxschen Sinn zu bestimmen.

Das zeigt sich ein weiteres Mal im Zusammenhang mit dem Begriff der Arbeit überhaupt. Abstrakte Arbeit ist als „Verausgabung menschlicher Arbeitskraft ohne Rücksicht auf die Form ihrer Verausgabung“<sup>49</sup> Natureigenschaft der Arbeit, eben ihr abstraktes Moment, worin alle Arbeiten gleich sind. Ist so die Gleichheit der Arbeiten unmittelbar gegeben, so sind sie doch erst in einem langen historischen Prozeß exakt vergleichbar geworden. Denn menschliche Arbeitskraft wird zwar verausgabt, unabhängig davon, was und wieviel produziert wird. Gesellschaftlich gesehen ist solche Verausgabung indes uninteressant, wenn sie nicht in einer bestimmten quantitativen Beziehung zum Produktionsresultat steht. Die Messung der „Verausgabung menschlicher Arbeit“, schon gepflegt in gesellschaftlichen Frühformen, die noch keine Warenproduktion kannten<sup>50</sup>, hat sich entwickelt mit bestimmten gesellschaftlichen Bedürfnissen und ihr Reifestadium erreicht zu Beginn des Zeitalters der großen Industrie mit der weitgehenden Reduzierung unmittelbarer Arbeit auf einfache Arbeit.

Es ist daher kein Zufall, daß sich gerade in dieser Zeit auch der Begriff der „Arbeit schlechthin“ entwickelt hat. Aber kann man sagen, Marx habe, als er die Entstehung des allgemeinen Arbeitsbegriffs behandelte, „eindringlich darauf hingewiesen, daß es sich hier (— nämlich beim allgemeinen Arbeitsbegriff. Verf.) um eine *historische* Eigentümlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft han-

46 a.a.O., S. 91.

47 a.a.O., S. 87.

48 a.a.O., S. 559.

49 a.a.O., S. 52.

50 Marx verweist in diesem Zusammenhang auf die Germanen, die die Größe eines Morgens Land nach der Arbeit eines Tages berechneten. A.a.O., S. 86, Anm.

delt“<sup>51</sup>? Vielleicht meint Lukács etwas anderes, er sagt aber damit, daß der allgemeine Arbeitsbegriff mit der kapitalistischen Gesellschaft steht und fällt. Aber weil die Arbeit *erst* mit der und durch die kapitalistische Produktionsweise aufhört, „*nur* in besondrer Form gedacht werden zu können“<sup>52</sup>, darum vergeht die allgemeine Form, in der sie gedacht wird, nicht mit der kapitalistischen Gesellschaft. Etwas ganz anderes ist es, daß der allgemeine Arbeitsbegriff im Zusammenhang mit den realen Veränderungen im Verhältnis von Arbeit und Freizeit modifiziert und bereichert werden wird, daß er aufhören wird, Gegensatzbegriff zu Freizeit zu sein.

Lukács stellt weiterhin fest, „daß die abstrakte, gleiche, vergleichbare, die an der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit mit stets zunehmender Exaktheit meßbare Arbeit, die Arbeit der kapitalistischen Arbeitsteilung zugleich als Produkt und als Voraussetzung der kapitalistischen Produktion erst im Laufe ihrer Entwicklung entsteht...“<sup>53</sup>. Sein relativistisches Verständnis des allgemeinen Arbeitsbegriffes legt die Annahme nahe, daß sich für ihn die abstrakte Arbeit darauf *reduziere*, „die Arbeit der kapitalistischen Arbeitsteilung“ zu sein. Man muß also, was immer das auch konkret heißen mag, annehmen, sie sei *Spezifikum* der kapitalistischen Produktionsweise, das mit ihr vergeht.

Anders schätzt Marx das Verhältnis von abstrakter Arbeit und Wert ein. Wohl ist „Tauschwert setzende Arbeit ... abstrakt allgemeine Arbeit“<sup>54</sup>, aber man kann diese Gleichung nicht umkehren. Abstrakt menschliche Arbeit *kann* Tauschwert setzende Arbeit werden, bestimmte gesellschaftliche Bedingungen vorausgesetzt. So ist die abstrakte Arbeit wie deren Messung für Marx nichts den Kapitalismus spezifisch Kennzeichnendes. Das Messen der verausgabten Arbeitskraft durch ihre Zeitdauer in der Form der *Wertgröße* der Arbeitsprodukte ist, allen engen Interessen ungeachtet, denen es dient, nur die *erste* historische Form, im gesamtgesellschaftlichen Maßstab die quantitative Beziehung zwischen Arbeitsaufwand und -resultat immer rationeller zu gestalten, d. h. die Arbeitsproduktivität kontinuierlich zu erhöhen. Dies aber ist entscheidend für die „Ökonomie der Zeit“ und Vorbedingung für die Schaffung disponibler Zeit zur freien Entfaltung des Individuums. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität „ist wichtig, weil das Kapital — ganz unab-sichtlich — die menschliche Arbeit auf ein Minimum reduziert, die Kraftausgabe. Dies wird der emanzipierten Arbeit zugute kommen und ist die Bedingung ihrer Emanzipation“<sup>55</sup>.

Das Übel liegt nach Marx nur in den einschränkenden Bedingungen, unter denen die menschlichen Arbeiten vergleichbar werden, im

51 Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, a.a.O., S. 18.

52 Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie. Einleitung, a.a.O., S. 635. Hervorhebung von mir.

53 Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, a.a.O., S. 98 f.

54 Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, a.a.O., S. 17.

55 Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 589.



engen gesellschaftlichen Zweck. Nur in der kapitalistischen Warenproduktion nimmt die in allen Gesellschaftsformen mehr oder minder notwendige Bestimmung der Arbeitsproduktivität die charakteristischen „rechenhaften“, „berechnenden“ Züge im negativen Wortsinn an: mit der Verwandlung der menschlichen Arbeitskraft in eine Ware dient die Berechnung der Arbeitszeit dem Profitstreben, und der Mensch erscheint nur unter dem Gesichtspunkt seiner Verwertbarkeit. Über dieser besondern gesellschaftlichen Zielsetzung, diesem besondern Interesse, das ja stimulierend wirkte in Richtung auf eine weitere Rationalisierung des Produktionsprozesses, darf der von dieser gesellschaftlichen Form zu unterscheidende Inhalt nicht vergessen werden.

Für Marx verliert die Bestimmung der Arbeitsproduktivität mit Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise nicht an Bedeutung. Im Gegenteil, sie gewinnt an Bedeutung, indem sie in der zukünftigen Gesellschaft Bestandteil einer überbetrieblichen, gesamtgesellschaftlichen Planung des Produktionsprozesses wird. Mit dem gesellschaftlichen Kontext ändert sich also nur die bestimmte Rolle, die die abstrakte Arbeit und ihre Messung spielen<sup>56</sup>.

\*

Marx *unterscheidet* zwischen der Fabrik, in der die Arbeiter Subjekt, Herren der Maschinerie und der, in der sie *zugleich* Objekt, deren Handlanger sind. In dem einen Ausdruck „erscheint der kombinierte Gesamtarbeiter oder gesellschaftliche Arbeitskörper als übergreifendes Subjekt und der mechanische Automat als Objekt; in dem andren ist der Automat selbst das Subjekt, und die Arbeiter sind nur als bewußte Organe seinen bewußtlosen Organen beigeordnet und mit demselben der zentralen Bewegungskraft *untergeordnet*. Der erstere Ausdruck gilt von *jeder möglichen Anwendung* der Maschinerie im großen, der andre charakterisiert ihre *kapitalistische Anwendung* und daher das moderne Fabrikssystem“<sup>57</sup>.

Qua Arbeitsprozeß ist der kapitalistische Produktionsprozeß wie *jeder* Produktionsprozeß Ausübung von Herrschaft über die Natur, aber er ist zugleich Verwertungsprozeß<sup>58</sup>, und als solcher verwandelt er die objektiven Produktionsbedingungen in eine „menschenfremde“ Macht. Selbst die oben zitierte Bestimmung der Verdinglichung aus „Geschichte und Klassenbewußtsein“ läßt diesen *zwiespältigen* Charakter der kapitalistischen Anwendung, die Herrschaft über die Maschinerie als Unterwerfung unter sie bedingt, im Dunkeln. Der Grund liegt wieder in der unzureichenden Unterscheidung zwischen der Seite des kapitalistischen Produktionsprozesses, die er mit *jedem* Produktionsprozeß gemeinsam hat und der, die sein Spezifikum ausmacht.

56 a.a.O., S. 89 f.

57 Marx, Kapital I, a.a.O., S. 442. Die beiden letzten Hervorhebungen von mir.

58 Vgl. a.a.O., 5. Kapitel.

Die unmittelbare Identifizierung von Arbeits- und Verwertungsprozeß, von allgemeiner und besonderer Bestimmung, ist nur die eine Seite, ihr Auseinanderreißen die andre. Welche Schwierigkeiten Lukács hat, zwischen der Industrie und ihrer spezifischen gesellschaftlichen Anwendung zu unterscheiden, ohne sie zugleich in ein bloß zufälliges Verhältnis zu setzen, belegt nichts schlagender als die Stelle, an der er explizit den Zusammenhang Industrie und Kapitalismus diskutiert, und zwar anlässlich der schon zitierten Auseinandersetzung mit Engels' Praxisbegriff.

Die Stelle beginnt: „Wenn Engels bei der Industrie davon spricht, daß das so ‚Erzeugte‘ ‚unseren Zwecken‘ dienstbar wird, so scheint er die grundlegende Struktur der kapitalistischen Gesellschaft . . . für einen Augenblick vergessen zu haben<sup>59</sup>.“ Es kann nach dieser Eröffnung so scheinen, als wären „Industrie“ und „kapitalistische Gesellschaft“ austauschbare Begriffe. Engels spricht an dieser Stelle aber allein von der Industrie, von dem, was ihr als einer Form des Arbeitsprozesses mit allen übrigen Formen desselben gemeinsam ist, nämlich menschliche Bedürfnisse zu befriedigen durch Aneignung der Natur. Daß dies Mißverständnis kein Zufall ist, zeigt sich wenn Lukács fortfährt: „Marx hat wiederholt und ausdrücklich den Kapitalisten (. . .) als bloße Charaktermaske bezeichnet.“ In der eben ausgelassenen Klammer steht die für unseren Zusammenhang wichtige Erläuterung: „(und nur von ihm kann die Rede sein, wenn wir für Vergangenheit oder Gegenwart von ‚Industrie‘ sprechen)“<sup>60</sup>.

Hier zeigt sich die Kehrseite der unmittelbaren Identifizierung von dialektisch zusammengehörigen Bestimmungen, ihre unmittelbare Entgegensetzung, worin ihr Verhältnis als ein zufälliges, bloß äußerlich vermitteltes erscheint. Es gibt also offenbar in der Zukunft eine Industrie, für die dann nicht mehr gilt: „die ‚Industrie‘, d. h. der Kapitalist“<sup>61</sup>. Entscheidend ist natürlich nicht, daß Lukács zwischen einer kapitalistisch und einer nicht-kapitalistisch angewendeten Industrie unterscheidet, sondern wie er zwischen ihnen unterscheidet. Die erstere soll nicht unseren Bedürfnissen dienen und ihr Verhalten nicht „Praxis — in dialektisch-philosophischem Sinne“<sup>62</sup> sein. Wie immer auch der Praxisbegriff Lukács' beschaffen sein mag, logisch bleibt nur eine Alternative: die andre Industrie „dient unseren Zwecken“ und ihr Verhalten ist Praxis. Wenn aber „kapitalistische“ und „nicht-kapitalistische“ Industrie nicht dies gemeinsam haben, Praxis zu sein und unseren Zwecken zu dienen, in welcher unterschiedlicher Form auch immer, wie ist dann überhaupt noch ein gemeinsamer Oberbegriff „Industrie“ möglich? Bezeichnen dann „kapitalistisch“ und „nicht-kapitalistisch“ noch spezifische Gesellschaftsbedingungen, unter denen Industrie betrieben wird oder nicht vielmehr Wesens-, Natureigenschaften zweier voneinander völlig ver-

59 Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, a.a.O., S. 146.

60 a.a.O., S. 147.

61 a.a.O., S. 147.

62 a.a.O., S. 146.

schiedener Dinge, die nur ein in sich widersprüchliches Denken unter ein und demselben Begriff subsumieren kann? Daß es umgekehrt nur die eine Industrie gibt und daß sie zugleich unmittelbar identisch ist mit dem Kapitalismus, darf Lukács auch nicht zugeben. Es hieße fordern die Fabriken zu schließen, um den Kapitalismus zu überwinden<sup>63</sup>.

Mag der Kapitalismus die Dinge auch auf den Kopf gestellt haben, so haben sie, indem sie auf dem Kopf stehen, nicht aufgehört zu existieren. Die Industrie dient nach Marx und Engels, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen auch immer, unseren Zwecken, unter kapitalistischen tut sie dies nur in antagonistischer, innerlich widersprüchlicher Weise. Auch hier letzter Zweck der Produktion, ist die Bedürfnisbefriedigung vom Standpunkt des Kapitals aus gesehen allerdings bloß Mittel zur Durchsetzung seiner besondern Zwecke. Eben darin drückt sich ja für Marx der widersprüchliche Charakter dieser Produktionsweise aus. Diese Widersprüchlichkeit betonend, kritisiert Marx die Einstellung der sozialromantischen, maschinenstürmenden Gegner des Kapitalismus, die „nicht die *kapitalistische Anwendung der Maschinerie* . . . bekämpfen, sondern die *Maschinerie selbst*“<sup>64</sup>. Lukács bekennt sich zu dieser Kritik, aber verfällt selbst in den von Marx angesprochenen Fehler<sup>65</sup>. Ihm verwischt sich die dialektische Einheit von unmittelbarem Arbeitsprozeß und gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen er stattfindet, so daß er einmal ihre abstrakte Einheit hervorkehrt, ein andermal ihren abstrakten Gegensatz. Beide Fälle stellen nur die Polarisierung dieser unbewältigten Dialektik nach der einen oder andren Seite dar<sup>66</sup>.

Daß der abstrakte Gegensatz zugleich die abstrakte Identität in sich einschließt (und vice versa), zeigt ein Zitat, worin sich uns zwei sozusagen unabhängige Quellen ein und desselben Phänomens, eben der Verdinglichung, auftun: Die Subjekte, sagt Lukács, werden „rationell zerlegt“, „indem ihre mechanisierte Teilarbeit, die Objektivierung ihrer Arbeitskraft ihrer Gesamtpersönlichkeit gegenüber, die bereits durch den Verkauf dieser Arbeitskraft als Ware vollzogen wurde, zur dauernden und unüberwindlichen Alltagswirklichkeit gemacht wird“<sup>67</sup>.

63 Daß die unmittelbare Identifizierung von dialektisch Zusammengehörigem als ihre andere Seite die Zufälligkeit, die Äußerlichkeit ihrer Beziehung setzt, belegt eine Stelle, wo Lukács Natur und Gesellschaft in einen äußerlichen Gegensatz bringt: „Das Erkenntnisideal der Naturwissenschaften, das auf die Natur angewendet bloß dem Fortschritt der Wissenschaft dient, erscheint auf die gesellschaftliche Entwicklung gerichtet als ideologisches Kampfmittel der Bourgeoisie.“ A.a.O., S. 23.

64 Marx, Kapital I, a.a.O., S. 465.

65 Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, a.a.O., S. 164.

66 Aus einer Reihe von Beispielen nur noch dieses: in der „wissenschaftlich-rationellen Fabrik“ — im Gegensatz zum „traditionell-empiristischen Handwerk“ — trete der „*kontemplative* Charakter des kapitalistischen Subjektverhaltens in Erscheinung“. A.a.O., S. 109.

67 a.a.O., S. 101.

Die Verdinglichung: das ist, wie die inhaltliche Übereinstimmung mit der oben zitierten Definition zeigt, „die Objektivation ihrer Arbeitskraft ihrer Gesamtpersönlichkeit gegenüber“. Sie wurde „bereits durch den Verkauf dieser Arbeitskraft vollzogen“: erste Quelle der Verdinglichung. Auf der andren Seite war dieser Verkauf der Arbeitskraft anscheinend gar nicht zwingend notwendig, um die „Arbeitskraft ... zu objektivieren“. Wir haben es mit einer Art Überdeterminierung zu tun, denn nicht der Verkauf der Ware Arbeitskraft bringt diese „Objektivation“, damit Verdinglichung zustande, sondern „mechanisierte Teilarbeit“ als solche, da sie diese „Objektivation“ selbst ist.

Gleichzeitig kann man das Zitat auch vom andren Pol her deuten: Es gibt nur *einen* Ursprung der Verdinglichung, und zwar deshalb, weil „mechanisierte Teilarbeit“ und „Verkauf der Arbeitskraft“ auswechselbar, unmittelbar identisch sind, also nicht wie bei Marx mechanisierte Teilarbeit „an sich“ im Unterschied zu ihrer gesellschaftlichen Anwendung betrachtet wird.

\*

Während Marx den kapitalistischen Produktionsprozeß als widersprüchliche, zur Auflösung treibende Einheit von Arbeit und Verwertungsprozeß darstellt, vermag Lukács diese Momente nur als äußerliche, zufällige Gegensätze aufeinander zu beziehen, bzw. als in dieselbe unheilvolle Richtung sich entwickelnd zu begreifen. Es ist insofern kein Bruch in seiner Gedankenführung, wenn er Max Webers Bestimmung des kapitalistischen Betriebes, die eben jene dialektische Einheit ignoriert, als adäquate Zusammenfassung seiner eigenen Darlegungen begreift. Lukács geht aus von der These Max Webers, die „hierarchische Abhängigkeit des Arbeiters, Kommis, technischen Angestellten, akademischen Institutsassistenten und des staatlichen Beamten und Soldaten“<sup>68</sup> beruhe auf ihrer Eigentumslosigkeit. Diese These stimmte mit dem Marxschen Ansatz überein, wenn man unter „hierarchischer Abhängigkeit“ die besondere „despotische Form“ versteht, die das allgemeine Verhältnis von Unter- und Überordnung — als solches organisationstechnische Notwendigkeit jeglicher gesellschaftlicher Arbeit im großen Maßstab<sup>69</sup> — unter kapitalistischen Bedingungen annimmt. Von der Bestimmung der „hierarchischen Abhängigkeit“ als einer *besondren* Form der Unter- und Überordnung findet sich indes bei Weber nichts. So muß der Eindruck entstehen, die „Eigentumslosigkeit“, d. h. das besondere gesellschaftliche Verhältnis, worin sich Eigentümer und Nichteigentümer gegenüberstehen, sei Grund des Verhältnisses von Unter- und Überordnung überhaupt. Es wäre dann in der Tat keine Betriebsform denkbar, in

68 a.a.O., S. 107. Zitiert nach Max Weber, *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland*, in: Weber, *Gesammelte politische Schriften*, München 1958, S. 309 f.

69 Vgl. Marx über die Leitungstätigkeit als spezifischer Funktion des Kapitals im Unterschied zu ihr als organisationstechnischer Notwendigkeit. *Kapital I*, a.a.O., S. 350, S. 352.

der etwa die Arbeiter gemeinschaftliche Eigentümer sind, und es machte umgekehrt keinen Unterschied zu behaupten, die Eigentumslosigkeit beruhe auf den organisationstechnischen Eigentümlichkeiten des industriellen Arbeitsprozesses. Der Gegensatz von Eigentum und Nichteigentum, von Kapital und Lohnarbeit wäre damit nicht mehr eine besondere gesellschaftliche Bedingung, unter der industriell produziert wird, sondern eine Natureigenschaft des Arbeitsprozesses selbst.

Daß wir es in der Tat mit einer solchen Verquickung von allgemeiner und besonderer gesellschaftlicher Bestimmung zu tun haben, erhellt aus der folgenden Weberschen Definition des kapitalistischen Betriebes, die Lukács mit der zustimmenden Bemerkung einleitet: Weber „fügt auch — sehr richtig — zu dieser Beschreibung (— nämlich, daß die hierarchische Abhängigkeit . . . auf der Eigentumslosigkeit beruhe, s. o. Verf.) den Grund und den sozialen Sinn des Phänomens hinzu: ‚Der moderne kapitalistische Betrieb ruht innerlich vor allem auf der *Kalkulation*. Er braucht für seine Existenz eine Justiz und Verwaltung, deren Funktionieren wenigstens im Prinzip ebenso auf festen generellen Normen *rational kalkuliert* werden kann, wie man die voraussichtliche Leistung *einer Maschine* kalkuliert . . .‘<sup>70</sup>“ Natürlich könnte der Satz, der kapitalistische Betrieb ruhe auf der Kalkulation, ganz einfach den Sinn haben: Dieser Betrieb bedarf der Kalkulation als seiner *Voraussetzung*, er kommt ohne sie nicht aus. Kalkulation verstanden als notwendige, aber nicht zureichende Bedingung, um den Betrieb als *kapitalistischen* Betrieb zu bestimmen, hieße sie begreifen eben u. a. als Messen der „voraussichtlichen Leistung einer Maschine“, worin sie sich nur dem Grade nach von ähnlichen Leistungsmessungen unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen unterschiede, hieße sie in der Form der Messung der Arbeitsleistung begreifen als Grundlage der Bestimmung der Wertgrößen. Aber da die Messung der Arbeitsleistung auch ganz andren gesellschaftlichen Zwecken dienen kann als dem, die Proportionen des Warenaustausches zu regeln, wäre damit gerade nichts *Spezifisches* über die Warenproduktion, geschweige denn über den modernen kapitalistischen Betrieb ausgesagt. Weber und Lukács können daher aus der Aussage über den Zusammenhang von Kapitalismus und Kalkulation den besondern gesellschaftlichen Gegensatz von Eigentum und Nichteigentum („Eigentumslosigkeit“) nur herleiten, wenn sie „Kalkulation“ im Sinne der Leistungsmessung nicht als eine bloße Vorbedingung des kapitalistischen Betriebs verstehen, die ebenso für einen nicht-kapitalistischen Betrieb notwendig wäre, sondern als eine Wesensbestimmung des Kapitalismus selbst. Das aber heißt eben die besondere gesellschaftliche Zielsetzung, die sich mit der Leistungsmessung etc. verbindet, mit ihr selbst zu identifizieren.

Aus dem darin einbeschlossenen Fortfall des Unterschieds zwischen dem Moment des kapitalistischen Produktionsprozesses, das er mit

<sup>70</sup> Lukács, *Geschichte und Klassenbewußtsein*, a.a.O., S. 107. Zitiert nach Weber, *Parlament und Regierung*, a.a.O., S. 310.

allen übrigen Produktionsprozessen gemeinsam hat, und dem, was seine Besonderheit ausmacht, nämlich des Unterschieds zwischen Arbeits- und Verwertungsprozeß, ergibt sich als logische Konsequenz: die kapitalistische Produktionsweise ließe sich nicht mehr als diese bestimmte einzelne Produktionsweise abgrenzen gegen eine andre, sie könnte historisch nicht mehr lokalisiert werden als eine notwendige Durchgangsstufe der gesellschaftlichen Entwicklung. Daß Max Weber diesen Weg geht und wie er die in diesem Ansatz enthaltenen Widersprüche entfaltet, zeigt sein Idealtypus des „rationalen Kapitalismus“, der hier soweit skizziert wird, wie es zur weiteren Verdeutlichung der Position Lukács' selbst erforderlich scheint.

Rationaler Kapitalismus ist eine Form des rationalen Wirtschaftens, das als solches zweckrationales, d. h. an den subjektiv eingeschätzten Interessen orientiertes Handeln ist<sup>71</sup>. Von rationaler Wirtschaft ist dort zu reden, „wo einem Bedürfnis . . . ein im Vergleich dazu, nach der Schätzung des Handelnden, *knapper Vorrat an Mitteln* und möglichen Handlungen zu seiner Deckung gegenübersteht . . .“<sup>72</sup>. Die Knappheit eines Vorrats schätzen kann man schlechterdings nicht ohne „rechenhafte“ Überlegungen anzustellen. Wenn Weber also definiert: „Als formale Rationalität eines Wirtschaftens soll hier das Maß der ihm technisch möglichen und von ihm wirklich angewendeten *Rechnung* bezeichnet werden. Formal ‚rational‘ soll ein Wirtschaften je nach dem Maß heißen, in welche die jeder rationalen Wirtschaft wesentliche ‚Vorsorge‘ sich in zahlenmäßigen ‚rechenhaften‘ Überlegungen ausdrücken kann und ausdrückt . . .“<sup>73</sup>, so kann „formal“ nichts anderes sein als eine nähere Bestimmung (zweck)rationalen Wirtschaftens überhaupt, bezeichnet daher nicht bloß eine *Art* des rationalen Wirtschaftens, wie der zweite Satz des Zitats glauben machen könnte.

„Rechenhafte Vorsorge“ kann man als *Spezifikum* der rationalen Wirtschaft nur zubilligen, wenn man den Begriff der Rechnung unter Einschluß der bestimmten gesellschaftlichen Zielsetzung, die sich mit ihrer Anwendung verbindet, definiert. Es ist offenbar zudem kein beliebiger besondrer gesellschaftlicher Inhalt, der in die Bestimmung der Rechnung eingeht, denn „rationaler *Kapitalismus*“ ist nicht *irgendeine* Form rationalen Wirtschaftens, sondern dessen *höchste* Form: die entwickelte Form der Rechnung ist die Geldrechnung<sup>74</sup>, die ihrerseits in der Kapitalrechnung ihre Vollendung findet<sup>75</sup>.

Die oben angesprochene Enthistorisierung historischer Kategorien als Folge des Einsetzens allgemeiner Bestimmungen für besondere und umgekehrt wird in der folgenden Bestimmung des Prinzips des rationalen Wirtschaftens deutlich: „. . . die Nationalökonomie hat

71 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2 Bde, Tübingen 1957, S. 15.

72 a.a.O., S. 199.

73 a.a.O., S. 44.

74 a.a.O., S. 45.

75 a.a.O., S. 48.

ja ... zu untersuchen, wie — 1. infolge der Konkurrenz *verschiedener* nach ‚Sättigung‘ verlangender ‚Bedürfnisse‘ mit einander — 2. infolge der Begrenztheit ... der ‚Befriedigung‘ jener Bedürfnisse brauchbaren sachlichen ‚Güter‘ und ‚Arbeiter‘, endlich — 3. infolge einer ganz bestimmten Art von Koexistenz *verschiedener*, mit gleichen oder ähnlichen Bedürfnissen behafteter, dabei aber mit verschiedenen Vorräten von Gütern zu deren Sättigung ausgestatteter *Menschen* miteinander und ihrer Konkurrenz um die Sättigungsmittel untereinander — sich das Handeln der Menschen gestaltet<sup>76</sup>.“

Die Konkurrenz der Bedürfnisse im einzelnen Subjekt ist also von prinzipiell gleicher Struktur wie die der verschiedenen Subjekte untereinander, und beide erwachsen aus der Knappheit der Subsistenzmittel. Der Sachverhalt ändert sich nämlich um nichts, wenn entweder von Punkt 1. oder Punkt 3. abstrahiert wird: zwischen Robinson und einer kapitalistischen Tauschgesellschaft besteht offenbar kein struktureller Unterschied, d. h. kein Unterschied zwischen einer Fiktion und einem wirklichen gesellschaftlichen Zustand. Eben dadurch wird auch aus diesem wirklichen gesellschaftlichen Zustand in der Theorie ein zwischen Realität und Fiktion schwebendes Etwas. Die unmittelbare Identifizierung einer Bestimmung, die für alle Gesellschaft gilt oder gelten kann (Kalkulation als Messen der Leistung einer Maschine), mit einer solchen, die ein besonderes gesellschaftliches Verhältnis betrifft (Kalkulation als Spezifikum des kapitalistischen Betriebs), hat charakteristische Veränderungen der einen wie der andren Bestimmung zur Folge: beide Bestimmungen erscheinen sowohl als allgemeine wie als besondere Bestimmung und zugleich weder als diese noch jene<sup>77</sup>. Die teleologische Konstruktion der Entwicklung des durch Rechnung, dann durch Geld-, schließlich Kapitalrechnung bestimmten rationalen Wirtschaftens macht Gesellschaft, macht Geschichte zur bloß äußerlichen — hemmenden oder fördernden — Bedingung der Realisierung einer von ihr wesentlich unterschiedenen, ihr vorgeordneten Eigenschaft der Dinge oder einer biologischen Anlage des Individuums.

Nun weiß natürlich auch Weber, daß die Robinsonade eine Fiktion ist, da es realiter keine von der Gesellschaft isolierten Menschen gibt. Wenn aber die gesellschaftliche Realität, ausgesprochen oder nicht,

76 Max Weber, Die Grenznutzlehre und das „psychophysische Grundgesetz, in: Weber, Gesammelte Schriften zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1951, S. 389.

77 Man vgl. diese Struktur des *begrifflichen* Widerspruchs mit Marxens Bestimmung der Struktur der Widersprüche des Warenaustauschs: Wenn sich Ware und Ware gegenüberstehen, ist „derselbe Prozeß *gleichzeitig* für alle Warenbesitzer *nur* individuell und zugleich *nur* allgemein gesellschaftlich“ (Kapital I, a.a.O., S. 101. Hervorhebungen von mir). Das ist ein objektiver Widerspruch, der nicht gelöst wird, sondern nur die Form erhält, worin er sich bewegen kann, wenn die Ware *verdoppelt* wird in Ware und Geld (vgl. a.a.O., S. 118). Darin wird der der Ware zugrunde liegende Widerspruch zwischen ihrem Gebrauchswert und ihrem Wert vergegenständlicht.

als Emanation von etwas Vorgesellschaftlichem begriffen wird, ist es nur folgerichtig, eben in jene Robinsonade alle für alles rationale Wirtschaften wesentlichen Bestimmungen einfließen zu lassen, wie es in der vorliegenden Bestimmung des rationalen Wirtschaftens geschehen war.

Wirklich alle Gesellschaft charakterisierende Bestimmungen lassen sich in einem abstrakten Modell der gesellschaftlichen Wirklichkeit unterbringen — man vergleiche etwa Marxens allgemeine Bestimmung der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bzw. Basis und Überbau<sup>78</sup>. Desgleichen für alle Gesellschaft geltende, aber von aller Gesellschaft abstrahierende Bestimmungen in einem Modell als bewußter Fiktion: auch das Marxsche Werk zum Beispiel kennt seine Robinsonaden, etwa den einzelnen Menschen im Verhältnis zur Natur<sup>79</sup>, bei dem Produktion und Konsumtion eine gesellschaftlich nicht vermittelte Einheit bilden<sup>80</sup>. Wichtig ist nur, sich über den begrenzten Aussagewert solcher abstrakten Modelle im klaren zu sein. So sagt Marx von den allgemeinen Bestimmungen des Verhältnisses Produktivkräfte — Produktionsverhältnisse etc.: „Es gibt allen Produktionsstufen gemeinsame Bestimmungen, die vom Denken als allgemeine fixiert werden; aber die *allgemeinen* Bedingungen aller Produktion sind nichts als diese abstrakten Momente, mit denen keine wirkliche geschichtliche Produktionsstufe begriffen ist<sup>81</sup>.“

Bei Weber dagegen ist die Grenze zwischen Wirklichem und Unwirklichem nicht mehr eindeutig bestimmbar. Einerseits bewußt fiktive Annahme, fungiert seine Robinsonade zugleich als Urbild wirklichen Lebens. Denn dem von ihm als unwirklich anerkannten Zustand unterschiebt er dennoch Bestimmungen, die schon einen bestimmten Gesellschaftszustand voraussetzen: Schon die „Kaufmannsseele“ des „isoliert gedachten Menschen“ kennt nicht nur den Tausch als Tausch von Arbeitsmühe gegen Arbeitsprodukt, sie kennt auch den Gewinn — sie handelt nur rational, wenn das subjektiv geschätzte Arbeitsergebnis größer ist als die geschätzte Arbeitsmühe<sup>82</sup>, andererseits bleibt auch das Äquivalenzprinzip gewahrt, da der Grenznutzen gegenwärtiger Güter gleich dem einer im Verhältnis dazu größeren Menge künftiger Güter ist<sup>83</sup>.

Die wirklichen Tauschverhältnisse werden, indem sie lediglich als sekundäres Moment, als äußere modifizierende Bedingung eines Prinzips des Wirtschaftens erscheinen, das selbst außergesellschaftliche Ursachen hat, bewußt oder unbewußt als allgemeingültig gerechtfertigt. Mag es auch tausch-lose neben Tauschgesellschaften

78 z. B. Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, in Marx/Engels, Werke Bd. 3, S. 71 f. und Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, a.a.O., S. 8 f.

79 Vgl. Marx, Kapital I, a.a.O., S. 192 ff.

80 Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie. Einleitung, a.a.O., S. 620 ff.

81 a.a.O., S. 620.

82 Weber, Die Grenznutzlehre, a.a.O., S. 394.

83 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, a.a.O., S. 52.



geben, mag es neben rationalem Verhalten irrationales oder traditionales geben, *gesellschaftliche* Ursachen für diese Unterschiede und das Auftreten dieses oder jenes Typus in einer bestimmten Epoche vermag diese typologisierende Soziologie letztlich nicht anzugeben. Und so scheint dann das letzte Wort der Soziologie das zu sein, worin sie als Soziologie abdankt: „Wenn wir immer wieder . . . im Okzident, und *nur* dort, bestimmte *Arten* von Rationalisierungen sich entwickeln finden, so liegt die Annahme: daß hier *Erb*qualitäten die entscheidende Unterlage boten, natürlich nahe. Der Verf. bekennt, daß er persönlich und subjektiv die Bedeutung des biologischen Erbguts hoch einzuschätzen geneigt ist<sup>84</sup>.“

Verwunderlich erschienene es, wenn Lukács Max Webers Kapitalismusbegriff übernommen hätte, ohne daß dieser Begriff Wesentliches über die Widersprüche des Kapitalismus aussagte oder doch auszusagen schiene — sind diese Widersprüche es doch, aus denen Lukács seine Überzeugung vom Untergang des Kapitalismus ableitet.

In der Tat betont Weber, daß Widersprüche wesengemäßer Ausdruck des rationalen Kapitalismus sind. Sie lassen sich auf die Formel des Widerspruchs zwischen formaler und materialer Rationalität bringen: „Nicht ‚Begehrt‘ an sich, sondern: *kaufkräftiger* Begehrt nach Nutzleistungen regelt durch Vermittlung der Kapitalrechnung *material* die erwerbsmäßige Güterbeschaffung. . . In Verbindung mit der . . . absoluten Indifferenz gerade der formal vollkommensten Rationalität der Kapitalrechnung gegen alle . . . *materialen* Postulate begründen diese im Wesen der Geldrechnung liegenden Umstände die prinzipielle *Schranke* ihrer Rationalität. Diese ist eben rein formalen Charakters<sup>85</sup>.“

Lukács folgt Weber tatsächlich nicht nur in der Bestimmung des Kapitalismus als auf Kalkulation beruhend, die er im Zusammenhang mit der Diskussion der „ständig zunehmenden Rationalisierung“ so formuliert: „Für uns ist das *Prinzip*, das hierbei zur Geltung gelangt, am wichtigsten: das Prinzip der auf Kalkulation, auf *Kalkulierbarkeit* eingestellten Rationalisierung<sup>86</sup>.“ Sondern er übernimmt auch den Weberschen Begriff des Widerspruchs zwischen formaler und materialer Rationalität, wenn er betont: „Diese scheinbar restlose, bis ins tiefste physische und psychische Sein des Menschen hineinreichende Rationalisierung der Welt findet jedoch ihre Grenze an dem formellen Charakter ihrer eigenen Rationalität.“ Aus ihm leitet er die „Zufälligkeit der Bezogenheit der Teilsysteme auf einander“ ab<sup>87</sup>.

Der innere Zusammenhang zwischen der Bestimmung des kapitalistischen Betriebs als auf Kalkulation beruhend und der der Widersprüche des Kapitalismus wird schon hier, besonders aber an folgen-

84 Max Weber, Vorbemerkungen zu den Gesammelten Aufsätzen zur Religionssoziologie, in: Weber, Soziologie, Weltgeschichtliche Analysen, Politik, Stuttgart 31964, S. 355.

85 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, a.a.O., S. 59.

86 Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, a.a.O., S. 99.

87 a.a.O., S. 112.

der Stelle deutlich: „... die kapitalistische, auf privatwirtschaftlicher Kalkulation beruhende Rationalisierung erfordert in jeder Lebensäußerung dieses Wechselverhältnis von gesetzmäßigem Detail und zufälligem Ganzen“. Auf diesem Wechselverhältnis „beruht der ganze Aufbau der kapitalistischen Produktion“<sup>88</sup>. Daß die Bestimmung der Widersprüche des Kapitalismus als solche zwischen formaler und materialer Rationalität in der Tat die Konsequenz jener von uns schon diskutierten problematischen Bestimmungen des kapitalistischen Betriebes und der formalen Rationalität ist, darauf verweist auch Herbert Marcuse: „Max Webers Analyse des Kapitalismus war nicht wertfrei genug, insofern sie die dem Kapitalismus spezifischen Wertsetzungen in die ‚reinen‘ Definitionen der formalen Rationalität hineinnahm. So entwickelte sich der Widerspruch zwischen formaler und materialer Rationalität ...“<sup>89</sup>.

Die Zufälligkeit im Verhältnis von Detail und Ganzem (Lukács), bei Weber ausgesprochen als Widerspruch zwischen formaler und materialer Rationalität, ist nur die andre Seite des im Begriff der formalen (formellen) bzw. Zweckrationalität enthaltenen Widerspruchs. Zweckrationales Handeln ist bestimmt als interessenorientiertes Handeln, d. h. als Handeln auf einen bestimmten Zweck hin durch Einsatz der zur Erreichung dieses Zwecks am besten geeignet erscheinenden Mittel. Rational ist hierbei die *Beziehung* von Mittel und Zweck aufeinander, nicht der Zweck bzw. die Art und Weise ihn auszuwählen selbst. Von der Bestimmung des zweckrationalen Handelns als adäquaten Mitteleinsatzes in bezug auf vorgegebene, *beliebige* Zwecke begründet sich etwa auch die Webersche Bezeichnung des zweckrational handelnden Richters als eines „Paragraphenautomaten“<sup>90</sup>. Solcherart zweckrationales Handeln ist also „idealtypisch“ ein rein instrumentelles Handeln. Umgekehrt verwandelt sich dadurch die Zwecksetzung in eine irrationale Entscheidung<sup>91</sup>. Der begriffliche Widerspruch liegt darin, das, was Weber selber als Verhältnis von Mittel und Zweck bestimmt, gerade in seinem dialektischen Spannungsverhältnis zu negieren. Der Isolierung der beiden Momente voneinander, ebenso wie ihrer unmittelbaren Identifizierung, widerspricht die tatsächlich vorausgesetzte und vollzogene *Beziehung* beider, die eben Einheit wie Unterschied der aufeinander Bezogenen zugleich ausdrückt.

Es ist nur die eine Seite dieses Widerspruchs, daß bei Weber kapitalistischer Betrieb und Kalkulation bzw. formale Rationalität als unmittelbar identische und damit austauschbare Begriffe erscheinen. Gleichzeitig nämlich bleiben sie in ihrer Selbständigkeit bestehen, drücken sie wesentlich unterschiedene Sachverhalte aus: nur dann

88 a.a.O., S. 113.

89 Herbert Marcuse, *Industrialisierung und Kapitalismus* im Werk Max Webers, in: *Kultur und Gesellschaft*, Bd. 2, Frankfurt/M. 1965, S. 127.

90 Lukács, *Geschichte und Klassenbewußtsein*, 107. Zitiert nach Weber, *Parlament und Regierung*, 311.

91 Vgl. etwa den Dualismus von rationaler und charismatischer Herrschaft in Webers *Herrschaftstypologie*.

nämlich kann Weber vom „rationalen“ Kapitalismus z. B. den Idealtypus des „irrationalen“ bzw. traditionellen Beute-Kapitalismus unterscheiden. „Rationalität“ und „Kapitalismus“, im Begriff der formalen Rationalität ununterscheidbar zusammenfließend, erscheinen zugleich als zwei selbständige Dinge, „Faktoren“, deren Zusammentreffen so zufällig ist, daß es von den „Erbqualitäten“ des betreffenden Idealtypus (z. B. des „okzidentalen Menschen“) abhängig ist, in welcher Kombination sie zusammen auftreten.

Es ist also festzuhalten, daß es Erscheinungen im Zusammenhang mit den Widersprüchen seines von Max Weber übernommenen Kapitalismusbegriffs<sup>92</sup> sind, die von Lukács als Begriff der Widersprüche des Kapitalismus gedeutet werden. Ein in sich selbst widersprüchlicher Begriff, gestattet sein Begriff der Widersprüche des Kapitalismus nicht, sie als zur Auflösung des Kapitalismus treibende Widersprüche zu begreifen. Da Lukács die Entwicklung des Arbeitsprozesses als gleichbedeutend mit der Entwicklung der Verdinglichung faßt (oder auch umgekehrt als irrelevant für dieses Problem), vermag er, anders als Marx, die Notwendigkeit der proletarischen Revolution nur noch zu begründen, indem er Bestimmungen einführt, die sich nicht mehr aus den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise selbst ableiten lassen: Da „die Dialektik der Entwicklung“ dem nächsten Schritt „objektiv zudrängt, ohne ihn jedoch kraft der eigenen Dynamik leisten zu können“, „bleibt der Widerspruch ungelöst und wird auf erhöhter Potenz . . . von der dialektischen Mechanik der Entwicklung reproduziert. *Darin* besteht die objektive Notwendigkeit des Entwicklungsprozesses“<sup>93</sup>. Wenn aber der Geschichtsprozeß dem nächsten Schritt zudrängt, ohne ihn allein gehen zu können, so ist dazu offenbar eine Antriebskraft nötig, die in irgendeiner Weise *außerhalb* des Geschichtsprozesses stehen muß. Lukács sieht sie im „Bewußtsein des Proletariats“<sup>94</sup>, das zum Vorbild den Hegelschen „Weltgeist“ hat. So wie der Geschichtsprozeß, eine begriffliche Abstraktion, in eine Person verwandelt erscheint (die „dem nächsten Schritt zudrängt“, ohne ihn allerdings tun zu können), so ist ebenfalls das „(Klassen-)Bewußtsein“ hypostasiert zu einem Subjekt neben oder über den wirklich handelnden Individuen, welches jene Aufgabe zu vollbringen hat, vor der die „Geschichte“ versagte.

92 Vgl. Anm. 77.

93 Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, a.a.O., S. 216.

94 a.a.O., S. 216.

Frigga Haug

## Alfred Sohn-Rethels Revision des Marxismus und ihre Konsequenzen\*

Sohn-Rethel verspricht, den Marxismus zu erweitern bzw. ihm „ergänzende Anbauten“ zu liefern, die sich befassen sollen mit den von Marx und Engels nicht angegebenen Vermittlungsschritten von der Basis zum Überbau. Während die Klassiker die allgemeine Abhängigkeit des Überbaus, des Bewußtseins von der Basis, den Produktionsverhältnissen bewiesen hätten, gelte es nicht nur die Weise der Vermittlung zwischen beiden anzugeben, sonder darüber hinaus die „exakten Wissenschaften“ — Naturwissenschaften und Logik — historisch-materialistisch zu begründen. Das, was im Marxismus als Dialektik der Natur herumgeistere und den exakten Wissenschaften einen „überhistorischen Wahrheitsgehalt“ verleihe, soll auf materialistische Füße gestellt werden. Der „Wahrheitsfrage“, die im Marxismus das Schicksal der „Heimatlosigkeit“ erleide, soll Heimat geschaffen werden (80). Es geht also, kurz gesprochen, um eine Eliminierung der Dialektik der Natur aus dem marxistischen Denken mit Hilfe des historischen Materialismus; oder — positiv gewendet — Sohn-Rethel verspricht, die Möglichkeit der Naturwissenschaften als Folge bestimmter Produktionsverhältnisse nachzuweisen.

Das Ganze beginnt mit der Kritik der Formanalyse der Ware, „also gerade (dem) Teil der Marxschen Theorie, der gemeinhin als ihr unantastbarer Grundpfeiler angesehen wird“ (7). Als geistige Wahlverwandte für die nachfolgenden Überlegungen werden Bloch, Benjamin, Adorno, Kracauer, Lukács, Horkheimer und H. Marcuse angegeben.

Im Nachvollzug der Warenanalyse aus dem ersten Band des Kapital erkennt Sohn-Rethel als den entscheidenden kritischen Punkt die Verklammerung von Arbeit und Wert, d. h. die Bestimmung des Warenwerts durch die verausgabte Arbeit. Bekanntlich ist die Form der Ware von Marx gekennzeichnet als Einheit von Gebrauchswert und Tauschwert — Naturalform und Wertform. Um Warenform zu erlangen, d. h. damit sie getauscht werden können, müssen Gebrauchsgegenstände arbeitsteilig hergestellt werden. Tausch ist also nur dann möglich, wenn A etwas *nicht* produziert, das er zum Leben braucht und dafür etwas anderes in einer Quantität herstellt, die größer als sein eigener Bedarf ist. Dies Vorgehen setzt voraus, daß

\* Sohn-Rethel, Alfred: Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1970 (212 S., kart., 12,— DM).

B, C usw. nicht die gleichen Produkte herstellen wie A, sondern, gesamtgesellschaftlich gesehen, arbeitsteilig produzieren. Das heißt, daß das Gesamt der hergestellten Produkte in ihrer Verschiedenartigkeit in etwa dem Gesamt der Bedürfnisse entsprechen muß. Die individuellen Produkte können darüber hinaus nur dann getauscht werden, wenn sie auf eine Weise arbeitsteilig hergestellt werden, daß jedes in sich „selbständig und voneinander unabhängig“, „privat“ produziert wird, im Unterschied etwa zu einer Arbeitsteilung, bei der jeder einzelne Arbeitende einen Teil des Produktes herstellt. Es kommt also bei Marx darauf an, die Vermittlung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung durch den Tausch darzustellen, wobei im Vollzug des Tauschakts erst der gesellschaftliche Charakter der Arbeit sichtbar wird. Die individuellen Privatarbeiten mit ihrem konkret nützlichen Charakter offenbaren den zweiten Charakter der warenproduzierenden Arbeit, nämlich allgemeine oder abstrakt menschliche Arbeit zu sein, erst im Tausch selber.

Es ist dieser Sachverhalt, aus dem die Marxsche Wertlehre sich entfaltet und der daher ebenso der Revision der Wertlehre durch Sohn-Rethel zugrunde liegt. Da Letzterer nicht nur mit Marxschen Begriffen arbeitet, sondern auch scheinbar der Marxschen Analyse folgt, ja ihr sogar für die Kritik der politischen Ökonomie Gültigkeit bescheinigt, sei hier für ein besseres Verständnis der Absatz von Marx zitiert, aus dem Sohn-Rethel durch scheinbar unwesentliche Veränderungen seine Legitimation als Marxist und seine Begründung für die Revision des Marxismus herleitet:

„Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind. Der Komplex dieser Privatarbeiten bildet die gesellschaftliche Gesamtarbeit. Da die Produzenten erst in gesellschaftlichen Kontakt treten durch den Austausch ihrer Arbeitsprodukte, erscheinen auch die spezifisch gesellschaftlichen Charaktere ihrer Privatarbeiten erst innerhalb dieses Austauschs. Oder die Privatarbeiten betätigen sich in der Tat erst als Glieder der gesellschaftlichen Gesamtarbeit durch die Beziehungen, worin der Austausch die Arbeitsprodukte und vermittelt derselben die Produzenten versetzt. Den letzteren erscheinen daher die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten als das, was sie sind, d. h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen“ (Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 87).

Der Doppelcharakter der Arbeit, konkret nützlich und abstrakt menschlich, privat und gesellschaftlich zugleich zu sein, wird von Sohn-Rethel nicht verstanden und statt dessen als Widerspruch im Sinne des logisch Falschen begriffen, wenn er schreibt: „Die warenproduzierende Arbeit wird dort (bei Marx) nebeneinander als ‚unabhängig betriebne Privatarbeit‘, als ‚gesellschaftliche Gesamtarbeit‘ und als ‚Privatarbeit spezifisch gesellschaftlichen Charakters‘ bezeichnet, jedes mit gleich emphatischen Nachdruck. Der für die Verbindung dieser widersprüchlichen Termini verantwortliche Satz lau-

tet: „Der Komplex dieser Privatarbeiten bildet die gesellschaftliche Gesamtarbeit“ (189).

Da die Arbeit als individuelle Bewältigung der Natur sich darstellt, kann Sohn-Rethel an ihr nichts Soziales entdecken, sie bleibt an das Verhältnis Mensch-Natur gebunden und wird selbst niemals sozial; vielmehr muß ihr das soziale Element von außen hinzugefügt werden. Der der Warenproduktion geschuldete Schein, der das gesellschaftliche Wesen der Arbeit verdeckt zugunsten des sozialen Zusammenhangs durch den Tausch, wird von Sohn-Rethel zum Wesen der Sache selbst gemacht. So kann er durch eine einfache Vertauschung von Subjekt und Objekt, in Verdoppelung des gesellschaftlichen Scheins, Analyse und Fragestellung von Marx von Grund auf revidieren. Nicht der Komplex der Privatarbeiten hat für ihn gesellschaftlichen Charakter, sondern „die Gesellschaft bildet den Gesamtkomplex dieser Privatarbeiten, wobei dann die Gesellschaft, ihr formaler Nexus, für eine andere Lösung als die aus der Arbeit offensteht“ (189). Hier wird deutlich, welches in Wirklichkeit Fragestellung und Problem von Sohn-Rethel sind. Es geht ihm gar nicht, wie eingangs behauptet, um eine materialistische Untermauerung der exakten Wissenschaften, um eine Erweiterung des Marxismus — dies erweist sich im Nachhinein als vernachlässigenswertes Beiprodukt seiner Synthesis-Theorie; sein Problem, seine Frage ist die der Soziologie von Simmel bis Habermas: wie ist Gesellschaft möglich? Seine Arbeit gilt dem Ziel, durch den von ihm behaupteten Primat der Kritik der Erkenntnistheorie vor der Kritik der politischen Ökonomie der Soziologie die gesamtgesellschaftliche Theorie zu liefern, die ihr durch den Marxismus entzogen wurde. So soll die primäre Fragestellung der „Gesellschaft überhaupt“ oder „an sich“ (61) zukommen, während die Kritik der politischen Ökonomie daneben in einem untergeordneten Bereich ihre Gültigkeit scheinbar unangetastet behalten soll. Es liegt auf der Hand, daß mit dieser Verschiebung trotz aller gegenteiligen Beteuerungen Sohn-Rethels eine einschneidende Revision des Marxismus vorliegt. Die praktischen Folgen, die aus der Reduktion des Marxismus auf eine Interaktionstheorie sich ergeben, sind politisch so brisant, daß es sich lohnt, der Theorieentwicklung nachzugehen. Nachdem die „Arbeit“ als das Element, das dem gesellschaftlichen Zusammenhang zugrunde liegt, hinweginterpretiert wurde, wird vorgeschlagen, von den Subjekten, den Warenbesitzern ausgehend, die Analyse voranzutreiben. Dann werde offenbar, daß es der Warentausch ist, der die Vergesellschaftung vollbringt — und nicht die Arbeit. „Der gesellschaftliche Formcharakter des Austauschs wird (bei Marx) übertragen auf die Arbeit und dieser als ihr eigen vindiziert. Die spezifischen Formcharaktere des Warentauschs kommen als solche nicht zur Untersuchung, denn der ihnen eigentümliche Abstraktionscharakter wird der Arbeit und ihrer Reduktion auf ‚abstrakt menschliche Arbeit‘ zugeschrieben. Diese Reduktion täuscht eine Lösung als erbracht vor, die darin nicht enthalten ist. Es ist diese Scheinlösung, wodurch in der Marxschen Warenanalyse der Zugang zur Kritik der

Erkenntnistheorie versperert wird. Die Argumente der Kritik der politischen Ökonomie erfahren darin eine unberechtigte Ausdehnung auf die qualitative Problematik der Warenabstraktion“ (189). Da die Dinge erst im Tausch Warenform annehmen, muß der Tausch als ein Vorgang, der vom Gebrauch verschieden und von ihm räumlich und zeitlich getrennt geschieht, bestimmt werden; er ist nach Sohn-Rethel „wesensmäßig“ abstrakt, es wohnt ihm eine „abstraktive Kraft“ inne (42). Zur Ware aber gehören die Tauschenden. Ihr Verhältnis zueinander ist das des „praktischen Solipsismus“, d. h. die Tauschenden treten einander als Eigentümer gegenüber. Die Austauschbarkeitsform der Waren ist für Sohn-Rethel in Beantwortung der Frage, wie der Tausch überhaupt möglich ist, die „Einzigkeit des Daseins“ (51) der einzelnen Waren. Die Tauschgleichung, die, wie man sich erinnert, bei Marx durch die verausgabte Arbeit bestimmt wurde, ist bei Sohn-Rethel ein „dem Tausch in seiner Eigenschaft als gesellschaftlicher, zwischenmenschlicher Verkehrsform innewohnendes Postulat“ (55); berücksichtigt wird nur, daß der jeweilige Eigentumsstand unverändert bleibt. (Auf welcher Grundlage der Eigentumsstand berechnet wird, damit seine Unverändertheit zugestanden werden kann, wird nicht gefragt.) Auf der Tauschgleichung nun beruht nach Sohn-Rethel das „reine mathematische Denken“, das, wie der Tausch, von Qualitäten abstrahierend auf Quantitäten sich bezieht. Was aber wird in diesem Zusammenhang aus dem Wert? Als Begriff soll er die Gleichheit und gleichzeitige Verschiedenheit der Waren vermitteln. Aber er liegt nicht dem Tauschverhältnis zugrunde, sondern dieses ist vor ihm da. Der Wertbegriff selbst ist nur für den Ausdruck und das Denken der Tauschgleichung notwendig; er weckt zwar den Anschein, als weise er auf ein quantitatives Wesen in den Waren hin, jedoch ist dieses bloßer Schein, eine wirkliche Beziehung zwischen Arbeit und Wert der Waren kann Sohn-Rethel nirgends entdecken.

Nachdem das Gewicht eindeutig auf den *Warentausch* verlagert wurde, läßt sich dieser als gleichgültig gegen Produktion und Konsumtion, als bloßes Aneignungsverhältnis bestimmen. „Die Arbeit hat an dieser Form (des gesellschaftlichen Zusammenhangs) keinen aktiven Anteil. Sie ist in den warenproduzierenden Gesellschaften in der einen oder anderen Weise das Ausbeutungsobjekt der Aneigner. Alle in den warenproduzierenden Gesellschaften herrschenden und direktiven Begriffe sind solche, die dem Ausbeutungsmechanismus der Aneignung entspringen. . . Aber die Wertform der Waren, d. h. die Warenabstraktion, steht in keinem inhärenten Zusammenhang mit der zur Produktion der Waren erforderlichen Arbeit. Nicht Zusammenhang, sondern Trennung kennzeichnet dies Verhältnis. Anders gesagt, die Warenabstraktion ist Tauschabstraktion, nicht Arbeitsabstraktion“ (58 f.).

Nun leugnet Marx nirgends, daß der *Warentausch* die Gesellschaftsmitglieder zueinander in Beziehung setzt. Die Erweiterung, die Sohn-Rethel der Marxschen Theorie angedeihen lassen will, mutet also zunächst wie eine Verengung, d. h. genauer, wie eine

Reduzierung auf einen Aspekt der Sache an. Die Eliminierung der Arbeit als wertbestimmende Kategorie in der warenproduzierenden Gesellschaft wird die Voraussetzung, um die Notwendigkeit einer eigenständigen Gesellschaftslehre behaupten zu können; zugleich ist auch der Boden bereitet für die Entwicklung einer mechanistischen Überbaulehre, mit Hilfe und aufgrund derer Sohn-Rethel dann zu einem opportunen Zeitpunkt die Wertlehre (bei ihm die Arbeitsabstraktion) doch Eingang in die Gesellschaft finden läßt, wobei sie einen qualitativ neuen Zusammenhang stiftet, der neuen Revolutionstheorien Raum gibt.

Fehlt nach Sohn-Rethel bei Marx die Basis für das Überbauphänomen des quantifizierenden Denkens, des „reinen Verstandes“, zaubert er selbst sie, damit materialistisch argumentiert werden kann, durch Urzeugung herbei. Wie Pallas Athene aus dem Kopf von Zeus entspringt die Äquivalenzgleichung aus der Gesellschaft als Postulat. Sie ist gesetzt und fortan da. Nachdem dies Werk vollbracht ist, wird logisch deduziert. Der Tausch als „gesamtgesellschaftlicher Nexus“ mit dem Postulat der Äquivalenz ist Basis für die Naturwissenschaften, für das logische Denken überhaupt. Da aber im Tausch die Arbeit nicht vorkommt, entwickelt sich alles Denken jenseits derselben, ist dies die Geburt der Trennung von Hand- und Kopfarbeit. Die Arbeit ist allem Denken „transzendent“.

Daraus folgt für Sohn-Rethel, daß z. B. Kant im Gegensatz zu Hegel in exemplarischer Weise dieser Tatsache Rechnung trug, indem er die Apperzeption des Dings an sich als der Erkenntnis nicht zugänglich erachtete. So würde Kants Philosophie ganz deutlich und adäquat die Trennung von Arbeit (Ding an sich) und Denken (Erkenntnis) wiedergeben.

Alles weitere ergibt sich vergleichsweise einfach. In unversöhnlichem Gegensatz stehen Hand- und Kopfarbeiter einander gegenüber als die zwei antagonistischen Klassen. Alle Wissenschaft befindet sich mit Notwendigkeit, eben aufgrund ihrer Basis, des von der Arbeit abstrahierenden Tauschs, der den Zusammenhang der „Aneignungsgesellschaft“ stiftet, auf seiten der Ausbeutung. Die Wissenschaft hat mit der Produktion nichts zu tun, geschieht außer ihr. Etwaige wissenschaftliche Produkte, wie z. B. Maschinen, die in die Produktion Eingang finden, werden bekanntermaßen zum einen auf dem Wege der Kopfarbeit konstruiert und dienen zum anderen der Kapitalverwertung, d. h. der Ausbeutung. — Sollte zufällig einmal jemand, wie etwa Leonardo da Vinci, zugleich Produzent und Wissenschaftler in einem sein, so verkörpert er den Gegensatz eben unauflösbar in sich selbst, da er die beiden Arbeiten nur sukzessiv, aber nicht gleichzeitig bzw. miteinander verbunden vollbringt. —

Auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und dem Kapitalismus mit dem Privatbesitz an Produktionsmitteln hören sich die Ausführungen über die Indienstnahme der Wissenschaft und ihrer Produkte im Verwertungsinteresse des Kapitals durchaus plausibel an.



Unvermittelt jedoch und in der logischen Entfaltung recht unausgewiesen behauptet Sohn-Rethel, daß durch den Taylorismus etwas qualitativ Neues auf die Welt komme, eine neue Synthesis der Gesellschaft — wiederum als epochale Wende<sup>1</sup> — auf einer bisher unbekanntem Stufe wirklich werde. Es scheint, als ob die Trennung von Hand- und Kopfarbeit, welche historisch wirklich ist und auf der Basis des gesellschaftlichen Reichtums möglich war, logisch von Sohn-Rethel auch deswegen in so schicksalhaft antagonistischer Form konstruiert werden mußte, um auf der Basis einer erneuten Urzeugung — der Aneignungsnexus gilt für die neue Stufe der Entwicklung nicht mehr — die tendenzielle Aufhebung der Trennung konzipieren zu können.

Durch Taylors „time and motion study“, durch die genaue Berechnung von Arbeitseinheiten etc. kommt nämlich urplötzlich die Wissenschaft doch in die Produktion, dies um 1880. Wie etwa für Max Weber mit der Buchführung der Kapitalismus beginnt, beginnt für Sohn-Rethel mit dem Taylorismus die qualitativ neue Stufe der „Produktionsgesellschaft“. Die Vereinigung von Kopf- und Handarbeit im Taylorismus, die in der Vollautomatisierung vollendet sein soll, setzt der bisherigen Entwicklung, deren gesellschaftliche Synthesis die Aneignung war, ein Ende. Damit entzieht sie aber auch der bisherigen exakten Wissenschaft die Basis; auf der neuen Basis gilt es eine „neue Logik“ zu entwickeln. Daß dies bislang nicht geschehen ist, hat schwerwiegende Folgen, denn für Sohn-Rethel ist der Sozialismus als Möglichkeit wie als Wirklichkeit abhängig vom Denken. „Ihre Überwindung (die Überwindung der Naturdialektik im Marxismus) ist in der jetzigen Epoche eine Lebensfrage für sozialistische Theorie und Praxis. Zur Schaffung des Sozialismus wird verlangt, daß es der Gesellschaft gelingt, sich die moderne Entwicklung von Naturwissenschaft und Technologie zu subsumieren. Wenn die naturwissenschaftlichen Denkformen und der technologische Aspekt der Produktivkräfte sich aber der geschichtsmaterialistischen Betrachtungsweise wesensmäßig entziehen, so ist eine solche Subsumtion unmöglich. Dann geht die heutige Menschheit nicht dem Sozialismus, sondern der Technokratie entgegen, einer Zukunft also, in der nicht die Gesellschaft über die Technik, sondern die Technik über die Gesellschaft herrscht. Wenn es dem Marxismus nicht gelingt, der zeitlosen Wahrheitstheorie der herrschenden naturwissenschaftlichen Erkenntnislehren den Boden zu entziehen, dann ist die Abdankung des Marxismus als Denkstandpunkt eine bloße Frage der Zeit. Und dies ist nicht nur mit Geltung für die westliche Welt gesagt, wo das technokratische Denken sich auf den Positivismus stützt, es gilt kaum weniger für manche sozialistischen Länder, in denen der Technokratie im Namen des ‚dialektischen Materialismus‘ gehuldigt wird“ (14 f.). „Nichtsdestoweniger ist unser theoretisches Interesse durch das Ziel der klassenlosen Gesellschaft, ihrer Möglichkeit und der Be-

1 Die erste epochale Wende in der Geschichte soll die Genesis der „Aneignungsgesellschaft“ durch die Münzprägung sein; vgl. Anhang.

dingungen ihrer Verwirklichung motiviert, nicht unähnlich dem Primat der praktischen vor der theoretischen Vernunft bei Kant. Die Ähnlichkeit geht sogar so weit, daß an der einheitlich kritischen Auffassung unseres marxistischen Denkens die Möglichkeit der Freiheit in einer klassenlosen Gesellschaft hängt“ (37).

Das Buch endet mit dem Aufruf zur Revolution in Ost und West. Der revolutionäre Kampf gilt im Westen der „autoritären Dreieinigkeit“: „Kapitalisten, Management und Gewerkschaften“ (182), in den sozialistischen Staaten der „Usurpatorenbürokratie“ oder der „Bürokratenklasse“; empfohlen wird der chinesisch-albanische Weg zum Sozialismus — allerdings fehlt dafür eine inhaltliche Begründung. Der Kampf wird in den westlichen Ländern, logisch konsequent, nicht in erster Linie gegen Kapital und Staat geführt, sondern gegen das Management; über seine Entmachtung folgt die des Kapitals quasi von selbst. Obwohl der „Klassenkampf mit dem Management“ „sein Schlachtfeld im Betrieb“ (und nicht auf der Straße) habe, sind Träger der Revolution in erster Linie die Studenten; ihre Sache ist die Liquidation des falschen Bewußtseins, welches nach Sohn-Rethel — in ungenauer Zitierung aus Marx' Frühschriften, in denen die herrschenden Ideen die Ideen der Herrschenden sind — das Bewußtsein der Herrschenden ist. Wie der Sozialismus so letztlich abhängig von der Kraft des Gedankens, gerät auch die Revolution zur Denkleistung. Die Klassen, die den Denkformen sich verdanken, verschwinden und mit ihnen verflüchtigen sich auch materielle Interessen, ihre Nachfolge treten die „Kräfte der Vernunft“ an. „Es wird immer schwieriger, in der Arbeiterschaft materielle Interessen zu finden, die sich politisch in Energien für die soziale Revolution transformieren lassen. Und parteipolitisches marxistisches Denken ist so sehr auf diese Transformationstechnik eingespield, daß ihm zugleich mit dieser Technik der revolutionäre Wille selbst zu verwelken tendiert. Aber seit dem Ende der Verelendungstendenzen im Proletariat der fortgeschrittenen Länder hat sich die politische Kalkulation auf die Vernunft der Revolution in eine Kalkulation auf die ‚List der Vernunft‘ verwandelt. Gerade so wie bei Hegel der Weltgeist sich der menschlichen Triebe bedient, um seinen Vernunftzwecken der Freiheit zu dienen, so sollen auch hier die materiellen Eigeninteressen der Arbeiter den Hebel zur Realisierung der menschlichen Gesamtinteressen bilden. Die Gegensätze sind so groß, daß sich die Parteileitungen über die Schwierigkeiten nicht wundern sollten, die es ihnen macht, die Rolle des Weltgeists zu spielen. Es wäre aber auch möglich, die potentiellen revolutionären Kräfte für die Vernunft selbst zu interessieren statt nur für ihre List. Auf diese Weise ließe sich die Zweistufigkeit des Bewußtseins vermeiden, das sonst erfahrungsgemäß so leicht einreißt und das sich auch nach der Macht ergreifung als Wahrheit mit doppeltem Boden festsetzt, dem einen für die Massen und dem anderen für die Elite. . . . Die Gründe der Vernunft hingegen sollten insbesondere von den Studenten Besitz ergreifen, die auf der Suche nach ihnen bereits aufgebrochen sind. Vor allem in Gedanken an sie ist die Abfassung dieser Schrift erfolgt.

Sie stehen genau auf der Schwelle, wo das notwendig falsche Bewußtsein durchsichtig wird, wo darum die revolutionären Implikationen seiner Kritik voll begriffen werden können und keinem elitären Mißverständnis ausgesetzt sind“ (210 f.). Unter „Verelendung“ begreift Sohn-Rethel offensichtlich nichts weiter als die schrecklichste materielle Armut der Arbeiterklasse, statt Verelendung im Zusammenhang und relativ zum Möglichen zu sehen, Glück, Bildung, Gesundheit, Entfaltung aller Fähigkeiten usw. miteinzubeziehen. Die Tatsache des relativen Wohlstands der Arbeiterklasse, die in der Tat für die Politisierung Probleme aufwirft, scheint ihm als einzigen Ausweg die Verbreitung von Vernunft zu lassen, ein Weg, der für einen Intellektuellen ohnehin der nächstliegende ist. Die Geschichte ist allerdings mit den letzten großen Streikbewegungen über eine solche totale Vernachlässigung der materiellen Interessen als politische Kraft hinweggegangen, hinweggegangen auch über die Vorstellung, daß es die Studenten seien, die als „Träger der Revolution“ einzig „keinem elitären Mißverständnis ausgesetzt sind“.

Das Mißverständnis, das nach Sohn-Rethel derzeit in Ost und West noch vorherrscht, sieht folgendermaßen aus: Im noch bestehenden Kapitalismus haben zwar die alten Kapitalisten ausgedient, aber an ihre Stelle sind die Technokraten getreten, die, ganz als sei nichts geschehen, die Kopfarbeit, die jetzt erstmalig den Produzenten übereignet werden kann, für sich usurpieren. Im Sozialismus ist zwar der Privatbesitz an Produktionsmitteln abgeschafft, aber es wurde nicht erkannt, daß die marxistische Theorie Logik und Erkenntnistheorie aufzuarbeiten versäumte. Ausgestattet mit der Logik der Aneignungsgesellschaft perpetuiert sie notwendig Herrschaft, und zwar die Herrschaft der Kopf — über die Handwerker, der Bürokraten über die Produzenten.

Es kann an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden, daß diese Theorie einzuordnen ist in die ideologischen Waffen, die der Kalte Krieg zwischen Kapitalismus und Sozialismus vielzählig hervorgebracht hat. Es sei aber noch darauf hingewiesen, wie Sohn-Rethel sich die Aufhebung von Hand- und Kopfarbeit, einem Postulat, das genuin dem Marxismus angehört, denkt. Auf S. 178 f. beschreibt er den Weg, den die Produzenten gehen müssen, um Subjekt der Gesellschaft zu werden, als eine schrittweise Entwicklung des Bewußtseins mit ebenso schrittweiser Zunahme an Qualifizierung, als „gewaltige geistige und organisatorische Leistung“; er beschreibt also einen Vorgang, um dessen Problematik die meisten soziologischen Veröffentlichungen aus der DDR kreisen<sup>2</sup> — er bezeichnet ihn allerdings als „den chinesischen Weg“.

Der Ertrag aus dem Sohn-Rethelschen Werk ist eine neue theoretische Untermauerung schon bekannter Strategien:

2 Siehe hierzu meinen Beitrag „Soziologie in der DDR“, in: *Das Argument* 50, 1969; siehe ferner die inzwischen erschienene Arbeit von Rudi Weidig „Sozialistische Gemeinschaftsarbeit“, Dietz 1969 und den Tagungsbericht „Soziologie im Sozialismus“, Dietz 1970.

1. Der Sozialismus findet zur Zeit nur in exotischer Ferne statt;
2. Es gilt, die Revolution in die sozialistischen Nachbarstaaten hineinzutragen;
3. Der Klassenkampf in den westlichen Ländern ist nicht gegen Kapital und Staat, sondern gegen das Management zu führen;
4. Die Träger der Revolution sind die Studenten.

Der Beweis für die letzte These ergibt sich zwangsläufig aus der entfalteten Theorie, die alle gesellschaftlichen Widersprüche im Grunde auf Denkprobleme reduziert. Was als Ahnung den Leser im Buch begleitete, wird schließlich offenbar: im Studenten findet die neue Denkform ihr materielles Korrelat. So bringt das Buch doch etwas Neues: nämlich den Beweis dafür, daß die bekannten angegebenen Strategien in der Tat einem soziologischen Idealismus mit dem Postulat einer materialistischen Grundlage sich verdanken.

#### Anhang

##### **Anmerkung zu Sohn-Rethels Umgang mit dem Marxschen „Kapital“.**

Zu Sohn-Rethel als Marxisten sind noch einige Ausführungen über seinen Umgang mit Geschichte im allgemeinen und mit dem Marxschen „Kapital“ im besonderen angebracht. Zugunsten seiner Theorie der gesellschaftlichen Synthesis zieht er historische Prozesse bis zur Unkenntlichkeit zusammen, so z. B. S. 187: hier wird die Ausbildung der Geldform gleichgesetzt mit der Münzprägung. Dies wird nicht als „schrittweise Formentwicklung“ begriffen, sondern zum „epochalen Wendepunkt der Geschichte“ gemacht, an dem dann schlagartig der Warentausch „Form und Träger der innergesellschaftlichen Synthesis“ werde.

Seine Marx-Interpretationen bedienen sich verschiedener Methoden. So nimmt er Bestimmungen, die Marx für die einfache Warenproduktion gab, zum Beweis dafür, daß dieser den modernen Kapitalismus nicht vorausgesehen habe, oder er behauptet, Marx habe mit Notwendigkeit dies und jenes wegen der historisch andersartigen Stufe des Kapitalismus nicht erkennen können — und dies immer bei Sachverhalten, die durchaus im „Kapital“ entweder als Wirklichkeit oder als Tendenz angegeben sind. Z. B. wenn er Marx bescheinigt, er habe zwar „die Entwicklung der kapitalistischen Produktion als Prozeß ständig zunehmender Vergesellschaftung der Arbeit“ begriffen, was „er aber nicht gesehen hat und nicht hat sehen können, das ist die strukturelle Vollendung dieses Vergesellschaftungsprozesses der Arbeit, der Schritt zur strukturell vollvergesellschafteten Arbeit“ (151), ein Schritt und eine Vollendung, die Sohn-Rethel mit dem Taylorismus als qualitativ Neuem für gegeben erachtet. Der Taylorismus selbst wird von ihm funktionell auf eine Weise aufgefüllt, die in keiner Weise über das, was Marx im 13. Kapitel des ersten Bandes des „Kapital“ über Maschinerie und große Industrie schrieb, hinausgeht. Zum Beispiel sei das Ziel, die rationellste Form jeder Arbeitsverrichtung herauszufinden, und es handle sich um die „Anpassung der menschlichen Verrichtung an die Maschinenfunktion und die Einfügung in einen operativen Gesamtzusammenhang von maschinellen Prozessen“, um „präzise Zeitmessung“ als „gesellschaftliche Notwendigkeit“ (159). Mit dem Taylorismus werde die „Maschinerie ... mit menschlichen Krallen

versehen, mit denen sie die Arbeiterleiber zur verlangten Leistung zwingt“ (177); siehe dazu vor Taylor Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, MEW 23, z. B. S. 402, 416, 425, 433 ff.

Im 3. Bd. des „Kapital“ analysiert Marx das historische Überflüssigwerden der Kapitalisten im Produktions- und Zirkulationsprozeß und ihre Ersetzung durch „Manager“, ein Phänomen, das Sohn-Rethel nicht nur als eigene Entdeckung ausgibt, sondern auch gegen Marx als unvorhergesehene neuartige Entwicklungsstufe des Kapitalismus durch Zitatentricks ausspielt. Er zitiert Marx: „Die Produktivität der Maschine mißt sich (daher) an dem Grad, worin sie menschliche Arbeitskraft ersetzt“ (*Das Kapital*, Bd. 1, S. 412), ein herausgerissener Satz aus der Diskussion um die „Wertabgabe der Maschinerie an das Produkt“, und begreift sogleich richtig, daß hier von Rolle und Funktion der Manager keine Rede ist: „Im Taylorismus hingegen erfaßt die Produktivitätstechnik die menschliche Arbeit als solche, also die Arbeit, wofern sie im Produktionsprozeß verbleibt. Hier erfährt die menschliche Arbeitskraft daher die Vergesellschaftung der Arbeit an ihrem eigenen Leibe (vgl. z. B. Marx, *Grundrisse*, S. 24 ff. F. H.). Die Entfremdung dieser Vergesellschaftung der Arbeit durch das ‚functional management‘ gestattet darum die Bezeichnung als Usurpation, für welche die soeben zitierten Sätze von Marx (es war nur dieser eine, F. H.) keinen Raum lassen. Eine Usurpation kann aufgehoben, der Usurpator ausgeschaltet werden, die direkten Produzenten könnten selbst die Vergesellschaftung ihrer Arbeit übernehmen, zu deren bewußten Trägern und gesellschaftlichem Subjekt werden. Mit einem Wort: die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse können grundlegend verändert werden auf dem Boden des jetzt gegebenen Entwicklungsstandes der materiellen Produktivkräfte. Diese Möglichkeiten hängen an dem neuartigen Wesenszug des Taylorismus, genauer an dem darin enthaltenen qualitativen Schritt von der graduellen Vergesellschaftung zur Vollvergesellschaftung der Arbeit, einem strukturellen Entwicklungsschritt, der von Marx mit all seinem phänomenalen Vorausblick gleichwohl nicht der Form nach antizipiert worden war“ (157 f.) (vgl. hierzu insbesondere *Das Kapital*, Bd. 3, Kap. 23, Zins und Unternehmergewinn F. H.). — Weitere Unterstellungen, wie z. B. die, der „gesellschaftliche Gesamtarbeiter“ habe bei Marx einen „bloß metaphorischen Charakter“ (163) und werde erst in der von Sohn-Rethel entdeckten qualitativ anderen Gesellschaft nach 1880 wirklich, können im Rahmen dieser Kritik nicht eingehend widerlegt werden, sondern seien den Lesern des „Kapital“ zur eigenen Überprüfung anheimgestellt.

Karl Theodor Schuon

## Wissenschaft und Politik in der spätkapitalistischen Klassengesellschaft

Wissenschaft und Politik stehen heute in allen entwickelten Industriegesellschaften in zwei verschiedenen Beziehungen zueinander. Einmal muß Politik in zunehmendem Maße berücksichtigen, daß Wissenschaft zur Produktivkraft geworden ist; zum anderen ist Politik mehr und mehr darauf angewiesen, daß sie wissenschaftlich begründet ist, weil sie sonst den immer umfassender und komplizierter werdenden Anforderungen an sich selbst nicht mehr gerecht werden kann. Beide Seiten des Verhältnisses sind allerdings so untrennbar aufeinander bezogen, daß es sinnvoll erscheint, aus der Analyse der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution durch den Monopolkapitalismus (im Gegensatz zum Sozialismus) Ansätze für Methode und theoretische wie praktische Inhalte einer Verwissenschaftlichung von Politik zu gewinnen.

### 1. Widersprüchliche Entfaltung der Produktivkraft Wissenschaft

Die kapitalistische Wirtschaft ist in ihrem monopolistischen Stadium und bei wachsender internationaler Verflechtung und Konkurrenz genötigt, die Entfaltung der „Produktivkraft Wissenschaft“ als eines entscheidenden Produktionsfaktors administrativ mit Hilfe des Staatsapparates zu steuern. Ohne bestimmte Formen staatlicher Planung und Steuerung ist sie nicht einmal kurzfristig stabilisierungsfähig. Diese „Dauerregulierung des Wirtschaftsprozesses durch staatliche Intervention“<sup>1</sup> hat zu dem Schluß verleitet, die wissenschaftlich-technische Revolution stelle den bisherigen Klassenkonflikt still<sup>2</sup>. Joachim Hirschs neueste Untersuchung<sup>3</sup> zeigt allerdings eindrücklich, daß dem nicht so sein kann.

#### 1.1 Wissenschaftsorganisation in der BRD

An der ökonomischen Entwicklung der BRD weist Hirsch zunächst nach, daß in der Tat Wissenschaft und Bildung im Begriff sind, die Stellung eines entscheidenden Produktionsfaktors einzunehmen. Denn für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems ist

1 Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie“, Frankfurt/M., S. 75.

2 Vgl. ebd., S. 86.

3 Hirsch, Joachim: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System. es 437, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1970 (293 S., kart., 6,— DM).

ökonomisches Wachstum grundsätzlich notwendig. Ohne Dynamik des Systems wären weder Vollbeschäftigung noch angemessene Höhe des Sozialprodukts zu garantieren<sup>4</sup>. Wenn aber die erwerbstätige Bevölkerung nicht mehr oder nur noch sehr langsam zunimmt, wird die Erhöhung der Arbeitsproduktivität zur primären Wachstumsvoraussetzung. Die Rate des technisch möglichen Produktionszuwachses hängt damit immer stärker von der Geschwindigkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ab. Obwohl das Kapital im Spätkapitalismus hinsichtlich des ökonomischen Wachstums und der politischen Systemstabilisierung immer stärker vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt abhängig wird, ist es doch nicht in der Lage, diesen Fortschritt aufgrund der kapitalistischen ökonomischen Bewegungsmechanismen in qualitativ oder quantitativ ausreichender Form aus sich selbst, d. h. ohne staatliche Hilfe hervorzubringen. Das einseitige Profitinteresse tritt ununterbrochen in Widerspruch zu den Stabilisierungs- und Wachstumsnotwendigkeiten im kapitalistischen Gesamtsystem. Die Konsequenzen eines „sich selbst überlassen“ kapitalistischen Wirtschaftsystems wären deshalb unzureichende Fortschrittsraten, d. h. Wachstumskrisen, Disparitäten zwischen wissenschaftlicher Entdeckung und produktionstechnischer Innovation, einseitige wissenschaftlich-technische Entwicklungen und krisenhafte technologische Disparitäten zwischen einzelnen Wirtschaftssektoren sowie ganzen Nationalwirtschaften. Nur die gesellschaftliche Organisation des Fortschritts von Wissenschaft und Technik kann deshalb versuchen, den ökonomischen und gesellschaftlichen Erfordernissen gerecht zu werden, d. h. (unter den gegebenen Bedingungen) die administrative Regie von Forschung und Entwicklung mit Hilfe eines Netzes von Forschungs- und Hilfseinrichtungen. Staatlich unterhaltene Hochschulinstitute, staatlich finanzierte hochschulfreie Institute und „Selbstverwaltungseinrichtungen“ der Wissenschaft sowie unmittelbar zur Staatsverwaltung gehörende Forschungsanstalten sollen Sorge tragen für die Erarbeitung eines breit angelegten theoretischen Wissens und die Bereitstellung eines organisatorischen und personellen Potentials, das flexibel nutzbar ist und zugleich wissenschaftliche Erkenntnis auch auf solchen Gebieten vorantreibt, die in der Sicht privater Kapitalisten zunächst uninteressant erscheinen mögen. Außerdem müssen vom Staat Dokumentations- und Informationseinrichtungen finanziert und unterhalten werden<sup>5</sup>, und es muß eine flexible Anpassung der Organisationsformen sowie der Inhalte von Erziehung und Ausbildung an die sich verändernde Produktionstechnologie garantiert werden. Verbunden damit sind eine

4 Vgl. ebd., S. 66 ff.

5 Einen umfassenden, quasi lexikalischen Überblick über die historische Entwicklung der Wissenschaftsorganisation der BRD, über ihre verfassungsrechtlichen Grundlagen und ihre organisatorische Struktur, über ihre Finanzierung, über ihre innere Struktur und Differenzierung wie die internationale Zusammenarbeit findet sich in: Claus Müller-Daehn, *Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik Deutschland*, Darmstadt 1970.

allgemeine Innovationsförderung durch Hilfestellung bei der Entstehung von technologisch leistungsfähigen Unternehmenseinheiten, steuerliche Begünstigung von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen, Patentrecht-Verbesserung und Hilfen zur Verbesserung der Managementtechniken. Hinzu tritt die direkte Unterstützung privatwirtschaftlicher Forschung und Entwicklung, da der Personal- und Sachaufwand selbst die finanziellen Möglichkeiten großer Konzerne übersteigt und die Absatzchancen für neuentwickelte Produkte zu gering sind.

„Mit zunehmendem Umfang und wachsender Bedeutung staatlicher Forschungsförderung wird es zu einer Voraussetzung ihres Erfolgs, daß die getroffenen Maßnahmen nach Aufwand und Ertrag sorgfältig beurteilt und abgewickelt sowie langfristig koordiniert werden, d. h. daß es gelingt, Institutionen und Verfahren einer rationalen ‚Forschungsplanung‘ zu entwickeln<sup>6</sup>.“ Denn der Aufwand muß gering gehalten werden, und vor allem müßte für relative Gleichmäßigkeit im Entwicklungsstand wechselseitig relevanter Forschungsgebiete gesorgt werden. Die Vorteile internationaler Spezialisierung und Arbeitsteilung können ebenfalls nur durch planmäßige internationale Koordination und Kooperation genutzt werden<sup>7</sup>. Um eine solche Planung durchzuführen, bedürfte es einigermaßen präzise formulierter gesellschaftlicher Zielvorstellungen. Doch die staatlichen Organe in der BRD zeigen sich, so weist Hirsch nach, unfähig, Zielvorstellungen zu entwickeln, geschweige denn einen umfassenden Gesamtplan für die nationale Forschungspolitik aufzustellen. Diese Unfähigkeit ist, so wird sich zeigen, eine direkte Folge gesellschaftlicher Machtverhältnisse, die zunächst einmal dafür sorgen, daß Staatsverwaltung, Wissenschaftsorganisationen und Wirtschaftsbürokratien bei der Planung und Lenkung des Forschungs- und Ausbildungssystems in der Bundesrepublik beinahe unentwirrbar verflochten sind.

Die bisherigen konkreten Ergebnisse dieser verflochtenen Forschungsplanung und -lenkung, d. h. die einzelnen Forschungsprogramme zeigen ein eindeutiges Übergewicht solcher Sektoren, die lediglich eine Hebung der „industriellen Leistungsfähigkeit“ im internationalen Wettbewerb zum Zweck haben, während öffentliche Zukunftsaufgaben kaum hinreichend definiert sind. Im Vordergrund stehen die Förderungsprogramme für Kernforschung und kerntechnische Entwicklung, Weltraumforschung und Luftfahrttechnik, Datenverarbeitung und vor allem Verteidigungsforschung, sekundär sind Meeresforschung oder neue Technologie im Konsumgüterbereich. Alle zivilen Programme sind außerdem gleichzeitig militärisch unmittelbar relevant und werden durch entsprechende Vorhaben des Verteidigungsministeriums zum Teil mit gefördert oder ergänzt. Das Rüstungsforschungsprogramm ist dabei „das quantitativ bedeutsam-

6 Hirsch, *Wiss.-techn. Fortschritt*, S. 119.

7 Dem sollen Organisationen wie: OECD, ESRO, CERN und EURATOM dienen.



ste ‚Einzelprogramm‘ der Bundesregierung“<sup>8</sup>, dessen finanzieller Hauptanteil in Form von Entwicklungs- und Beschaffungsaufträgen direkt an die Industrie fließt. Mächtige industrielle Interessen verbinden sich hier aufs engste mit dem „Streben nach verstärkter militärischer Unabhängigkeit“<sup>9</sup>.

### 1.2 Kriegsforschung in der BRD

Das Ausmaß und die Hintergründe der militärischen Forschung in der BRD werden ausführlich von Rainer Rilling analysiert<sup>10</sup>. Er schildert zunächst die Entwicklung seit der Gründung der BRD bis zur Krise 1966/67, die eine gewisse Neukonzeption erbrachte. Schon 1952 gründete der Bundesverband der Deutschen Industrie einen Arbeitskreis und eine Abteilung für Rüstungsfragen. Gleichzeitig begann der Aufbau von Zentren der Luftfahrttechnik in den Hochschulen und sonstigen Forschungsstätten, finanziert zum großen Teil von der Industrie. Vor allem die Elektronikindustrie sowie die Luft- und Raumfahrtindustrie erhofften sich wenig später von der Wiederaufrüstung zu einem guten Teil die Finanzierung und Organisation des technischen Fortschritts, auf den sie zu diesem Zeitpunkt bereits in hohem Maße angewiesen waren. Strauß revidierte deshalb als Verteidigungsminister die Rüstungskonzeption und erweiterte die Ausgaben für wissenschaftliche und technische Entwicklung zu Lasten der Wehrpflichtzeit und des Personalbestandes. Von 1956 bis 1965 entfielen insgesamt ziemlich genau 2 Milliarden DM Forschungsausgaben des Staates auf die Industrie; das sind knapp 10 % der konzerneigenen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FE) und ca. 20 % der Wissenschaftsausgaben des Bundes in dieser Phase<sup>11</sup>. „Bis zu der Krise 1966/67 war die Anzahl der mit militärischer Forschung und Entwicklung beschäftigten Hochschulinstitute auf ca. 120 angestiegen; rund 60 Industriekonzerne und ca. 75 ‚freie‘ Forschungsstätten arbeiteten direkt mit dem Bundesministerium für Verteidigung zusammen. Millionenbeträge flossen in die Kriegsforschung, und die westdeutsche Rüstungsindustrie war inzwischen so stark geworden, daß sie immer stärker in das internationale Rüstungsgeschäft drängte“<sup>12</sup>. Den institutionellen Kern der staatlichen Planung und Lenkung der militärischen Forschung bilden bis heute das Verteidigungsministerium und das „Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung“. Zusammen mit Vertretern großer Rüstungskonzerne besetzte das Verteidigungsministerium die Entscheidungsgremien von relevanten Forschungsstätten und sicherte sich mit diesen von Beginn an Sitz und Stimme in den wichtigsten überregionalen Planungs- und Leitungsgremien.

8 Hirsch, Wiss.-techn. Fortschritt, S. 189.

9 Ebd., S. 190.

10 Rilling, Rainer: Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD. Kleine Bibliothek 8, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1970 (312 S., Pb., 9,80 DM).

11 Vgl. ebd., S. 43.

12 Ebd., S. 68.

Ab 1963/64 gewinnt dann die rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der BRD und den USA immer größere Bedeutung. Die divergierenden politischen Ambitionen der BRD und des gaulistischen Frankreich hinsichtlich der Vorherrschaft in Westeuropa machten sich immer deutlicher bemerkbar, was den Einbruch der USA in die rüstungsrelevanten westdeutschen Industriezweige begünstigte. Außerdem gelang es den westdeutschen Rüstungskonzernen in den Jahren seit 1960, über Lizenzproduktion, Gemeinschaftsentwicklungen und schließlich Eigenentwicklungen eine immer stärkere Position zu gewinnen, die es ihnen erlaubte, wieder eine engere Zusammenarbeit mit US-Konzernen einzugehen<sup>13</sup>. Für die Krise von 1966/67 war diese Kooperation von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Denn die entscheidende Ursache dafür, daß die Überproduktionskrise nicht durch die Forcierung des Exports entscheidend gemildert werden konnte, lag an der verstärkt aufgebrochenen technologischen Lücke<sup>14</sup>. Diese aber war wiederum vor allem darauf zurückzuführen, „daß in der BRD zunächst im Gegensatz zu den anderen kapitalistischen Staaten kein Zustand der permanenten Hochrüstung bestand, der ein unmittelbares Interesse an einer relativ weitgehenden Entwicklung des technischen Fortschritts über die Rüstung begründete“<sup>15</sup>.

In der Tat war die Situation der Rüstungsforschung in den USA von der der BRD radikal verschieden. Helmut Krauch<sup>16</sup> beschreibt die Situation folgendermaßen: „Da in den USA seit fast 20 Jahren die Weltkonflikte immer stärker die staatliche Finanzierung und Lenkung von Forschung und Entwicklung stimuliert haben, ist es zu einer einseitigen Entwicklung des gesamten Wissensgebäudes und seines Wachstums gekommen<sup>17</sup>.“ Bevorzugt werden bis heute die Atomphysik, die Raumforschung, Naturwissenschaften (statt z. B. Medizin und Sozialwissenschaften) und die Flugzeugindustrie. Dabei ist zu berücksichtigen, daß rund 50 % der Lieferungen der elektronischen Industrie und 61 % der Lieferungen des Schiffbaus für die Rüstung bestimmt sind. 95 % aller Aufträge der Flugzeugindustrie und ein sehr großer Teil der Aufträge der Raumfahrtindustrie sind reine Rüstungsaufträge. Alle diese Industrien sind außerordentlich

13 Rilling beschreibt ausführlich die einzelnen Projekte (ebd., S. 88 ff.).

14 Vgl. dazu auch Hirsch, *Wiss.-techn. Fortschritt*, S. 105 ff.

15 Rilling, *Kriegsforschung*, S. 96. Den zweiten entscheidenden Vorteil sollte man jedoch nicht unerwähnt lassen: den hohen Monopolisierungs- und Zentralisierungsgrad allein des US-Kapitals. „Was den USA-Konzernen einen entscheidenden Vorsprung gab, war die Tatsache, daß sie, bei größerer Kapitalkraft und höherer Rendite, bedeutendere Risiken eingehen konnten, und gerade die neueste Technologie erfordert solche Risiken . . .“ (Ernest Mandel, *Die EWG und die Konkurrenz Europa—Amerika*, Frankfurt/M. 1968, S. 32).

16 Krauch, Helmut: *Die organisierte Forschung*. Sammlung Luchterhand 2. Luchterhand Verlag, Neuwied a. Rh. und Berlin 1970 (288 S., kart., 9,80 DM).

17 Ebd., S. 160.

forschungsintensiv. Bei Flugzeugen betrug der Anteil von Forschung und Entwicklung an den Herstellungskosten vor wenigen Jahren noch 20 %. Heute sind es bei den modernen Raketensystemen oft schon über 60 %. Inzwischen geben die USA zwischen 50 und 60 % ihres Bundeshaushalts für Verteidigungszwecke aus. Das sind annähernd 10 % des Bruttosozialprodukts<sup>18</sup>. Der Anteil der Forschungsausgaben für militärische Forschung an den staatlichen Forschungsausgaben beträgt analog seit ungefähr acht Jahren 90 %<sup>19</sup>. Durch die militärische Vertragsforschung und Vertragsentwicklung, die nicht nur in den USA, sondern auch z. B. in Frankreich und Großbritannien solche immensen Ausmaße angenommen hat, haben die ausländischen Unternehmen gegenüber ihren deutschen Konkurrenten erhebliche Vorteile. Unter dem Schutz militärischer Geheimhaltung können sie zahlreiche Ergebnisse aus den militärischen Forschungs- und Entwicklungsaufträgen für ihre eigene marktorientierte Forschung und Produktion auswerten. Obwohl der wirtschaftliche Nutzeffekt militärischer Forschung und Entwicklung nur ein Bruchteil des Nutzeffektes der marktorientierten Forschung und Entwicklung beträgt, liegt der riesige Vorteil der staatlichen Finanzierung von Rüstungsforschung darin, daß die an militärischer Auftragsforschung beteiligten Firmen sich nahezu ohne jedes Risiko große und leistungsfähige Forschungs- und Entwicklungsabteilungen aufbauen und unterhalten können. Dadurch hat nicht nur die Luft- und Raumfahrtindustrie, sondern auch die elektronische Industrie der Vereinigten Staaten ihre Macht ausgeweitet und sich eine absolut dominierende Stellung auf dem Weltmarkt gesichert. „Damit ist für die übrigen Länder sowohl ein wirtschaftlicher Verlust als auch ein Verlust an Substanz und staatlicher Souveränität verbunden“<sup>20</sup>.

Auch in der Bundesrepublik versuchte man mit den Rüstungsprogrammen von 1955/56 (Atomforschung) und 1962 (Weltraumforschung), „über den Staat die Voraussetzungen (und Mittel zugleich) zu schaffen für den allmählichen Übergang zu einer Phase des intensiven Wachstums“, so stellt Rilling fest<sup>21</sup>. Doch zunächst wurde auf eine langfristige und systematische Entwicklung der Forschung sowie weiterer Gebiete der Infrastruktur verzichtet. Denn die einseitige Ausrichtung auf das Wachstum im Konsumgüterbereich gewährte nicht nur kurzfristig die höchste Profitrate, sondern wurde auch als Waffe im Kalten Krieg gegen den Sozialismus in der DDR eingesetzt, um die Wiedervereinigung zugunsten des Kapitalismus durch den Nachweis des offensichtlichen Reichtums im Gegensatz zur „geplanten Armut“ zu erzwingen. Bereits vor Beginn der Krise 1966/67 fanden deshalb scharfe Auseinandersetzungen über die zukünftige forschungspolitische Strategie in der BRD statt. Die unter ungünstigeren

18 Vgl. ebd., S. 154.

19 So: Rudi Gündel, Horst Heining, Peter Hess und Kurt Zieschang, Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1967, S. 140.

20 Krauch, Org. Forschung, S. 186.

21 Rilling, Kriegsforschung, S. 97.

Wachstumsraten und Kapitalverwertungsbedingungen leidenden Industriezweige drängten auf die Erstellung eines umfangreichen westdeutschen, nationalen Kriegsforschungsprogramms. Ihre politischen und wirtschaftspolitischen Repräsentanten waren die Deutsche Bank mit Abs an der Spitze, Adenauer und Strauß. Große Teile der Verarbeitungs- und Exportindustrie<sup>22</sup> wollten dagegen zunächst die jahrelange Kooperation mit dem US-Kapital auf dem Rüstungssektor fortgesetzt wissen. Ihr Repräsentant war Erhard. Seit Anfang 1966 die Zeichen der kommenden Überproduktionskrise immer deutlicher wurden, wurde deshalb die politische Stellung der Erhard-Gruppe immer kritischer, bis Mitte 1966 die Gruppe um Strauß dann den offenen politischen Angriff auf die Regierung Erhard einleitete. Erst in der Krise selbst konnte der Übergang der westdeutschen Industrie mit Hilfe der Interventionen des Staates — auch vor allem von Forschungsinvestitionen — in eine Phase des intensiven Wachstums eingeleitet werden.

Die „Neue Forschungspolitik“, die nun konzipiert wurde, sah neben dem Aufbau alle Forschungs- und Entwicklungs-Sektoren umfassender „Forschungsverbunde“ und der straffen Zentralisierung der forschungspolitischen Lenkungsorgane sowie der Ablösung veralteter Organisationsstrukturen innerhalb und außerhalb der Hochschulforschung eine gewichtige Verschiebung der bisherigen Schwerpunkte im Rahmen einer sich herauskristallisierenden forschungspolitischen Gesamtprogrammierung vor. Ohne absolute Einschränkung der Kriegsforschung sollten staatliche Subventionen nun verstärkt direkt auf den Sektor der „zivilen“, unmittelbar ökonomisch verwertbaren FE getätigt werden. Aufgrund des starken Widerstands der militärisch orientierten Fraktion des westdeutschen Herrschaftskartells (unter Führung von Strauß) kam es aber schließlich nur zu einem Kompromiß. Einer größeren Steigerung der Ausgaben für zivile Programme stand eine nur wenig geringere Steigerung der Ausgaben für militärische Programme gegenüber. Sowohl die Aussicht auf eine

22 Rilling versucht die beiden Flügel zunächst wie folgt zu differenzieren:

- a) Grundchemie, Montanindustrie, Elektroindustrie, Maschinenbau (Strauß-Flügel),
- b) Verarbeitungs- und Exportindustrie (Erhard-Flügel). (Vgl. Rilling, Kriegsforschung, S. 100.)

Diese Differenzierung ist in vieler Hinsicht problematisch. Inzwischen kann man sagen, daß zur Gruppe um Strauß vor allem die Waffen- und Munitionsindustrie, die Luft- und Raumfahrtindustrie und die Industrien für Heeres-Infrastruktur gehören, im übrigen aber die Trennungslinie damals (wie heute in ähnlichen Fragen) teilweise quer durch die Monopole selbst ging und daß außerdem (bereits kurzfristig) ständige Verschiebungen zwischen den Gruppen und Flügeln stattfinden. (Vgl. Friedhelm Baukloh, Der militärisch-industrielle Komplex in der BRD und der Moskauer Vertrag, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 15/1970, H. 10, S. 1026—1031; Rainer Rilling, Zur Forschungspolitik der SPD/FDP-Regierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 16/1971, H. 3, S. 273—287).

allgemeine Unterstützung des technischen Fortschritts als auch auf eine quasi eigengesetzliche Forcierung staatlicher Beschaffungsprogramme durch militärische Forschung und Entwicklung waren die entscheidenden Gründe dafür, „daß die deutsche Industrie am Ende des wirtschaftlichen Nachkriegsaufschwungs und angesichts sich verschärfender Krisenanzeichen mit Nachdruck auf die Erhöhung des Anteils für Forschung und Entwicklung am Rüstungsbudget gepocht hat. Bei der staatlichen Administration stieß sie dabei auf Aufgeschlossenheit und Wohlwollen“<sup>23</sup>.

Ungeachtet der sich seit 1966/67 durchsetzenden gewissen Verschiebung der Prioritäten innerhalb der gesamtstaatlichen Forschungspolitik nimmt die militärische FE weiterhin eine Vorrangstellung unter den Maßnahmen zur Forschungsförderung des Bundes ein (1967 = 44 %) <sup>24</sup>. Rilling gibt eine detaillierte, umfassende Zusammenstellung der durch die militärische Forschung ermöglichten verstärkten Monopolbildungen und Konzentrationsprozesse<sup>25</sup>, die zusammen mit einer vorsichtigen Internationalisierung innerhalb der westeuropäischen Rüstungsindustrie die amerikanische Rüstungsdominanz allmählich brechen sollen. Dem entspricht nun eine Konzentration und Rationalisierung der wissenschaftlichen Kapazitäten und die Bildung einheitlicher und projektgebundener staatsmonopolistischer Managements auch in der BRD. Dabei soll in zahlreichen Wissenschaftsbereichen die Hochschulforschung allmählich zugunsten der universitären Ausbildungsfunktion und außeruniversitärer Forschungsschwerpunkte (wie z. B. der Fraunhofer-Gesellschaft) eingedämmt werden und andererseits in verschiedenen Bereichen Forschungsschwerpunkte geschaffen werden, in denen universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen integriert sind. Die Unterwerfung des gesamten Prozesses unter die staatliche Regulierungstätigkeit bedeutet jedoch nicht, daß dieser aus dem privatkapitalistischen Kalkül ausgeklammert und dem Herrschaftsbereich des Kapitals entzogen wird. In den in den letzten Jahren aufgebauten und ausgebauten staatlichen Rüstungsagenturen arbeiten im Gegenteil das Bundesverteidigungsministerium und die Rüstungsindustrie eng zusammen. Die Regierung fördert dabei die weitere Kapitalkonzentration, und Auftragsblöcke werden in einem einzigen Konzernbereich zentralisiert, wodurch die Industrie in die Lage versetzt wird, ein entsprechendes Systemmanagement zu entwickeln. „Sowohl die . . . personelle Verflechtung wie auch die organisatorische Verschmelzung, wie sie auf dem Gebiet der militärischen Forschung und Entwicklung mit der Bildung kombinierter Spitzenmanagements zur Systemführung besonders deutlich fortschreitet, sind natürlich nur die äußere Erscheinungsform der Adaptierung der militärischen, ökonomischen und staatlichen Machtinteressen an die Durchsetzung sektorieller Profitinteressen (Rüstungsindustrie) und an gesellschaftlichen Mili-

23 Hirsch, *Wiss.-techn. Fortschritt*, S. 99/100.

24 Vgl. Rilling, *Kriegsforschung*, S. 118 f.

25 Ebd., S. 123 ff.

tarismus nach innen . . . und nach außen<sup>26</sup>.“ Auf diese Weise entsteht, wie bereits schon früher in den USA<sup>27</sup>, in der BRD ein militärisch-industrieller Komplex, „eine unkontrollierte Machtverfälschung von Wirtschaft und Wissenschaft, Militär und Politik, die die Gesellschaft heute langfristig und gefährlich vorprogrammiert, ohne daß die Öffentlichkeit es auch nur merkt“<sup>28</sup>. Dem entspricht die kontinuierliche Steigerung der Rüstungsausgaben des Bundes, die heute bei 4,7 % des bundesdeutschen Bruttosozialprodukts liegen (NATO-Durchschnitt: 4,6 %) <sup>29</sup>. Außerdem dringen mit dem Übergang zu den siebziger Jahren die westdeutschen Konzerne unter dem Expansions-schirm der EWG verstärkt in das internationale Waffengeschäft ein. Der Flick-Konzern hat sich bereits zum größten Panzerproduzenten Westeuropas entwickelt<sup>30</sup>.

Diese gesellschaftlich unsinnige<sup>31</sup> Verwendung von Forschungsmitteln ist das deutlichste Zeichen für die Unfähigkeit der staatlichen Planung, wirklich zu koordinieren und einheitliche, gesellschaftlich nützliche Konzeptionen zu entwickeln<sup>32</sup>. Rilling weist vor allem noch mit Recht darauf hin, daß die militärische Forschung und Entwicklung über den „spin off“ (die zivile Verwertbarkeit militärischer Forschung), das ökonomische Wachstum insgesamt viel zu gering beeinflußt — verstärkt noch dadurch, daß für den Prozeß der Umsetzung selbst wiederum ein großer Aufwand getrieben werden muß, und daß die militärische Geheimhaltung die Umsetzung des erarbeiteten Wissens in die Produktion oft verhindert —, was sich unter anderem darin niederschlug, daß die USA mit dem höchsten relativen und absoluten Forschungsaufwand in der Zeit von 1950—

26 Ebd., S. 187.

27 Vgl. dazu vor allem: Richard J. Barnet, Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes, Reinbek bei Hamburg 1971 (New York 1969).

28 Claus Grossner, Ein militärisch-industrieller Komplex in der Bundesrepublik? in: Richard J. Barnet, Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes, Reinbek bei Hamburg 1971 (New York 1969), S. 128—146, hier: S. 128. Vgl. auch: Mathias Jung, Mommsen und die Folgen. Zur Verfälschung von Militär und Wirtschaft, in: Deutsche Volkszeitung, Nr. 13, 25. 3. 71, S. 5.

29 Vgl. Grossner, Militärisch-ind. Komplex, S. 132.

30 Vgl. dazu vor allem auch: Jung, Mommsen, S. 5.

31 Der Terminus „gesellschaftlich“ kann sich immer nur auf die Gesamtheit der Gesellschaftsmitglieder beziehen. Der Begriff der Systemrationalität, auf den sich „gesellschaftlicher Nutzen“ etwa noch beziehen könnte, ist wegen der unlösbaren Widersprüche im System selber unbrauchbar, wie gerade die Forschungsplanung und Forschungsorganisation unter den Bedingungen der Monopolisierung aufs Neue bestätigt. Systemrationalität ist wie Systemstabilisierung für den Kapitalismus ein Widerspruch in sich selbst.

32 Vgl. Hirsch, Wiss.-techn. Fortschritt, S. 193. Ebenso: Ulrich Lohmar, Wissenschaftsförderung und Politik-Beratung, Gütersloh 1967, S. 79 f. Lohmar bestätigt hier in allen Punkten die Analyse von Hirsch (vgl. Hirsch, Wiss.-techn. Fortschritt, S. 193 ff.), wenn er auch andere Schlußfolgerungen daraus zieht.

1962 die geringste Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts je Kopf der Bevölkerung im Vergleich zu BRD, Frankreich, England, Belgien und den Niederlanden aufzuweisen hatten<sup>33</sup>. „Es ist offensichtlich notwendig, . . . den Charakter der Forschung und ihrer Verwertung zu berücksichtigen<sup>34</sup>.“ Obwohl dies erkannt ist und obwohl „zivile“ Förderungsprogramme deshalb seit 1966/67 ebenfalls eingeleitet wurden, zeichnet sich ab, daß in den siebziger Jahren weiterhin die militärische Forschung und Entwicklung unter den Schwerpunktprogrammen des Bundes eine hohe Priorität haben wird und somit auch die längerfristigen Auswirkungen der „zivilen“ Förderungsprogramme beschränkt bleiben werden. Damit werden in großem Maßstab gesellschaftliche Mittel und Kräfte der friedlichen Nutzung der Wissenschaft und Technik entzogen und die einseitige Entwicklung des Wissenschaftsgebäudes weiter vorangetrieben. Die Kriegsforschung dient auch weiterhin dazu, stets von neuem die staatliche Nachfrage zur Auslastung vorhandener Überkapazitäten zu motivieren und aggressive außenpolitische und militärstrategische Strategien mit zu begründen.

### 1.3 Staatsmonopolistisches System

Diese Unfähigkeit des Systems, wissenschaftliche Forschung gesellschaftlich sinnvoll zu planen, hängt eng mit der spezifischen Struktur der Planungs- und Lenkungsorgane zusammen. Hirsch analysiert eingehend die personelle Zusammensetzung der Lenkungsorgane und die sich darin manifestierenden Einflüsse. „Überblickt man die personelle Zusammensetzung aller . . . Lenkungsorgane, so fällt auf, daß die privatwirtschaftliche Repräsentanz um so bedeutsamer wird, je mehr die Förderung schwerpunktmäßig orientierter Grundlagenforschung und industrieller Entwicklung im Vordergrund steht<sup>35</sup>.“ In der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder im Wissenschaftsrat sind die Vertreter der Privatwirtschaft noch in der Minderzahl, in den wichtigsten Beratungskommissionen der Bundesregierung bilden sie aber die ausschlaggebende Gruppe. Die praktische Funktionsweise dieser Organe garantiert ihnen auch dann den entscheidenden Ein-

33 Vgl. Rilling, Kriegsforschung, S. 204 ff. Außerdem gilt hier zu Recht: „Es gehört zu den Widersprüchen des Spätkapitalismus, daß die Entwicklung einer feuerfesten Bratpfanne über ein Raketenprogramm in Milliardenhöhe realisiert wird. Vielleicht begründet man demnächst den Bau von Kriegsschiffen mit der Entwicklung eines wasserfesten Backpulvers.“ (Mathias Jung, Mommsen und die Folgen. Zur Verfilzung von Militär und Wirtschaft, in: Deutsche Volkszeitung, Nr. 14, 1. 4. 71, S. 5.)

34 Rilling, Kriegsforschung, S. 191. Dem widerspricht nicht, daß die westeuropäische „technologische Lücke“ durch die größeren Forschungsausgaben der USA verursacht wurde. Allerdings ist es keine absolut zureichende Argumentation, mit Hinweis auf die Zuwachsraten von Wirtschaftsgesellschaften, die einen Nachholbedarf hatten, die geringere Zuwachsraten einer fortgeschritteneren Wirtschaft kritisch zu beurteilen. Rilling liefert jedoch eine Fülle von Einzelangaben, die seinen Schluß im ganzen gut begründen.

35 Hirsch, Wiss.-techn. Fortschritt, S. 218.

fluß, wenn sie zahlenmäßig in der Minderheit sind. Entscheidend ist dabei nicht nur das allgemeine Übergewicht der „Wirtschaft“, sondern vor allem exklusive Einflußchancen für eine kleine Gruppe forschungsintensiver Großkonzerne. „Diese Konzerne sind fast durchweg auch überdurchschnittlich exportabhängig und daher in besonderem Maße an bestimmten Formen des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts interessiert“<sup>36</sup>. Die Tendenz zur Konzentration der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen auf wenige hochmonopolisierte Wirtschaftszweige hält daher ununterbrochen an. Die großen Konzerne verfügen nicht nur über klar definierte forschungspolitische Zielvorstellungen, die sich aus ihrer längerfristigen Unternehmensstrategie ergeben, und denen Staatsbeamte und Wissenschaftler nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen haben. Darüber hinaus verleiht ihnen die Alleinverfügung über einen wesentlichen Teil des nationalen Forschungspotentials in Gestalt ihrer eigenen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und die ausschließliche Entscheidungsgewalt über volkswirtschaftlich lebenswichtige Investitionen eine strategische Machtposition, welche die staatliche Administration und die beteiligten Wissenschaftler in wesentlichen Bereichen der Forschungspolitik praktisch zur mehr oder weniger eingestandenen Anpassung zwingt. Soweit aber staatliche Wissenschafts- und Forschungspolitik lediglich privatkapitalistische Investitions- und Entwicklungsstrategien zur Grundlage hat, „reproduziert sie notwendig die immanenten Widersprüche des monopolistischen Kapitalismus“<sup>37</sup>. Obwohl die Stabilitätsanfordernisse des politischen und ökonomischen Systems über die Monopolinteressen hinausgehende wirtschafts- und bildungspolitische Maßnahmen nötig machten, ändert sich durch ein solches staatsmonopolistisches Planungs- und Lenkungssystem an den grundlegenden Widersprüchen gar nichts; eine konsistente, rationale Gesamtplanung unterbleibt auch weiterhin. Hirsch geht davon aus, daß es auch in Zukunft „eine eigenständige ‚staatliche‘ Wissenschaftspolitik ... ebensowenig gibt wie autonome wissenschaftliche Selbstverwaltungsorganisationen, also daß Wissenschaftspolitik in entscheidenden Bereichen sehr viel mehr die Angelegenheit einer spezifischen Selbstverwaltung weniger Großkonzerne unter Zuhilfenahme der staatlichen Administration und einiger Wissenschaftler ist“<sup>38</sup>. Je mehr aber die Forschung nach den Bedürfnissen monopolistischer Kapitalverwertung gesteuert wird, desto größer wird die Gefahr, daß gesellschaftlich unproduktive Doppelarbeiten geleistet, sinnlose oder schädliche Entwicklungen vorangetrieben, anwendungsreife Ergebnisse aus Profitinteresse zurückgehalten werden, Spezialistenheere ausgebildet werden, die — zu einseitig ausgebildet — jeder Umstellung der Produktion hilflos ausgeliefert sind<sup>39</sup>, vor allem aber, daß gesellschaftlicher Nutzen

36 Ebd., S. 225.

37 Ebd., S. 233.

38 Ebd., S. 240.

39 Vgl. dazu auch: Grossner, Militärisch-ind. Komplex, S. 136.



eher als Nebenprodukt denn als Ziel des Forschungsprozesses erscheint<sup>40</sup>.

Krauch weist mit Recht darauf hin, daß das Wachstum der Wissenschaft, da es niemals (und schon gar nicht im staatsmonopolistischen System) unabhängig von gesellschaftlichen und politischen Faktoren sich vollzieht, von Staat zu Staat recht unterschiedliche Formen aufweist<sup>41</sup>. Krauch meint feststellen zu können, daß sich in verschiedenen Staaten auch verschiedene (aber überall vorhandene) Diskrepanzen zwischen der privaten Entwicklung von neuen Technologien und den Interessen und Wertvorstellungen größerer Gruppen der Öffentlichkeit ergeben, „wodurch der Staat zur Aktivität in der gesellschaftlich orientierten Forschung und Entwicklung angeregt wird“<sup>42</sup>. Diese Aktivität führe zur Stärkung desjenigen Anteils der von der öffentlichen Hand geförderten Forschung, der vorwiegend wohlfahrtsorientiert ist. Allerdings gebe es dabei erhebliche internationale Differenzierungen: „Die USA und Frankreich und in geringerem Maße auch Großbritannien streben in erster Linie das Ziel staatlicher Machtausweitung durch Forschung und Entwicklung an, während die Bundesrepublik bei wesentlich geringerer staatlicher Initiative mit privaten Mitteln wirtschaftliches Wachstum erzielen will. In Großbritannien ist der Anteil der militärischen Forschung und Entwicklung ständig zurückgegangen. . . In Frankreich zeichnet sich dagegen der umgekehrte Prozeß ab. Der vom Staat gelenkte und finanzierte Teil der Forschung, insbesondere die militärische Forschung und Entwicklung, wird immer größer“<sup>43</sup>. Auch Rilling konstatiert, daß die SPD/FDP-Regierung in der BRD aufgrund des wachsenden Drucks ihrer politischen Basis gezwungen ist, „zunehmend Forschungskapazitäten für die verschiedensten infrastrukturellen Probleme zu mobilisieren und die nahezu ausschließliche Orientierung der wissenschaftlichen Kapazitäten auf vorwiegend militärische Zielsetzungen einzudämmen“<sup>44</sup>. In dieser Grundlinie zeigen sich deutliche Differenzen zur Forschungsstrategie der CSU und Teilen der CDU<sup>45</sup>.

40 So auch: Wissenschaft im Klassenkampf. Naturwissenschaftlich-technische Forschung im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem Westdeutschlands, hrsg. Autorenkollektiv der Technischen Universität Dresden, geleitet von Gerhard Speer, Berlin 1968, S. 184 ff.

41 Vgl. Krauch, *Org. Forschung*, S. 176 f.

42 Ebd., S. 178.

43 Ebd., S. 181/182.

44 Rainer Rilling, *Zur Forschungspolitik der SPD/FDP-Regierung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 16/1971, H. 3, S. 273–287, hier: S. 287.

45 Vgl. dazu auch: Christian Schütze, *Im Wald der Zahlen Pfade zur Reform*, in *Süddeutsche Zeitung*, 2. 3. 71, S. 4: „Das Forschungsbudget des Verteidigungsministeriums ist zwischen 1967 und 1971 . . . verhältnismäßig wenig gestiegen. Stark gestiegen ist der Forschungsetat des Ministers für Städtebau und Wohnungswesen.“ Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß gleichzeitig der militärisch-industrielle Komplex organisatorisch in-

Diesen Konzeptionen, getragen von einer politischen Basis, die sich im Gegensatz weiß zur Klasse der Monopolbourgeoisie (auch die „Neue Forschungskonzeption“ der BRD von 1966/67 mußte solche Strömungen berücksichtigen), steht allerdings kein politischer Apparat zur Verfügung, der in der Lage wäre, ihnen wirksam (und nicht nur relativ) im Rahmen des staatsmonopolistischen Systems zum Durchbruch zu verhelfen.

Betrachtet man zunächst die Staatsbürokratie (als wesentliches Instrument der Durchsetzung von politischen Interessen), so ist heute in den formalisierten Gesetzgebungs- und Kontrollprozessen des kapitalistischen Parlamentarismus eine äußerst große Überlegenheit der Regierungsbükratie über das Parlament feststellbar. Deshalb ist die das Parlament bei der Gesetzgebung praktisch überspielende Bürokratie längst zum hauptsächlichen Adressaten der Interessenverbände geworden. Unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution zeigen sich in außerordentlich verstärktem Maße Tendenzen, „die praktisch auf eine Aufhebung der organisatorischen Grenzlinien zwischen Staatsbürokratie und privater Großindustrie hinauslaufen“<sup>46</sup>. Damit allerdings verlagern sich auch die ökonomischen Antagonismen und die Konflikte zwischen einzelnen Machtgruppen und wirtschaftlichen Teilsektoren immer stärker und unmittelbarer in den administrativen Apparat hinein, was dessen Fähigkeit zur tatsächlichen und langfristigen Stabilisierung des gesellschaftlich-ökonomischen Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus in noch höherem Maße in Frage stellt als etwa des Monopolkapitalismus vom Anfang des 20. Jahrhunderts. Die unzureichenden Planungstechniken im einzelnen haben das deutlich gezeigt: Die personell-organisatorische Verflechtung von Staatsbürokratie und Großindustrie ist heute im Bereich des „militärisch-industriellen Komplexes“ am weitesten fortgeschritten. Da militärische Stärke immer weniger auf der bloßen Verfügbarkeit quantitativ bestimmter Vernichtungspotentiale, sondern mehr und mehr auf der Fähigkeit beruht, an der Spitze des rüstungstechnischen Fortschritts zu stehen, gewinnt das militärtechnologische Innovationspotential eines Landes vorrangige Bedeutung. Dadurch verändert sich die Position der entsprechenden Verwaltungsapparate: „Die inhaltliche Bestimmung des konkreten Rüstungsbedarfes verschiebt sich natürlich von staatlichen Rüstungsbehörden und militärischen Stäben zu den Firmen hin, die über die notwendigen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten verfügen“<sup>47</sup>. Es entsteht ein integriertes administrativ-industrielles Systemmanagement, das zur Folge hat, daß es auf dem gesamten Gebiet der „zivilen“ staatlichen Forschungsförderung, die ohnehin von der militärischen nur bedingt zu trennen ist,

tensiviert wurde und wird (vgl. dazu Klaus Engelhardt und Karl-Heinz Heise, Höhere Stufe der Formierung der militärisch-industriellen Herrschaftsgruppe in der BRD, in *Einheit*, 1971, Nr. 3, S. 324—334).

46 Hirsch, *Wiss.-techn. Fortschritt*, S. 247.

47 *Ebd.*, S. 249.

zu vergleichbaren Verflechtungserscheinungen und Abhängigkeiten kommt. „Im Effekt wird dadurch die ‚policy-making‘-Kapazität der staatlichen Organe, d. h. ihre Fähigkeit zur inhaltlichen Bestimmung von öffentlichen Aufgaben und der Art ihrer Bewältigung, zugunsten von Privatfirmen sichtlich reduziert<sup>48</sup>.“ Das sich so verstärkt konstituierende gesellschaftliche Machtzentrum — Kontrollen weitgehend entzogen —, dessen Kern im militärisch-technologischen Bereich liegt, führt die überkommenen Vorstellungen von bürgerlicher Repräsentativverfassung und vom Pluralismus des freien Wechselspiels gesellschaftlicher Kräfte tagtäglich ad absurdum.

Dem entspricht die Transformation der staatstragenden Parteien und des Parlaments in hierarchisch-bürokratisch strukturierte Organe, deren Leistung vornehmlich darin besteht, Bedürfnisse und Interessen so zu kanalisieren, daß die Kapitalverwertungsbedingungen der Monopole nicht ernsthaft verschlechtert werden. „Der ‚Pluralismus‘ der spätkapitalistischen Gesellschaft enthüllt seine antagonistische Basis gerade darin, daß ‚Stabilität‘ und ‚Wachstum‘ der Wirtschaft, und das heißt Maximierung und Sicherung der Unternehmensgewinne, absolut Priorität genießen<sup>49</sup>.“ Gleichwohl kommt es vor, daß sich in der „Verteilungssphäre“ heftige Auseinandersetzungen um den politisch verfügbaren Teil des Sozialprodukts zwischen den etablierten Verbänden und Interessengruppen abspielen. Doch stehen diese unter dem Druck der charakteristischen Vermeidungsimperative<sup>50</sup>.

Im Rahmen der in den Produktionsverhältnissen gegebenen Möglichkeiten werden am ehesten diejenigen Bedürfnisse berücksichtigt, die infolge ihrer quantitativen Verbreitung, vor allem aber aufgrund ihrer organisatorischen Schlagkraft unmittelbar herrschaftsgefährdend sind. Daraus entsteht eine Abfolge kurzgreifender ökonomischer und sozialpolitischer Präventivmaßnahmen. Rationale Gesellschaftsgestaltung auf längere Sicht tritt in den Hintergrund, obschon die soziale und technische Entwicklung sie geradezu fördert. Je mehr die Parteien die Gestalt bürokratischer und manipulativ integrierender „Volksparteien“ annehmen, desto stärker verlagert sich der Clearingprozeß in die Parteiapparate hinein, während das Parlament zur Stätte notarieller Beglaubigung und öffentlicher Bekanntgabe zuvor vertraulich ausgehandelter Kompromisse wird. Gestützt auf ihre Verfügung über den Ministerialapparat, über staatliche Finanzmittel, Informationsmonopole und den direkten Kontakt zu den entscheidenden sozialen und ökonomischen Machtgruppen, vertreten die Partei- und Fraktionsführungen die „Sachnotwendigkeiten“ ökonomischer und politischer Systemstabilisierung. Dadurch wird das moderne System der „Wahlmanipulationsparteien“ vollends unfähig,

48 Ebd., S. 253.

49 Ebd., S. 266.

50 Vgl. dazu auch: Johannes Agnoli und Peter Brückner, Die Transformation der Demokratie, Frankfurt/M. 1968, S. 9—87; Otto Kirchheimer, Politische Herrschaft, Frankfurt/M. 1967, S. 58—91.

fundamental kontroverse politische Programme zu formulieren und grundlegende gesellschaftliche Probleme zu thematisieren. „In sehr spezifischer Weise gerät es zur ‚pluralen Fassung einer Einheitspartei‘<sup>51</sup>.“ Dieser zunehmende Souveränitätsverfall des verfassungsmäßigen politischen Apparates beruht vorwiegend auf der gerade im Bereich der Wissenschafts- und Technologiepolitik erhöhten Verflechtung zwischen der Staatsbürokratie und den Monopolen. „Je mehr ... Staats- und Wirtschaftsbükratie zu einem funktional-organisatorischen Komplex verschmelzen, die Staatsverwaltung also ‚privatisiert‘ wird, entzieht sie sich Schritt für Schritt der parlamentarischen politischen Kontrolle<sup>52</sup>.“

Für die Staatsbürokratie bedeutet diese Verschmelzung im Bereich von Wissenschaft und Bildung fortschreitende Zentralisierung bei andauernder organisatorischer Zersplitterung der Planungs- und Steuerungsfunktionen.

Diese Segmentierung des Regierungsapparates ist nicht einfach als relatives Zurückbleiben der organisatorischen Formen hinter der gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklung zu interpretieren, sondern hat eine typische Funktion. Die Aufsplitterung der wissenschaftspolitischen Kompetenzen im Regierungsapparat<sup>53</sup> ist nämlich eine wesentliche Vorbedingung für die Befriedigung konkurrierender und oftmals in sich selbst widersprüchlicher industrieller Interessen. „Ein grundsätzlicher Widerspruch dieser ökonomischen Interessen liegt bereits darin begründet, daß staatliche Aktivitäten, die privatwirtschaftlich kurzfristig rentabel sind, eher befürwortet werden als Maßnahmen, welche die Kapitalverwertung auf lange Sicht garantieren sollen<sup>54</sup>.“ Dem entspricht, daß z. B. für die Forschungspolitik der SPD/FDP-Regierung in der BRD trotz aller Modifikationsversuche weiterhin charakteristisch ist, „daß sich als vorrangiges und primäres Kriterium für oder gegen die Entwicklung eines Wissenschaftsbereiches oder eines bestimmten Projektes die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals durchsetzen. Weit über 80 Prozent der Ausgaben des Bundes werden in diejenigen Bereiche investiert“<sup>55</sup>, die unmittelbar Profit bringen. Auch unter der neuen Regierungskoalition hat die Kriegsforschung weiterhin ihre vorrangige politische Funktion behalten: „Sie hat die Aufgabe, die machtpolitischen Zielsetzungen herrschender Monopolgruppen, über die Anwendung militärischer Mittel politisch-expansive Zielvorstellungen zu verwirklichen, durch die Bereitstellung der entsprechenden wissenschaftlich-technischen Basis zu ermöglichen; diese Funktion kommt dem partiellen Profitinteresse der bundesrepublikanischen Rüstungsmonopole und dem kollektiven Verwertungsinteresse des Kapitals

51 Hirsch, Wiss.-techn. Fortschritt, S. 268.

52 Ebd., S. 272/273.

53 Z. B. auf die drei Stellen: Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Wirtschaftsministerium, Verteidigungsministerium.

54 Hirsch, Wiss.-techn. Fortschritt, S. 261.

55 Rilling, Forschungspolitik, S. 276.

an Vernichtung überschüssigen Kapitals entgegen<sup>56</sup>.“ Gesetze zur grundsätzlichen Umorientierung der Forschungs- und Entwicklungspolitik wurden bisher in allen staatsmonopolistischen Systemen (allen internationalen Differenzierungen zum Trotz) von der Industrie in der Sache boykottiert<sup>57</sup>. Vielmehr nehmen die Monopole solche Gelegenheiten lediglich wahr, um durch Umorientierung militärischer Forschungsvorhaben die Verteidigungskapazität auf hohem Niveau zu halten, „da ja aus trüben Erfahrungen heraus doch damit gerechnet werden müsse, daß über kurz oder lang die Spannung in der Welt wieder zunehme und da man in diesem Falle ja ein hochqualifiziertes Rüstungspotential haben müsse“<sup>58</sup>. Die praktischen Vorschläge, die von der Industrie gemacht wurden, waren immer lediglich mehr oder weniger unwesentliche Modifikationen der bisherigen Militärtechnologie<sup>59</sup>. Bisher sind alle Versuche, militärische Forschung und Entwicklung auf friedliche Zwecke umzuorientieren, deshalb fehlgeschlagen.

Damit zeichnet sich klar ab, „daß die staatliche Verwaltung . . . die Fähigkeit zur langfristigen Stabilisierung der kapitalistischen Ökonomie und Gesellschaft einbüßt, weil sie sich damit in einen Gegensatz zu den Teilinteressen dominierender Konzerngruppen setzen müßte“<sup>60</sup>. Alle Theorien, die von der Fähigkeit der Staatsadministration zur langfristigen Stabilisierung des ökonomischen Systems ausgehen<sup>61</sup>, sind deshalb als unrealistisch anzusehen. Sinnvolle und effektive Planung im staatsmonopolistischen System ist eo ipso ausgeschlossen, gerade auch auf dem Gebiet der Planung und Lenkung von Wissenschaft. In der Epoche der wissenschaftlich-technischen Revolution ist dies ein tödlicher Mangel. Der Interessenantagonismus des späten Kapitalismus ist zu stark, als daß das System nicht durch ihn gesprengt werden müßte. „Insbesondere sind es die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse, in mehr oder weniger starkem Maße aber auch die der anderen nicht monopolistischen Kräfte, die den Interessen der Monopolbourgeoisie diametral entgegengesetzt sind. Diese auf dem Klassenantagonismus der bürgerlichen Gesellschaft beruhende objektive Gegensätzlichkeit der Interessen ist es, die der Effektivität staatsmonopolistischer Gesellschaftsprognostik am meisten Abbruch tut und ihr letztlich den Erfolg versagt“<sup>62</sup>.

#### 1.4 Rechtfertigungsideologien

Die widersprüchliche Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution im staatsmonopolistischen Kapitalismus ist natürlich verbunden mit zahlreichen Rechtfertigungsversuchen nach dem Motto:

56 Ebd., S. 231.

57 Vgl. Krauch, *Org. Forschung*, S. 165.

58 Ebd., S. 165.

59 Vgl. dazu ebd., S. 165 ff.

60 Hirsch, *Wiss.-techn. Fortschritt*, S. 264.

61 Vgl. Habermas, Bergmann, Offe, Hufschmid u. a.

62 Lutz Maier u. a., *Spätkapitalismus ohne Perspektive*, Frankfurt/M. 1970, S. 379.

„Ein besseres System gibt es eben nicht. Wir haben keine realisierbare Alternative.“ Damit wird die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung als gleichsam biologisch-notwendiger Prozeß begriffen, dessen „Gesetzlichkeit“ (d. h. die mit ihm notwendig verbundenen „Übel“) man wohl erkennt, der aber im Endeffekt auf eine Humanisierung der menschlichen Gesellschaft hinauslaufen soll. Als exemplarisch für solche Rechtfertigungsideologien können die meisten Beiträge der „Festschrift zum zwanzigjährigen Bestehen des Westdeutschen Verlages“<sup>63</sup> angesehen werden. L. Brandt schreibt zur „Forschungspolitik in der Industriegesellschaft“: „Eine Forschungspolitik verlangt als Grundlage nicht irgendeine Ideologie, aber Idealismus, eine Forschungspolitik kann nur betrieben werden im Hinblick auf das Wohl der Mitmenschen“<sup>64</sup>. „Dieses Wohl definiert er als: „... das hohe Ziel, zu erreichen, daß ein Industrievolk mit an der Spitze der voranschreitenden Völker steht“<sup>65</sup>.“ Großmachtideologie verbindet sich hier bruchlos mit antirationalem sogenanntem „Idealismus“. Konsequenterweise wird deshalb der Eingriff des Staates in die Forschungspolitik nur zum Zwecke der internationalen Konkurrenzfähigkeit der „Industrie“ gefordert. Dabei sollten, wie Brandt unumwunden zugibt, vor allem auch die Erfahrungen aus der letzten Kriegszeit nutzbar gemacht werden. Denn im Zweiten Weltkrieg sei zum ersten Mal in Deutschland eine enge Verbindung der wissenschaftlichen Forschung und der praktischen Einführung neuer Produkte entstanden. Heute dagegen liege die Bundesrepublik im Flugzeugbau und in der Weltraumfahrt so weit zurück, daß dringende Hilfe des Staates notwendig sei. Brandt fordert deshalb: „Wir brauchen eine Forschungspolitik. . . Ihr Auftrag ist . . . , in größtmöglicher Breite auf den wichtigsten Gebieten von Naturwissenschaft und Technik neue Forschungsstätten zu errichten, vorhandene zu fördern und in freier Form ihre Zusammenarbeit mit der Industrie zu organisieren“<sup>66</sup>; denn diese muß „im internationalen Wettlauf vorn liegen“<sup>67</sup>. Das einst führende Mitglied des Wissenschaftsrates spricht damit unverblümt aus, was die Analysen von Hirsch, Rilling, Krauch u. a. empirisch zu belegen versuchten: Wissenschaft soll in den Dienst der „Sachzwänge“ industrieller Entwicklung durch internationale Konkurrenz gestellt werden. Diese Sachzwänge aber sind die „Zwänge der Kapitalverwertung“; sie führen zu steigender Rüstung und Weltraumfahrt, nicht aber zur sinnvollen Planung menschenwürdigerer Verhältnisse.

Im selben Band behauptet Th. Wessels, „daß ein echter Gegensatz zwischen den verschiedenen Aufgabenbereichen gerade in einer

63 Wissenschaft und Praxis. Festschrift zum zwanzigjährigen Bestehen des Westdeutschen Verlages 1967. Westdeutscher Verlag, Köln und Opfaden 1967 (392 S., Ln., 40,— DM).

64 Leo Brandt, Forschungspolitik in der Industriegesellschaft, in: Wissenschaft und Praxis, S. 9—20, hier: S. 20.

65 Ebd., S. 20.

66 Ebd., S. 15.

67 Ebd., S. 16.

Gesellschaft unserer Struktur nicht besteht“<sup>68</sup>, weshalb es auch nicht zu strukturellen Ungleichgewichtigkeiten kommen könne (die strukturelle Arbeitslosigkeit in den USA sei nur ein bedauerlicher Ausnahmefall). Seine Begründung: „Nahezu alle nichtökonomischen Aufgaben erfordern die Verwendung von Gütern, die der Wirtschaft entstammen“<sup>69</sup>. Neben solchem vergleichsweise harmlosen Schwachsinn nimmt sich die Ideologie eines Leopold von Wiese geradezu philosophisch-reflektiert aus. Bei näherem Hinsehen entpuppt sie sich aber als Pseudophilosophie, ausgehend von der Forderung: „Gerade die Soziologie hat die Aufgabe, aus den bald dahin, bald dorthin neigenden Interessen der Praxis das Wesentliche herauszuheben, dabei aber den Zusammenhang mit den Einflüssen und Wirkungen dieser Tatsachenkreise nicht zu verlieren“<sup>70</sup>, folgert er zufrieden, die engste Verbindung der Theorie mit der Praxis sei bereits weitgehend erreicht, da die Soziologie inzwischen empirisch arbeite. Damit ist die Problematik der Verbindung von kritischer Theorie und progressiver Praxis durch einen Allgemeinplatz zum Verschwinden gebracht, der es von Wiese nun ermöglicht, von der „Entwicklung der Kultur“<sup>71</sup> und von der Versöhnung zwischen Liberalismus und Sozialismus zu reden, ohne sich um die konkreten Widersprüche einer konkreten Gesellschaft weiter zu kümmern.

Die Analysen von Hirsch fanden allerdings auch scharfsinnigere Widersacher. Für C. Grossner leitet Hirsch eine Addition von Einzelinformationen in das Bett einer überholten Marxschen Theorie vom Klassenkampf, „das vorher bereits besteht, und ideologisch wird so die Theorie gerechtfertigt“<sup>72</sup>. Sein entscheidendes Gegenargument, das immer wieder in Rechtfertigungsideologien aller Schattierungen auftaucht, lautet: Hirschs „Analysen finde ich richtig — nur besteht der gleiche Widerspruch in anderer Form in den sozialistischen Ländern. Darauf hat schon Herbert Marcuse hingewiesen, und wer die Bedingungen des technischen Fortschritts in der Sowjetunion (auch dort weitgehend Militär und Rüstung) untersuchte, würde seine These vermutlich bestätigen“<sup>73</sup>. Grossner selbst aber mußte bereits zugeben, daß in der DDR „die Bedeutung von Forschung und Ausbildung für die Entwicklung der Gesellschaft eher erkannt worden ist als in der Bundesrepublik“<sup>74</sup>. Das bleibt für ihn allerdings nicht mehr als ein glücklicher Zufall.

68 Theodor Wessels, Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt, in: Wissenschaft und Praxis, S. 185—195, hier: S. 195.

69 Ebd., S. 195.

70 Leopold von Wiese, Gesellschaftslehre und Kulturwandel, in: Wissenschaft und Praxis, S. 93—97, hier: S. 94.

71 Ebd., S. 96.

72 Claus Grossner, Klassenkampf durch Wissenschaft? In: Die Zeit, Nr. 12, 19. 3. 71, S. 46/47, hier: S. 47.

73 Ebd., S. 47.

74 Ebd., S. 46. Ebenso: Clemens Burrichter, Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR, in: aus politik und zeitgeschichte, 6. Februar 1971, Nr. 6, S. 13—20, hier: S. 20.

Die vorliegenden Analysen über die Wissenschaftsentwicklung in den sozialistischen Ländern bestätigen jedoch, daß die wissenschaftlich-technische Revolution in der DDR nicht zufällig rascher und vorteilhafter eingeleitet werden konnte als zum Beispiel in der Bundesrepublik. Schon Bernal konnte feststellen, daß sich in den sozialistischen Ländern, beginnend mit der Sowjetunion, die Organisation der Wissenschaft anders entwickelt hat als in der kapitalistischen Welt<sup>75</sup>. „Zwar werden militärische Forschungen betrieben, durchaus erfolgreich übrigens, wie die Herstellung der Atom- und Wasserstoffbombe beweist, doch nehmen sie weder absolut noch relativ die Vorrangstellung ein, die sie in kapitalistischen Ländern innehaben<sup>76</sup>.“ Selbstverständlich verfügen die sozialistischen Länder auch über eine gewaltige Rüstungsindustrie und im Zusammenhang damit auch über eine hochentwickelte Rüstungsforschung. Doch werden sie dazu durch die Systemkonkurrenz mit dem Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium ständig gezwungen, was allein schon durch den enormen Rüstungsvorsprung der USA über die UdSSR offenkundig ist. Interessant ist außerdem, daß der Staatseinfluß z. B. in der Sowjetunion zugunsten einer beträchtlichen Erweiterung der älteren wissenschaftlichen Körperschaften, in erster Linie der Akademien, gering gehalten wurde. Man überläßt die Lenkung der Wissenschaft mehr den Wissenschaftlern, die allerdings selbstverständlich die allgemeinen Wirtschaftspläne berücksichtigen, „die ihnen wohl vertraut sind, da sie schon bei ihrer Aufstellung beratend mitgewirkt haben“<sup>77</sup>, nach dem Grundsatz: „Die sozialistische Gesellschaft ist in erster Linie selber auf wissenschaftlichen Grundlagen aufgebaut. Deshalb erfüllt in ihr die Wissenschaft eine besonders wichtige Rolle“<sup>78</sup>.

H. Kenneth Lindsay bestätigte als völlig Unverdächtigter auf einer OECD-Konferenz die bedeutende Rolle der Wissenschaft im Sozialismus: „Der Anteil des Volkseinkommens pro Kopf der Bevölkerung, den die Sowjetunion für wissenschaftliche Forschung ausgibt, ist größer als der irgendeines anderen Landes, und auch der Prozentsatz von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren im Arbeitskräftekontin-

75 Vgl. John Desmond Bernal, *Wissenschaft*, Bd. 4, Reinbek bei Hamburg 1970, S. 1162.

76 Ebd., S. 1162.

77 Ebd., S. 1164/1165.

78 Prof. Wladimir Kirillin, Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Wissenschaft und Technik der UdSSR (Arbeitsmethoden der sowjetischen Wissenschaft. Teamforschung und Massendiskussionen. Prof. Kirillin über die Wissenschaftsplanung in 9. Fünfjahresplan der Sowjetunion, in: *Deutsche Volkszeitung*, Nr. 14, 1. 4. 71, S. 4). Vgl. auch Herbert Steininger, *Die 3. Hochschulreform und die Entwicklung von Wissenschaft und Forschung in der DDR*, in: *Die DDR-Entwicklung, Aufbau und Zukunft*, Frankfurt/M. 1969, S. 96—106, hier: S. 97: „Bedeutende Mittel und Kräfte werden eingesetzt, um Wissenschaft und Forschung zu fördern..., weil die sozialistische Gesellschaftsordnung sich nicht ‚blind‘ entwickelt, sondern bewußt und planmäßig gestaltet wird.“



gent ist größer als anderswo, einschließlich der Vereinigten Staaten<sup>79</sup>.“ Dem entspricht eine immer engere Verbindung von Forschung und Lehre, im Gegensatz zu der immer größeren Kluft zwischen beiden in Westeuropa und USA<sup>80</sup>. Nach Beobachtungen zahlreicher westlicher Militärtheoretiker sind außerdem die sozialistischen Staaten Osteuropas nach Erreichen des atomaren Patt aus dem Rüstungskarussell ausgestiegen<sup>81</sup>. Der Sowjetunion fällt eine Umstellung von Rüstungsproduktion auf Zivilproduktion strukturell im Gegensatz zum Kapitalismus der USA und Westeuropas relativ leicht, (was dadurch bedingt ist, daß eine zentrale Planung aufgrund der realen Bedürfnisse der Bevölkerung die Produktion steuert, nicht aber das Profitinteresse unkontrollierbarer Monopole), weshalb sie auch von vornherein „mit klareren Positionen in Abrüstungsverhandlungen auftreten kann als der Westen, der sich über seine eigenen Voraussetzungen noch so wenig klar ist“<sup>82</sup>. Entsprechend sind die wissenschaftlichen Prioritäten anders festgelegt, stärker auf den Zivilsektor konzentriert und deshalb der wissenschaftlich-technischen Revolution und ihrer beschleunigten Weiterentwicklung angemessener. Während z. B. die USA in den zwanziger Jahren eine autonome führende Stellung in bezug auf den wissenschaftlichen Fortschritt eingenommen haben, werden sie seit den fünfziger Jahren immer deutlicher aus dieser Position verdrängt — vor allem aufgrund des schnellen wissenschaftlichen Fortschritts gerade auch in der UdSSR<sup>83</sup>. Die führende Rolle geht allmählich an eine Gruppe von Ländern, in denen die wissenschaftlich-technische Entwicklung sich unter ähnlichen sozial-ökonomischen Bedingungen vollzieht, die verhältnismäßig gleichartige Ziele verfolgen, über ein ähnliches Entwicklungsniveau verfügen sowie methodologisch eng miteinander verbunden sind, nämlich an die sozialistischen Staaten des Comecon.

Die Möglichkeiten eines staatsmonopolistischen Kapitalismus erscheinen also in der Tat derart begrenzt, daß sozialistische Gesellschaften bei der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts allmählich die Führung übernehmen. Die neue Umwälzung der Produktion, die eine weitgehende Veränderung der Rohstoff- und Energiebasis, die Chemisierung der Produktionsprozesse, die rasche Entwicklung der Elektronik, den Übergang zur Automatisierung in wesentlichen Bereichen der Grundstoff- und Verarbeitungs-

79 H. Kenneth Lindsay, *Das Engagement von Politik und Verwaltung mit den Wissenschaften*, in: *Parlament und Wissenschaft*, Wien 1967, S. 23—47, hier: S. 26.

80 Dazu vor allem: Claus Grossner, *Moskaus Offensive in der Forschung*, in: *Die Zeit*, Nr. 14, 9. 10. 70, S. 7.

81 Vgl. Jung, Mommsen (Nr. 14), S. 5. Ebd., S. 5: „Höchst wirkungsvoll beginnen sie uns derzeit auf den Gebieten der Bildung, Forschung, technologischen Weichenstellung und Entwicklungshilfe zu überrunden.“

82 Krauch, *Org. Forschung*, S. 171.

83 Vgl. dazu vor allem: G. M. Dobrow, *Wissenschaftswissenschaft*, hrsg. und mit einem Vorwort versehen von Dr. Günther Lotz, Berlin 1969, S. 225 f.

industrie, die Einführung industriemäßiger Produktionsmethoden in der Landwirtschaft, im Verkehrswesen u. ä. nach sich zieht, stellt mit ihrem gewaltigen Fortschreiten der Vergesellschaftung der Produktion und der wissenschaftlichen Forschungen zunächst Anforderungen an das Monopolkapital, „die dessen Potenzen weit übersteigen und zwangsläufig in einen ständigen Einsatz des imperialistischen Staates zur Gewährleistung der Reproduktion des Kapitals überleiten müssen“<sup>84</sup>.

Neben gigantischer Fehlleitung menschlicher Energie und materieller Hilfsmittel, neben der Vernachlässigung wichtiger Forschungsgebiete steht sogar die Effizienzminderung des gesellschaftlichen Forschungsapparates selbst<sup>85</sup>. Der gesellschaftliche Nutzwert der staatlich geförderten Schwerpunktprogramme ist minimal. „Dies gilt nicht nur für die militärtechnologische Forschung und Entwicklung im engeren Sinne, die inzwischen einen solch hohen Grad der Spezialisierung erreicht hat, daß ‚zivile‘ Abfallprodukte kaum noch ins Gewicht fallen, und die lediglich der permanenten Vernichtung von Werten und der nicht nur potentiellen Vernichtung von Menschen dient. Selbst auf eher ‚zivilen‘ Sektoren wie Weltraumfahrt und Kernforschung (etwa beim Bau immer größerer Teilchenbeschleuniger) ist es zumindest fraglich, ob die möglichen wissenschaftlich-technischen Ergebnisse die dafür aufgewendeten Summen auch nur annähernd rechtfertigen“<sup>86</sup>. „Gesellschaftlich rationale Gesamtplanung ist also offensichtlich im Monopolkapitalismus trotz Staatsingriff nicht möglich, weshalb mit Recht vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zu sprechen ist“<sup>87</sup>. Denn die bürokratischen Planungsorgane sind nicht in der Lage, gegen das massive Profitinteresse privater Unternehmer demokratisch entwickelte gesellschaftliche Konzepte auszuarbeiten und durchzusetzen. Das Ergebnis ihrer Arbeit hat eher „den Charakter einer notdürftigen wechselseitigen Abstimmung nebeneinanderherlaufender Einzelprojekte“<sup>88</sup>. Daß „es ‚Forschungsplanung‘ im strengen Sinne des Wortes bislang so gut wie nicht gibt, liegt indessen weniger an der Unfähigkeit der Bürokratie

84 Gündel u. a., Staatsmonopol. Kapitalismus, S. 9.

85 Vgl. Hirsch, Wiss.-techn. Fortschritt, S. 279.

86 Ebd., S. 281/282.

87 Lenin definiert den „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ als eine Form gesellschaftlicher Herrschaft, die unter erschwerten Kapitalverwertungsbedingungen weiterhin den „Schutz für die Profite der Kapitalisten“ übernimmt. D. h. der Staat übernimmt unmittelbare wirtschaftliche Aufgaben, aber „im Interesse der ... Kapitalisten“. Dieses Interesse ist aber notwendig ein Interesse an unkoordinierter, ungeplanter Durchsetzung von Monopolbedürfnissen, ein Interesse der Profitmaximierung selbständiger Monopole (vgl. W. I. Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, in: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. II, Berlin 1970, S. 261—306, hier: S. 298 f.; vgl. auch: Paul Boccara, Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Sozialistische Politik, 3/1971, Nr. 11, S. 7—39).

88 Joachim Hirsch, Wissenschaftspolitik im Spätkapitalismus, in: Das Argument, 10/1969, Nr. 50, S. 11—33, hier: S. 33.

als an der Natur dieses ‚Planungsprozesses‘ selbst. Alle Planung kann die Antagonismen der kapitalistischen Produktionsweise nicht überwinden, solange diese nicht beseitigt sind“<sup>89</sup>. Institutionelle Reformvorstellungen sind deshalb letztlich nur im Zusammenhang mit Strategien zur Veränderung der Produktionsverhältnisse sinnvoll diskutierbar<sup>90</sup>.

Wenn Marx und Engels bei allen neuen Formen des Kapitalismus, die aufgrund des Druckes der Produktivkräfte entstehen müssen, zeigten, daß dies schon Formen sind, die formell eine Aufhebung des Kapitalverhältnisses bedeuten<sup>91</sup>, Formen, die schon historisch über den Kapitalismus hinausweisen, so trifft dies besonders und am meisten auf diese letzte Form des Kapitalismus zu. Wenn einer sehr äußerlichen, oberflächlichen Betrachtung diese Regulierungsformen oft als Kontrolle im Interesse der Gesellschaft erscheinen, als ob sie keine kapitalistischen Formen der Profitregulierung mehr seien, so zeigt doch die eingehende Analyse, daß die „außerökonomische Macht“ zwar keine Form des Privatkapitals ist, ihre Funktionen jedoch nach wie vor von den kapitalistischen Bedingungen der Produktion begrenzt sind. „Das herrschende Prinzip ist und bleibt das Profitprinzip“<sup>92</sup>. Gerade im Bereich der im Ausbildungs- und Forschungssektor Beschäftigten selbst gewinnt diese Einsicht immer mehr an Boden<sup>93</sup>. Die Frage nach einer sozialistischen Umgestaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus stellt sich mit der zunehmenden wissenschaftlich-technischen Revolution immer dringender<sup>94</sup>. Die Tatsache, daß in sozialistischen, hochindustrialisierten Gesellschaften das Problem der wissenschaftlich-technischen Revolution ohne grundlegende Widersprüche gelöst werden kann, macht diese Gesellschaften für die herrschende Klasse im Staatsmonopolismus zu einer zunehmenden Gefahr, die ihre eigene Existenz bedroht. Dem begegnet diese Klasse mit der Propagierung einer aggressiven Politik gegen die sozialistischen Staaten, einer Politik, die die ideologische Grundlage einer fortschreitenden Militarisierung gerade auch der Wissenschaft bildet. Ohne diese Rechtfertigungsideologie<sup>95</sup> von Krieg, Militär und Rüstung wäre der Kapitalismus kein Rüstungskapitalismus gegenwärtigen Ausmaßes. Denn der Militarismus kann nicht und nie *unmittelbar* aus der Bewegung der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus abgeleitet werden, sondern er wächst „aus den sozialökonomischen Grundlagen der Produktionsweise als eine wesentliche Seite der Politik des Staates und anderer Institutionen der herrschenden

89 Ebd., S. 33.

90 Vgl. Hirsch, *Wiss.-techn. Fortschritt*, S. 286.

91 Vgl. auch: Jung, Mommsen (Nr. 14), S. 5.

92 Gündel u. a., *Staatsmonopol. Kapitalismus*, S. 326.

93 Vgl. Krauch, *Org. Forschung*, S. 172; Hirsch, *Wiss.-techn. Fortschritt*, S. 287/288.

94 Vgl. auch: Rilling, *Kriegsforschung*, S. 238.

95 Vgl. dazu: Fritz Vilmar, *Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus*, Frankfurt/M. 1965, vor allem S. 266; Jung, Mommsen (Nr. 14), S. 5.

Klasse sowie der Ideologie und anderer Bereiche des Überbaus“<sup>96</sup>. Wesentliche Bedeutung kommt dabei der imperialistischen Politik und ihrer ideologischen Rechtfertigung zu. Diese Politik beruht natürlich auf den ökonomischen Grundlagen des Imperialismus, und sie wird letztlich zur Durchsetzung ökonomischer Interessen betrieben. Sie behält dabei jedoch ihre eigene aktive Rolle. Rüstung und Militarisierung von Wirtschaft und Wissenschaft sind deshalb auch von politischen Ursachen abzuleiten<sup>97</sup>; diese sind mit der Angst vor einer sozialistischen Umgestaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus vage umschrieben. Die sich daraus entwickelnde imperialistische Aggressionsideologie trägt damit zur Verschärfung der Widersprüche der kapitalistischen wissenschaftlich-technischen Revolution noch erheblich bei.

## 2. Wissenschaft, Politik und wissenschaftliche Politik

Zwischen der Forschungspolitik oder Wissenschaftspolitik einerseits und der wissenschaftlichen Politik oder wissenschaftlichen Politikberatung besteht ein enger Zusammenhang<sup>98</sup>. H. P. Bahrdt bezeichnet ihn mit dem lapidaren Satz: „Wer . . . Wissenschaftspolitik betreibt, bedarf selbstverständlich ausführlicher wissenschaftlicher Beratung“<sup>99</sup>. Und umgekehrt kann man sagen, daß der Ausbau der wissenschaftlichen Beratung für die Politik selbst ein bewußtes Eingreifen in den Prozeß der Wissenschaft erfordert. „Je nach der politischen Fragestellung, für die man wissenschaftlich erarbeitete Antworten haben möchte, werden bestimmte Forschungszweige durch Aufträge, Gutachten, Anforderungen usw. gefördert, wird die Gründung bestimmter Forschungs-, Ausbildungs- und Dokumentationsinstitutionen angeregt und finanziert, was angesichts der begrenzten Kapazität an Mitteln und der Knappheit an Wissenschaftlern bedeutet, daß andere Forschungszweige und Institutionen ins Hintertreffen geraten“<sup>100</sup>. Krauch formuliert noch präziser, wenn er sagt, es käme darauf an, mit Hilfe einer wissenschaftlichen Theorie der Politik und ihrer Umsetzung in die Praxis „den technisch-zivilisatorischen Fortschrittsprozeß aus seiner naturwüchsigen Interessengebundenheit (zu) lösen“<sup>101</sup>. Die Konzeptionen, die einer solchen Verbindung zugrunde liegen, sind allerdings problematisch. Harvey Wheeler etwa geht

96 Gündel u. a., Staatsmonopol. Kapitalismus, S. 86.

97 Vgl. ebd., S. 107.

98 Vgl. dazu vor allem: Krauch, Helmut (Hrsg.): Beiträge zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Symposion „Forschung, Staat und Gesellschaft“, Berlin 22.—26. Juni 1964. Studiengruppe für Systemforschung, Heidelberg 1966 (350 S., kart., 19,80 DM).

99 In: ebd., S. 160.

100 Ebd., S. 160/161.

101 Ebd., S. 6. Vgl. dazu auch: Hans Paul Bahrdt, Die wissenschaftliche Entscheidung, in: atomzeitalter 1964, S. 159: „Planmäßiger Ausbau der Politikberatung führt zu Schwerpunktbildungen und ist, insofern er nach einer gewissen Strategie vor sich geht, ein Stück Wissenschaftspolitik . . .“

davon aus, daß mit der Entwicklung der Wissenschaft das platonische Ideal vom Philosophen-Königtum allmählich abgelöst würde durch das Ideal der Bindung der Politik an wissenschaftliche Gesetze. Leider fehle bis heute eine koordinierte Planung und Lenkung der Wissenschaft; statt dessen sei z. B. die Wissenschaft der USA in den letzten 25 Jahren bestimmt gewesen „almost entirely by the problems of war“<sup>102</sup>. Dagegen hilft nach Wheeler nur ein „Scientific Government“<sup>103</sup>, eine wissenschaftliche Handhabung der Politik. Diese besteht vor allem darin, daß Computer die soziale Organisation und ihre Differenzierungen berechnen, deren Funktionen, deren Aktionen und Entwicklungen wie auch die Entwicklung der Gesamtorganisation. „A third form of organization, neither elitist nor democratic, but scientific, becomes conceivable“<sup>104</sup>. Die wissenschaftlich-technische Revolution produziert hier gleichsam als verfeinerte Schutzideologie ein technokratisches Modell der Verwissenschaftlichung der Politik, in dem Gesellschaftswissenschaft selbst aus den konkreten Widersprüchen der Gesellschaft herausgenommen erscheint, frei verfügbar für eine Humanisierung der Politik. Auch was zu den Problemen der Kreativitätsforschung gesagt wird, bleibt ganz im Rahmen solch beschränkter Wissenschaftskonzeption: „Die deutsche Wissenschaft, als Ganzes gesehen, ist nicht schöpferisch genug. Und darin liegt die eigentliche Krise“<sup>105</sup>. Die Lösung liegt angeblich in einem neuen wissenschaftlichen Ethos<sup>106</sup>. Krauch selbst sieht an anderer Stelle durchaus, daß die bestehenden Machtverhältnisse durch systemimmanente Modelle des organisierten Konflikts nicht „entlastet“ werden dürfen<sup>107</sup>; trotzdem hält auch er es für notwendig, „auch methodische Lösungen aufzuzeigen, um von vornherein technokratischen Argumenten begegnen zu können“<sup>108</sup>. Diese Lösungen sollen sich an amerikanischen und britischen Erfahrungen orientieren und dabei vor allem neuartige Formen der Organisation von Forschung entwickeln. Wissenschaftler und Techniker sollten in staatlich geförderten Forschungszentren auf dem Gebiet der Planungsforschung und Systementwicklung arbeiten. „Eine Aufgabe dieser Forschungszentren wäre es, die dringendsten Bedürfnisse der Gesellschaft festzustellen, Projektlisten zu entwerfen und damit die Voraussetzungen für die staatliche Mittelvergabe an die Industrie zu schaffen“<sup>109</sup>. Dadurch soll erreicht werden, daß mittels der Förderung besonders weit fortgeschrittener Techniken das allgemeine wissenschaftlich-technische Niveau der Industrie auch ohne Kriegsforschung

102 Krauch, Beiträge, S. 23.

103 Ebd., S. 26.

104 Ebd., S. 28.

105 Paul Matussek, in: ebd., S. 94.

106 Ebd., S. 101. Die einzelnen, teilweise differenzierteren Konzeptionen zur Verwissenschaftlichung der Politik, die in dem Band ausgeführt werden, sollen weiter unten noch behandelt werden.

107 Krauch, Org. Forschung, S. 10/11.

108 Ebd., S. 11.

109 Ebd., S. 194.

angehoben wird. Über längere Zeiträume hinweg könnten dadurch fundamentale gesellschaftliche Probleme gelöst werden, wie höhere Sicherheit für den Verkehr, Lernmaschinen und Informationsspeicher für das Schulwesen oder neuartige technische Entwicklungen auf dem Gebiet der Medizin und der Krankenversorgung. Daneben könnten strukturelle Krisen systematisch behoben werden (Bergbau, Landwirtschaft, Bahn und Post). Krauch liefert selbst Ansätze für solche neuartigen Formen der Organisation von Forschung. Sie sollten dem Ziel dienen, intuitive Suchvorgänge zu organisieren und sie mechanisch oder elektronisch zu unterstützen, sie vielleicht sogar zu substituieren; oder aber Wissenschaftler verschiedenartiger Fachrichtungen mit Apparaten oder Computern gleichsam gefügteartig zu koordinieren<sup>110</sup>; oder etwa Netzwerkplanungsmethoden<sup>111</sup> zu entwickeln.

Eine ähnliche Konzeption vertritt auch Weingart<sup>112</sup>, der der Auffassung ist, daß im Grunde eine demokratisch strukturierte, allerdings politische Praxis reflektierende Wissenschaft ausreiche, um eine sinnvolle „Verwissenschaftlichung der Politik“ und damit gerade auch der Wissenschaftspolitik zu erreichen. Dies versucht er zu begründen durch eine historisch-systematische Untersuchung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in den USA<sup>113</sup>. Er kann zunächst aufzeigen, daß das Verhältnis von Wissenschaft und Staat in den USA schon früh ein sehr enges war. Mit der Unterzeichnung der „Land-Grant-Act“ 1862 wurde die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Forschung an der Universität durch konkrete Alltagsprobleme induziert wurde und ihrerseits neue Praktiken landwirtschaftlicher und industrieller Produktion vermittelte. Diese Bindung der Universität und vor allem natürlich der angewandten Forschung an staatliche Zwecksetzungen hat sich in der Folgezeit einerseits verstärkt, andererseits mit der Ausweitung der Grundlagenforschung für einen Teilbereich wieder gelockert. Es entstand dadurch allmählich ein staatsfreier Sektor, ein eigenes wissenschaftliches „Subsystem“ mit eigenen Systemzielen, „die nur möglicherweise, aber nicht notwendig, mit den Zielen des sozialen Systems konvergieren“<sup>114</sup>. Dieses Systemziel der Wissenschaft ist, so meint Weingart,

110 Vgl. ebd., S. 74 ff.

111 Vgl. ebd., S. 100 ff.

112 Weingart, Peter: Die amerikanische Wissenschaftslobby. Zum sozialen und politischen Wandel des Wissenschaftssystems im Prozeß der Forschungsplanung. Wissenschaftstheorie — Wissenschaftspolitik — Wissenschaftsgeschichte, Bd. 13, hrsg. von Hans Blumenberg und Helmut Schelsky. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1970 (253 S., kart., 28,— DM).

113 Er fühlt sich stark den systemtheoretischen Ansätzen von Luhmann, Parsons, Merton u. ä. verpflichtet, ohne allerdings die historische Entwicklung dabei aus dem Auge zu verlieren. Die Problematik des Verhältnisses von sozialem System und sozialem Wandel ist ihm allerdings nicht einmal in Ansätzen bewußt, was natürlich zu schweren methodischen Mängeln führt (s. u.).

114 Weingart, Wissenschaftslobby, S. 36.

„die reine Forschung, die Erweiterung gesicherten Wissens“<sup>115</sup>. Der Staat dagegen sieht in der Forschung nur ein Mittel, d. h. sie ist für ihn instrumentell zur Erreichung seiner Zwecke.

Die verhängnisvolle Entwicklung der Forschung in den USA ist nun angeblich darauf zurückzuführen, daß sich die Wissenschaft selbst darauf eingelassen hat, ihre an sich unpolitischen, agesellschaftlichen Ziele politisch zu begründen, um dadurch vom Staat die notwendigen Forschungsmittel zu erhalten. „Während die Wissenschaftler untereinander behaupten, ihr primäres Interesse gelte allein den wissenschaftlichen Aspekten ihres Untersuchungsobjektes, rechtfertigen sie ihre Forschungen öffentlich mit der Behauptung, daß sie zu nützlichen Resultaten führen“<sup>116</sup>. Die Konsistenz des wissenschaftlichen Wertsystems wird dadurch gebrochen. Auf diese Weise wird es dann möglich, daß z. B. die Physiker einen nationalen Führungsanspruch stellen und dadurch überdimensional hohe Forschungsmittel erhalten, obwohl das „wissenschaftlich“ nicht gerechtfertigt werden kann.

Diese systemtheoretische Schlußfolgerung wird allerdings durch die historische Entwicklung der Konflikte zwischen Wissenschaft und Staat nicht verifiziert. Weingart muß im Gegenteil aufzeigen, daß die Mobilisierung der Wissenschaft für den Krieg nicht nur den Krieg verwissenschaftlicht hat, sondern auch gerade die Physik (Atomphysik, Raumphysik) als für politische Ziele unentbehrlich ausgewiesen hat. So war also die reale Funktion eines wissenschaftlichen Teilbereichs die Basis für dessen Förderung, nicht die angeblich unwissenschaftliche Ideologie z. B. der Physiker. Die Ideologie war lediglich die Folge eines materiellen Interesses. Die Versuche einer staatlichen Kontrolle und Planung der Wissenschaft in den fünfziger Jahren führten, wie Weingart auch für die USA bestätigt, deshalb zu keiner sinnvollen Koordination und proportionalen Wissenschaftsentwicklung. Ganze Wissenschaftszweige wurden vernachlässigt, was allerdings wohl kaum auf die „disziplinär gebundene Oligarchisierung der ‚Oberschicht‘“ im wissenschaftlichen Subsystem zurückzuführen sein dürfte, wie Weingart meint<sup>117</sup>. Seiner Ansicht nach könnte diese Entwicklung nur durch die Rückkehr der Wissenschaft zu ihren eigenen Wertvorstellungen und Maximen aufgehalten und revidiert werden. Jedoch bietet die Realität für eine solche Umorientierung praktisch keine Chance: „Da wissenschaftliche Theorie und politische Praxis nicht durch ein gemeinsames Rationalitätsprinzip verbunden sind, stellt sich ein fundamentales Übersetzungsproblem zwischen beiden“<sup>118</sup>. Die Entwicklung der Zukunft wird deshalb negativ verlaufen. An anderer Stelle glaubt Weingart jedoch, durch eine funktionsfähige parlamentarische Kontrolle (im Gegensatz etwa zur sogenannten „Kontrolle des Congresses“ in den USA) und eine

115 Ebd., S. 46.

116 Ebd., S. 54.

117 Ebd., S. 93.

118 Ebd., S. 230.

zunehmende wissenschaftliche Beratung der Politik lasse sich doch vielleicht noch ein „Arrangement“ treffen, eine pragmatische Lösung erreichen, „wenngleich ihre Verwirklichung unwahrscheinlich scheint“<sup>119</sup>.

Die Konzeption richtet sich durch solche Einschränkungen selbst. Rückzug der Wissenschaft auf sich selbst ebenso wie abstrakte Verwissenschaftlichung der Politik erscheinen angesichts des schon immer vorgegebenen, im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution sich noch ausweitenden staatsmonopolistischen Einflusses auf die Wissenschaft eine illusionäre Utopie. Die Auseinandersetzungen um die Errichtung von Forschungszentren für „Friedensforschung“ oder „Futurologie“ in der Bundesrepublik haben das noch einmal ganz deutlich gemacht. Wenn Grossner einerseits fordert: „Ohne ein großes, kritisches Theorie-Institut, das konkrete Projektforschung betreibt, wird eine kritische Theorie der Gesellschaftsveränderung keine Chance mehr haben“<sup>120</sup>, so entpuppt sich dies als hohle Phrase, wenn er gleichzeitig feststellen muß, daß die neugegründete, „einzig funktionsfähige Denkfabrik“ der „mächtigsten Gruppe dieser Gesellschaft, der Industrie“ gehört<sup>121</sup>. Wenig später muß er feststellen, daß die neugegründete „Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktsforschung“ — feierlich in der Villa Hammer Schmidt aus der Taufe gehoben — Forscher nicht unabhängig und selbstverwaltend über die Mittel verfügen läßt, sondern gesellschaftliche Pressure-groups verbunden mit undemokratischen Entscheidungspraktiken die „Freiheit der Wissenschaft“ beschneiden.

Selbst wenn dem nicht so wäre, hätte es mit der „Freiheit der Wissenschaft“ seine besondere Bewandnis. Die „Wissenschaft von der Politik“ selbst ist auch im autonomen Bereich eines staatsfreien Raumes gespalten wie die ganze Gesellschaft. Einer staatlichen Konzeption der Effizienzsteigerung militärischer Forschung<sup>122</sup> entsprechen staatliche Disziplinierungsmaßnahmen gegen kritische Studenten (Verschulung, Ordnungsrecht etc.) und politische Kampagnen gegen kritische Wissenschaftler<sup>123</sup>. Dieser Kampf gegen wissenschaft-

119 Peter Weingart, Selbststeuerung der Wissenschaft und staatliche Wissenschaftspolitik, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 22/1970, H. 3, S. 567—592, hier: S. 589.

120 Grossner, Militärisch-ind. Komplex, S. 145.

121 Claus Grossner, Zerstrittene Zukunftsforscher, in: Die Zeit, Nr. 38, 19. 9. 69, S. 5. Es handelt sich bei dieser „Denkfabrik“ um das Industrie-Institut zur Erforschung technologischer Entwicklungslinien in Hannover.

122 Vgl. die Pläne des Verteidigungsministeriums, die Wehrforschung gegen alle Kampagnen der Wissenschaftler und Studenten an Universitäten und Instituten durchzusetzen (Friedhelm Baukloh, Der militärisch-industrielle Komplex in der BRD und der Moskauer Vertrag in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 15/1970, H. 10, S. 1026—1031, hier: S. 1030).

123 Vgl. dazu: Frank Niess, Das Rechtskartell an der Universität und die Zukunft der angepaßten Wissenschaft, in: Das Argument, 12/1970, H. 61, S. 716—746; Wolfgang Abendroth, Wissenschaftlicher Pluralismus, Habilitations- und Berufungspolitik, in: Blätter für deutsche und inter-



liche Positionen wird vehement unterstützt von Wissenschaftlern<sup>124</sup>, deren wissenschaftliche Konzeption keineswegs zu Erkenntnissen führt, die eine grundsätzliche Veränderung des gesellschaftlichen Systems und seiner Forschungspolitik notwendig machten. Quer durch die Wissenschaften selbst geht der Bruch bei der Frage nach den Entwicklungschancen und -notwendigkeiten der kapitalistischen Gesellschaften. Die „Verwissenschaftlichung der Politik“ ist deshalb selbst auf ihre Konzeptionen hin genau zu befragen, um Klarheit darüber zu gewinnen, welche Funktion sie hat. „Wissenschaft von der Politik“ ist per se zunächst ebenso ambivalent wie „Futurologie“<sup>125</sup>, auch wenn sie im „staatlichen Freiraum“ betrieben würde. Die Forderung erscheint deshalb berechtigt, dem Wissenschaftler so viel Distanz zum gesellschaftlichen Status quo zu ermöglichen, „daß er diesem nicht total anheim fällt, aber auch so viel Nähe, daß sein Engagement praktisch werden kann“<sup>126</sup>. Erst dann könnte gewährleistet werden, daß eine Konzeption von Verwissenschaftlichung der Politik sich entwickelt, die eine Systemtranszendierung konkret reflektiert, neben anderen Konzeptionen, die lediglich den Status quo rechtfertigen oder auf letztlich wirkungslose Systemverbesserungen ausgehen.

### 3. Wissenschaftliche Beratung der Politik

Die zunehmende Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Beratung der Politik — gerade auch durch eine Politikwissenschaft — wird in den letzten Jahren von sehr verschiedenen Seiten her erkannt; am ausführlichsten beschäftigte sich damit in der BRD bisher Klaus Lompe<sup>127</sup>. Er sieht die Gründe für die Notwendigkeit einer sozialwissenschaftlichen Orientierung aller Gesellschaftspolitik vorwiegend in der Kompliziertheit „industrieller Großgesellschaften“, im raschen Strukturwandel der gesellschaftlichen Ordnung, in der zu-

nationale Politik, 16/1971, H. 4, S. 376—384; Johannes Agnoli, Steckt System dahinter?, in: Konkret, Nr. 7, 25. 3. 1971, S. 57; Karl Theodor Schuon, Der Kampf gegen den Marxisten H. H. Holz, in: links, Nr. 19, Februar 1971, S. 20/21.

124 Vgl. Herbert Claas, „Bund Freiheit der Wissenschaft“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 16/1971, H. 2, S. 148—157.

125 Vgl. dazu: Karl Theodor Schuon, Entwürfe einer „Zukunftswissenschaft“, in: Politische Vierteljahresschrift, 10/1969, H. 2/3, S. 448—455; Karl Theodor Schuon, Kritische Futurologie. Bringt die Zukunft das Ende des Parlamentarismus?, in: Deutsche Volkszeitung, Nr. 48, 26. 11. 1970, S. 23.

126 GEW, in: Reform — aber für wen?, in: Unsere Zeit, Nr. 13, 25. 3. 71, S. 3.

127 Lompe, Klaus: Wissenschaftliche Beratung der Politik. Ein Beitrag zur Theorie anwendender Sozialwissenschaften. Wissenschaft und Gesellschaft 2, Schriften des Forschungsinstituts für Gesellschaftspolitik und beratende Sozialwissenschaft e.V., hrsg. von Gerhard Weisser. Verlag Otto Schwartz u. Co., Göttingen 1966 (213 S., Ln., 32,— DM). Lompe war während der Arbeit an diesem Buch Assistent am Forschungsinstitut für Sozialpolitik der Universität Köln.

nehmenden „Organisierungsbedürftigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen“<sup>128</sup> und in der Tatsache, daß der Staat immer mehr Aufgaben übernehmen muß, „die er früher dem gesellschaftlichen Kräftespiel überließ“<sup>129</sup>. Ähnlich argumentiert Lompe zusammen mit Flohr in einer kürzeren Zusammenfassung<sup>130</sup>: Da die höchst komplizierten sozialen Gebilde der großen Industrienationen unserer Zeit ohne eine Fülle von politischen Eingriffen nicht funktionsfähig sind und die sozialen Beziehungen der Menschen immer mehr zunehmen und immer enger miteinander verflochten werden, muß der Politiker, der diese Gesellschaft gestalten will und deshalb die wesentlichen gesellschaftlichen Zusammenhänge, Tendenzen und Abhängigkeiten kennen muß, die Hilfe der Wissenschaft in Anspruch nehmen, „und zwar in der Weise, daß er sich von ihr beraten läßt“<sup>131</sup>. Denn der Politiker ist selten zugleich Wissenschaftler und hätte, wenn er es wäre, zu wenig Zeit, um sich selbst gründlich auf dem laufenden zu halten; außerdem würden seine Spezialistenkenntnisse nicht für eine systematische Klärung der Bedingungen politischen Handelns ausreichen. Die „Lücken“ füllen auch nicht die Fachleute der Ministerialbürokratie aus, ohne die heute natürlich weder Regierung noch Gesetzgeber ihre Funktion erfüllen können. Aber auch ihr spezielles Fachwissen auf den verschiedenen Sachgebieten ist ein von anderen erworbenes Wissen, das bereits von vornherein unter dem „Primat“ des Politischen steht. Deshalb hat die Beratung vorwiegend durch solche stattzufinden, „die hauptberuflich in der Forschung tätig sind“<sup>132</sup>.

Lompe hebt außerdem hervor, daß Wissenschaftspolitik, also die Politik, deren Maßnahmen auf die Förderung der Forschung gerichtet sind, und wissenschaftliche Politikberatung eng miteinander verflochten sind<sup>133</sup>. Da die wachsende Erkenntnis von der Notwendigkeit zunehmender wissenschaftlicher Beratung der Politik zu einer immer stärkeren Umgestaltung der Beziehungen zwischen Wissenschaft und Politik führte, „verstärkte sich auch das Interesse an methodischen Problemen der Raterteilung“<sup>134</sup>, so meint Lompe. Des-

128 Ebd., S. 2.

129 Ebd., S. 2. Die spezifischen Anforderungen im staatsmonopolistischen Kapitalismus im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Revolution sieht Lompe nicht, dessen Arbeit durchgängig keine sozio-ökonomischen Analysen liefert.

130 Flohr, Heiner und Klaus Lompe (Hrsg.): Wissenschaftler und Politiker — Partner oder Gegner? Gespräch und Dokumentation. Überarbeitet und erweiterter Text einer Sendung des Westdeutschen Rundfunks vom 21. und 22. November 1964. Wissenschaft und Gesellschaft 3, Schriften des Forschungsinstituts für Gesellschaftspolitik und beratende Sozialwissenschaft e. V., hrsg. von Gerhard Weisser. Verlag Otto Schwartz u. Co., Göttingen 1967 (76 S., brosch., 12,80 DM).

131 Ebd., S. 15.

132 Lompe, Wissensch. Beratung, S. 4.

133 Ebd., S. 6/7; vgl. auch Krauch, Beiträge, S. 299.

134 Lompe, Wissensch. Beratung, S. 13.

halb will er die verschiedenen Möglichkeiten und methodologischen Probleme beratender Sozialwissenschaft untersuchen und damit einen „Beitrag zur ‚Theorie‘ der anwendenden Sozialwissenschaften leisten“<sup>135</sup>. Zunächst hält er sich bei seinen Typologisierungen an die drei Modelle, die seit Habermas heute oft verwendet werden, wenn das Verhältnis von Wissenschaft und Politik analysiert wird:

1. das technokratische Modell,
2. das dezisionistische Modell und
3. das pragmatistische Modell<sup>136</sup>.

Es erscheint sinnvoll, diesen Ansatz zunächst zu verfolgen, um Gesichtspunkte der Kritik und Erweiterung im Hinblick auf die politische und gesellschaftliche Situation im staatsmonopolistischen Kapitalismus zu gewinnen.

### 3.1 Das technokratische Modell

Das technokratische Modell wissenschaftlicher Beratung der Politik erscheint auch der bürgerlichen Kritik als das am wenigsten diskussionswürdige, da es zu offensichtlich in seinem Kern antidemokratisch ist. Im Gefolge einer Tradition, die über St. Simon, Hobbes bis zu Bacon zurückreicht, wird es heute in Anlehnung an Vorstellungen Elluls in Deutschland vor allem von Helmut Schelsky vertreten, aber auch z. B. von Arnold Gehlen.

Ausgehend von der Vorstellung einer Eigengesetzlichkeit des Prozesses der wissenschaftlich-technischen Entfaltung wird die fast völlige Passivität des Individuums gegenüber dem naturgesetzlichen Prozeß der technischen Fortentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft behauptet. Krauch weist darauf hin, daß die Entstehung und starke Verbreitung der These von der Eigengesetzlichkeit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und von der technisch-zivilisatorischen Superstruktur verständlich wird auf dem Hintergrund der langanhaltenden Wirkung von pessimistisch und irrational argumentierender Literatur auf weite Kreise der Gebildeten, „bei denen Spengler eine quietistische und gegenüber der Technik resignierende Haltung bestärkt hat und wo das ‚Schöpferische‘ einzig im losgelösten, von allen sozialen Einflüssen befreiten Individuum gefunden wird. Organisatorisches wird aus tiefstem Herzen abgewertet. Was der Genius nicht in sich selbst birgt, ist fremd oder dämonischen Kräften zuzuschreiben“<sup>137</sup>. Topitsch mag recht haben mit seiner Bemerkung, daß die wissenschaftlich-technische Revolution für die westdeutsche Bildungsschicht ein traumatisches Erlebnis bedeute, mit dem sie bis heute innerlich nicht fertig geworden sei<sup>138</sup>. Die Theorien von Karl Jaspers, Hans Freyer und Arnold Gehlen sind jedenfalls allesamt charakterisiert durch eine irrationale Gläubigkeit an

135 Ebd., S. 15.

136 Vgl. ebd., S. 27; und: Habermas, Technik und Wissenschaft, S. 120 bis 131.

137 Krauch, Org. Forschung, S. 16/17.

138 Vgl. ebd., S. 20.

die oder besser Angst vor der eigengesetzlichen Entwicklung der Technik<sup>139</sup>. Die irrationale Passivität erscheint für Gehlen als Sachnotwendigkeit: „Was Problem werden muß, folgt aus dem schon Erkannten, und es liegt in der Logik des Experimentes, daß die exakte Erkenntnis bereits die Beherrschung des Effektes einschließt. Der Entschluß zur Anwendung des Erkannten erübrigt sich, er fällt aus, er wird dem Forscher vom Objekt abgenommen. Der Erkenntnisvorgang ist selbst schon ein technischer Prozeß<sup>140</sup>.“ In Ausweitung der These von der Eigengesetzlichkeit und der Verflechtung von Wissenschaft, Technik, Industrie und Gesellschaft entwickelt Gehlen die Vorstellung einer in sich selbst automatisierten Superstruktur, die ethisch völlig indifferent ist und sich aufklärendem und formendem Zugriff entzieht. Der Sinn der Technik besteht demnach nicht mehr in der Naturbeherrschung im Dienst menschlicher Lebensführung, sondern umgekehrt in dem ständigen nachträglichen Erfinden eines Sinnes. Den Menschen bleibt nur noch die radikale Anpassung durch „Opportunismus, Selbstauflösung, Feminisierung, Konsumenteneinstellung und Passivität“<sup>141</sup>.

Die Vorstellungen von der Eigengesetzlichkeit und der Superstruktur wurden von Schelsky noch wesentlich ausgeweitet und zu der düsteren Prognose einer radikalen Verschmelzung von Technik und Staat verarbeitet. Die Technik wird immer mehr staatlich, der Staat immer mehr technisch<sup>142</sup>. Eine Formulierung politischer Ziele wird damit überflüssig; sie wird durch den Sachzwang der technischen Mittel und Methoden ersetzt. Forschung und technische Entwicklung zeigen einem den „best one way“, dessen Logik man sich nicht entziehen kann. Die Politik wird also „weggeregelt“. Im technischen Staat gibt es letztlich keine Herrschaft von Menschen über Menschen mehr, sondern nur noch eine Herrschaft des Sachzwangs. Die Herrschaftsdisziplin wird zur Sachdisziplin. Mit dem Verschwinden politischer Entscheidungen bei gleichzeitiger Verkümmern der öffentlichen Willensbildung werden wesentliche Voraussetzungen der Demokratie hinfällig; politische Normen und Gesetze werden ebenso wie der politische Volkswille durch Sachgesetzlichkeit ersetzt<sup>143</sup>. Lompe kritisiert deshalb partiell richtig: „Das ‚technokratische Modell‘ ist ... in seinem Kern antidemokratisch und dazu geeignet, eine Versachlichung der Diskussion um optimale institutionelle Regelungen der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Politikern zu erschweren, die den Bedingungen einer funktionieren-

139 Vgl. Karl Jaspers, *Die Atombombe und die Zukunft des Menschen*, München 1959, S. 259 ff.; Hans Freyer, *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*, Stuttgart 1955, S. 168 f.; Arnold Gehlen, *Die Seele im technischen Zeitalter*, Hamburg 1957, S. 54.

140 Gehlen, *Seele*, S. 54.

141 Krauch, *Org. Forschung*, S. 28.

142 Vgl. Helmut Schelsky, *Demokratischer Staat und moderne Technik*, in: *atomzeitalter*, 1961, Nr. 5, S. 99—102.

143 Vgl. Lompe, *Wissensch. Beratung*, S. 31; Flohr/Lompe, *Wissenschaftler und Politiker*, S. 22/23; Krauch, *Org. Forschung*, S. 32.

den parlamentarischen Demokratie Rechnung tragen<sup>144</sup>.“ Bestehende Herrschafts- und Machtkonstellationen werden einfach undiskutiert hingenommen, obwohl es eine Tatsache ist, „daß die weitere Entwicklung der Wissenschaft und Technik keinesfalls klar ist und offenliegt“<sup>145</sup>. Wissen, was wir sind, hängt unabdingbar von dem ab, was wir noch nicht sind<sup>146</sup>. Der Glaube an die wissenschaftlich-technologische Machbarkeit der sozialen Wirklichkeit erstickt demgegenüber „jede originäre emanzipatorische Potenz im Keim“<sup>147</sup>.

### 3.2 Das dezisionistische Modell

Das dezisionistische Modell wissenschaftlicher Beratung der Politik postuliert die strikte Trennung der Funktionen des Sachverständigen und des Politikers. „Der Wissenschaftler sorgt für das technische Wissen, die Information, der Politiker fällt daraufhin die Entscheidungen“<sup>148</sup>.“ Denn die Praxis von Herrschaft verlangt die „interessierte Durchsetzung eines dezidierten Willens“<sup>149</sup>. Eine Entscheidung zwischen konkurrierenden Wertordnungen kann in letzter Instanz nicht rational begründet werden und bleibt einer verbindlichen Diskussion unzugänglich. Rationalität der Mittelwahl geht zusammen mit der „erklärten Irrationalität der Stellungnahmen zu Werten, Zielen und Bedürfnissen“<sup>150</sup>.

Diesem Modell kommt vor allem die Wissenschaftslehre des Neopositivismus recht nahe. Die Aufgabe der Wissenschaft wird hier als Beschreibung des Verhaltens der Gegenstände ihres Objektbereiches und dessen Erklärung und Prognose begriffen. Das Aufzeigen empirischer Regelmäßigkeiten ist das leitende Erkenntnisinteresse (neben der „Ideologiekritik“) und begrenzt die „positivistischen“ Wissenschaften. Ihre sogenannten realwissenschaftlichen Theorien sind hypothetische Denkwürfe, deren Gesetzhypothesen, die aus einem deduktiven Zusammenhang von Sätzen gewonnen und an der kontrollierten Erfahrung überprüft werden, sich regelmäßig auf Gleichmäßigkeiten empirischer Größen in der Erfahrung interpersonell zugänglicher Bereiche beziehen. Im Gegensatz zum klassischen Positivismus interessiert dabei die Entstehung einer solchen Theorie überhaupt nicht mehr, denn es gibt gar keinen absolut sicheren Weg zur Wahrheit; möglich ist lediglich die Erstellung von Hypothesen, die ständig daraufhin untersucht werden müssen, ob ihnen nicht empirische Befunde widersprechen. Popper fordert, daß der Wissenschaftler, der in die Sozialforschung und in die Politik wissenschaft-

144 Lompe, *Wissensch. Beratung*, S. 28.

145 Krauch, *Org. Forschung*, S. 33.

146 Lucien Sebag, *Marxismus und Strukturalismus*, Frankfurt/M. 1967, S. 307.

147 Hans Lades und Clemens Burrichter (Hrsg.), *Produktivkraft Wissenschaft. Sozialistische Sozialwissenschaften in der DDR*, Hamburg 1970, S. 18.

148 Ebd., S. 43.

149 Krauch, *Beiträge*, S. 299.

150 Flohr/Lompe, *Wissenschaftler und Politiker*, S. 22.

liche Methoden einführen will, „eine kritische Haltung einnimmt und sich dessen bewußt wird, daß nicht nur der Versuch, sondern auch der Irrtum notwendig ist. Und er muß lernen, Fehler nicht nur zu erwarten, sondern sie auch bewußt zu suchen“<sup>151</sup>. Auf der Ebene der politischen Entscheidung ist jedoch eine wissenschaftliche Hypothesenbildung nicht möglich, denn „Werte“ entziehen sich einer rationalen Diskussion<sup>152</sup>. „Standpunkte“ oder „Einstellungen“ lassen sich nach Popper nicht prüfen. „Sie können nicht widerlegt werden, und scheinbare Bestätigungen sind daher wertlos“<sup>153</sup>. Denn wie bereits Wittgenstein ausführte, gibt es für die wissenschaftliche Diskussion „Unaussprechliches“. Dieses „zeigt sich, es ist das Mystische“<sup>154</sup>. Politisches Handeln wird damit der Irrationalität subjektiver Entscheidungen und reinen „Machtkämpfen“ überlassen<sup>155</sup>. Genau das bezeichnet der Begriff Dezisionismus.

Auf der anderen Seite erscheinen die wissenschaftliche Theorie und ihre Sätze als unabhängig von Werten. „Die Richtigkeit eines Satzes und die Stichhaltigkeit seiner Begründung ist ausschließlich nach objektiven, einsehbaren und allgemeingültigen Kriterien zu beurteilen. Machtverhältnisse, Autoritäten, ökonomische Bedingungen haben in diesem Bereich keinen Einfluß“<sup>156</sup>. „Interessen können höchstens die Wahl des Forschungsgegenstandes und in vielen Fällen sicher auch die Wahl der jeweiligen Prämissen mit bestimmen. In ihrem eigentlichen Kern, „dem Auffinden und vor allem im Begründen von Sätzen über Sachverhalte“ bleibt die Wissenschaft „diesem Zusammenhang gegenüber neutral“<sup>157</sup>. Die empirisch bewährten Gesetzhypothesen gestatten also lediglich bedingte Prognosen und können dementsprechend in technische Empfehlungen für eine zweckrationale Mittelwahl übersetzt werden, wenn nur die Zwecke praktisch vorgegeben sind. Die Entscheidungskriterien für die Wahl zwischen den entsprechenden Möglichkeiten lassen sich nicht aus der Theorie selbst gewinnen.

Aus dieser Konzeption leitet das dezisionistische Modell als allein vertretbare Grundlage für eine rationale Politik Poppers Konzept des „piecemeal social engineering“ oder der „piecemeal technology“ ab<sup>158</sup>. Es soll als wissenschaftliche Fundierung einer Politik der pragmatischen Methode sukzessiver Einzelinterventionen und koordi-

151 Karl R. Popper, *Das Elend des Historizismus*, Tübingen 1965 (London 1960), S. 70.

152 Vgl. dazu auch: Hans Albert und Ernst Topitsch (Hrsg.), *Werturteilsstreit*, Darmstadt 1971, vor allem S. 3—309.

153 Popper, *Elend*, S. 118.

154 Ludwig Wittgenstein, *Tractatus logico-philosophicus*, in: Ludwig Wittgenstein, *Schriften*, Frankfurt/M. 1963, S. 7—83, hier: S. 82.

155 Vgl. dazu auch Karl Theodor Schuon, *Typologie und kritische Theorie*, in: *Das Argument*, 10/1969, Nr. 50, S. 93—124, hier: S. 123.

156 Wolfgang Wieland, *Thesen zur Wissenschaftstheorie*, in: *Aspekte*, 3/1970, Nr. 10, S. 5—8, hier: S. 7.

157 Ebd., S. 8.

158 Vgl. Lompe, *Wissensch. Beratung*, S. 57.

nierter Eingriffe mit begrenzter Zielsetzung dienen und sich abgrenzen von der „utopischen Technik des Umbaus der Gesellschaftsordnung im ganzen“<sup>159</sup>. Der „ad-hoc-Techniker“ geht nur vorsichtig Schritt für Schritt seinen Weg und zeigt Handlungsmöglichkeiten auf, indem er die erhaltenen Ergebnisse mit den erwarteten vergleicht. Nur dieses schrittweise Vorgehen, verbunden mit einer kritischen Diskussion, ist der Weg, um in den Sozial- wie in den Naturwissenschaften zu praktisch brauchbaren Resultaten zu kommen.

Neben Vertretern eines solchen dezisionistischen Modells ohne Wenn und Aber<sup>160</sup> gibt es auch Stimmen, die gewisse Modifikationen für notwendig halten, ohne das Modell im ganzen zu transzendieren. So wird etwa kritisiert, daß die Durchführung sozialwissenschaftlicher Beratung auf der Grundlage strikter Trennung von wissenschaftlichem Spezialwissen und politischer Entscheidung z. B. in den USA zu zahlreichen inneren Widersprüchen, Versagern und Rückfällen „in die Atavismen imperialistischer Gewaltspolitik“<sup>161</sup> geführt hat; allerdings sei trotz aller sozialen Ungerechtigkeiten die große Katastrophe ausgeblieben, weshalb man den Versuch, das politische System „durch Kopplung mit dem Innovationssystem . . . auf keinen Fall . . . als gescheitert betrachten“ sollte<sup>162</sup>. Ingesamt gesehen habe die Kooperation zwischen Politiker und Wissenschaftler mildernd und ausgleichend bewirkt, was die „Politik der kleinen Schritte“, also Poppers „piecemeal engineering“ im Grunde bestätige. Deshalb soll in Zukunft noch größerer Wert gelegt werden auf die Entwicklung und Ausarbeitung von „Entscheidungsmodellen“ (durch Systemforschung, Operations Research, Planungs- und Entscheidungstheorie), die bereits ihren unmittelbaren praktischen Nutzen vor allem auf der Ebene des niederen und mittleren Managements und für die Rationalisierung der repetitiven Entscheidung nach festem Schema bewiesen haben. „Trotzdem kann man mit einiger Berechtigung kritisieren, daß sie bislang in wirklich wichtigen und einmaligen Entscheidungen kaum eine Hilfe geboten haben“<sup>163</sup>. Das, so meint Rittel, könne allerdings geändert werden durch systematische Verbesserungen in den Bereichen der Problemidentifikation, des „angemessenen Diskurses über politische Sachverhalte“, der Aufstellung geeigneter Situationsmodelle durch Entwicklung der „Kunst der lebendigen, anschaulichen, flexiblen und komplexen Abbildung des Geschehens in einer harmlosen Laborsituation“ und der ausreichenden und zuverlässigen Informiertheit. Auf diesem Wege sollte angeblich

159 Popper, zit. nach ebd., S. 58.

160 Vgl. z. B. Carl Heinz Schiel, *Beratung und Entscheidung. Zur Frage der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik*, in: *mitteilungen*, hrsg. von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, 1/1970, S. 28–34, hier: S. 33/34, wo der Generalsekretär der Deutschen Forschungsgemeinschaft sich voll auf die Seite der Vertreter des dezisionistischen Modells stellt.

161 Horst Rittel, in: *Krauch, Beiträge*, S. 191.

162 Ebd., S. 191.

163 Ebd., S. 196.

eine immer weiter fortschreitende Verwissenschaftlichung der Politik möglich sein, die endlich doch die Widersprüche des Systems zum Verschwinden bringt.

Anderes allerdings, wie z. B. Arnd Morkel<sup>164</sup>, gehen noch einen Schritt weiter. Morkel geht auch davon aus, daß die „Welt, in der wir leben“, keine objektiv beschreibbare Ordnung besitzt; „sie ist vielmehr stets auf bestimmte Ziele hin entworfen, die nicht aus den faktischen Gegebenheiten stammen und durch rationale Analyse auch nicht daraus abzuleiten sind“<sup>165</sup>. Wissenschaftliche Beratung der Politik kann deshalb nur zu einer „dreifachen Klarheit“ beitragen: zur Klarheit über die Probleme, mit denen der Politiker konfrontiert ist; zur Klarheit über den Handlungsspielraum den er besitzt; und zur Klarheit über sein Tun. Sicher ist auf jeden Fall, daß „die Wissenschaft von sich aus keine Ziele setzen und keine Werturteile fällen kann, und daß der Wissenschaftler die Entscheidung des Politikers nicht vorwegnehmen darf“<sup>166</sup>. Morkel sieht nun aber ganz klar, daß die Praxis anders aussieht<sup>167</sup>. Er hält dies auch für durchaus berechtigt, denn keine politische Führung, so meint er, kann daran interessiert sein, ihre wissenschaftlichen Berater von der Diskussion über die politischen Ziele auszuschließen, denn jede Gesellschaft, die sich allzu eng auf die eingefahrenen Bahnen verläßt, laufe die Gefahr der Stagnation.

Dem Wissenschaftler aber, der eng mit den Problemen vertraut ist, und trotzdem eine größere Distanz zur herrschenden Praxis besitzt, fällt eine neue Sicht der Dinge oft leichter. Im Unterschied zum bloß technischen Ratgeber erschöpft sich deshalb die Rolle des Wissenschaftlers nicht darin, lediglich die zweckmäßigsten Mittel zur Verwirklichung gegebener Zwecke zu ermitteln; zu seinen Möglichkeiten gehört vielmehr auch die, die vorgebenen Ziele auf ihre Haltbarkeit und Folgerichtigkeit zu überprüfen, allerdings ist er nicht in der Lage, selbst Ziele zu stecken. Er erforscht nur die Wirklichkeit „und ermittelt dabei unter Umständen auch die Tatsachen, die geeignet sind, die von den Politikern angegebenen Zwecke in Frage zu stellen“<sup>168</sup>.

Obwohl solche wissenschaftliche Beratung ihre Wissenschaftlichkeit darin zeigt und bewährt, daß sie nicht nur die Kenntnis der Fak-

164 Morkel, Arnd: Politik und Wissenschaft. Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Beratung in der Politik. Zeitfragen 2, hrsg. von Wilhelm Hennis, Christian Wegner Verlag, Hamburg 1967 (151 S., Pb., 9,80 DM).

165 Ebd., S. 26.

166 Ebd., S. 39.

167 Seine Begründung ist allerdings etwas naiv: „Wie ein Kenner der Verhältnisse, der selbst häufig als wissenschaftlicher Gutachter tätig ist, versichert, erwarten die Politiker vielmehr gerade Vorschläge.“ (Ebd., S. 39.) Diese Art zu begründen ist kennzeichnend für große Teile der Abhandlung von Morkel. Empirische Analyse ist nicht seine Stärke.

168 Ebd., S. 47.



ten erweitert, sondern an die Stelle unzulänglicher und bloß hingewommener Meinungen zulängliche und begründete Urteile setzt, hält Morkel strikt daran fest, daß der Wissenschaftler, der bereit ist, politische Ratschläge zu geben, keinen Zweifel daran lassen darf, „daß er damit den Rahmen der Wissenschaftlichkeit überschreitet“<sup>169</sup>. Hier zeigt sich am deutlichsten die Konzeption des Dezisionismus, auch wenn Morkel solchen Vorwurf zurückweist<sup>170</sup>. Seine Modifikation erweist sich als in den Grenzen des Neopositivismus befangen, wenn sie die Beratung und Diskussion politischer Entscheidungen als jenseits der Wissenschaft erklärt. So ist es nur konsequent, daß er schließlich in Anlehnung an Wilhelm Hennis<sup>171</sup> und Theodor Eschenburg<sup>172</sup> fordert, man müsse als wissenschaftlicher Berater der Politik „auf die politische Theorie der Griechen und Römer zurückgehen, für die die Beratung ein integrierter Bestandteil der Politik gewesen ist“<sup>173</sup>. Die Hinwendung zu im modernen Sinne unbegründeten Theorien, vor allem zur praktischen Philosophie des klassischen Altertums<sup>174</sup>, ist die Bankrott-Erklärung der wissenschaftlichen Beratung nach dem dezisionistischen Modell. Dem entspricht die Schlußfolgerung von Morkel: „Common sense, Erfahrung und Intuition sind in der Politik unentbehrlich, und häufig gibt es für den Politiker gar keine andere Orientierungs- und Entscheidungshilfe“<sup>175</sup>.

Die bürgerliche Kritik am dezisionistischen Modell<sup>176</sup> hebt zunächst hervor, daß eine Wissensvermehrung natürlich nicht allein durch die Methode von Versuch und Irrtum erreicht wird, sondern auch z. B. durch die Zusammenfassung bisheriger Forschungsergebnisse nach bestimmten Gesichtspunkten, durch die Strukturierung gegebener Daten, die, ausgerichtet auf bestimmte Ziele, sich zu Tatsachenzusammenhängen verdichten sowie durch soziale Phantasie; oder die logischen Implikationen von Modellprämissen können „psychologisch neu“ sein und insoweit faktisch das Wissen vermehren etc. Wittgenstein hat das in seiner Spätphilosophie radikal offengelegt: „Das Bestehen der experimentellen Methode läßt uns glauben, wir hätten

169 Ebd., S. 42.

170 „Daß das Verhältnis des Wissenschaftlers zum Politiker nicht am Leitbild der Technokratie zu verstehen ist, wurde schon gezeigt. Ebenso wenig trifft aber auch das dezisionistische Modell zu.“ (Ebd., S. 48.)

171 Vgl. Wilhelm Hennis, *Rat und Beratung im modernen Staat*, in: *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge*, Frankfurt/M. 1963, Nr. 1.

172 Vgl. Theodor Eschenburg, *Über Autorität*, Frankfurt/M. 1965, S. 21 ff.

173 Morkel, *Politik und Wissenschaft*, S. 49.

174 Vgl. dazu auch: Wilhelm Hennis, *Politik und praktische Philosophie*, Neuwied und Berlin 1963; Herbert J. Storing (Hrsg.), *Essays on Scientific Study of Politics*, New York 1962, und die Kritik daran bei: Jörg Kammler, *Politische Wissenschaft und Herrschaft*, in: *Das Argument*, 10/1969, Nr. 50, S. 159–173, hier: S. 160 ff.; Karl Theodor Schuon, *Typologie und kritische Theorie*, S. 116 f.

175 Morkel, *Politik und Wissenschaft*, S. 51.

176 Vgl. Lompe, *Wissensch. Beratung*, S. 64 ff.

das Mittel, die Probleme, die uns beunruhigen, loszuwerden; obgleich Problem und Methode windschief aneinander vorbeilaufen<sup>177</sup>.“

Die punktuelle, gegebenenfalls quantifizierte Empfehlung kann nicht oder nur unvollständig die Fülle von Neben- und Fernwirkungen berücksichtigen, die die Durchführung der vorgeschlagenen Einzelinterventionen hinsichtlich der übrigen gesellschaftspolitischen Ziele hat. Denn das zu rationalisierende Problem wird prinzipiell von den Beziehungen zu anderen, „außenstehenden“ Problemen isoliert, und die Ordnungsvorstellungen allgemeiner Art, von denen man sich bei der Teilrationalisierung leiten läßt, sind sehr unkritischer, allgemeiner und irrationaler Natur<sup>178</sup>. Statt dessen wäre es notwendig, die durch interdisziplinäre Zusammenarbeit ermittelten und nach bestimmten Fragestellungen integrierten Erkenntnisse als Basis einer neuen Disziplin „beratender Sozialwissenschaft“ zu betrachten, die den polaren Gegensatz von Theorie und Praxis aufhebt. „Wenn man hier und heute der freiheitlichen Gesellschaft dienen und überhaupt zu einer sinnvollen Beratung der Praxis kommen will, muß man einen Weg einschlagen, der zwischen den Extremen eines kognitiven Perfektionismus auf der einen und eines Provinzialismus der bloßen Privatmeinung spekulativer Art auf der anderen Seite liegt<sup>179</sup>.“ Man muß einen kompromißbereiteren Weg der Forschung gehen und sich von einer Auffassung lösen, die meint, nur dann Beratungsaussagen treffen zu können, wenn bewährte Ergebnisse empirischer Feldforschung vorliegen. Lompe zieht daraus den Schluß: „Die Forschung sollte wieder jene sozialwissenschaftlichen Bemühungen aufnehmen, die bis 1933 Schwerpunkte soziologischer Forschung in Deutschland waren: Die Bemühungen um theoretische Gesamtkonzeptionen, das Denken in umfassenden Gesellschaftsgestalten<sup>180</sup>.“

Befriedigendere Ergebnisse als bei einer Beratung im Sinne des technokratischen oder dezisionistischen Modells, in denen der Prozeß der Entscheidung jeweils verkürzt wird, erwartet man von der „Raterteilung“ nach der Form des „pragmatistischen Modells“, bei dem sowohl die Sphäre des empirischen Wissens (der Bereich der „Er-

177 Ludwig Wittgenstein, *Philosophische Untersuchungen*, in: Ludwig Wittgenstein, *Schriften*, Frankfurt/M. 1963, S. 279—544, hier: S. 543. Die Konsequenzen, die er daraus allerdings zieht, sind äußerst mangelhaft. Denn über eine Sprachphilosophie ist die erkenntnistheoretische und wissenschaftstheoretische Grundlegung von Sozialwissenschaft problematisch; gerade die Sprache kann ja weder zur „Basis“ noch zum „Überbau“ gerechnet werden. Sprache „wurde nicht für die Befriedigung der Bedürfnisse irgendeiner Klasse geschaffen, sondern der ganzen Gesellschaft, aller Klassen der Gesellschaft.“ (J. Stalin, *Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft*, hrsg. von H. P. Gente, München 1968, S. 25.) Gerade weil Sprache nicht zum Überbau gehört, wirkt es in einer Klassengesellschaft Widersprüche verhüllend, wenn Wissenschaft sprachphilosophisch fundiert wird, da eben diese Wissenschaft selbst Klassencharakter hat.

178 Vgl. Strauss, Hennis, Morkel etc. (s. o.).

179 Lompe, *Wissensch. Beratung*, S. 106/107; so auch: Krauch, *Org. Forschung*, S. 205 ff.

180 Lompe, *Wissensch. Beratung*, S. 109.

kenntnisse“) wie auch der Bereich der Werte, Normen und Entscheidungen in die wissenschaftliche Diskussion einbezogen werden sollen.

### 3.3 Das pragmatistische Modell

Das pragmatistische Modell sozialwissenschaftlicher Beratung der Politik geht aus von der Aufhebung der strikten Trennung zwischen den Funktionen des Sachverständigen und des Politikers, an dessen Stelle nun ein „kritisches Wechselverhältnis“<sup>181</sup> tritt. Denn der Fachmann ist heute, wie es im technokratischen Modell vorgestellt wird, nicht souverän geworden gegenüber den Politikern, die faktisch dem Sachzwang unterworfen sind und nur noch fiktiv entscheiden; noch behalten die Politiker, wie das dezisionistische Modell unterstellt, außerhalb der zwingend rationalisierten Bereiche der Praxis ein Reservat, in dem praktische Fragen nach wie vor durch Willensakte entschieden werden müssen. „Vielmehr scheint eine wechselseitige Kommunikation derart möglich und nötig zu sein, daß einerseits wissenschaftliche Experten die Entscheidung fällenden Instanzen ‚beraten‘, und umgekehrt die Politiker die Wissenschaftler nach Bedürfnissen der Praxis ‚beauftragen‘<sup>182</sup>.“ In der Diskussion zwischen Wissenschaftlern und Politikern soll so eine Dialektik von Können und Wollen, eine wechselseitige Aufklärung von technischem Wissen und praktischem Bewußtsein entfaltet werden. Auf diese Weise könnten die politischen Zielvorstellungen geklärt und ihre operationale Formulierung in Angriff genommen werden<sup>183</sup>. Allerdings sind nicht alle „Voraussetzungen“ sozialen Verhaltens exakt begrifflich faßbar. Der Berater muß dann die Entscheidung treffen, ob er sie völlig aus seinem Beratungssystem herauslassen oder ob er sie gegebenenfalls auf einer Vorstufe operationaler Formulierungen durch Bilder, Symbole oder Analogien zum Ausdruck bringen will. Zu letzterem verhilft ihm die „verstehende Methode“, die Deskription, logische Analyse und notfalls auch „Einfühlung in psychische Fakten“.

Lompe sieht im Lernprozeß nach Form des pragmatistischen Modells „eine gute Basis für die Erfüllung eines konkreten Programms der Interpretation politischer Zielvorstellungen und für die Entwicklung von Interpretationsregeln“<sup>184</sup>. In gewisser Abwandlung (allerdings bezeichnender!) wird von verschiedenen Seiten heute dieses pragmatistische Modell als ein „pragmatisch-kooperatives Modell“<sup>185</sup> sozialwissenschaftlicher Beratung der Politik propagiert<sup>186</sup>. Indem die Wissenschaft ihre Ergebnisse der Gesellschaft „oder Teilen die-

181 Habermas, Technik und Wissenschaft, S. 126.

182 Ebd., S. 127; so auch: Flohr/Lompe, Wissenschaftler und Politiker, S. 22.

183 So: Lompe, Wissensch. Beratung, S. 122.

184 Ebd., S. 133.

185 Lades/Burrichter, Produktivkraft Wissenschaft, S. 20.

186 Ebenso: Ulrich Lohmar, Wissenschaftsförderung und Politik-Beratung, Gütersloh 1967, S. 126.

ser“ (!)<sup>187</sup> nicht lediglich zur Verfügung stellt, sondern mit der Gesellschaft diskutiert, und ihre Tätigkeit an den gesellschaftlich gefundenen Normen und Werten orientiert, gewinne man die „Chance einer ökonomischen und kulturellen Selbstbehauptung der Industriegesellschaft mit Hilfe von Wissenschaft und Technologie“<sup>188</sup>.

Das pragmatistische Modell wurde von bürgerlicher Seite auch ziemlich heftiger Kritik unterzogen. Neben scharfer Ablehnung wegen angeblicher Gefahren, die durch die „Verwässerung der Abgrenzung der Zuständigkeit“<sup>189</sup> und damit der Verantwortung der beiden Parteien, des Beratenden und des Beratenen, entstünden, steht die modifizierende Kritik an der vorschnellen Vermischung von Wertung und Beschreibung, von Präskription und Deskription<sup>190</sup>. Im Anschluß an Überlegungen von Gerhard Weisser entwickelt Lompe aus solcher Modifikation des pragmatistischen Modells sein Modell sozialwissenschaftlicher Beratung als einem „System aus Empfehlungen und Warnungen“<sup>191</sup>. Soweit der Wissenschaftler über deskriptive Aussagen hinausgeht, beschränkt er sich dabei durch die bekenntnis-mäßige Einführung seiner Grundanliegen auf die Mitteilungen seiner Überzeugung. Er teilt allerdings eine Überzeugung mit und nicht mögliche Standpunkte zur beliebigen Auswahl. Er hat Gewißheit; er kann nur nicht zwingend in der „Weise der Wissenschaft“ begründen, daß auch der andere mit Gewißheit diese Überzeugung haben sollte<sup>192</sup>.

Die Vorschläge für die praktische Durchführung des pragmatistischen Modells sowie des Modells der Empfehlungen und Warnungen werden erst voll Aufschluß über die Funktion solcher sozialwissenschaftlicher Beratung der Politik in der spätkapitalistischen Klassengesellschaft geben.

### 3.4 Praxis sozialwissenschaftlicher Beratung

Die Frage, wie die wissenschaftliche Beratung in den Prozeß der politischen Willensbildung integriert werden soll, wird nach wie vor sehr unterschiedlich beantwortet, wobei von allen Befürwortern verstärkter sozialwissenschaftlicher Beratung der Politik auf die bisher sehr mangelhafte praktische Handhabung hingewiesen wird. Selbst

187 Lades/Burrichter, Produktivkraft Wissenschaft, S. 20.

188 Lohmar, Wissenschaftsförderung, S. 128.

189 Schiel, Beratung und Entscheidung, S. 33.

190 So vor allem: Lompe, Wissensch. Beratung, S. 136/137; Flohr/Lompe, Wissenschaftler und Politiker, S. 25 ff.; Krauch, Org. Forschung, S. 217/218; Gunnar Myrdal, Objektivität in der Sozialforschung, Frankfurt/Main 1971, S. 9; in gewissem Sinne auch: Harald Pilot, Jürgen Habermas' empirisch falsifizierbare Geschichtsphilosophie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 20/1968, H. 2, S. 288—308, hier: S. 305/306.

191 Flohr/Lompe, Wissenschaftler und Politiker, S. 25.

192 Vgl. dazu: Myrdal, Objektivität, S. 9; Lompe, Wissensch. Beratung, S. 145; Flohr/Lompe, Wissenschaftler und Politiker, S. 27.

gegenüber den eigenen Vorschlägen herrscht Skepsis vor<sup>193</sup>. In der Bundesrepublik hat sich die sozialwissenschaftliche Beratung bis heute so ausgewirkt, daß sie vor allem der Regierung und Verwaltung zugute gekommen ist. Die Institutionalisierung der Beratung vornehmlich bei der Verwaltung vergrößert die Macht der Ministerialbürokratie ganz erheblich auf Kosten der eigentlichen, verfassungsmäßigen Willensbildungsorgane. Es existieren „wissenschaftliche Beiräte“, die ganz oder vorwiegend aus Professoren bestehen; zum größeren Teil handelt es sich um gemischte Ausschüsse, die aus Interessenvertretern, Vertretern der Exekutivverwaltung und Sachverständigen zusammengesetzt sind. „Gegenwärtig existieren beim Bund ungefähr 60 Einrichtungen dieser Art<sup>194</sup>.“ Außerdem stehen den Ministerien auch eine Reihe ressorteigener Bundes- und Landesforschungsanstalten zur Verfügung sowie Forschungseinrichtungen, die ganz oder teilweise vom Staat unterhalten werden, wie etwa die „Stiftung Wissenschaft und Politik“. Doch bestehen, so bemerkt vor allem Bahrdt, zwischen dem Bürokraten und dem Wissenschaftler ganz erhebliche strukturelle Kooperationschwierigkeiten. Dem Bürokraten geht es vor allem darum, die Entscheidung, die an der Spitze gefällt worden ist, „möglichst exakt, korrekt, überall und immer wieder in der gleichen Weise durchzuführen und jede Durchführungshandlung genau zu kontrollieren“<sup>195</sup>. Den Spielraum der Zuordnung und Verteilung von Informationen und den Spielraum für anzuwendende Verfahren sucht er ständig zu verringern oder sogar auszuschalten. Der Wissenschaftler dagegen muß, wenn er effektiv arbeiten will, systematisch danach streben, sich viele Entscheidungsmöglichkeiten hinsichtlich der Zeitdauer einzelner Arbeitsgänge, der Wahl der Methoden, der Speicherung, Zuordnung, Abrufbarkeit und Verteilung von Informationen, ja sogar hinsichtlich der Modifikation seiner Fragestellung offenzuhalten. Deshalb nimmt es nicht wunder, daß die Verwaltung in Fällen, in denen ihr Sachverstand nicht auszureichen scheint, sich lieber an die Interessenverbände als an die Wissenschaft wendet. Die Verwaltung hat die Sozialwissenschaft „bisher mehr punktuell und gelegentlich als systematisch und kontinuierlich zur Information und Beratung herangezogen“<sup>196</sup>. Auch die Beratung von Regierung und Parlament, d. h. die Beratung von Berufspolitikern des parlamentarischen Systems, ist nicht ohne Schwierigkeiten auszuweiten, obwohl gerade hier eine Tendenz zur Ausweitung vorherrscht<sup>197</sup>. Der Einbau wissenschaftlicher Gremien oder Stäbe in die Regierungs- und Parlamentsarbeit wird immer lautstärker gefordert<sup>198</sup>. Aufgabe des Stabes

193 Vgl. Morkel, Politik und Wissenschaft, S. 53; Flohr/Lompe, Wissenschaftler und Politiker, S. 17.

194 Morkel, Politik und Wissenschaft, S. 85.

195 Krauch, Beiträge, S. 173.

196 Morkel, Politik und Wissenschaft, S. 89.

197 Vgl. Habermas, Technik und Wissenschaft, S. 120.

198 Vgl. Morkel, Politik und Wissenschaft, S. 96; Lompe, Wissenschaft. Beratung, S. 8; Flohr/Lompe, Wissenschaftler und Politiker, S. 17.

soll es sein, „dem Chef einen Überblick über das Ganze seines Bereichs zu verschaffen; die Informationen zu sammeln, die er für seine Entscheidungen braucht; die Vorschläge der untergeordneten Stellen zu registrieren, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu trennen; die grundsätzlichen Perspektiven zu durchdenken, den Gesamtrahmen abzustecken, die Alternativen herauszuarbeiten, bei der Festsetzung der Rangordnung der Ziele mitzuwirken; dafür zu sorgen, daß bei den einzelnen Maßnahmen die übergeordneten Zusammenhänge nicht zu kurz kommen und daß diese Maßnahmen auch richtig koordiniert werden und so weiter“<sup>199</sup>. Allerdings sind solche Stäbe auch bereits politische Institutionen, deren Tätigkeit nicht den Charakter rein wissenschaftlich-fachlicher Beratung tragen kann. Die radikalsten Reformpläne für die Beratung der Volksvertreter selbst zielen auf die Errichtung einer völlig neuen Institution, einer Art von Sachverständigenkammer neben Legislative und Exekutive, die die Aufgabe systematischer Beobachtung und Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung hätte<sup>200</sup>. Weniger weit geht der Vorschlag, dem Bundestag eine Art von Gesetzgebungshilfsdienst anzugliedern, der Bibliographien über bestimmte Probleme zusammenstellt, die Unterlagen für die Gesetzesvorhaben sammelt und sichtet, Vorlagen auf ihre sachliche Richtigkeit prüft und Untersuchungen veranlaßt<sup>201</sup>. Die Einstellung von Assistenten für Bundestagsabgeordnete ist bereits ein erster Schritt in diese Richtung.

Vor allem die Vertreter des dezisionistischen Modells, aber auch des Modells der Empfehlungen und Warnungen glauben, daß mit der sozialwissenschaftlichen Beratung von Parlament und Regierung die wesentlichen Fragen der Verwissenschaftlichung von Politik zu lösen sind, sofern bestimmte Bedingungen berücksichtigt werden. Dazu gehört einmal die Beachtung der Rollendifferenz zwischen Politiker und Wissenschaftler. Denn die Rationalität des politischen Handelns, so meint Bahrdt, besteht niemals allein in der Fügbarkeit gegenüber dem wissenschaftlichen Berater, sondern außerdem immer noch in der fortlaufenden Vergegenwärtigung und Nützung des sich ständig ändernden Handlungsspielraumes, d. h. des Spielraums der Machtausübung<sup>202</sup>. Wenn auch das Handeln des Politikers aus der Perspektive des Wissenschaftlers oft merkwürdig diffus und diskontinuierlich erscheint, ist es doch oft höchst rational, „indem es stets bröckchenweise dort eine partielle Annäherung an das Gesamtziel realisiert, wo gerade eine Durchsetzungschance besteht“<sup>203</sup>. Der Wissenschaftler allerdings darf sich nicht dazu bereit finden, die zweitbeste Lösung eines politischen Systems mit wissenschaftlicher Autorität zu rechtfertigen. Sein Interesse ist das an „Objektivität“; er ist

199 Morkel, Politik und Wissenschaft, S. 94/95.

200 So: Eugen Kogon, Verteidigung unserer Möglichkeiten, in: Erich Kuby, Franz Josef Strauß, Wien, München und Basel 1963, S. 360 f.

201 Vgl. Morkel, Politik und Wissenschaft, S. 103.

202 Vgl. Krauch, Beiträge, S. 176.

203 Ebd., S. 177.

angewiesen auf „wirkliche Antizipation des herrschaftsfreien Dialogs in der Diskussion der Wissenschaftler“<sup>204</sup>. Trotzdem muß er seine „bildungsesoterischen Vorurteile“<sup>205</sup> überwinden und die Beratung der Politik als Aufgabe akzeptieren. Die Gefahr besteht allerdings ständig, daß der Wissenschaftler — dem allgemeinen technokratischen Trend folgend — in politische Rollen gedrängt und in einen festen und dirigierbaren Bestandteil der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Organisationen verwandelt wird<sup>206</sup>. Morkel sieht hier die große Gefahr der Politisierung der Wissenschaft, die zur Usurpation ihrer Autorität, dem Mißbrauch ihrer Ergebnisse und der Einschränkung ihrer Unabhängigkeit führen kann<sup>207</sup>.

Dagegen empfiehlt er moralische Appelle an die Einzelwissenschaftler: „Es ist Sache der beteiligten Wissenschaftler selbst, den Gefahren vorzubeugen“<sup>208</sup>. Abstrakte Regeln für richtiges Verhalten lehnt er ab, denn die konkreten Situationen seien zu verschieden. Der Wissenschaftler wird deshalb öfters vor der Frage stehen, ob er seinem Erkenntnisstreben nicht freiwillig Grenzen setzen soll, ob er nicht auf manchen Gebieten darauf verzichten soll, weiter zu forschen, weil die Gefahr des Mißbrauchs der gewonnenen Ergebnisse zu groß ist. Auf der anderen Seite wird jede wissenschaftliche Beratung für Morkel sinnlos, wenn die Politiker ihrer politischen Funktion nicht gerecht werden, d. h. „wenn sie keine Kriterien, keine Ziele und keine Entschlußkraft besitzen — man könnte auch sagen: wenn sie Führungswillen und Führungstalent vermissen lassen“<sup>209</sup>. Lompe macht noch deutlicher, was gemeint ist, wenn er sagt, daß das Vorhandensein bestimmter gesellschaftlicher Interessen nicht die Entscheidung des demokratischen Regenten ersetzen, der ‚nicht exponent der Mehrheit, sondern unmittelbar seinem Gewissen, d. h. der von ihm anerkannten Kombination von Grundentscheidungen verantwortlich‘ (ist)<sup>210</sup>. Obwohl die Vertreter solcher „Führungsqualitäten“ unabhängig von „demokratischen Mehrheiten“, aber gestützt auf wissenschaftliche Experten, die Notwendigkeit öffentlicher Kontrolle und Diskussion von wissenschaftlicher Beratung nie ganz negieren<sup>211</sup>, ist doch die vorherrschende Auffassung unverkennbar, Politik durch eine Art wissenschaftlich begründeter „Regierungstechnik“<sup>212</sup> unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit (weil von Einzelinteressen bestimmt) rationaler zu machen.

204 Pilot, Habermas' Geschichtsphilosophie, S. 305.

205 So: Flohr/Lompe, Wissenschaftler und Politiker, S. 17.

206 Vgl. Krauch, Org. Forschung, S. 205; Morkel, Politik und Wissenschaft, S. 116.

207 Vgl. Morkel, Politik und Wissenschaft, S. 117.

208 Ebd., S. 122.

209 Ebd., S. 130.

210 Vgl. Lompe, Wissensch. Beratung, S. 140.

211 Vgl. etwa Morkel, Politik und Wissenschaft, S. 60 ff. und S. 108 ff.; Lompe, Wissensch. Beratung, S. 139.

212 So etwa auch Ellwein, in: Wissenschaft und Praxis, S. 31, der allerdings bereits die Akzente wesentlich verlagert: „... Adressaten sind die

Vor allem von den Befürwortern des pragmatistischen Modells, aber auch teilweise von anderen, wird allerdings die Einbeziehung der Diskussion einer kritischen Öffentlichkeit in die sozialwissenschaftliche Beratung der Politik für dringend erforderlich gehalten. Denn eine politische Herrschaft der Wissenschaft ohne öffentliche Kontrolle birgt die Gefahr der Verschleierung von Interesseneinflüssen in sich sowie die Verselbständigung des politischen Interesses von Wissenschaftseliten<sup>213</sup>. Nur durch Publizität der wissenschaftlichen Beratung läßt sich „die Gefahr unverantwortlicher politischer Einwirkung vermindern“<sup>214</sup>. Das beinhaltet, daß nicht allein Regierung und Parlament einen Rat brauchen, sondern „alle, die gesellschaftliche Verantwortung tragen“<sup>215</sup>. Da es weder in der Politik noch in der Wissenschaft Konformität der Auffassungen gibt, hat der Wissenschaftler, so meint Wolfgang Abendroth, „den Prozeß der Klärung und Auseinandersetzung weiterzutreiben“<sup>216</sup>. Auf die Publizität dieser Auseinandersetzungen muß größter Wert gelegt werden. Die Politiker, die beraten werden, sind vom Volk delegiert und nicht souverän. „Also muß auch diese Auseinandersetzung zwischen Wissenschaftlern und Politikern der Information des Souveräns dienen und nicht nur der Information der Delegierten“<sup>217</sup>. Gerade die Einstellung zum gesamten Bereich der Wissenschaftspolitik hängt wesentlich vom Grad der politischen Informiertheit ab. Gut informierte Personen mit Volksschulbildung urteilen aufgeschlossener als schlecht informierte mit höherer Schulbildung, „d. h. die politische Informiertheit und nicht der Bildungsstand sind für die Haltung gegenüber Fragen der Automation, der Forschung und der technischen Entwicklung ausschlaggebend“<sup>218</sup>. Die Aufklärung eines wissenschaftlich instrumentierten politischen Willens kann nach Maßstäben rational verbindlicher Diskussion nur aus dem Horizont der miteinander sprechenden Bürger selbst hervorgehen und muß in ihn zurückführen. Deshalb fordert Habermas die „öffentliche, uneingeschränkte und herrschaftsfreie Diskussion über die Angemessenheit und Wünschbarkeit von handlungsorientierenden Grundsätzen und Normen im Lichte der soziokulturellen Rückwirkungen von fortschreitenden Sub-Systemen zweckrationalen Handelns“<sup>219</sup>.

Praktisch hätte das zu bedeuten, daß unabhängige Sachverständige öffentlich angehört werden, alle gutachtlichen Stellungnahmen veröffentlicht werden und der Konflikt zwischen abweichenden Meinun-

Politiker und die Bürger; die Reformchance besteht nur dort, wo den Vorschlägen der Zugang zur Öffentlichkeit gelingt.“ (S. 32)

213 Vgl. Krauch, *Org. Forschung*, S. 243 ff.; Morkel, *Politik und Wissenschaft*, S. 73 ff.

214 Morkel, *Politik und Wissenschaft*, S. 75.

215 Weisser, in: Flohr/Lompe, *Wissenschaftler und Politiker*, S. 49.

216 In: ebd., S. 57.

217 Abendroth, in: ebd., S. 57. So auch: Morkel, *Politik und Wissenschaft*, S. 108.

218 Krauch, *Org. Forschung*, S. 242.

219 Habermas, *Technik und Wissenschaft*, S. 98.



gen gleichsam organisiert wird<sup>220</sup>. Dabei treten die Wissenschaftler nicht mehr als wertneutrale Berater politischer Instanzen auf, sondern formieren sich zu Positionen, die den in einer heutigen oder zukünftigen gesellschaftlichen Situation miteinander in Konflikt stehenden Interessen und Gruppen entsprechen<sup>221</sup>. Organisatorisch könnte dies am besten in spezifischen Instituten geschehen. Allerdings ist diese liberale Hoffnung auf eine diskutierende Öffentlichkeit überall, wo sie auftaucht, bereits verbunden mit skeptischer Resignation. Krauch spricht selbst davon, daß die bisher gegründeten Institute, z. B. für Zukunftsforschung — zunächst geschaffen, um die Reflexionsunfähigkeit der vorhandenen Institutionen zu überwinden — inzwischen selbst Gefahr laufen, „in eine Erstarrung zu geraten“<sup>222</sup>. Eine kritikfähige Öffentlichkeit, die in der Lage wäre, wissenschaftspolitische Fragen zu diskutieren, gibt es praktisch nicht<sup>223</sup>. Die gleichzeitige Entpolitisierung der Presse bringt die Zone zwischen wissenschaftlich-technischem Fortschritt und Gesellschaftsprozess vielmehr immer stärker unter die Kontrolle von Gruppeninteressen. Und Taubes fragt: „Ist Herrschaft fundiert in rationalem Wissen, weniger korrumpierbar denn charismatische Herrschaft? Wer herrscht denn eigentlich in unserer verwissenschaftlichen Gesellschaft? Es ist der bürokratische Apparat, der hier herrscht, und wenn Experten der Wissenschaft in diesen Apparat integriert werden, sind sie dann weniger käuflich denn die Hofposten römischer Imperatoren<sup>224</sup>?“ Diese Skepsis ist allerdings noch nicht so weit, den Schritt zu tun, der getan werden müßte: weg vom liberalen Modell der Aufklärung durch herrschaftsfreie Diskussion. Denn wer soll hier eigentlich aufgeklärt werden? Die Rundfunkpublizisten und Professoren<sup>225</sup>? Oder diejenigen, die der Herrschaft des Kapitals unterworfen sind? Erst ein radikal anderes Modell der Verwissenschaftlichung von Politik kann hier offensichtlich die Lösung bringen: eine echte Verwissenschaftlichung, die sich nicht auf „Beratung“ von Politikern oder einer abstrakten Öffentlichkeit beschränken läßt.

#### 4. Wissenschaftliche Politik

##### 4.1 Marxistische Kritik sozialwissenschaftlicher Beratung

Die radikalste Kritik aller Modelle einer bloßen sozialwissenschaftlichen Beratung und die Konzeption einer völlig neuen Art von

220 Vgl. dazu: Krauch, *Org. Forschung*, S. 268 f.; Morkel, *Politik und Wissenschaft*, S. 60 ff.; Flohr/Lompe, *Wissenschaftler und Politiker*, S. 58.

221 So vor allem: Krauch, *Org. Forschung*, S. 269; Krauch, *Beiträge*, S. 246; Flohr/Lompe, *Wissenschaftler und Politiker*, S. 70.

222 Krauch, *Org. Forschung*, S. 276.

223 So auch: Habermas, *Technik und Wissenschaft*, S. 137 ff.

224 Krauch, *Beiträge*, S. 328/329.

225 Vgl. Wolfgang Abendroth, *Demokratisch-liberale oder revolutionär-sozialistische Kritik? Zum Konflikt zwischen den studentischen Oppositionen und Jürgen Habermas*, in: *Die Linke antwortet Jürgen Habermas*, Frankfurt/M. 1968, S. 131—142, hier: S. 138.

Rationalisierung und Verwissenschaftlichung der Politik, die Konzeption einer „wissenschaftlichen Politik“<sup>226</sup>, liefert die marxistische Sozialwissenschaft. Sie wirft zunächst den Vertretern des dezisionistischen Modells vor, daß sie bei der Begründung ihres wissenschaftlichen Vorgehens die Wissenschaftstheorie auf die Analyse des vorhandenen, gegebenen, fertigen Wissens reduziert und damit das Subjekt vom Objekt, die Wissenschaft aus ihrem praktischen, sozialen Gesamtzusammenhang löst<sup>227</sup>. In der Deduktion der Erfahrung auf eine ihrer Formen, nämlich die kontrollierte Beobachtung und das Experiment im Prozeß der soziologischen Forschung manifestiert sich eine Subjektivierung der Erfahrung, die die gesellschaftliche Praxis als den entscheidenden Boden, auf dem die Erfahrung erwächst, gänzlich ausklammert. Wissenschaftstheoretisch wird die ganze Frage nach dem Gegenstand der Wissenschaft als „Metaphysik“ abgetan und die Aufmerksamkeit nur auf die Formen von Wörtern und der in dem System „wissenschaftlicher Sätze“ angewandten Winkelzüge der Syntax gerichtet<sup>228</sup>. Wissenschaftstheorie wird so mit Wissenschaftslogik identifiziert, die Problematik des Entdeckungs- oder Entstehungszusammenhanges aus der Aufgabe der Wissenschaftstheorie ausgeklammert, bzw. die Aufgabe der Wissenschaftstheorie auf die Problematik des Begründungszusammenhanges reduziert und schließlich auf grundsätzliche Weise die derart konzipierte Wissenschaftstheorie mit Erkenntnistheorie und Methodologie überhaupt identifiziert<sup>229</sup>. — Trotzdem soll die große Bedeutung der Beiträge der neopositivistischen Wissenschaftslogik für die Fortentwicklung der Wissenschaft, auch der Sozialwissenschaften, nicht bestritten werden; ihre Bedeutung ist aber in ganz spezifischer Weise begrenzt<sup>230</sup>. Denn eine allgemeine soziologische Theorie kann nur als eine philosophische Theorie der Gesellschaft ihre Funktion erfüllen<sup>231</sup>, deren Grundlagen nicht im Rahmen beschränkter Wissenschaftslogik reflektiert werden können. Einzelwissenschaftliche Theorien decken heute nur noch partielle Bereiche. Eine Theorie der menschlichen Gesellschaft und ihrer Entwicklung muß sich jedoch aus umfassenderen Zusammenhängen begründen, für die der neopositivistische Theoretiker nur irrationale Setzungen kennt; „darin liegt die Grenze des Rationalismus, den eine positivistische Wissenschafts-

226 Vgl. zu diesem Begriff: Hans Heinz Holz, Ein Leben im Widerstand, in: Deutsche Volkszeitung, 29. April 1971, Nr. 18, S. 8.

227 So vor allem: Erich Hahn, Historischer Materialismus und marxistische Soziologie, Berlin 1968, S. 31.

228 Vgl. Maurice Cornforth, Wissenschaft contra Idealismus. Eine Untersuchung des „reinen Empirismus“ und der modernen Logik, Berlin 1953, S. 371/372.

229 Vgl. Hahn, Hist. Materialismus, S. 162.

230 So urteilt etwa Cornforth über Popper: „Seine Beiträge . . . nahmen und nehmen einen großen und günstigen Einfluß auf die moderne Gedankenwelt . . . ; ich akzeptiere einen Großteil dessen und erkläre mich damit einverstanden.“ (Maurice Cornforth, Marxistische Wissenschaft und anti-marxistisches Dogma, Frankfurt/M. 1970 [London 1968], S. 6.)

231 So auch: Hahn, Hist. Materialismus, S. 9.

theorie für sich in Anspruch nimmt“<sup>232</sup>. Soweit der Neopositivismus die „Wissenschaft“ in ihrem eigenen Bereich autonom zu halten versucht und den Erkenntnisfortschritt lediglich vage an „politische Freiheit“ statt explizit auf den gesellschaftlichen Entwicklungsstand bezieht, will er Fortschritt nur da sichern, wo er zumeist gesichert oder — und das trifft gegenwärtig für sozialwissenschaftliche Erkenntnisfortschritte bürgerlicher Wissenschaft weithin zu — belanglos ist<sup>233</sup>.

Die Forderung nach einer philosophischen Theorie der gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge und Entwicklungen trifft sich zunächst mit der Forderung Lompes und der sonstigen Vertreter des Modells der Empfehlungen und Warnungen nach „theoretischen Gesamtkonzeptionen“, nach dem Denken in „umfassenden historischen Gesellschaftsgestalten“<sup>234</sup>. Solche systemtheoretischen Ansätze, wie sie Lompe u. a. im Auge haben und wie sie teilweise bereits ausgearbeitet sind<sup>235</sup>, werden von der marxistischen Wissenschaft einer genauen und kritischen Analyse unterzogen. Denn in Fortsetzung der frühpositivistischen Verabsolutierung der gegenwärtigen Gesellschaft, welche nur eine inhaltlich beschränkte Verwendung des Systembegriffs erlaubt, verzichtet die bürgerliche Systemtheorie auf die Deutung des gesellschaftlichen Praxiszusammenhangs der Menschen als eines dynamischen Systems, „das in der Auseinandersetzung mit natürlichen und geschichtlichen Gewalten emanzipierten Gesellschaftszuständen angenähert wird“<sup>236</sup>. Vergesellschaftung der Menschen ist aber durch deren Praxis begründet und nimmt durch sie ihren geschichtlichen Fortgang. Dieser Praxiszusammenhang wird jedoch in den bürgerlichen Systemtheorien auf die Dimension interpersoneller Interaktion reduziert, ohne daß angegeben würde, worauf diese Sozialbeziehung der „Akteure“ sich gründet. Die wissenschaftstheoretische Forderung, nur solche Erkenntnisse der Soziologie zu akzeptieren, die auf dem Weg kontrollierter

232 Hans Heinz Holz, Wissenschaft als Element im Klassenkampf, in: Marburger Blätter, 22/1971, Nr. 2, S. 18.

233 Vgl. Bernhard Schäfers, Fortschritt der Gesellschaft und Fortschritt der Soziologie, in: Bernhard Schäfers (Hrsg.), Thesen zur Kritik der Soziologie, Frankfurt/M. 1969, S. 151—174, hier: S. 169.

234 Vgl. Anmerkung 291.

235 Vgl. K. H. Tjaden, Soziales System und sozialer Wandel, Stuttgart 1969; ders., Die Entwicklung des Begriffs des Sozialsystems als Entfaltung soziologischer Ideologie, in: Soziale Systeme, herausgegeben, eingeleitet und mit einem Nachwort versehen von K. H. Tjaden, Neuwied und Berlin 1971, S. 11—52; Jürgen Habermas und Niklas Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie — Was leistet die Systemforschung?, Frankfurt/M. 1971; Niklas Luhmann, Soziologie als Theorie sozialer Systeme, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 19/1967, S. 615—644; Karl Hermann Tjaden, Zur Kritik eines funktional-strukturellen Entwurfs sozialer Systeme, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 21/1969, S. 752—769.

236 Tjaden, Entwicklung des Begriffs des Sozialsystems, S. 14.

Beobachtung oder des Experiments gewonnen werden oder mittels dieser Verfahren überprüfbar sind und ständig überprüft werden müssen<sup>237</sup>, führt notwendigerweise zur Reduktion des Gegenstandes der Soziologie auf solche Erscheinungen, die dieser Art und Weise der Erfahrungsgewinnung leicht zugänglich sind, auch wenn die Notwendigkeit einer umfassenden Theorie gesehen wird. Hierfür aber bietet sich das „Verhalten“ geradezu an<sup>238</sup>. Mit dem Verhalten ist ein „Gegenstand“ der Sozialwissenschaft gefunden, der einer Anwendung der formalen Logik auf die soziologische Analyse der sozialen Wirklichkeit ideal zu entsprechen scheint. Doch führt dies zur Liquidierung des eigentlichen Gegenstandes der Soziologie. Denn mit der Abstraktion von historischen und natürlichen Bedingungen zwischenmenschlicher Tätigkeiten lassen derartige Konstruktionen ihres Sozialzusammenhangs dessen entscheidendes Verhältnis zur Umwelt und zum Substrat dieses Tuns außer acht, „so daß Sozialbeziehungen als in sich selbst begründete vorgestellt werden müssen“<sup>239</sup>. Die Systemüberlegungen werden auf ein aus der Totalität der sozialen Wirklichkeit herausgegriffenes und ihr gegenüber isoliertes Element gegründet<sup>240</sup>.

Dagegen stellen die Voraussetzungen und die Grenzen gesellschaftlicher Veränderung, die Bedingungen der Entfaltung und des Verfalls von Gesellschaften den eigentlichen Gegenstand einer Systemtheorie dar, die vermeiden will, „durch die Zugrundelegung von *ceteris paribus*-Klauseln ihre eigene Aussagekraft zu vernichten“<sup>241</sup>. Ausgangspunkt ist dann „jene gesellschaftliche Lebenstätigkeit des Menschen, die durch seine objektiven Existenzbedingungen determiniert ist, die materielle gesellschaftliche Produktion. Diese bezeichnet die für die Aufrechterhaltung des menschlichen Lebens notwendige und zugleich spezifische Art und Weise der Auseinandersetzung mit der Natur“<sup>242</sup>. Eine solche Theorie, die im Gegensatz zum Funktionalismus bürgerlicher Systemtheorie die Menschen mit ihren Bedürfnissen, die Individuen als konkrete gesellschaftliche Wesen in den Blick nimmt<sup>243</sup>, bietet außerdem die Möglichkeit zur

237 Vgl. Popper, Elend, S. 70 („Versuch und Irrtum“).

238 Vgl. Hahn, *Hist. Materialismus*, S. 246.

239 Tjaden, *Soziales System*, S. 293. Vgl. auch die Kritik von Max Webers Idealtypen: Dieter Senst, *Soziale Typologie*, in: Wolfgang Eichhorn u. a. (Hrsg.), *Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie*, Köln und Opladen 1969, S. 486/487, hier: S. 487: „Soziologie wird ... zu einer Typenlehre und letztlich als Verhaltenslehre aufgefaßt, die — ohne Berücksichtigung objektiver Klassenbeziehungen und -handlungen — soziales Handeln typologisiert und am sogenannten Idealtypus erklärt bzw. deutet.“

240 So auch: Erich Hahn, *Soziologische Systemauffassung und soziale Prognose*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 19/1971, H. 1, S. 5—19, hier: S. 10.

241 Tjaden, *Entwicklung des Begriffs des Sozialsystems*, S. 44.

242 Hahn, *Soz. Systemauffassung*, S. 10.

243 Vgl. auch: Schäfers, *Fortschritt*, S. 165.

Integration von Einzelwissenschaften, denn ihre Systemauffassung ist nichts anderes als eine Konsequenz einer philosophischen Gesellschaftstheorie<sup>244</sup>. Der bürgerlichen Systemtheorie, die sich auf interpersonelle Interaktionen konzentriert, liegt dagegen die charakteristische Erscheinungsform der Vergesellschaftung im Kapitalismus als eines Beziehungsgefüges individueller Wirtschaftsobjekte selbst zugrunde. Sie ist damit notwendig beschränkt und apologetisch. Indem sie allerdings diese ihre Beschränktheit zur alleinigen „Wissenschaftlichkeit“ erklärt, hält sie unter der Decke scheinbar rein wissenschaftlicher, unpolitischer Anliegen „an der vorherrschenden, in bürgerlichem Interesse konstituierten inneren Einheit von Politik und Wissenschaft fest“<sup>245</sup>.

Vom marxistischen Standpunkt aus erscheint die gesamte neopositivistische Sozialwissenschaft einschließlich ihrer Ableger als „ein Bestandteil der bürgerlichen Klassenideologie“<sup>246</sup>. Es gibt zwar keine präzise formulierte bürgerliche Gesellschaftswissenschaft, doch haben sich alle Spielarten der Gesellschaftstheorien, vom Individualismus, der in den USA gepredigt wird, bis zum Idealismus sozialreformersicher Bewegungen in Westeuropa, auf einer gemeinsamen Grundlage ihrer Auffassungen von der Gesellschaft gefunden, nämlich der, daß der Kapitalismus die beste Grundlage für die Gesellschaft sei und daß er ewig oder doch noch für unabsehbar lange Zeit bestehen werde. Sie sind sich alle darüber einig, daß der Kapitalismus trotz aller seiner Mängel jenem Sozialismus überlegen sei, wie er seit 50 Jahren in der Sowjetunion aufgebaut wird und sich jetzt auf immer größere Gebiete der Welt ausdehnt. Die bürgerliche Sozialwissenschaft, seit der Mitte des 19. Jahrhundert geprägt von der „Beschränkung auf das bloße Zusammentragen einfacher und unzusammenhängender Tatsachen und auf die vergleichende Methode, zusammen mit dem Verzicht auf historische und ökonomische Interpretationen“<sup>247</sup>, ist bis heute hochgradig formal, „bar jeder Spur historischer Einsicht“<sup>248</sup>. Speziell die bürgerliche Wissenschaft von der Politik erfüllt eine Doppelfunktion, die Sieber und Söder so beschreiben: „Sie soll auf der einen Seite — vor allem mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung — die Zuverlässigkeit und die Erfolgchance der imperialistischen Politik erhöhen. Insofern besteht das Ziel der politikwissenschaftlichen Forschung und Theorie in einer angestrebten Vervollkommnung der Herrschaftsinstrumente der Bourgeoisie, in der Erhaltung und Festigung ihrer politischen Herrschaft. Andererseits hat die Politikwissenschaft gleichzeitig die Auf-

244 Vgl. Hahn, *Soz. Systemauffassung*, S. 9/10.

245 Wolfgang Fritz Haug, *Der sexuell-politische Skandal als Instrument antidemokratischer Kampagnen*, in: Autorenkollektiv am psychologischen Institut der Freien Universität Berlin, *Sozialistische Projektarbeit im Berliner Schülerladen Rote Freiheit*, Frankfurt/M. 1971, S. 389 bis 464, hier: S. 421.

246 Hahn, *Hist. Materialismus*, S. 55.

247 Bernal, *Wissenschaft*, Bd. 4, S. 1003.

248 Ebd., S. 1053.

gabe zu erfüllen, die sozialistische Gesellschaft zu verleumden<sup>249</sup>.“ Diesen Sachverhalt zu verschleiern ist mit eine Aufgabe solcher Begriffe wie „Wertfreiheit“, „wissenschaftliche Objektivität“, „ideologische Neutralität“ und „Unparteilichkeit“.

Damit wird deutlich, daß eine rationale Diskussion des „Wissenschaftsbegriffs“ auf wissenschaftstheoretischer Ebene allein unzulänglich bleiben muß<sup>250</sup>. Horst Baier glaubt, daß eine Lösung des Konflikts zwischen den „Positivisten“ und den Vertretern des pragmatistischen Modells als den „Dialektikern“ nur durch „Konsensus zumindest über die hintergründige praktische und politische Interessenabhängigkeit ihrer theoretischen Streitfragen“<sup>251</sup> zu erreichen sein werde. Ein solcher Konsensus etwa durch systematische Reflexion einer „Wissenschaftspragmatik“<sup>252</sup> oder einer „Theorie des Wissenswerten“<sup>253</sup> ist allerdings bare Illusion, solange diese Gesellschaft eine Klassengesellschaft ist, in der eine herrschende Klasse die herrschende Ideologie bestimmt. Richtig ist jedoch, daß dort, wo die Reflexion auf Verwissenschaftlichung von Politik im Interesse der Emanzipation von Herrschaft einsetzt, dialektische Erörterung notwendig ist<sup>254</sup>.

## 4.2 Das historisch-materialistische Modell

### 4.21 Marxistische Gesellschaftstheorie

Seit den bahnbrechenden Arbeiten von Marx und Engels kann man erstmals davon sprechen, daß an die Stelle von idealistischer Gesellschaftsphilosophie oder bloßer Rechtfertigungsideologie eine Wissenschaft von der Gesellschaft tritt, die mit ausdrücklich definierten, bestimmten Methoden Struktur und Entwicklung von Gesellschaftsformationen zu erklären, nicht nur historisch zu beschreiben versucht<sup>255</sup>. Die marxistische Gesellschaftstheorie geht von einer präzi-

249 Rolf Sieber und Günter Söder, Politik und Ökonomie im sozialistischen Gesellschaftssystem, Berlin 1970, S. 73/74.

250 So auch Franz-Xaver Kaufmann, Soziologie und praktische Wirksamkeit, in: Bernhard Schäfers (Hrsg.), Thesen zur Kritik der Soziologie, Frankfurt/M. 1969, S. 68—79, hier: S. 76.

251 Horst Baier, Soziale Technologie oder soziale Emanzipation? Zum Streit zwischen Positivisten und Dialektikern über die Aufgaben der Soziologie, in: Bernhard Schäfers (Hrsg.), Thesen zur Kritik der Soziologie, Frankfurt/M. 1969, S. 9—25, hier: S. 25.

252 So: Kaufmann, Soz. und praktische Wirksamkeit, S. 76.

253 So: Wieland, Thesen, S. 8.

254 So: Wolfgang Wieland, Möglichkeiten der Wissenschaftstheorie, in: Festschrift Gadamer, Tübingen 1970, S. 1—10, hier: S. 7.

255 Vgl. Bernal, Wissenschaft, Bd. 4, S. 989; Friedrich Tomberg, Basis und Überbau. Sozialphilosophische Studien, Neuwied und Berlin 1969; Schäfers, Fortschritt, S. 158: „Ihre Gedanken bezeichnen die entscheidende Wende in der Erkenntnis und Kritik gesellschaftlicher Tatbestände. Verstand die Aufklärung die Emanzipation der Menschen moralisch und geistig . . . , so werden Emanzipation und Fortschritt im Werk von Marx und Engels realsoziologisch gefaßt, als gesellschaftlicher Prozeß auf einer bestimmten Produktionsstufe.“

sen Fragestellung aus und gibt präzise Antworten, die entweder bestätigt oder aber widerlegt werden können<sup>256</sup>. Insofern ist sie mehr als nur Gesellschaftsphilosophie; sie ist eine wissenschaftliche Theorie auf philosophischer Grundlage. Marx stellte der pseudowissenschaftlichen Theorie, nach der Ideen alles erklären, nicht etwa die pseudowissenschaftliche Konkurrenztheorie gegenüber, daß ökonomische Interessen alles erklären. Sein Grundgedanke war ein anderer: Bei der Entstehung der Totalität der verschiedenen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens von den Produktivkräften bis zur Religion spielen die Produktionsverhältnisse oder die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse eine relativ selbständige, wesentliche Rolle. „Sie sind es, aus denen der Inhalt, der Grundgehalt, die Spezifik des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs hervorgeht und erklärbar ist, wobei selbstverständlich die letztliche Ursache dieser Spezifik im Charakter der Produktivkräfte gesehen werden muß. Die Produktionsverhältnisse vermitteln den Zusammenhang zwischen den Produktivkräften und der Gesamtheit der jeweiligen Gesellschaftsordnung“<sup>257</sup>.

Die spezifische Art und Weise des menschlichen Stoffwechsels mit der Natur wird bestimmt durch die Arbeit, jener Tätigkeit, als deren entscheidende Attribute Marx das Element der Zweckbewußtheit, der Zweckmäßigkeit und den Gebrauch bzw. die Schöpfung von Arbeitsmitteln zur Herstellung von Gebrauchswerten herausarbeitete. Der Begriff der materiellen gesellschaftlichen Praxis, der Arbeit, greift hier über das Konzept der sozialen Aktion zwischen Personen dadurch hinaus, „daß er die Veränderung der Objekte und die Erneuerung der Subjekte der einzelnen Aktionsvorgänge, die von vornherein gesellschaftliche Vorgänge sind, zur Inhaltsbestimmung vergesellschafteten Tätigseins macht“<sup>258</sup>. Die jeweils spezifische Art und Weise der materiellen Praxis oder der Produktion bestimmt aus diesem Grunde Inhalt und Typus der übrigen Bereiche und Dimensionen des gesellschaftlichen Lebens. Es zeigt sich, daß immer dann, wenn eine bestimmte Art der materiellen Produktion auftritt, auch bestimmte Formen der sozialen Beziehungen der Menschen, bestimmte Normen und Werte, Überzeugungen, Ideen und Prinzipien, moralische und ästhetische Standpunkte, bestimmte Staatsformen und bestimmte soziale Strukturen vorhanden sind. Die Abhängigkeit der verschiedenen Bereiche voneinander gründet in der Arbeit, die die bestimmende Grundlage und bewegende Kraft der Totalität der

256 Vgl. dazu: Cornforth, Marx, Wissenschaft, S. 17; Tomberg, Basis und Überbau, S. 16 ff.

257 Erich Hahn, Eine historisch-materialistische Konzeption gesellschaftlicher Systeme, in: Soziale Systeme, hrsg., eingeleitet und mit einem Nachwort versehen von K. H. Tjaden, Neuwied und Berlin 1971, S. 425 bis 435, hier: S. 434.

258 K. H. Tjaden, Ansätze einer gesellschaftswissenschaftlichen Systemtheorie, in: Soziale Systeme, herausgegeben, eingeleitet und mit einem Nachwort versehen von K. H. Tjaden, Neuwied und Berlin 1971, S. 437 bis 459, hier: S. 443.

Gesellschaft aufgrund ihres materiellen Charakters ist. „Durch den spezifischen jeweiligen Charakter, durch die Beschaffenheit des Arbeitsprodukts (... einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktion) sind Inhalt und Form der folgenden Arbeitstätigkeit determiniert<sup>259</sup>.“ Die Gesetzmäßigkeit der sozialen Wirklichkeit ist gegründet auf materielle gesellschaftliche Verhältnisse. „Es handelt sich um *materielle* gesellschaftliche Verhältnisse, weil und insofern ihre Form, ihre Notwendigkeit, und ihre Existenz nicht von der Willkür der Menschen abhängen, sondern im Charakter der materiellen Produktivkräfte gegeben, angelegt sind. . . Es handelt sich um *materielle gesellschaftliche* Verhältnisse, weil und insofern sie sich nicht als Produkt von Naturkräften konstituieren, sondern Beziehungen der Menschen zur Natur und untereinander darstellen<sup>260</sup>.“

Die wesentlichen Elemente dieser materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse sind die Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse. Denn um ihre Subsistenzmittel auf gesellschaftliche Weise produzieren zu können, müssen die Menschen Werkzeuge und Geräte anfertigen und sich die Fähigkeit und das Wissen für deren Verwendung aneignen. Es entsteht so ein bestimmtes System gesellschaftlicher Produktivkräfte, „das als Form der Kombination von Arbeitskräften mit Arbeitsmitteln und Arbeitsgegenständen oder von Produktionsmitteln mit körperlichem und geistigem Arbeitsvermögen aufzufassen ist“<sup>261</sup>. Die Produktionsverhältnisse umfassen Eigentumsverhältnisse, ökonomische Struktur und Klassenverhältnisse einer Gesellschaft. Aus ihnen ergibt sich die Sozialstruktur, mit der unmittelbar bestimmte Interessenstrukturen zusammenhängen<sup>262</sup>. Diese wesentlich klassenteilige Distribution von Gesellschaftsmitgliedern und Produktionsinstrumenten „stellt die eigentliche gesellschaftliche Vermittlung der produktiven und konsumtiven Momente der materiellen gesellschaftlichen Produktion dar“<sup>263</sup>. Unter Klassen versteht die marxistische Theorie dabei „große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen“<sup>264</sup>. Stellung und Funktion der sozialen Klasse kön-

259 Hahn, Hist.-Materialistische Konzeption, S. 429.

260 Ebd., S. 430.

261 Tjaden, Systemtheorie, S. 446. Vgl. dazu auch: Ekkhard Lassow, Probleme der Produktivkrafttheorie in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus und der technisch-wissenschaftlichen Revolution, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 15/1967, S. 373—398.

262 Vgl. Hahn, Hist.-materialistische Konzeption, S. 433.

263 Tjaden, Systemtheorie, S. 447. Vgl. auch: Sieber/Söder, Politik und Ökonomie, S. 27.

264 W. I. Lenin, Die große Initiative, in: Lenin, Werke 29, Berlin 1970, S. 397—424.



nen mit keiner Gruppe oder Gruppenart gleichgesetzt werden, was damit zusammenhängt, daß die Zugehörigkeit bestimmter Individuen zu bestimmten Klassen primär durch ihre Stellung und Funktion in dem gegebenen System von Produktionsverhältnissen bedingt ist, d. h. „durch ein Merkmal der Person, welches unmittelbar ein Moment der grundlegenden und bestimmenden gesellschaftlichen Verhältnisse ist, die über die gesamten Lebensbedingungen des betreffenden Individuums entscheiden und in den ausschlaggebenden materiellen Interessen Niederschlag finden“<sup>265</sup>.

Die Widersprüche, die sich aus den Eigentumsverhältnissen und den Klassenspaltungen ergeben, lassen die Errichtung einer Macht notwendig werden, die stark genug ist, um Konflikte im Zaume zu halten und zu verhindern, daß sie die gesellschaftliche Ordnung zertrüben. Die errichtete Macht ist stets mit der Erhaltung und Förderung bestimmter Interessen verbunden und umgekehrt besteht die kapitalistische Gesellschaftsordnung nur dank der bestehenden institutionellen Vorkehrungen, die dem kapitalistischen Interesse dienen und die durch die Staatsgewalt erhalten werden, weiter.

#### 4.22 Methodologie

Die wissenschaftliche Erkenntnis verwirklicht sich für marxistische Gesellschaftstheorie „in einer Einheit und in Wechselbeziehung zwischen Empirischem und Theoretischem“<sup>266</sup>. Ausgangspunkt ist immer ein „Problem“ im weitesten Sinne des Wortes, welches dann vorliegt, wenn dem Menschen bewußt wird, daß sein Wissen über einen Bereich der Wirklichkeit zur Erreichung eines bestimmten Zieles nicht ausreicht und deshalb Bemühungen notwendig werden, das Wissen zu vervollkommen. Gerade in der Formulierung des Problems einer Untersuchung muß aber die „maximale Ausschöpfung der vorhandenen theoretischen Erkenntnis und der praktischen Erfahrungen einfließen“<sup>267</sup>. Denn die unendliche Vielfalt gesellschaftlicher Beziehungen zwischen den Individuen, zudem im Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung differenziert, „läßt sich nicht wissenschaftlich ordnen, wenn nicht durch konkrete, sinnvolle Fragestellung das jeweils Allgemeine vom Zufälligen und Individuellen abstrahiert ... wird. Bloße Photographie aller Einzelheiten, zudem von einem Standort, der nicht kritisch bestimmt wird, schlechter, d. h. nicht auf konkrete Klärung konkreter Probleme gerichteter Empirismus, kann in den Gesellschaftswissenschaften kein sinnvolles Resultat liefern“<sup>268</sup>. Gerade die Geschichtlichkeit gesellschaftlicher Probleme verweist besonders deutlich auf den Zusammenhang von theoretisch fundierter, konkreter Fragestellung und Empirie. Denn historische Tatsachen werden aus der Fülle der bloßen Ereignisse, Pro-

<sup>265</sup> Hahn, *Hist. Materialismus*, S. 148.

<sup>266</sup> R. O. Gropp, *Grundlagen des dialektischen Materialismus*, Berlin 1970, S. 212.

<sup>267</sup> Hahn, *Hist. Materialismus*, S. 166.

<sup>268</sup> Abendroth, *Antagonistische Gesellschaft*, S. 10.

zesse und ihrer Produkte erst im Rahmen eines bestimmten Bezugssystems ausgesondert. Wir müssen gleichsam eine Auswahl aus den vielen Zusammenhängen treffen, die uns im Rahmen unseres Bezugssystems interessieren. Das Kriterium der Auswahl, das Kriterium, nach welchem man dem ausgewählten Material eine innere Struktur verleiht, die Richtung und Konkretheit der Fragestellung ist je nach der Theorie, die zugrunde liegt, verschieden. Deshalb spielt die Theorie eine eminente Rolle für die empirische Forschung, die ihrerseits wieder die Grundlage für weitere Theoriebildung ist<sup>269</sup>.

Nach der Ausarbeitung einer konkreten Fragestellung aus den Notwendigkeiten der Praxis und geleitet durch eine bereits empirisch erhärtete Theorie hat es die wissenschaftliche Erkenntnis dann zunächst mit empirischen Tatsachen, mit empirischem Material zu tun<sup>270</sup>. Vor allem Engels hat darauf besonders Wert gelegt, wenn er sagt: „Um die Einzelheiten zu erkennen, müssen wir sie aus ihrem natürlichen oder geschichtlichen Zusammenhang herausnehmen und sie, jede für sich, nach ihrer Beschaffenheit, ihren besonderen Ursachen und Wirkungen etc. untersuchen. . . Erst nachdem der natürliche und geschichtliche Stoff bis auf einen gewissen Grad angesammelt ist, kann die kritische Sichtung, die Vergleichen beziehungsweise die Einteilung in Klassen, Ordnungen und Arten in Angriff genommen werden“<sup>271</sup>.

Bei jeder Art wissenschaftlicher Darstellung von Prozessen, wie sie sich uns in Lebensvorgängen oder gesellschaftlichen Entwicklungen darstellen, ist es unerlässlich, den gegebenen Prozeß „als Ganzes“ zu studieren — um sozusagen herauszufinden, wie die einzelnen Teile aufeinander einwirken, um den gesamten Prozeß hervorzurufen, und warum die einzelnen Teile, wenn das Ganze zerfällt, nicht mehr wie zuvor existieren können, da sie keine Teile des Ganzen mehr sind. — Es handelt sich also bei dieser bestimmten allgemeinen, notwendigen und nicht willkürlich zu beeinflussenden, wechselseitigen Abhängigkeit verschiedener Bereiche des gesellschaftlichen Lebens vonein-

269 So auch: Gropp, Grundlagen, S. 214; Hahn, Hist. Materialismus, S. 167; Schaff, Geschichte und Wahrheit, S. 191. Schaff formuliert sehr scharf: „Wenn wir als Historiker der Vergangenheit ohne jegliche Konzeption, ohne jegliche Theorie oder Hypothese gegenüberstünden . . . , wären wir angesichts des Chaos der unendlichen Menge von Begebenheit, Prozessen und ihren Erzeugnissen völlig ratlos, da jedes Ereignis und jeder Prozeß potentiell Anspruch auf die Rolle einer historischen Tatsache erheben könnte.“ (Schaff, Geschichte und Wahrheit, S. 194.)

270 Vgl. dazu vor allem: Gropp, Grundlagen, S. 212/213; Hahn, Hist. Materialismus, S. 168; Abendroth, Antagonistische Gesellschaft, S. 10; Jindřich Zelený, Die Wissenschaftslogik bei Marx und „Das Kapital“, Frankfurt/M. und Wien 1970, S. 22 ff.; Engels, Entwicklung des Sozialismus, S. 202/203; Jindřich Zelený, Zum Wissenschaftsbegriff des dialektischen Materialismus, in: Alfred Schmidt (Hrsg.), Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie, Frankfurt/M. 1969, S. 73—86, hier: S. 76.

271 Engels, Entwicklung des Sozialismus, S. 203.

ander um die „Totalität des Geschichtsprozesses“<sup>272</sup>. Die Abhängigkeit der verschiedenen Bereiche voneinander ist also keine bloß formale, sondern eine inhaltliche. „Und die Arbeit ist bestimmende Grundlage und bewegende Kraft dieser Totalität gerade aufgrund ihres materiellen Charakters... Durch den spezifischen jeweiligen Charakter, durch die Beschaffenheit des Arbeitsprodukts (... einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktion) sind Inhalt und Form der folgenden Arbeitstätigkeit determiniert“<sup>273</sup>.“

Die theoretische Konkretisierung einer Totalität und historischen Spezifik muß als einen weiteren Aspekt die Aufdeckung des bestimmenden Einflusses der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse auf den Inhalt, den Charakter, die Beschaffenheit bestimmter ideeller, politischer oder kultureller Prozesse beinhalten. Die methodische Zurückführung des Überbaus auf die Basis erst ermöglicht die theoretische Erfassung der Totalität einer geschichtlichen Entwicklung als eines Prozesses, der nicht willkürlich abläuft<sup>274</sup>.

Durch die drei Momente der Totalität, der Geschichtlichkeit und der Zurückführung des Überbaus auf die Basis ist die Methode der dialektischen Verallgemeinerung gekennzeichnet, die auf der Verallgemeinerung „wesentlicher“, nicht zufälliger Merkmale beruht<sup>275</sup>. Es geht ihr um die Analyse des Wesens, der Gesetzmäßigkeit, der inneren und äußeren Zusammenhänge, des Werdegangs einer betreffenden gesellschaftlichen Erscheinung. Sie leistet insofern mehr als nur die „Entwicklung von ... Makrotheorien“<sup>276</sup>; sie hat als Ziel ein

272 Hahn, *Hist.-materialistische Konzeption*, S. 427. Vgl. dazu auch: Abendroth, *Antagonistische Gesellschaft*, S. 9/10; Henri Lefèbvre, *Zum Begriff der „Erklärung“ in der politischen Ökonomie und in der Soziologie*, in: Alfred Schmidt (Hrsg.), *Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie*, Frankfurt/M. 1969, S. 153—175, hier: S. 158 ff.: „Es kann beim Studium des totalen Menschen weder abgespaltene Sektoren geben — noch die Reduktion eines Sektors auf einen anderen.“ (S. 166) Die folgenden Bestimmungen bleiben aber eigentümlich verschwommen und reflektieren so gut wie gar nicht die Beziehung der Totalität auf Empirie. Vgl. auch: Leo Kofler, *Geschichte und Dialektik. Zur Methodenlehre der marxistischen Dialektik*, Oberaula 1970<sup>2</sup> (Hamburg 1955<sup>1</sup>), S. 191: „Eine der hauptsächlichsten Ursachen für die irrtümliche Beurteilung der Geschichte durch die bürgerliche Wissenschaft liegt in der isolierenden Betrachtungsweise.“ Vgl. auch: Schaff, *Geschichte und Wahrheit*, S. 160.

273 Hahn, *Hist.-materialistische Konzeption*, S. 429.

274 Der Aussage von Engels, daß „die jedesmalige ökonomische Struktur der Gesellschaft die reale Grundlage bildet, aus der der gesamte Überbau ... in letzter Instanz zu erklären“ sei (Friedrich Engels, *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*, in: Marx, Engels, *Werke* 19, Berlin 1969, S. 177—228, hier: S. 208), ist insofern zuzustimmen. Die umfassendste Darstellung des Verhältnisses von Basis und Überbau liefert: Tomberg, *Basis und Überbau*, S. 7—81.

275 Vgl. Hahn, *Hist. Materialismus*, S. 208/209; Gropp, *Grundlagen*, S. 213.

276 Günter Albrecht u. a., *Siebenter Weltkongreß für Soziologie*, 14. bis 19. September 1970 in Varna (Bulgarien), in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 23/1971, H. 1, S. 219—256, hier: S. 234.

„System der Erklärung“, welches das angesammelte Faktenmaterial verallgemeinert, in das Wesen der Erscheinungen, d. h. ihre konkrete historische Totalität eindringt, die diese Erscheinungen beherrschenden Gesetzmäßigkeiten aufdeckt und die Tendenz der Veränderung und Entwicklung der Wirklichkeit auffindet, sowie die Zukunft prognostiziert. Die dialektische Verallgemeinerung strebt so den Aufbau eines gewissen Modells an, „welches diejenigen empirisch nicht gegebenen Zusammenhänge innerhalb eines Gegenstandes nachbildet, die die gesetzmäßige Verteilung der empirisch beobachtbaren Erscheinungen erklären“<sup>277</sup>. Der Übergang von der empirischen zur theoretischen Ebene ist deshalb auf jeden Fall mit der Bildung von Begriffen verbunden und setzt Methoden wie Abstraktion und Idealisierung voraus. Denn die innere Organisation einer Erscheinung soll in ihrem „idealen Durchschnitt“<sup>278</sup> dargestellt werden, es soll der „allgemeine Typ“<sup>279</sup> der kapitalistischen Verhältnisse aufgezeigt werden und dadurch die Möglichkeit geschaffen werden, „das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen“<sup>280</sup>. Dazu ist es notwendig, daß sich die Analyse unaufhörlich aufs neue von dem Ablauf und der Oberfläche der historischen Wirklichkeit loslöst und ideell die inneren notwendigen Beziehungen dieser Wirklichkeit ausdrückt. „Ohne jenes ‚ideelle‘ Verfahren, im bloßen Verharren bei der wirklichen Geschichte wäre es unmöglich, Charakter und Wesen des Kapitalismus zu erklären“<sup>281</sup>. — Die dialektische Verallgemeinerung führt somit über die Idealisierung und Abstraktion zu einer systematischen Darstellung. Dabei geht sie aus von der einfachen Bestimmung, als der Zelle, die die einfache, elementare, keimhafte Einheit der Gegensätze ist, deren Bestimmung jedoch im Hinblick auf die Bestimmung des entwickelten, komplizierten Ganzen, der Totalität, abstrakt ist. Die Methode der Idealisierung ist deshalb eine „Methode vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen . . . , die

277 V. S. Schwyrjow, zit. nach: Hahn, Hist. Materialismus, S. 179.

278 Karl Marx, zit. nach: Zelený, Wissenschaftslogik, S. 21. An anderer Stelle spricht Marx von „Abstraktionskraft“ (Karl Marx, Das Kapital, I. Band, Berlin 1965, S. 12).

279 Karl Marx, zit. nach: Zelený, Wissenschaftslogik, S. 21.

280 Karl Marx, zit. nach: ebd., S. 21.

281 Ebd., S. 60. Vgl. auch: Hahn, Hist. Materialismus, S. 171—173. Auf diesem Hintergrund wird auch verständlich, weshalb Abendroth davon spricht, „daß der einzelne Forscher Idealtypen gesellschaftlichen Verhaltens setzt, sie am empirischen Material überprüft und es gleichzeitig nach ihnen ordnet, ihre Beziehungen untereinander untersucht und ihre Entwicklung in der Geschichte gesellschaftlich handelnder Menschen verfolgt.“ (Abendroth, Antagonistische Gesellschaft, S. 10.) Diese idealen Typen sind strukturell etwas anderes, als die Weberschen „Idealtypen“, die lediglich auf die soziale Interaktion von Individuen rekurren, denn sie beruhen auf „dialektischer Verallgemeinerung“ und nicht auf „utopischer Rationalisierung“ (vgl. Schuon, Typologie und kritische Theorie, S. 101).

Art für das Denken, sich das Konkrete anzueignen, es als ein geistig konkretes zu reproduzieren“<sup>282</sup>.

Ohne Beachtung des qualitativen Unterschieds zwischen empirischer und theoretischer Erkenntnis ist die Aufdeckung des gesetzmäßigen Charakters der wesentlichen Zusammenhänge der Erscheinungen nicht möglich. „Empirie und Theorie lassen sich nicht in ein Kontinuum eintragen. Gegenüber dem Postulat der Einsicht ins Wesen der modernen Gesellschaft gleichen die empirischen Beiträge Tropfen auf den heißen Stein; empirische Beweise aber für zentrale Strukturgesetze bleiben, nach empirischen Spielregeln, allemal anfechtbar“<sup>283</sup>. „Das Wesen der Dinge erschließt sich nicht der sinnlichen Wahrnehmung und auch nicht der empirischen Erkenntnis allein, sondern dem theoretischen Denken, welches auf empirischer Erkenntnis fußt. „Nicht zuzustimmen ist Adorno allerdings, wenn er diese Diskontinuität von Theorie und Empirie in einem idealistischen Primat des Wesens vor der Erscheinung, des Begriffs vor der Wirklichkeit fundiert“<sup>284</sup>. „An Kontinuität ist insoweit festzuhalten, als „der begriffliche Ausdruck des Wesens sozialer Erscheinungen eine abstrakte Widerspiegelung des objektiv existierenden Wesens darstellt“<sup>285</sup>. Die Erscheinung vermittelt den Zugang zum Wesen. Das Wesen existiert nicht isoliert neben den Erscheinungen<sup>286</sup>. Sondern die dialektisch-logische Ableitung ist untrennbar verbunden durch die Empirie mit der historischen Ableitung, wobei es sich weder um einen rein logischen Prozeß noch nur um einen rein historischen Prozeß, sondern um den „idealen Ausdruck“ des historischen Prozesses handelt“<sup>287</sup>. Aus der gründlichen empirischen Kenntnis des Stoffes, aus historischen Voraussetzungen und aus den bisherigen theoretischen Analysen erwächst die Theorie, die als vollständig entwickelte auch die vollständige Geschichte eines Gegenstandes erkennen lassen muß.

282 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857—1858, Berlin 1953, S. 22.

283 Theodor W. Adorno, Aufsätze zur Gesellschaftstheorie und Methodologie, Frankfurt/M. 1970, S. 89.

284 Hahn, Hist. Materialismus, S. 192; vgl. Adorno, Aufsätze, S. 100 ff.; vgl. auch Anmerkung 272.

285 Hahn, Hist. Materialismus, S. 192.

286 Vgl. auch: Cornforth, Marx. Wissenschaft, S. 76; Abendroth formuliert: „Idealtypische Setzungen erweisen also ihren wissenschaftlichen Wert erst daran, ob sie dem gesellschaftlichen Material immanent sind, ob ihnen reale Typen gesellschaftlichen Verhaltens entsprechen.“ (Abendroth, Antagonistische Gesellschaft, S. 11.) Dies ist insofern mißverständlich, als die Unterscheidung von Idealtypen und Realtypen auf Eucken zurückgeht und von diesem als Differenzierung zwischen „utopischer Rationalisierung“ im Sinne Max Webers und „Verallgemeinerung“ — weniger dialektischer, als positivistischer — verstanden wurde (vgl. Schuon, Typologie und kritische Theorie, S. 104). Meine Kritik an Abendroth (ebd., S. 124) ist insofern berechtigt, nicht aber mein Vorschlag, den akausal-ideellen Idealtypus weiterzuverwenden.

287 Vgl. Zelený, Wissenschaftslogik, S. 82.

Die durch dialektische Verallgemeinerung aus der Empirie gewonnene Theorie soll erklären, warum zu verschiedenen Zeiten verschiedene gesellschaftliche Zustände und innerhalb dieser Zustände wiederum differenzierte, mehr oder weniger wechselhafte Entwicklungsprozesse zu konstatieren sind; Entwicklungsprozesse und Abläufe, die sich in einem ungleich rascheren Tempo vollziehen als Veränderungen in der natürlichen Umgebung dieses Systems. Gleichzeitig soll sie erklären, warum unter außerordentlich stark voneinander abweichenden Bedingungen der äußeren Natur bestimmte gesellschaftliche Erscheinungen und Prozesse dem Wesen nach überaus ähnliche Gestalt annehmen. Denn für die praktische Beeinflussung und Änderung eines bestimmten Objekts ist es nicht nur erforderlich, sein Verhalten exakt zu beschreiben, zu wissen *wie* es sich verhält, sondern vor allem die Ursachen dieses Verhaltens aufzudecken, zu wissen, *warum* es sich so und nicht anders verhält. Die Erklärung ist eine wesentliche Voraussetzung für Prognosen<sup>288</sup>. Dem Marxismus wohnt seit eh und je eine solche prognostische Funktion inne, da er offen und ausdrücklich als wissenschaftliche Theorie der perspektivischen Veränderung einer bestimmten sozialen Realität, nämlich der kapitalistischen Gesellschaft, entstanden ist<sup>289</sup>.

Die Konzeption rein mechanischer Kausalität wird dabei von einer neuen Konzeption des Determinismus überlagert, die von einem gesellschaftlichen Organismus ausgeht, „der unaufhörlich Veränderungsprozessen unterworfen ist“<sup>290</sup>. Die Wirklichkeit wird als Selbstentwicklung aus inneren Widersprüchen interpretiert, die ihren Ausdruck in (relativ) äußerlichen Erscheinungen der sozialen Antagonismen finden. Insofern umfaßt der Begriff Erklärung viel mehr als die bloße formale Deduktion gewisser Aussagen aus allgemeinen Aussagen. „Der Begriff Erklärung umfaßt vielmehr eine Vielzahl logischer Beziehungen und Prozesse“<sup>291</sup>. „Je nach Art der Gesetze, die gefunden werden, ergeben sich kausale, funktionale und strukturelle Erklärungen, bestimmt durch die Spezifik des jeweiligen Gegenstandes.“

288 Vgl. Hahn, *Hist. Materialismus*, S. 221/222; Gropp, *Grundlagen*, S. 213; Tjaden, *Systemtheorie*, S. 454.

289 Bis vor kurzer Zeit wurde „dieser prognostische Anspruch, diese prognostische Funktion des Marxismus von der bürgerlichen Ideologie ebenso als Utopie, als ‚Eschatologie‘, als prinzipiell unreal verketzert ... wie die von der prognostischen Funktion abgeleitete Idee der Planung...“ (Hahn, *Soz. Systemauffassung*, S. 8). Diese Prognostik bezieht sich natürlich nicht auf die individuellen und unendlich mannigfaltigen Handlungsvollzüge einzelner Personen, sondern lediglich auf „die allgemeinen, wesentlichen, typischen Handlungen von verschiedenen Gruppen, vor allem von sozialen Klassen.“ (Ebd., S. 6.)

290 Zelený, *Wissenschaftslogik*, S. 123.

291 Hahn, *Hist. Materialismus*, S. 232.

In Weiterentwicklung des Marxschen Systemansatzes<sup>292</sup> wird heute durch die historisch-materialistische Gesellschaftswissenschaft die Theorie der Struktur und des Prozesses der ökonomischen Formation von Gesellschaft verfeinert und ergänzt<sup>293</sup>. Einerseits wird versucht, die Beschränkung auf die theoretische Analyse der ökonomischen Struktur immer mehr aufzuheben in Richtung auf eine „vollständige Abbildung der Struktur der gesellschaftlichen Realität mit allen Eigenschaften als ihren Elementen“<sup>294</sup> durch Erarbeitung von Wahrscheinlichkeitsfeldern bewußter Handlungen. Andererseits gelten die Bemühungen einer zunehmenden Formalisierung der Theorie, sowohl durch potentiell wachsende Anwendung der Mathematik auch im Erkenntnisprozeß dialektischen Charakters<sup>295</sup>, als auch durch logische Formalisierung nichtmathematischer Art<sup>296</sup>. Längst ist der historische Materialismus zu einem Wissenschaftsgebäude geworden, an dem weltweit theoretisch und praktisch weitergebaut wird. „Der Titel historischer Materialismus steht für die sich konstituierende Wissenschaft von der Gesellschaft, die durch die gesellschaftliche Situation heute unnachlässig gefordert ist“<sup>297</sup>.

#### 4.23 Theorie und Praxis

Die Konzeption dialektischer Verallgemeinerung empirischer Ergebnisse begründet die Möglichkeit einer generalisierenden Gesellschaftswissenschaft, die anhand der Analyse der empirischen Gesellschafterscheinungen Regelmäßigkeiten oder Gesetzmäßigkeiten im Systemverhalten von Gesellschaften, die einer bestimmten ökonomischen Gesellschaftsformation zuzurechnen sind, und „darüber hinaus Gleichförmigkeiten in den Erscheinungen jeden Typs“<sup>298</sup> theoretisch erfaßt. Die Leistung der marxistischen Theorie erschöpft sich aber nicht darin, daß sie vermittelt der Kategorie der Produktionsweise Zugänge zu einer Periodisierung der Gesamtentwicklung menschlicher Vergesellschaftung eröffnet. Der Begriff der ökonomischen

292 Vgl. Marx an Pawel Wassiljewitsch Annenkow in Paris, in: Marx, Engels, Werke 27, Berlin 1970, S. 451—463, hier: S. 452, wo Marx den gesetzmäßigen Zusammenhang im System inhaltlich beschreibt, nach der einleitenden Bemerkung: „Steht es den Menschen frei, diese oder jene Gesellschaftsform zu wählen? Keineswegs.“ (Ebd., S. 452.)

293 So auch: Tjaden, Systemtheorie, S. 440 ff.

294 Tomberg, Basis und Überbau, S. 64. Vgl. auch: Hubert Laitko, Struktur und Dialektik, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 16/1968, H. 6, S. 674—697. Weniger erfolgreich: Louis Althusser, Für Marx, Frankfurt/M. 1968, S. 52 ff.

295 Schon Marx übernimmt nicht von Hegel die Hierarchie des Rationalen, wie sie in der klassischen deutschen Philosophie als Gegensatz von „Verstand“ und „Vernunft“ ausgedrückt wurde (etwa als Gegensatz von Mathematik und Dialektik). Vgl. Zelený, Wissenschaftsbegriff, S. 76; ders., Wissenschaftslogik, S. 162; noch wenig gelungen ist: Rainer Thiel, Quantität oder Begriff, Berlin 1967.

296 Vgl. Holz, Wissenschaft/Klassenkampf, S. 18.

297 Tomberg, Basis und Überbau, S. 73.

298 Tjaden, Systemtheorie, S. 454.

mischen Gesellschaftsformation richtet vielmehr die Theorie vornehmlich auf den Vorgang der Entwicklung eines Systems (der materiellen gesellschaftlichen Produktion) zu einer alle gesellschaftlichen Erscheinungen bestimmenden Totalität. Das System als Totalität hat zur Voraussetzung, alle Elemente der Gesellschaft sich unterzuordnen oder die ihm noch fehlenden Organe aus sich heraus zu schaffen. „Es wird so historisch zur Totalität<sup>299</sup>.“ Tjaden folgert daraus: „In diesem Rückgriff der Theorie auf die Kategorie der verändernden gesellschaftlichen Praxis bestätigt sich ihr methodischer Ansatz als ein dynamischer: in der Konzeption der praktischen Durchsetzung der Lebensinteressen vergesellschafteter Menschen gegenüber naturgegebenem und historisch gesetztem Zwang ist der Gedanke der schrittweisen Entwicklung ihrer Vergesellschaftung von vornherein enthalten<sup>300</sup>.“

In der Formulierung des Praxis-Bezugs der Theorie eindeutiger ist Hahn, wenn er menschliches Handeln als die Bedingung für die Prognose, soweit ihre Realisierung über das menschliche Handeln erfolgt, bezeichnet<sup>301</sup>. Dabei hat er vornehmlich zwei Aspekte im Auge. Einmal übt die Formulierung von Prognosen auf das gesellschaftliche Bewußtsein stets eine orientierende und mobilisierende Wirkung aus. „Bewußt oder unbewußt lassen sich Menschen in ihrem Handeln von dem leiten, was der Prognostiker über die Zukunft zu sagen hat<sup>302</sup>.“ Zum anderen sind prognostische Aussagen über gesellschaftliche Prozesse stets nicht einfach nur Aussagen über mögliche oder wahrscheinliche zukünftige Ereignisse, sondern sie sind zugleich auch handlungswirksam. Die praktische Realisierung von gesellschaftlichen „Gesetzen“ geschieht in der kollektiven und individuellen Tätigkeit, „der gegenüber die Gesetze als Momente und Zusammenhänge auftreten, die erkannt und gewußt werden“<sup>303</sup>.

Schaff will allerdings den Praxis-Bezug wesentlich radikaler herausgearbeitet wissen. Für die theoretische Herleitung stellt er drei prinzipielle Modelle des Erkenntnisprozesses einander gegenüber<sup>304</sup>. Beim ersten handelt es sich um ein objektiv-mechanistisches Modell, dem die klassische Definition der Wahrheit zugrunde liegt, die besagt, daß derjenige Satz wahr ist, der etwas über den Gegenstand der Erkenntnis aussagt und daß es in Wirklichkeit so ist, wie es in dem Satz ausgesagt wird. Der zu erkennende Gegenstand wirkt hierbei auf den Perzeptionsapparat des Subjekts, das als ein passives, kontemplatives Element erscheint. „Das Erzeugnis dieses Prozesses — die Erkenntnis, das Wissen — soll die Widerspiegelung, das Abbild des Erkenntnisobjekts sein<sup>305</sup>.“ Das zweite ist ein idealistisch-akti-

299 Marx, Grundrisse, S. 189.

300 Tjaden, Systemtheorie, S. 455.

301 Vgl. Hahn, Soz. Systemauffassung, S. 6.

302 Ebd., S. 6.

303 Hahn, Hist. Materialismus.

304 Vgl. Schaff, Geschichte und Wahrheit, S. 59 ff.

305 Ebd., S. 60.



vistisches Modell, bei dem das Subjekt den Gegenstand als sein eigenes Erzeugnis schafft. Das dritte Modell, ein objektiv-aktivistisches, eine interpretierte Widerspiegelungstheorie, betont ebenfalls die aktive Rolle des Subjekts, das vielseitig, jedoch immer gesellschaftlich bedingt ist, insofern als es die ihm gesellschaftlich vermittelte Sichtweise der Wirklichkeit in die Erkenntnis hineinträgt. Es verwirft aber „nicht weniger energisch das . . . Erkenntnismodell des subjektiven Idealismus, in welchem der objektiv existierende Gegenstand der Erkenntnis auf mystische Art und Weise verlorengeht“<sup>306</sup>. In diesem Modell bewahren sowohl das Subjekt als auch der Gegenstand ihr objektives und reales Sein, wirken auch gleichzeitig aufeinander. Dieser Vorgang spielt sich innerhalb der gesellschaftlichen Praxis des Subjekts ab, das erst durch seine Tätigkeit den Gegenstand erkennt. Schaff will also an den Grundlagen der Widerspiegelungstheorie festhalten, d. h. der objektiv existierende Erkenntnisgegenstand ist die äußere Quelle der Sinneseindrücke und der Gegenstand ist auch erkennbar. Insofern grenzt er sich vom Idealismus und Agnostizismus ab. Auf der anderen Seite will er berücksichtigen, daß jede Erkenntnis gesellschaftlicher Realität „parteilich“ ist<sup>307</sup>. Insofern hat sie nicht nur objektiven, sondern auch subjektiven Charakter, ist abhängig von den ihr zugrundeliegenden Klasseninteressen. In Erweiterung des von Marx verwendeten Ideologiebegriffs bezeichnet Schaff Anschauungen über die Ziele gesellschaftlicher Entwicklung, die sich Menschen gesteckt haben und die sich auf dem Boden bestimmter Klasseninteressen herausbilden und deren Verteidigung dienen, als „Ideologie“. Sodann konstatiert er, daß man es „mit wahren, der Wirklichkeit adäquaten . . . Ideologien“ zu tun haben kann, oder aber mit „Ideologien, die eine klassenbedingte Deformation, ‚falsches Bewußtsein‘, sind“<sup>308</sup>. Ideologie kann „adäquat, wissenschaftlich im Sinne ihres Wahrheitsgehalts sein, wenn ihr Träger die ‚aufsteigende‘ und im Zusammenhang damit revolutionäre Klasse ist, sie kann aber auch entstellend sein, wenn ihr Träger die ‚absteigende‘ und somit konservative Klasse ist“<sup>309</sup>. Es können deshalb verschiedene Arten der Subjektivität hervortreten: eine „gute“, d. h. eine solche, die sich ‚aus dem Wesen der Erkenntnis als Subjekt-Objekt-Relation und der aktiven Rolle des Subjekts im Erkenntnisprozeß ergibt“<sup>310</sup>, sowie eine „schlechte“, d. h. eine solche, die im Ergebnis der Wirkungen von Interesse, Parteilichkeit und ähnlichem mehr die Erkenntnis deformiert.

Hier zeigt sich ein gewisser Zwiespalt der Argumentation. Einerseits wird die Rolle des Subjekts hervorgehoben, andererseits dessen Wirkung mit Hinweis auf die Objektivität des Vorhandenseins einer

306 Ebd., S. 61/62.

307 So auch: Abendroth, *Antagonistische Gesellschaft*, S. 11/12; Hahn, *Soz. Systemauffassung*, S. 7.

308 Schaff, *Geschichte und Wahrheit*, S. 147.

309 Ebd., S. 150.

310 Ebd., S. 235.

fortschrittlichen Klasse wieder relativiert. Dieser ungelöste Widerspruch führt letztlich so weit, daß die Subjektrolle von Schaff in gefährlicher Weise überbetont wird. Dabei bezieht er sich vorwiegend, ja fast ausschließlich auf die „Thesen über Feuerbach“ von Marx, in denen gefordert wird, die gesellschaftliche Wirklichkeit „als sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis subjektiv“<sup>311</sup> zu fassen. Marx sah nach Schaff die Überlegenheit des Idealismus über den vormarxistischen Materialismus darin, daß der Idealismus die tätige Seite entwickelte. Dies berücksichtigend, ergibt sich für Schaff ein Doppeltes: Einmal ist die Erkenntnis auch subjektiv bestimmt, durch die Sprache, durch das zugrundeliegende Klasseninteresse, durch Bewußtsein und Unterbewußtsein. „Das erkennende Subjekt ist kein Spiegel, es ist keine Apparatur zur passiven Registrierung äußerer Reize. Es hat im Gegenteil die Fähigkeit, diesen Apparat zu steuern, ihn entsprechend einzustellen und danach die so erhaltenen Daten auf eigene Art und Weise umzuarbeiten“<sup>312</sup>. Zum anderen erkennt der Mensch als *tätiges* Wesen. Er übt eine Tätigkeit aus, die die erkannte Wirklichkeit umgestaltet. Die Wirklichkeit wird in diesem Sinne begriffen als menschlich sinnliche Tätigkeit, d. h. als Praxis. „In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, i. e. Wirklichkeit und Macht, Diesseitigkeit seines Denkens beweisen“<sup>313</sup>. Statt der Frage der Umsetzung der Erkenntnis in Praxis weiter nachzugehen, baut Schaff jedoch die erste Konsequenz noch weiter aus und folgert, daß die Aufweisung der Ursachen und Gesetze immer eine „Sache der Auswahl“<sup>314</sup> sei, und indem der einzelne Wissenschaftler seine Wahl trifft, „die historische Tatsache als objektiv-subjektives Gebilde konstituiert . . . , tut er dies aufgrund einer Wertung. Nur die Kriterien der Wertung, die das jeweilige Wertsystem zur Verfügung stellt, ermöglichen eine bewußte Auswahl“<sup>315</sup>. Die Gefahr wird hier deutlich, ein Wertsystem einem anderen gegenüberzustellen, ohne noch angeben zu können, aufgrund welcher wissenschaftlicher Kriterien das eine dem anderen vorgezogen werden soll. Trennt man „Fakten“ und „Werte“ auf diese Weise, gerät man notwendig in einen Konflikt, der erst vom erklärten Dezisionismus in radikaler und zerstörerischer Weise vermieden wird.

Die Klärung des Verhältnisses von Theorie und Praxis muß sich, um solche Widersprüche zu vermeiden und dennoch umfassendere Einsichten zu vermitteln, von den Feuerbach-Thesen lösen, die lediglich den Punkt bei Marx bezeichnen, „an dem, im alten Bewußtsein und in der alten Sprache, also in notwendiger Weise unausgeglichene und zweideutigen Begriffen und Wendungen, schon das neue

311 Karl Marx, Thesen über Feuerbach, in: Marx, Engels, Werke 3, Berlin 1969, S. 5—7, hier: S. 5.

312 Schaff, Geschichte und Wahrheit, S. 67.

313 Marx, Thesen über Feuerbach, S. 5.

314 Schaff, Geschichte und Wahrheit, S. 209.

315 Ebd., S. 219.

theoretische Bewußtsein durchbricht“<sup>316</sup>. Die Bedeutung der Empirie und objektiver gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeit muß voll erkannt und anerkannt sein, bevor die Frage des Verhältnisses zur Praxis sinnvoll beantwortet werden kann. Dann erst kann ermittelt werden, auf welche Weise die „Theorie von einer allgemeinen Beschreibung einer gesellschaftlichen Lage und des ihr zugeordneten Bewußtseinszustands zu historisch konkreten Analysen einer bestimmten Situation und der in ihr beschlossenen realen Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten übergehen“<sup>317</sup> kann. Denn nur das Begreifen des geschichtlichen Jetzt in seinen Bedingtheiten und Tendenzen erlaubt es, aktualisierbare Ziele (Möglichkeiten) zu setzen und gangbare Wege dahin zu finden. Der Widerspruch, der auf die praktische Negation des Bestehenden gemäß den in ihm selbst liegenden Bedingungen drängt, ist nur deshalb rational, weil er sich „in Einklang mit dem Gesetz der Geschichte befindet“<sup>318</sup>, welches objektiv gilt und insofern vom Subjekt erkannt werden kann. Engels geht bereits von einer Analogie gesellschaftlich wirksamer Kräfte mit Naturkräften aus. Beide wirken so lange blindlings, gewaltsam und zerstörend, bis sie der Mensch erkennt und mit ihnen rechnet. „Haben wir sie aber einmal erkannt, ihre Tätigkeit, ihre Richtungen, ihre Wirkungen begriffen, so hängt es nur von uns ab, sie mehr und mehr unserem Willen zu unterwerfen und vermittelst ihrer unsere Zwecke zu erreichen“<sup>319</sup>.

Das wissenschaftliche Studium der Gesellschaft, ihrer Geschichte und der Art und Weise, wie die Menschen ihre eigene Geschichte machen, bildet also die Grundlage für die Entdeckung von theoretischen und praktischen Notwendigkeiten, für die Formulierung von Gesetzmäßigkeiten durch dialektische Verallgemeinerung, konkret für die langfristige Voraussage des Sozialismus. Diese Voraussage kommt jedoch, wie wir sahen, nicht denen gleich, die von den Astronomen vorgenommen werden, die Ereignisse voraussagen, zu denen

316 Althusser, Für Marx, Seite 33. Auch Zelený weist darauf hin, daß der Satz von Marx: „Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus... ist, das der Gegenstand die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefaßt wird; nicht aber als sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis, nicht subjektiv.“ (Marx, Thesen über Feuerbach, S. 5) verstanden werden muß als eine Aufforderung, die Wirklichkeit nicht nur unter der Form des Objekts, sondern auch als menschliche Tätigkeit, Praxis aufzufassen, keineswegs aber nur als menschliche Tätigkeit (vgl. Zelený, Wissenschaftsbegriff, S. 80). Im Gegensatz dazu hat auch Lukács der Praxis einen übergroßen Vorrang eingeräumt (vgl. Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, Amsterdam 1967, S. 15 f.; dazu auch: Ernest Mandel, Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewußtseins, in: Lenin, Revolution und Politik. Mit Beiträgen von Paul Mattik u. a., Frankfurt/M. 1970, S. 149—205, hier: S. 203).

317 Hans Heinz Holz, Utopie und Anarchismus. Zur Kritik der kritischen Theorie Herbert Marcuses, Köln 1968, S. 48.

318 Ebd., S. 49.

319 Engels, Entwicklung des Sozialismus, S. 522.

es unabhängig von menschlichen Absichten und Bestrebungen kommt. Wissenschaft von der Politik wird so selbst zur Politik, allerdings zur „wissenschaftlichen Politik“, die der politischen Praxis dient, diese verändert und damit selbst ein Teil dieser Praxis ist<sup>320</sup>.

### 4.3 Praktische Vermittlung wissenschaftlicher Politik

Die marxistische Gesellschaftstheorie, die von einer Klassenspaltung in der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft ausgeht und diese als antagonistisch begreift, entwickelt die Notwendigkeit des Klassenkampfes. Sie entwickelt weiterhin, daß die herrschende Klasse mit Hilfe des Staatsapparats diesen Kampf unter äußerst vorteilhaften Bedingungen führen kann, die unter anderem die Durchsetzung der Ideologien, die der Herrschaftserhaltung dienen, in hohem Grade zu gewährleisten in der Lage sind. Wissenschaft, die dem Kampf gegen die herrschende Klasse dient, ist also großen Schwierigkeiten der Verbreitung und Weiterentwicklung ausgesetzt. Schon Marx und Engels haben dies klar gesehen, wenn sie sagen: „Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse“<sup>321</sup>. Dieser Satz könnte sogar dahingehend mißverstanden werden, es sei utopisch zu erwarten, die im Kapitalismus manipulierten und dem Einfluß bürgerlicher und kleinbürgerlicher Ideen auf der Basis bürgerlicher Wissenschaft ausgesetzten Massen würden einen revolutionären Klassenkampf gegen die Gesellschaft oder gar eine soziale Revolution beginnen<sup>322</sup>. Oder aber könnte man Marx und Engels dahingehend verstehen, daß es nur eine „spontane“ Ablösung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch eine sozialistische geben könne, die allerdings automatisch erfolgen müßte? Dem widerspricht jedoch schon der Zusammenhang selbst, in dem diese These von der „herrschenden Ideologie“ steht. Es folgt dort nämlich der Satz: „Man spricht von Ideen, welche eine ganze Gesellschaft revolutionieren; man spricht damit nur die Tatsache aus, daß sich innerhalb der alten Gesellschaft die Elemente einer neuen gebildet haben . . .“<sup>323</sup>. Auf welche Weise diese sich bilden und wie sie zur Wirkung gelangen, untersuchte ausführlich Lenin<sup>324</sup> in der Auseinandersetzung mit einer „opportunistischen Politik“ verbunden mit der These von der Spontaneität der Massen.

Im Anschluß an die Leninsche Theorie gilt es zu sehen, daß die herrschende Ideologie jeder Gesellschaft die Ideologie der herrschenden Klasse ist und die Kontrolle über die der Gesellschaft zur Verfügung stehenden staatlichen und halbstaatlichen Mittel der ideologischen Produktion (Kirche, Schule, Massenmedien u. ä.) besitzt und

320 Vgl. Abendroth, Antagonistische Gesellschaft, S. 11; Holz, Leben im Widerstand, S. 8.

321 Marx/Engels, Manifest, S. 65.

322 Vgl. Mandel, Lenin, S. 154.

323 Marx/Engels, Manifest, S. 65.

324 Vgl. W. I. Lenin, Was tun?, in: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Band I, Berlin 1970, S. 139—314.

diese Mittel in ihrem Klasseninteresse zur Anwendung bringt<sup>325</sup>. Erst in der Revolution können die Machtinstitutionen selbst soweit verändert und ersetzt werden, daß die gesamte Regierungsmaschinerie darauf eingestellt wird, sozialistische Verhältnisse zu errichten, anstatt kapitalistische zu erhalten, erst jetzt werden ihre vormaligen Verbindungen zu den Organisationen des Kapitals zerbrochen und andere Verbindungen gefestigt<sup>326</sup>. Gleichwohl ist die revolutionäre wissenschaftliche Ideologie schon im Schoß der alten Gesellschaft zu entwickeln und zu verbreiten. Die Möglichkeit dazu besteht selbst dann, wenn die massenpsychologischen Bedingungen extrem ungünstig sind.

Die Menschen in der Masse werden erst dann lernen, gegen Propaganda der herrschenden Klasse taub zu sein, wenn sie selbst innerhalb der Masse in einen organisierten Kampf eingetreten sind. Durch die massenhafte Aktion werden Klassenspannungen bewußt gemacht und dadurch ihrerseits noch verschärft<sup>327</sup>.

Wissen ist nicht selbst schon Macht, es stellt auf keinen Fall einen Ersatz für den organisierten Kampf um die Errichtung der politischen Macht der Arbeiter dar. „Das Wissen um die eigene Lage und die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung führt erst dann zu spürbaren Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, wenn es in die revolutionäre Aktion, in den Kampf um die Eroberung der politischen Macht“<sup>328</sup> umschlägt. Gleichzeitig ist diese massenhafte Aktion das einzige Mittel des Heraustretens aus den Verdinglichungszusammenhängen kapitalistischer Reproduktion und progressiver Bewußtseinbildung der Massen. Denn mit der wissenschaftlichen Prognose ist natürlich das praktische Problem selbst noch nicht gelöst, den subjektiven Faktor auf die neuen objektiven Anforderungen langfristig und grundsätzlich vorzubereiten. Ja schon die Entwicklung marxistischer Theorie ist selbst ein derartig rigoreses Unterfangen, daß sie nicht denkbar ist ohne ein klares Vertrauen in die Arbeiterklasse und ohne eine direkte Teilnahme an ihrem Kampf. In diesem Sinne ist nicht die Wissenschaft, sondern der Klassenkampf vorrangig<sup>329</sup>.

Ohne politisches Klassenbewußtsein auf der Grundlage wissenschaftlicher Theorie kann jedoch der Kampf nicht mit Aussicht auf

325 Deshalb ist es richtig, wenn für die Pädagogik der staatlichen Schule gesagt wird: „Bildung kann wesentlicher Faktor der Aufklärung über den wahren Zustand der entfremdeten Gesellschaft sein, nicht aber eigene revolutionäre Kraft.“ (Werner Markert, *Dialektik des bürgerlichen Bildungsbegriffes*, in: Johannes Beck u. a., *Erziehung in der Klassengesellschaft*, München 1970, S. 17—51, hier: S. 37.)

326 Vgl. Cornforth, *Marx. Wissenschaft*, S. 286 ff.

327 Vgl. auch: Holz, *Utopie*, S. 92 ff.; Cornforth, *Marx. Wissenschaft*, S. 312.

328 Axel Ottinger, *Bewußtsein und Bildung — Wesenselemente sozialistischer Demokratie*, Berlin 1970, S. 16.

329 Vgl. dazu: Hahn, *Soz. Systemauffassung*, S. 18; Bernal, *Wissenschaft*, Bd. 4, S. 991; Althusser, *Für Marx*, S. 31; André Gorz, *Die Aktualität der Revolution*, Frankfurt/M. 1970, S. 6.

Erfolg geführt werden, und er gewinnt deshalb auch keine breite Basis. Die Entfaltung des proletarischen Bewußtseins zu einem politischen Klassenbewußtsein geschieht nur durch eine umfassende politische Tätigkeit, die sämtliche Fragen der inneren und äußeren Klassenverhältnisse aufwirft und vom marxistischen Standpunkt aus beantwortet. Es gibt keinen emanzipatorischen Kampf, der nur auf der ökonomischen und sozialen und nicht auch auf der ideologischen und politischen Ebene geführt werden müßte<sup>330</sup>. Lenin wies vor allem auf diesen Tatbestand ausführlich hin: „In Wirklichkeit aber kann die ‚Steigerung der Aktivität der Arbeitermasse‘ nur dann erreicht werden, wenn wir uns nicht beschränken auf die ‚politische Agitation auf ökonomischem Boden‘. Eine der Grundbedingungen für die notwendige Erweiterung der politischen Agitation ist aber die Organisation *allseitiger* politischer Enthüllungen. Anders als durch diese Enthüllungen kann das politische Bewußtsein und die revolutionäre Aktivität der Massen nicht herausgebildet werden<sup>331</sup>.“

Die Vermittlung der Theorie in die Aktion der Arbeiterklasse, die Politisierung der Aktion durch die Theorie kann selbstverständlich nicht durch die Arbeit einzelner isolierter Individuen geschehen. Dazu bedarf es einer Institution oder Organisation letztlich auf zumindest nationaler Ebene. Diese Organisation ist die revolutionäre Partei des Proletariats, die Avantgarde als eine organische Verbindung von einzelnen revolutionären Kadern mit der fortgeschrittenen Arbeiterschaft. Diese revolutionäre Partei entstand daher auch zu dem Zeitpunkt, als die gesellschaftlichen Bedingungen für ihre Gründung geschaffen waren. „Die Herausbildung der modernen Arbeiterklasse schuf zum erstenmal in der Geschichte die Grundlage für eine Massenorganisation, die wirklich eine Politik verfolgen konnte, deren Ziel darin bestand, geleitet vom wissenschaftlichen Studium der Struktur und der Entwicklungsweise der menschlichen Gesellschaft, die Produktionsverhältnisse auf gelenkte Weise mit den gesellschaftlichen Produktivkräften in Übereinstimmung zu bringen<sup>332</sup>.“ Diese Partei hat im einzelnen dreierlei Funktion: sie sorgt für die Weiterentwicklung der marxistischen Theorie, des historischen Materialismus durch ständige Kommunikation zwischen bewußten Kadern und fortgeschrittenen Arbeitern<sup>333</sup>. Auf dem Wege von Debatten, Meinungsaustausch und Gegenüberstellung von Erfahrungen kann erst eine umfassende Konzeption des Klassenkampfes entwickelt und weiterentwickelt werden. Insofern ist diese Partei auf innere Demokratie angewiesen<sup>334</sup>. Sie hat ferner die Aufgabe der Vermittlung der

330 Vgl. Marx/Engels, Manifest, S. 53; Gorz, Aktualität, S. 9.

331 Lenin, Was tun?, S. 202.

332 Cornforth, Marx. Wissenschaft, S. 163/164.

333 Vgl. ebd., S. 195.

334 Vgl. André Gorz, Der schwierige Sozialismus, Frankfurt/M. 1968, S. 41. Gorz betont dort allerdings einseitig dieses eine Element, ohne die anderen Aufgaben der Partei genügend zu berücksichtigen. Daraus ergeben sich eine Reihe falscher Schlußfolgerungen (vgl. ebd., S. 42).

wissenschaftlichen Theorie in die Massen, aber auch in Gruppen von fortgeschrittenen Arbeitern hinein; sie hat insoweit eine pädagogische Funktion<sup>335</sup>. Beide Funktionen dienen dazu, den Klassenkampf zu koordinieren, zu planen, bewußt zu synchronisieren und kontinuierlich zu gestalten<sup>336</sup>. Nur durch solcherart entstehende politische Aktionen kann das „herrschende Bewußtsein“ durchbrochen und eine neue Qualität massenhaften Klassenkampfes erreicht werden.

Die Vermittlung der wissenschaftlichen Theorie an die kritischen Arbeiter, die diese sich aufgrund ihres parzellierten Bewußtseins nicht erwerben können, erfordert eine differenzierte Pädagogik, für die es einige wesentliche Grundbedingungen zu beachten gilt. Die breite Masse lernt wesentlich durch Aktion; ihr revolutionäres Bewußtsein nur durch „Propaganda“ beibringen zu wollen ist nahezu aussichtslos. Revolutionäres Klassenbewußtsein entsteht aus der Lebens-, Arbeits- und Kampferfahrung überhaupt, die durchaus nicht revolutionär zu sein braucht. Die Tätigkeit der revolutionären Avantgarde ermöglicht es, die Schwelle zwischen der Erfahrung der Unzulänglichkeit gegebener Gesellschaftsstrukturen und ihrer Veränderung zu überschreiten. Deshalb hat die Avantgarde selbst theoretische, propagandistische und literarische Arbeit zu leisten, die inhaltlich den Bedürfnissen der fortgeschrittenen Arbeiter entspricht, formal den Gesetzen der politischen Pädagogik genügt und gleichzeitig mit praktischer Aktivität und mit einer politischen Perspektive verbunden ist.

In zunehmendem Maße spielen auch die etablierten Wissenschaftsorganisationen durch die in ihr tätigen kritischen Wissenschaftler eine bedeutende Rolle bei der Weiterentwicklung der marxistischen Theorie. Sie tragen zur Stärkung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Organisationen bei.

## 5. Wissenschaftliche Wissenschaftspolitik

Die Wissenschaftspolitik im staatsmonopolistischen Kapitalismus ist, wie wir gesehen haben, eine unwissenschaftliche Interessenpolitik im Dienste des Monopolkapitals. Ihre Folgen sind die gigantische Fehlleitung menschlicher Energie und materieller Hilfsmittel, die Vernachlässigung wichtiger Forschungsgebiete, die Effizienzminde- rung des gesellschaftlichen Forschungsapparates und die ungleichgewichtige Entfaltung von Teilsektoren (wie z. B. das Zurückbleiben

335 Vgl. Cornforth, Marx. Wissenschaft, S. 194.

336 Vgl. Mandel, Lenin, S. 172/173. Es reicht nicht aus, lediglich die Funktion auf die Weiterentwicklung des Klassenkampfes bis zur Machtergreifung durch eine quasi gewerkschaftliche Organisation zu beschränken (vgl. Gorz, Aktualität, S. 20/21). Die Notwendigkeit der zentralgelenkten politischen Aktion für die Bewußtseinsbildung selbst wird dabei ebenso übersehen wie die staatliche Macht der herrschenden Klasse.

des Ausbildungssystems). So wie ein großer Teil der industriellen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in offenkundig sinnlose, aber absatzfördernde Produktvariationen investiert wird, so ist der gesellschaftliche Nutzwert auch der staatlich geförderten Schwerpunktprogramme sehr zweifelhaft. Dies gilt nicht nur für die militär-technologische Forschung und Entwicklung im engeren Sinne, die inzwischen einen solch hohen Grad der Spezialisierung erreicht hat, daß „zivile“ Abfallprodukte kaum noch ins Gewicht fallen, und die lediglich der permanenten Vernichtung von Werten und der nicht nur potentiellen Vernichtung von Menschen dient. „Selbst auf eher ‚zivilen‘ Sektoren wie Weltraumfahrt und Kernforschung (etwa beim Bau immer größerer Teilchenbeschleuniger) ist es zumindest fraglich, ob die möglichen wissenschaftlich-technischen Ergebnisse die dafür aufgewendeten Summen auch nur annähernd rechtfertigen“<sup>337</sup>.“ Die Wissenschaft erscheint dadurch immer weniger als ein Instrument, das die Menschen anwenden können, um ihren materiellen Fortschritt zu erringen, sondern als ein Mittel zur Erfindung von Techniken, die die Menschen tendenziell arbeitslos machen und Kriegswerkzeuge zur Vernichtung ganzer Nationen herstellen. Dagegen sollte eine wissenschaftliche Wissenschaftspolitik dafür Sorge tragen und garantieren, daß die Wissenschaft Naturerkenntnis ist, die uns Macht über die Natur verleiht, uns also von den Zwängen der Natur befreit, indem wir lernen, sie zu handhaben. Dementsprechend sollte sie die Kontrolle dieser Macht über die Natur ermöglichen, so daß die Wissenschaft der Produktion und nicht der Zerstörung dient — „zur Produktion für die Bedürfnisse des Volkes“<sup>338</sup>.

Eine solche Politik kann sich nicht im Rückgriff auf praxisfremde Methodologien verwissenschaftlichen, d. h. als wissenschaftliche Wissenschaftspolitik konstituieren. „Durch die Lehre, daß die Wissenschaft nur Regeln für künftig zu erwartende Beobachtungen liefere, durch die Lehre, daß die Wissenschaft nur ein System wissenschaftlicher Sätze sei, durch die Lehre, daß die Wissenschaft keine Erkenntnis der objektiven Welt, der Natur und Gesellschaft sei, und durch die Lehre, daß die reine Wissenschaft vom Leben und der Gesellschaft getrennt existiere, versetzt eine solche Philosophie dem Kampf um die erweiterte Anwendung der Wissenschaft und um wissenschaftliche Aufklärung einen Dolchstoß in den Rücken und dient objektiv den Interessen der reaktionären Klassen“<sup>339</sup>.“ Die praktischen Vorschläge, die eine Sozialwissenschaft auf solcher Basis für die Wissenschaftspolitik liefert, laufen allesamt immer nur darauf hinaus, im Rahmen des bestehenden gesellschaftlichen Systems bessere institutionelle Kontrollen einzurichten, mehr Öffentlichkeit zu schaffen oder den Apparat der Regierung zu reorganisieren. Auf einen Nenner gebracht lautet das Ergebnis: mehr „Demokratie“ im

337 Hirsch, *Wiss.-techn. Fortschritt*, S. 281/282.

338 Cornforth, *Wissenschaft contra Idealismus*, S. 373.

339 *Ebd.*, S. 374.



Rahmen des bestehenden Systems<sup>340</sup>. Schon Marx hat in der Auseinandersetzung mit Proudhon auf den methodischen Grundirrtum solcher Verwissenschaftlichung hingewiesen: „Von dem Wunsch beseelt, die Widersprüche zu versöhnen, stellt sich Herr Proudhon nicht einmal die Frage, ob nicht eigentlich die Grundlage dieser Widersprüche umgewälzt werden muß. Er gleicht in allem dem doktrinären Politiker, der im König, in der Deputierten- und Pairskammer integrierende Bestandteile des gesellschaftlichen Lebens, ewige Kategorien sehen will. Nur sucht er nach einer neuen Formel, um das Gleichgewicht dieser Mächte herzustellen, deren Gleichgewicht gerade auf der gegenwärtigen Bewegung ruht, wo eine dieser Mächte bald der Sieger, bald der Sklave der anderen ist. So war im 18. Jahrhundert eine Menge mittelmäßiger Köpfe damit beschäftigt, die einzig richtige Formel zu finden, um die sozialen Stände, den Adel, den König, die Parlamente etc. ins Gleichgewicht zu bringen, und über Nacht war alles — König, Parlament und Adel — verschwunden. Das richtige Gleichgewicht in diesem Antagonismus war die Umwälzung aller gesellschaftlichen Beziehungen, die diesen Feudalgebilden und ihrem Antagonismus als Grundlage dienen<sup>341</sup>.“

Für die Wissenschaftsplanung und Wissenschaftsorganisation besteht im staatsmonopolistischen Kapitalismus der antagonistische Widerspruch darin, daß das Kapital einerseits alle Mächte der Wissenschaft und der Natur, wie der gesellschaftlichen Kombination und des gesellschaftlichen Verkehrs ins Leben ruft, um die Schöpfung wirklichen Reichtums immer unabhängiger von der auf sie angewandten Arbeitszeit zu machen, andererseits aber gerade die unmittelbare Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt<sup>342</sup>. Nur die Erkenntnis, daß dieser antagonistische Widerspruch auf der antagonistischen Klassenspaltung beruht, also nur durch Aufhebung dieser Klassenspaltung gelöst werden kann, verspricht den Erfolg einer humanen Wissenschaftspolitik. Dies ist das wissenschaftlich begründete Ergebnis marxistischer Gesellschaftstheorie, des historischen Materialismus. Deshalb ist auch Hirsch zuzustimmen, wenn er der Auffassung ist, daß institutionelle Reformvorstellungen „letztlich nur im Zusammenhang mit Strategien zur Veränderung der Produktionsverhältnisse sinnvoll diskutierbar“<sup>343</sup> sind. Wirklich demokratische Wissenschaftspolitik ist im erreichten Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung in der Tat nur noch als sozialistische zu realisieren<sup>344</sup>. Die Theorie, die solche Konsequenzen

340 Exemplarisch dafür steht die Demokratietheorie eines Popper: „Letztlich hängt der Fortschritt ... von politischen Institutionen, welche die Gedankenfreiheit garantieren: von der Demokratie“ ab (Popper, Elend, S. 121).

341 Marx an Annenkow, S. 460/461.

342 Vgl. Hahn, *Soz. Systemauffassung*, S. 13.

343 Hirsch, *Wiss.-techn. Fortschritt*, S. 286.

344 Hirsch bleibt selbst allerdings im Hinblick auf Strategien der sozialistischen Revolution sehr vage; neben der Überbetonung der Politisierung „wissenschaftlicher Minoritäten“ ohne Verbindung zur marxistischen

wissenschaftlich begründet, wird jedoch nach wie vor von den Vertretern aller Spielarten bürgerlicher Sozialwissenschaft nicht nur für falsch gehalten, sondern — zum Teil mit allen Mitteln — bekämpft. Sie wird entweder diffamiert als „undemokratisch“ und „elitär“<sup>345</sup> oder für wissenschaftlich widersprüchlich erklärt<sup>346</sup> oder aber zu philosophisch-idealistischer Theorie umfunktioniert, die der herrschenden Klasse nicht schadet<sup>347</sup>. Bis heute wird in den Ländern der „Freiheit“ und der „Demokratie“ die marxistische Theorie, wo sie überhaupt gelehrt wird, offiziell fast ausschließlich von Antimarxisten unterrichtet, „wenn auch zugegeben werden muß, daß ein großer Teil der Bemühungen der offiziellen Ökonomen und Soziologen heute darauf verwandt wird, die Irrtümer des Marxismus anzuprangern“<sup>348</sup>. Die Geschichte der Diskriminierung des Marxismus durch die bürgerliche Gesellschaftswissenschaft ist lang. Viele Jahre hindurch wurde die marxistische Theorie ignoriert, weil die meisten von ihrer Existenz nichts wußten. Selbst als die Fortschritte des marxistischen Sozialismus in Europa nicht länger verborgen bleiben konnten, nahm ihn die Gelehrtenwelt weiterhin aus Prinzip nicht zur Kenntnis oder verleumdete ihn als außerhalb der Wissenschaft liegend. Bis zum Jahre 1917 hatte die marxistische Theorie nirgendwo offiziellen Status; sie gehörte zu einer Unterwelt umstürzlerischer Propaganda. Aber obwohl die akademischen Gesellschaftswissenschaftler dem historischen Materialismus die offizielle Anerkennung versagten, konnten sie nicht umhin, sehr viele marxistische Interpretationen und Methoden aufzunehmen und in ihre eigene „Wissenschaft“ einzubauen. Gleichwohl steht die bürgerliche Gesellschaftswissenschaft im Kapitalismus mit seiner politischen Praxis geheimer Finanzverhandlungen und offener Meinungsmanipulation notwendigerweise unter einem übermächtigen Druck, den bestehenden Zustand in gelehrter Sprache zu rechtfertigen. „In einer Gesellschaft, die als Ganzes scheinbar ziellos, aber in Wirklichkeit so eingerichtet ist, daß sie einigen wenigen Personen Maximalprofite sichert, wird es zur Taktlosigkeit, sich zu sehr für die ökonomischen Hintergründe politischer Aktionen zu interessieren. Dementsprechend ist es müßig, eine kritische, geschweige eine experimentelle Wissenschaft der Politik zu erwarten, die von den Machthabern gutgeheißen würde. Nur

Theorie und einer revolutionären proletarischen Partei steht die Leerformel: „Demokratisierung der Wissenschaft ohne Demokratisierung der Gesellschaft ist weder realisierbar noch sinnvoll.“ (Hirsch, Wiss.-techn. Fortschritt, S. 290.)

345 So: Lades/Burrichter, Produktivkraft Wissenschaft, S. 21.

346 So: Albrecht Wellmer, Kritische Gesellschaftstheorie und Positivismus, Frankfurt/M. 1969, S. 77.

347 Zur Berufung von Habermas an das „Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“ schreibt der Spiegel: „Der Chemie-Lobby ... ist offenbar sogar ein ‚roter‘ Philosoph lieber als ein ideologisch noch so neutraler Umwelt-Forscher ... ,damit alles beim alten bleiben kann.“ (Spiegel Nr. 49, 1970, S. 84.)

348 Bernal, Wissenschaft, Bd. 4, S. 992.

in den Reihen derjenigen, die gegen das System kämpfen, kann eine solche Wissenschaft gefunden werden. Wenn die Wissenschaft der Politik wirksam sein soll, darf sie weder von politischen Aktionen noch von einer allgemeinen Analyse der Wirtschaft und der Gesellschaft getrennt werden<sup>349</sup>. „Wissenschaftliche Politik“ ist deshalb (im Gegensatz etwa zu einer Politikwissenschaft oder Politologie) weder eine akademische Beschreibung gesellschaftlicher Dynamik noch ein Leitfaden für erfolgreiche Politiker, sondern Teil der Ausbildung und Praxis jedes Staatsbürgers. Nur sie garantiert, daß wissenschaftliche Politik (einschließlich der Wissenschaftspolitik) einst befreit wird von der Reflexion auf antagonistische Widersprüche. Teilweise vorweggenommen ist diese Zukunft bereits heute in den bestehenden sozialistischen Gesellschaften<sup>350</sup>.

Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Partei wie Staatsorganisation wird in der sozialistischen Gesellschaft immer effizienter<sup>351</sup>. Gesellschaftliche Prozesse werden kontrolliert und stimuliert vermittelt der Wissenschaften, die wissenschaftlich-technische Revolution wird ohne gravierende Widersprüche durchgeführt und die wirtschaftliche Entwicklung geht offensichtlich stetig aufwärts<sup>352</sup>. An die Stelle von Meinungsmanipulation tritt die Bewußtseinsbildung, die die Grundlage des stets festgehaltenen Zieles der Verlagerung der Kompetenzen an die Basis bildet. „Nicht einmal in der Zeit des sogenannten ‚Stalinismus‘ oder ‚Personenkults‘ ist ja der Gesellschaftszweck einer Förderung der allseitigen Bildung des Menschen verleugnet worden; im Gegenteil: Die dazu notwendige Voraussetzung, nämlich eine umfassende Volksbildung, ist mit erstaunlicher Intensität vorangetrieben worden<sup>353</sup>.“ Besondere Aufmerksamkeit wurde und wird den Wegen und Formen der Umwandlung sozialistischer Ideen, Zielstellungen und Normative in Überzeugungen und Handlungsantriebe gewidmet. Drei Hauptwege, die den Prozeß der Bewußtseinsbildung bestimmen, können unterschieden werden<sup>354</sup>: Erstens entsteht persönliches sozialistisches Bewußtsein durch die systematische Aneignung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Ideen der marxistischen Theorie, und zwar in dem Maße, wie der einzelne die Bedeutung dieser Erkenntnis für sein politisches Handeln und Verhalten begreift. Zweitens vollzieht sich die Bewußt-

349 Ebd., S. 1114.

350 Aber nur teilweise vorweggenommen, da der antagonistische Globalwiderspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus zahlreiche Modifikationen im Sozialismus bedingt.

351 Vgl. Lades/Burricher, Produktivkraft Wissenschaft, S. 33.

352 Vgl. Krauch, Beiträge, S. 189; Lades/Burricher, S. 57/58; Vgl. auch Kap. 2.5.

353 Holz, Utopie, S. 110. Vgl. auch: Lades/Burricher, Produktivkraft Wissenschaft, S. 29.

354 Vgl. dazu: Fritz Drewitz, Bodo Fischer und Peter Hinze, Zu einigen Problemen der Theorie und der Leitung sozialistischen Bewußtseins, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 19/1971, H. 1, S. 20—39.

355 Ebd., S. 35.

seinsbildung im Prozeß praktischer, gesellschaftlich nützlicher Tätigkeit, und zwar innerhalb von Gemeinschaften, in denen das Individuum lebt und arbeitet, in denen es seine persönlichen Erfahrungen gewinnt und durch deren Normen, Wertkriterien und Zielstellungen es in seiner Persönlichkeitsentwicklung wesentlich beeinflusst wird. Drittens entwickelt und vervollkommnet jeder einzelne sein sozialistisches Bewußtsein durch die selbstbewußte Gestaltung seines persönlichen Lebens in Übereinstimmung mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen der marxistischen Theorie. „Erst indem sich die unter erstens und zweitens angegebenen Wege sinnvoll miteinander verbinden, münden sie in die höhere Qualität des dritten Weges<sup>355</sup>.“ Solche Bewußtseinsbildung hat eine ständige Demokratisierung zur Voraussetzung und auch zur Folge. Durch das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln braucht die Demokratie nicht mehr vor den Werktoeren haltzumachen: „Hier in der wichtigsten Sphäre des menschlichen Lebens, schöpft sie vor allem ihre organisierende und disziplinierende Wirksamkeit, von hier aus durchdringt die sozialistische Demokratie die Beziehungen der Menschen im Prozeß der Arbeit und in allen anderen Bereichen<sup>356</sup>.“ Mitwirkung, Mitdenken, Mitplanen und Mitregieren aller Bürger wird so in umfassender Weise zu entwickeln versucht, Voraussetzung der kontinuierlichen Entwicklung von marxistischer Theorie und gesamtgesellschaftlicher Praxis. Wissenschaftspolitik kann in solchem Rahmen allmählich immer vollkommener wissenschaftlich werden, wissenschaftliche Politik wird zum allgemeinen Kulturgut der Gesamtgesellschaft.

356 Ottinger, Bewußtsein und Bildung, S. 67.

Baber Johansen

## Die feindlichen Städte

Marokkos blockierter Transformationsprozeß

*„Unsere Gesellschaft muß in ihren Manifestationen sozialistisch sein, in ihrer Essenz aber kapitalistisch“* (König Hassan II. von Marokko in der Rede zum Erlaß des Code des Investissements Agricoles, Rabat, 18. Januar 1969).

Eine methodische Vorbemerkung soll der Rechtfertigung des in diesem Aufsatz unternommenen Versuchs dienen, die Entwicklung Marokkos in Begriffen der Klassenauseinandersetzung darzustellen. Die marokkanische Gesellschaft, deren vorkapitalistische soziale und ökonomische Institutionen der sie zerstörenden Wirkung des Kapitals unterliegen, deren kapitalistische Wirtschaftsorganisation nicht ausreichend entwickelt werden kann, um Arbeitsplätze für die von Besitz und Arbeit freigesetzten Arbeitssuchenden des zerfallenden vorkapitalistischen, „traditionellen“ Sektors zu sichern, läßt einen solchen Versuch gewagt erscheinen. Das hat verschiedene Gründe. Einmal produzieren der Zerfall des „traditionellen“ und die mangelnde Integrationsfähigkeit des „modernen“ kapitalistischen Sektors eine breite Schicht von Arbeitslosen, die nicht mehr in den Produktionsprozeß des vorkapitalistischen und noch nicht in den des kapitalistischen Sektors eingegliedert werden können. Zum anderen reproduziert sich die Spaltung zwischen „traditionellem“ und „modernem“ Sektor<sup>1</sup> als eine Spaltung innerhalb der verschiedenen Klassen.

1 Die Begriffe „moderner“ und „traditioneller“ Sektor bezeichnen die in dem jeweiligen Sektor vorherrschende kapitalistische bzw. vorkapitalistische Wirtschaftsform. Sie sind aus mehreren Gründen fragwürdig: einmal durch die Gleichsetzung von modern = nicht traditionell, d. h. durch ein in ihnen steckendes kolonialistisches Weltbild, das die Geschichte fremder Gesellschaften nur als das der „Modernität“ entgegenstehende Hindernis begreifen kann; zum anderen weil sie euphemistische Verschleierungsbegriffe sind: die Modernität ist nichts anderes als der Kapitalismus unter kolonialen Bedingungen, die Tradition nichts anderes als eine der politischen Herrschaft des kolonialen Kapitalismus unterworfenen und unter diesen Bedingungen zukunftslose Wirtschafts- und Gesellschaftsform.

Zwei Gründe sprechen dafür, sie in dem hier definierten Sinne terminologisch zu verwenden. Einmal sind sie ein sinnfälliger Ausdruck für die reale historische Ungleichzeitigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung Marokkos; zum anderen geben sie den Grund dafür an: der Einsatz fortgeschrittener Technologien und „moderner“ Produktionsmethoden ist nur

Es gibt eine große und ständig wachsende Schicht, die aufgrund ihrer Stellung im Produktions- und Distributionsprozeß nicht als Klasse zu bestimmen ist, die Schicht der Bidonville-Einwohner. Das sind die landflüchtigen, ruinierten Kleinbauern und arbeitslos gewordenen Landarbeiter, die ihre Bidonvilles, ihre Lehm- und Blechsiedlungen, rund um die großen Städte aufgebaut haben und in ihnen — langsam an Unterernährung zugrunde gehend — hoffnungsvoll aber vergeblich auf einen Arbeitsplatz in den Städten warten. Die Bidonvilles sind die Bruchstellen zwischen Land und Stadt, ihr Anwachsen ist der Index für die Geschwindigkeit der Desintegration des traditionellen Sektors der Agrarwirtschaft. Die enttäuschten Erwartungen ihrer Einwohner stellen — wie der Aufstand Casablancas von 1965 zeigt — ein großes politisches Potential dar, das aber zu kontinuierlicher politischer Arbeit nur genutzt werden kann, wenn es den politischen Organisationen des Proletariats gelingt, es zu organisieren und so eine Allianz der Bidonville-Einwohner und der Arbeiterklasse herzustellen.

Dieser Schicht steht die Gruppe der arbeitslosen Oberschul- und Universitätsabsolventen nahe. Nach Ausbildung und damit erworbenem sozialen Status hätten sie einen Anspruch auf die höheren Posten in Administration, Erziehungswesen und Wirtschaftsorganisationen. Diese Posten aber sind mit Universitätsabsolventen besetzt, die ihre Ausbildung in den fünfziger und sechziger Jahren abgeschlossen haben<sup>2</sup>. Eine stagnierende Volkswirtschaft kann neue, gleichwertige Arbeitsplätze nicht zur Verfügung stellen. So entsteht eine Gruppe von hochqualifizierten Arbeitslosen. Der gemessen am volkswirtschaftlichen Wachstum relativ schnelle Ausbau des marokkanischen Erziehungswesens wird diese Gruppe immer mehr anschwellen lassen und ihr eine zunehmende Bedeutung als „Gegenelite“ verleihen. Die Arbeit in politischen Organisationen ist für sie die einzige Möglichkeit, eine ihren Aspirationen entsprechende Tätigkeit zu entfalten.

Die einzelnen Klassen sind in ihre „traditionellen“ und „modernen“ Flügel gespalten. So ist die Arbeiterklasse geteilt in den „modernen“ Flügel der Industrie- und Bergarbeiter und den traditionellen der in den städtischen Handwerksbetrieben Beschäftigten. Dazu kommt, daß die hohe Zahl der arbeitslosen Städter und Bidonville-Einwohner jederzeit als Mittel zur Unterdrückung der gewerkschaftlichen und politischen Forderungen der organisierten Arbeiterschaft, d. h. zur Schwächung des progressiven Lagers, benutzt werden kann.

unter hohem Einsatz von konstantem Kapital möglich, im vorkapitalistischen Sektor, der das Kapital zur Einführung dieser Produktionsmethoden nicht aufbringen kann, ist man auf die Verwendung „traditioneller“ Methoden angewiesen.

2 Von den ca. 15 Millionen Marokkanern sind über 50% jünger als 20 Jahre. Die jetzt von den Universitäten kommenden Studenten finden die „alte“ Generation der 30—50jährigen auf den für sie anstrengenswerten Posten.

Die städtische Bourgeoisie zieht zum überwiegenden Teil ihre Profite aus Handels- und Finanzgeschäften, nur eine kleine „moderne“ Gruppe investiert ihr Kapital in Industrie-Unternehmen. Die Kleinbauern und Landarbeiter im traditionellen Sektor unterscheiden sich sowohl was Arbeitsbedingungen als auch was den Bewußtseinsstand angeht erheblich von denen des modernen Agrar-Sektors.

Aber es gibt eine Klasse, die ein geschlossenes Klasseninteresse vertritt, die den Staatsapparat kontrolliert und die Wirtschaftspolitik bestimmt. Das ist die neu entstandene Agrarbourgeoisie, die sich aus den Großgrundbesitzern des modernen Sektors der Landwirtschaft rekrutiert. Die dualistische Struktur der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die sich daraus ergebende Fraktionierung der einzelnen Klassen, die wachsende Zahl der Bidonville-Einwohner sowie die sich aus der Summe dieser Faktoren ergebende Schwäche des progressiven Lagers in Marokko waren die Bedingungen für das Entstehen dieser Klasse.

Die Erhaltung dieser Struktur und aller ihrer Konsequenzen ist auch die Bedingung für das Überleben der Agrarbourgeoisie. Es ist ihr Klasseninteresse, das die Schaffung eines größeren industriellen Sektors und damit einer größeren und einheitlichen Arbeiterklasse verhindert, die Fraktionierung der einzelnen Klassen aufrechterhält, die Agonie des traditionellen Sektors künstlich verlängert und für das Wachsen der Bidonvilles verantwortlich ist. Daher scheint es notwendig, trotz der oben genannten Schwierigkeiten, die Entwicklung Marokkos in Begriffen der Klassenbildung und des Klassenkampfes darzustellen.

Dabei ist besonders die Entstehungsgeschichte dieser Klasse zu berücksichtigen. Denn hier hat nicht eine bestehende Klasse die Kontrolle über den Staatsapparat erobert, sondern unter dem Schutz und der aktiven Förderung des Staatsapparats hat sich aus Funktionären des Innenministeriums und Mitgliedern des Offizierkorps, aus städtischen Kaufleuten und „ländlichen Notabeln“ eine Klasse gebildet, deren Aufgabe es ist, die Herrschaft des Landes über die Städte zu sichern. Diese Klasse muß die Modernisierung der Landwirtschaft vorantreiben und gleichzeitig verhindern, daß die durch diesen Modernisierungsprozeß von Arbeit und Besitz freigesetzten Landbewohner in den modernen Sektor der städtischen Ökonomie integriert werden können. Denn die Städte sind die Zentren der organisierten Opposition, von ihnen droht Gefahr für einen Staatsapparat, dessen einzige raison d'être die Erhaltung seiner eigenen Macht und der unangefochtenen Herrschaft des Monarchen ist. Daher darf die ökonomische Entwicklung Marokkos nur in der Landwirtschaft stattfinden, wenn die bestehenden politischen Kräfteverhältnisse und durch sie die Verfügungsgewalt von Monarchie und der höheren Chargen des Staatsapparats über den gesellschaftlichen Reichtum Marokkos gesichert werden soll. Die Agrarbourgeoisie ist die einzige Klasse, die ihr ökonomisches Interesse in dieser Politik aufgehoben sieht.

War das Innenministerium einmal die Basis, die es den Staatsfunktionären erlaubte, ihre ökonomische Position innerhalb der Agrarbourgeoisie zu usurpieren, so ist es heute das Instrument zur Durchsetzung der politischen und ökonomischen Interessen dieser Klasse<sup>3</sup>. Die Förderung dieser Interessen verlangt eine fortschreitende Reduzierung des Staatsapparats auf seine repressiven Funktionen, d. h. eine fortschreitende Ausdehnung der Kompetenzen des Innenministeriums in den sozialen und ökonomischen Bereich (siehe weiter unten). Betriebe der Staat eine Politik der ökonomischen Expansion auf der Grundlage der Industrialisierung, so wäre er zu einer Rationalisierung seines Apparats, zu einer erweiterten Delegation von politischer Autorität und administrativer Zuständigkeit und zu einer Förderung der selbständigen und eigenverantwortlichen Arbeit auf allen Ebenen gezwungen. Das Interesse am ökonomischen Aufbau, d. h. an einer effektiven und kompetenten technokratischen Administration, würde innerhalb des Staatsapparats mit dem Interesse an einem über das ganze Land gespannten lückenlosen Kontrollsystem, d. h. der Determinierung aller ökonomischen und politischen Entscheidungen durch die Interessen des Innenministeriums kollidieren. Die Identität der Interessen des Staatsapparats und der Agrarbourgeoisie würde relativiert.

Sowohl die ökonomischen und politischen als auch die administrativen Konsequenzen einer realistischen ökonomischen Entwicklungspolitik wären also vom Standpunkt der Agrarbourgeoisie aus gefährlich. Vor die Wahl gestellt zwischen einer Entwicklungspolitik, die die politischen und administrativen Strukturen verändern würde, die die Grundlage ihrer Verfügung über den gesellschaftlichen Reichtum sind, oder einer Politik der Monopolisierung ökonomischer und politischer Macht auf der Basis einer gesamtgesellschaftlichen Unterentwicklung, haben sich die Monarchie und die Agrarbourgeoisie für die Erhaltung ihrer Übermacht auf der Basis der Unterentwicklung entschieden.

Durch eine nur an den Interessen der Agrarbourgeoisie und des Monarchen ausgerichtete Investitionspolitik der öffentlichen Hand, durch ökonomische Belohnungen und Sanktionen gegenüber der städtischen Bourgeoisie, durch Gewalt und nackten Terror gegenüber Arbeitern und Bidonville-Einwohnern soll der Transformationsprozeß in den Städten blockiert werden. Die wachsende Zahl der Bidonville-Einwohner ist der Index, an dem die Effizienz dieser Politik

3 Exakte Ziffern für die Zahl der Funktionäre des Innenministeriums stehen nicht zur Verfügung. Auch für die Zahl der Funktionäre des gesamten Staatsapparats gibt es nur Schätzungen. Nach diesen ist die Zahl der Staatsangestellten (d. h. der Bürokratie) von 1956 = 60 000 auf 1964 = 145 000 angestiegen. Schließt man die Armee ein, so würde sich die Zahl für 1964 auf 255 000, davon 1500 Offiziere, erhöhen. Das Innenministerium hat gegenwärtig bereits die wesentlichen Funktionen zweier weiterer Ministerien übernommen a) des Landwirtschaftsministeriums, b) des Ministeriums für Öffentliche Arbeiten und tendiert dahin, weitere Kompetenzen an sich zu ziehen.



abgelesen werden kann, sie ist gleichzeitig die Flutmarke, die anzeigt, wann die bestehenden politischen und ökonomischen Strukturen untergehen werden.

Der Aufsatz soll die hier summarisch skizzierten Thesen verifizieren und die Funktion des jetzt in Marrakesch stattfindenden Terrorprozesses gegen die marokkanischen Sozialisten im System der Politik des blockierten Transformationsprozesses darstellen. Dazu ist ein historischer Rückblick auf die Entwicklung seit 1956 unerlässlich.

### Die soziale und ökonomische Situation nach der Unabhängigkeit

1956 konzidierte Frankreich Marokko die politische Unabhängigkeit. Angesichts der Alternative, Marokko freizugeben oder den Kampf gegen die nordafrikanische Unabhängigkeitsbewegung zugleich in Marokko und in Algerien zu führen, entschied sich die Protektormacht für den Rückzug aus Marokko<sup>4</sup>.

Das unabhängige Marokko war geprägt durch die dualistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die das französische Protektorat in ihm errichtet hatte: „Das französische Protektorat führte zur Schaffung eines modernen Agrar-, Industrie-, Bergwerks- und Handelssektors, ausgerichtet an den Erfordernissen der französischen Ökonomie und zum größten Teil in europäischer Hand, neben, aber fast völlig ohne Kontakt mit einer primitiven und traditionellen marokkanischen Agrar- und Handwerksgesellschaft<sup>5</sup>.“

Rund ein Drittel der 1956 10 Millionen (1971 = 15 Millionen) zählenden marokkanischen Bevölkerung lebte damals in den Städten. 20 % der arbeitsfähigen städtischen Bevölkerung waren kontinuierlich arbeitslos<sup>6</sup>, die Zahl der kontinuierlich oder saisonmäßig in der Industrie Beschäftigten lag bei 5—6 % und damit unter der der städtischen Handwerker<sup>7</sup>. Eine Schwerindustrie existierte nicht, die im Lande geförderten Eisenerze, Mangan, Blei, Zink und die Phosphate wurden als Rohmaterialien exportiert<sup>8</sup>. „Nahrungsmittel, Getränke, Textilien und Lederwaren machten 65 % der industriellen Produktion aus<sup>9</sup>.“ Die nicht im Handwerk und der Industrie Beschäftigten fanden ihr Auskommen im Handel, in der Verwaltung und — vor allem — in Dienstleistungen.

Die Landwirtschaft stellte — wie noch heute — 70 % aller Arbeitsplätze. In ihr war die Spaltung zwischen traditionellem und modernem Sektor am ausgeprägtesten. Der moderne Sektor umfaßte etwa 10 % des kultivierten marokkanischen Bodens und konzentrierte sich in den gut bewässerten Küstenebenen und den großen Fluß-

4 John Waterbury, *The Commander of the Faithful*, London 1970, S. 209.

5 Albert Waterston, *Planning in Morocco*, Baltimore 1962, S. 3.

6 a.a.O., S. 29.

7 a.a.O., S. 5.

8 Douglas E. Ashford: *Political Change in Morocco*, Princeton 1961, S. 21.

9 Waterson, S. 5.

tälern<sup>10</sup>. Er war in hohem Grade mechanisiert und beschäftigte nur etwa 70 000 Landarbeiter. Er produzierte 80 % aller marokkanischen Zitrusfrüchte und des marokkanischen Weins, 33 % allen Gemüses und 15 % allen Getreides<sup>11</sup>.

Der traditionelle Sektor „besteht hauptsächlich aus kleinen Bauernhöfen und verstreuten Grundstücken. Viel Acker- und Weideland ist Eigentum des Staates, der Stämme und der religiösen Gemeinschaften; individuelles, durch Rechtstitel formalisiertes Eigentum ist immer noch ungewöhnlich...<sup>12</sup>“ In ihm lebte die überwältigende Mehrheit der marokkanischen Bevölkerung. Der Unterschied in den Produktions- und Eigentumsbedingungen zwischen traditionellem und modernem Sektor läßt sich aus den Zahlen für die jährliche Pro-Kopf-Produktion in beiden Sektoren ablesen. Im modernen Sektor betrug sie 500 000, im traditionellen Sektor 30 000 alte Francs<sup>13</sup>. Etwa 50 % der marokkanischen Landbevölkerung im traditionellen Sektor waren kontinuierlich unterbeschäftigt<sup>14</sup>.

Angesichts dieses dualistischen Wirtschaftssystems konnte eine auf Lösung der nationalen Probleme bedachte Politik nur einen Weg einschlagen: den der umfassenden sozialen und ökonomischen Planung und Förderung des Transformationsprozesses. „Die Marokkaner haben keine andere Wahl als eine kühne nationale Planung und die Mobilisierung des Volks und aller Hilfsquellen im Kampf um die nationale ökonomische Integration<sup>15</sup>.“

### Die politischen Kräfte des Landes

Welche politische Gruppierung hätte diese Aufgabe übernehmen können? Die stärkste und einflußreichste politische Organisation des Landes war der Istiqlal, die „Unabhängigkeitsbewegung“. In ihm hatten sich die wichtigsten Gruppen und Klassen, die aktiv für die Beseitigung des Protektorats eingetreten waren, zusammengeschlossen.

Da ist zuerst die städtische Handels- und Finanzbourgeoisie zu nennen. In Fez, dem religiösen und kommerziellen Zentrum Marokkos, war Anfang der dreißiger Jahre aus der vom städtischen Bürgertum getragenen islamischen Reformbewegung die erste nationalistische Organisation hervorgegangen<sup>16</sup>. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs hatten sich die Gründer dieser Organisation und die Vertreter der in Frankreich ausgebildeten städtischen Intelligenz mit dem Istiqlal eine neue politische Organisation geschaffen. Die rückhaltlose finanzielle und politische Unterstützung der gesamten städti-

10 Waterbury, S. 140.

11 Waterbury, S. 4—5.

12 a.a.O., S. 4.

13 a.a.O.

14 a.a.O., S. 20.

15 Charles F. Stewart, *The Economy of Morocco 1912—1962*, Harvard Middle Eastern Monographs XII, Cambridge, Massachusetts, 1964, S. 173.

16 Ashford, Change, S. 35.

schen Bourgeoisie erhielt der Istiqlal aber erst nach dem zweiten Weltkrieg. Angesichts der Expansion der französischen Wirtschaftsinteressen in Marokko und der Begünstigung ihrer französischen Konkurrenten durch die Protektoratsbehörden kam diese Klasse „... zu der Schlußfolgerung, daß ihre finanzielle Rettung im Abbau des Protektorats-Apparats und in der schrittweisen Vertreibung der französischen Wirtschaftsinteressen liege“<sup>17</sup>.

Die zahlenmäßig stärkste Kraft im Istiqlal der fünfziger Jahre aber war die marokkanische Gewerkschaft. Anfang der fünfziger Jahre hatten die marokkanischen Arbeiter den Kampf gegen den Zwang, sich nur in französischen Gewerkschaften organisieren zu dürfen, aufgenommen. Im Januar 1955 gründeten sie das illegale „Komitee zur Organisation und Entwicklung des freien Syndikalismus in Marokko“. Am 20. März 1955 ging daraus die UMT (Union Marocaine du Travail) hervor, in der etwa 650 000 Lohnabhängige in Stadt und Land organisiert waren<sup>18</sup>.

Die dritte Kraft stellte die Führung der Organisationen, die den bewaffneten Kampf gegen die Protektoratsmacht in Stadt und Land organisiert hatten, und deren Kampf es war, der die französische Regierung veranlaßt hatte, das Protektorat aufzugeben<sup>19</sup>. Die Führung dieser Gruppen rekrutierte sich zu einem nicht unerheblichen Teil aus wandernden Kleinhändlern<sup>20</sup>. Sie stellten später viele der Opfer der Massenverfolgungen von 1959/60 und des Schauprozesses von Marrakesch<sup>21</sup>. Was der amerikanische Politologe, John Waterbury, für diese Tatsache als Erklärung anführt, gilt auch für ihre Rolle im Unabhängigkeitskampf: „Ihr Handelsnetz bot ein fertiges und wirkungsvolles Instrument zur Übermittlung politischer Botschaften... Wenn man sich in Erinnerung ruft, daß die Händler aus dem Süden oft einen kontinuierlichen Handel mit den ärmsten Einwohnern der Städte, d. h. den Einwohnern der Bidonvilles, treiben, dann ist es nicht überraschend, daß sie, wenn nicht als ‚Verschwörer‘, so doch als Partei-Organisatoren unter den Besitzlosen auftreten können“<sup>22</sup>.

### Die ländlichen Notabeln

Der Hauptgegner der Unabhängigkeitsbewegung war neben den Franzosen die Schicht der ländlichen Notabeln. „Die ländlichen Notabeln sind teilweise ein Geschöpf der französischen Verwaltung ... es waren ... die Franzosen, die auf dem Wort ‚Notabeln‘ zur Bezeichnung dieser Gruppe insistierten. Es gab natürlich vor 1912 und

17 Waterbury, S. 104—105.

18 a.a.O., S. 55, 197.

19 a.a.O., S. 209.

20 a.a.O., S. 79.

21 Siehe Das Argument Nr. 63.

22 Waterbury, S. 213.

während der ganzen Periode der Befriedung [d. h. der Niederwerfung des bewaffneten Widerstands auf dem Lande, die von 1912—1934 andauerte, und in der 27 000 französische Soldaten und ungezählte Marokkaner fielen B. J.] lokale Chefs, die sich kleine Domänen für sich selbst herausgeschnitten hatten, oft mit Hilfe und Ermutigung des machzan [der Regierungsinstitution der marokkanischen Dynastien, wörtlich ‚der Speicher, das Magazin‘]. Das waren die ‚großen Qaids‘. . . Die Franzosen benutzten diese Männer als einen Kern, um die Bildung einer weitausgrößeren Gruppe von Notabeln in jeder Stammesgruppe, in jedem Dorf und in jedem Markt-Ort zu stimulieren. Ihre Wahl fiel manchmal auf einen Mann, der wegen seiner Abstammung und seiner Gruppen-Verbindungen (faction mates) respektiert wurde; manchmal wurde ein vollkommen Unbekannter gewählt. Die Wahl lag beim örtlichen ‚officier des affaires indigènes‘, und die Kriterien waren die voraussichtliche Zuverlässigkeit und Frankreich-Treue des Auserwählten. Oft wurde die örtliche Sinekure denen übertragen, die den Franzosen bei der Pazifizierung geholfen hatten . . .“

„Nach Ayache stellte die Notabelnschicht 1950 10 % der Landbevölkerung oder 500—600 000 Individuen. Man muß annehmen, daß er in diese Zahl sowohl die individuellen Notabeln wie auch die von ihnen Abhängigen einschließt. Als Gruppe besaßen sie etwa 4 Millionen Hektar, deren größter Teil aus Grundstücken zwischen 12 bis 50 Hektar bestand. In dieser Gruppe unterscheidet Ayache 7500 ‚große Feudalherren‘ (einschließlich der großen Qaids), die etwa 1 800 000 Hektar besitzen, die nach traditionellen Methoden bewirtschaftet werden. Ihre landwirtschaftlichen Bemühungen dienten aber nur dazu, ihre hauptsächliche Einkommensquelle zu ergänzen: die Profite und die Gewinne, die ihnen ihre Verwaltungsposten eintrugen<sup>23</sup>.“

Diese Gruppe fürchtete, daß die städtische Bourgeoisie, die reicher und besser ausgebildet war und ein größeres religiöses und soziales Prestige hatte, ihren Privilegien ein Ende setzen würde, wenn der Istiqlal siegen würde. Sie wußte, daß die Verteidigung ihrer ökonomischen und politischen Privilegien gegenüber der städtischen Bourgeoisie und gegenüber den Kleinbauern nur von der Protektormacht wahrgenommen werden konnte. Auf den Monarchen setzten sie keine Hoffnungen, da er sich mehrfach für die Unabhängigkeitsbewegung ausgesprochen hatte. Als daher 1951 die ‚großen Qaids‘ anfangen, ihre Stammeskohorten zum Kampf gegen die Nationalbewegung einzusetzen<sup>24</sup> und 1953 die Absetzung des Monarchen verlangten, weil dieser zu eng mit dem Istiqlal zusammenarbeitete<sup>25</sup>, unterstützte die überwältigende Mehrheit der Notabeln diese Politik<sup>26</sup>.

23 a.a.O., S. 111—112.

24 a.a.O., S. 52.

25 Ashford, Change, S. 71.

26 Waterbury, S. 116.

Ihre Verbündeten waren die mystischen Bruderschaften. In diesen waren nur etwa 4 % der islamischen Bevölkerung des Landes organisiert<sup>27</sup>. Aber sie verfügten über ein großes Ansehen bei der ländlichen Bevölkerung. Über Jahrhunderte hinweg hatten sie in den der Macht der orthodoxen islamischen Zentralgewalt entzogenen ländlichen Gebieten eine nicht-orthodoxe und den Stammesinstitutionen gegenüber kompromißbereite Version des Islam vertreten und als Schlichter von Konflikten eine wichtige soziale und politische Funktion übernommen<sup>28</sup>. Wegen dieses religiös-politischen Einflusses waren sie wertvolle Bündnispartner für die Protektorsmacht. Dazu kam, daß sie entschiedene Gegner der islamischen Reformbewegung waren, wie sie eine starke Fraktion der nationalen Unabhängigkeitsbewegung vertrat. So kam es zu einer „stillschweigenden Allianz zwischen den Protektorsbehörden und den religiösen Bruderschaften“ auf der Basis eines Tauschgeschäfts: „ein bestimmter Grad autonomer Aktivität im Austausch für die Loyalität zur Residenz“<sup>29</sup>. Sie gaben 1953 das religiöse Votum für die Absetzung des unbequemen Sultans.

Alle Gruppen der nationalen Unabhängigkeitsbewegung hatten sich darauf geeinigt, im Kampf gegen die Franzosen, die ländlichen Notabeln und die religiösen Bruderschaften den abgesetzten und deportierten Sultan — den späteren König Mohammed V. — als Symbolfigur ihres Kampfs herauszustellen: „Die Revolution des Throns und des Volks“ war das Motto des Istiqlal. Der Grund dafür ist einfach: gegen die französische Residenz, die ausländische und zu bekämpfende Zentralgewalt, setzte die Unabhängigkeitsbewegung den Sultan als das Symbol der historischen und der künftigen marokkanischen Zentralgewalt. Gegen die religiösen Bruderschaften setzte die Nationalbewegung die traditionelle Rolle des marokkanischen Sultans als oberster geistlicher Autorität des sunnitischen Islam im Lande. Gegen die ländlichen Notabeln wurde der Herr des Landes (und der größte Landherr) gesetzt. Gegen die zentrifugalen Kräfte auf dem Lande wurde so die Institution des Sultans die Symbolisierung der nationalen marokkanischen Zentralgewalt in der Stadt.

### **Die Eroberung des Repressionsapparats durch den König**

Die Unabhängigkeit schien der nationalen Unabhängigkeitsbewegung die Verfügungsgewalt über den Staatsapparat zu bringen. Die ländlichen Notabeln und die mystischen Bruderschaften waren geschlagen, die Protektorsmacht hatte ihre politische Herrschaft aufgegeben, der König verfügte bei seiner Rückkehr zwar über ein

<sup>27</sup> Ashford, Change, S. 33.

<sup>28</sup> Leon Carl Brown: The Role of Islam in Modern North Africa, in: State and Society in Independent North Africa, ed. L. C. Brown, Washington D. C. 1966, S. 98—100, fortan zitiert als State . . . / siehe auch Abdallah Laroui: l'histoire du maghreb. Paris 1970, S. 242—43.

<sup>29</sup> Waterbury, S. 44.

großes politisches und religiöses Prestige in der gesamten Bevölkerung, aber er besaß keinen eigenen Machtapparat und keine politische Organisation. Ein entschlossenes Handeln hätte es dem Istiqlal ermöglicht, aus den bewaffneten Organisationen der Unabhängigkeitsbewegung eine eigene Armee zu rekrutieren, den Staatsapparat zu besetzen und die Monarchie als eine rein repräsentative Institution zu etablieren.

Aber die Vertreter der städtischen Bourgeoisie, die in den Führungsgremien des Istiqlal eine starke Position einnahmen, konnten sich nicht zu einer Politik des Konflikts mit dem König entschließen. Sie wußten, daß eine solche Politik nur unter Mobilisierung der Massenorganisationen erfolgreich geführt werden könnte, daß das die Position der Gewerkschaftsvertreter und der Repräsentanten der bewaffneten Organisationen in den Führungsgremien des Istiqlal stärken und damit ihre eigene Position schwächen würde.

Die Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der städtischen Bourgeoisie und den anderen Kräften innerhalb des Istiqlal über die Reorganisierung der Partei, die Stärkung der Basis und die stärkere Repräsentierung der Massenorganisationen in den Führungsgremien zog sich von 1956 bis 1958 ergebnislos hin.

Diese Frist nutzte der König. Er konnte nicht hoffen, eine politische Organisation aufzubauen, die ihm seine absoluten Rechte sichern würde, war aber gewillt, den Forderungen des Istiqlal nach Ausarbeitung einer Verfassung durch eine verfassunggebende Versammlung nicht nachzugeben. Die einzige relevante soziale Gruppe außerhalb des Istiqlal aber stellten die durch ihren anti-nationalen und anti-monarchischen Kampf kompromittierten ländlichen Notabeln, mit denen er eine offene Allianz zu dieser Zeit nicht eingehen konnte. Noch 1957 mußte er auf Drängen des Istiqlal das Vermögen von 193 Notabeln, die sich im Kampf gegen die Unabhängigkeitsbewegung besonders hervorgetan hatten, einziehen<sup>30</sup>. Eine ernsthaftere Schwächung der ökonomischen und sozialen Interessen der ländlichen Notabeln als Schicht wußte der König indes zu verhindern. Einmal war er als größter Grundbesitzer Marokkos an der Aufrechterhaltung der Großgrundbesitzer als sozialer Schicht interessiert. Zum anderen brauchte er im Kampf gegen den Istiqlal einen potentiellen politischen Verbündeten. Dieser wurde später das Mouvement Populaire, die königstreue Partei der Söhne ländlicher Notabeln, die 1959 mit großzügiger aber inoffizieller Unterstützung durch den Monarchen gegründet wurde<sup>31</sup>.

Da eine politische Allianz mit den ländlichen Notabeln in den Jahren 1956—58 nicht möglich war, so mußte der König versuchen, die Unentschiedenheit des Istiqlal auszunutzen, um den staatlichen Repressionsapparat in die Hand zu bekommen und eine mögliche Gegenarmee aus den bewaffneten Kräften der Unabhängigkeitsbewegung dadurch unmöglich zu machen, daß er diese auflöste. Ein

30 Ashford, Change, S. 137.

31 Waterbury, S. 234—38.

umfangreiches System von Pensionen, Handelskonzessionen, Ernennungen auf administrative Posten und anderen Begünstigungen diente zur Abfindung der Masse der ehemaligen Mitglieder der Befreiungsarmee und ihrer Wiedereingliederung ins zivile Leben. Nur im Süden des Landes setzten Reste der ehemaligen Organisationen den bewaffneten Kampf gegen die Spanier fort<sup>32</sup>.

Von den etwa 1000 aktiven Offizieren der neuen marokkanischen Armee wurden nur 28 aus den Reihen der Befreiungsarmee rekrutiert. 745 französische Offiziere und Unteroffiziere stellte die ehemalige Protektoratsmacht leihweise zur Verfügung. Sie wurde damit zur stärksten Stütze des Monarchen gegen den Istiqlal. Die Mehrzahl der restlichen marokkanischen Offiziere waren Söhne ländlicher Notabeln<sup>33</sup>. Diese Gruppe, die nicht mit der Politik ihrer Väter identifiziert wurde und doch deren soziale und ökonomische Interessen vertrat, wurde vom König in starkem Maße auch zur Besetzung des Innenministeriums herangezogen<sup>34</sup>. Der Kronprinz — der jetzige König Hassan II. — wurde Generalstabschef, der Monarch Oberkommandierender der Armee. Damit war der staatliche Repressionsapparat fest in der Hand des Monarchen.

### **Die Spaltung des Istiqlal, die Gründung der UNFP und der erste Terroranschlag gegen die Sozialisten**

Wenn der Istiqlal jetzt noch Einfluß auf die marokkanische Politik nehmen wollte, so konnte er das nicht mehr durch Besetzung des Repressionsapparats und der staatlichen Administration tun, sondern nur durch die Kontrolle des vom König eroberten Apparats. Um diese Kontrolle wahrnehmen zu können, mußte er eine Politik des offenen Konflikts mit dem König treiben. Die Führer der Gewerkschaft, die Vertreter der — schon in der Auflösung befindlichen — bewaffneten Organisationen und einige Repräsentanten des linken Flügels der städtischen Bourgeoisie legten im April 1958 die Politische Kommission des Istiqlal auf diese Politik fest. Die Kommission erklärte, der Istiqlal würde jede Beteiligung an der Regierung des Landes einstellen, wenn nicht nach einem genau festgelegten Terminplan die folgenden Forderungen erfüllt würden: die Evakuierung aller ausländischen Truppen (d. h. der Franzosen und der Amerikaner), die Ausarbeitung einer Verfassung, die Ausschreibung von Gemeindewahlen im ganzen Lande, die Ernennung parteigebundener und kollektiv verantwortlicher Regierungen, in denen das Verteidigungs- und Innenministerium nicht mehr die privilegierte Domäne der königlichen Klientele bilden würde, die Herstellung enger politischer Beziehungen zu den Maghreb-Staaten, d. h. die Solidarisierung mit der algerischen Revolution<sup>35</sup>.

32 a.a.O., S. 209—211.

33 I. William Zartman: *Problems of New Power, Morocco*. New York 1964, S. 75—76.

34 Waterbury, S. 122—23.

35 a.a.O., S. 182.

Der König lehnte diese Bedingungen ab. Prompt distanzierte sich die Führung des Istiqlal vom ultimativen Charakter der Forderungen. Das war das Signal für die Spaltung des Istiqlal. Die Vertreter der Gewerkschaft und der bewaffneten Organisationen zogen sich von der Arbeit im Istiqlal zurück und begannen mit den Vorbereitungen für die Gründung einer neuen Partei. 1959 gründeten sie, gemeinsam mit Angehörigen des linken Flügels der städtischen Bourgeoisie die UNFP (Union Nationale des Forces Populaires). In ihr organisierten sich Arbeiter und Landarbeiter, Bidonville-Einwohner, Kleinbürger und Angehörige der städtischen Intelligenz<sup>36</sup>.

Der Istiqlal — bis heute eine der stärksten Parteien Marokkos — blieb in veränderter Form erhalten. Nachdem sich gezeigt hatte, daß nicht der Istiqlal, sondern der König die stärkste Kraft des Landes sein würde, hatte die städtische Handels- und Finanzbourgeoisie ihr Interesse am Istiqlal verloren und hielt nur noch lose Verbindungen zu ihm aufrecht<sup>37</sup>. Nach der Abspaltung der Gewerkschaften und der Führer der Résistance blieb der Istiqlal eine Partei des städtischen Kleinbürgertums, von Teilen der städtischen Intelligenz und des mittleren und kleineren Bauerntums<sup>38</sup>. Je nachdem welche Gruppen in ihm die Politik bestimmen, kann der Istiqlal auch heute noch ein temporärer Verbündeter der UNFP im Kampf gegen die herrschende Klasse der Agrarbourgeoisie sein.

Um den sich abzeichnenden Spaltungsprozeß innerhalb des Istiqlal zu fördern und so die neu entstehende Partei gegen den Istiqlal auszuspielen zu können, berief der König im Dezember 1958 die führenden Vertreter der Gewerkschaften und des linken Flügels der städtischen Bourgeoisie in die Regierung und überließ ihnen die Posten des Premierministers, des Wirtschaftsministers, des Landwirtschaftsministers und des Arbeitsministers.

In den anderthalb Jahren ihrer Regierungszeit (Dezember 1958 bis Mai 1960) bewältigten diese — später sich der UNFP auch offiziell anschließenden Minister — ein umfangreiches Programm: sie stellten den ersten marokkanischen Fünf-Jahres-Plans auf, den bis heute einzigen, der der Industrialisierung die absolute Priorität bei der ökonomischen Entwicklung Marokkos zuwies<sup>39</sup>. Sie schufen die nationalen Planungsinstitutionen und eine Reihe unabhängiger öffentlicher Körperschaften zur Unterstützung spezifischer Entwicklungsaufgaben in den einzelnen ökonomischen Sektoren<sup>40</sup>. Sie legten ein Landreform-Programm vor, das eine Höchstgrenze für Landbesitz vorsah und eine Reihe von Enteignungsvorschriften enthielt<sup>41</sup>. Der

36 a.a.O., S. 196, 213—14, 225.

37 a.a.O., S. 105, 192.

38 a.a.O., S. 84.

39 Abdel Aziz Belal und Abdeljalil Agourram: *L'Economie Marocaine Depuis l'Indépendance*, in: *Annuaire de l'Afrique du Nord*, VIII, 1969, herausgegeben vom Centre National de la Recherche Scientifique, Paris 1970, S. 157—58, 163—65.

40 Waterston, S. 13, 21.

41 Zartman, S. 133—38.



Wirtschaftsminister rekrutierte jene „ganz besonders kompetente Gruppe von Beratern und anderen Beamten, die zu jener Zeit im Ministerium für Nationale Wirtschaft tätig war“<sup>42</sup> und die bei der Absetzung der UNFP-Minister entlassen wurde<sup>43</sup>.

Diese Vorschläge bedrohten zwar langfristig des Königs Interessen, aber sie stellten keine unmittelbare Gefahr dar. Der König bekannte sich offiziell zu den Industrialisierungsplänen, die eine strikte Eingliederung des privaten Sektors und des privaten Kapitals in staatliche Projekte vorsahen, und reagierte schroff ablehnend nur auf das Landreform-Programm, das er als „zu sozialistisch und unvereinbar mit dem islamischen Eigentumsrecht“ verwarf<sup>44</sup>.

Der entscheidende politische Konflikt entstand aus der Forderung der UNFP nach Kontrolle des staatlichen Repressionsapparats, insbesondere der Armee, durch parteigebundene Minister. In Kundgebungen und in der Parteipresse trat sie für eine allgemeine Wehrpflicht ein, die den Hausmachtcharakter der Armee aufheben sollte, und für eine verstärkte Aufnahme von Mitgliedern der Befreiungsarmee ins aktive Offizierskorps<sup>45</sup>. Der heutige Generalsekretär der UNFP und damalige Wirtschaftsminister, Abderrahim Bouabid, kürzte das Armee-Budget und verlangte den Einsatz der so gesparten Gelder für Zwecke des wirtschaftlichen Aufbaus Marokkos<sup>46</sup>.

Der König sah die repressive Basis seiner Macht gefährdet. Seine Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Im Dezember 1959 wurden die führenden Journalisten der UNFP — ehemalige Mitglieder der bewaffneten Organisationen — verhaftet. Wenig später gab der marokkanische Innenminister bekannt, man habe eine Verschwörung gegen den Kronprinzen entdeckt, die von Mitgliedern der UNFP und der bewaffneten Organisationen vorbereitet worden sei. Das nahm der König zum Anlaß, seiner Armee den Befehl zu geben, die im Süden Marokkos gegen die Spanier operierenden Reste der Befreiungsarmee zu zerschlagen<sup>47</sup>. „Die Details und sogar die Existenz der Verschwörung“, so schreibt ein amerikanischer Beobachter, „bleiben immer im Bereich der Mutmaßungen, nicht allerdings die sich anschließende Welle von Verhaftungen“<sup>48</sup>.“ Zu einem Prozeß kam es nie. Die meisten der Verhafteten wurden nach einem halben Jahr freigelassen.

Der Konflikt hatte bewiesen, daß der König die Armee fest in der Hand hatte und sie auch gegen die Repräsentanten des Unabhängigkeitskampfes einsetzen konnte. Die bewaffneten Kräfte der Unabhängigkeitsbewegung waren zerschlagen und der König verfügte über das Monopol der bewaffneten Macht im Lande. Er konnte jetzt

42 Waterston, S. 23.

43 a.a.O., S. 27.

44 Zartman, S. 138.

45 a.a.O., S. 108.

46 a.a.O., S. 104.

47 al-Hurriya, Nr. 500, 2. 2. 70, Hamid Yarmuk: Die historischen Ursachen der Krise der progressiven Bewegung in Marokko.

48 Zartman, S. 111.

darangehen, diejenigen Kräfte aus den Schaltstellen der politischen Macht zu verdrängen, deren auf Planung und Industrialisierung gerichtetes Programm langfristig sein ökonomisches und politisches Instrumentarium bedrohen und die von ihm angestrebte Klassenallianz verhindern konnte. Während die der Verschwörung Angeklagten noch in den Gefängnissen saßen, wurden die UNFP-Minister aus ihren Ämtern entfernt. Der Versuch, den vom König eroberten Apparat noch zu kontrollieren, war zu spät unternommen worden.

Damit war der erste Abschnitt der Geschichte des unabhängigen Marokko beendet. Die Unabhängigkeitsbewegung war in verschiedene Gruppen zerfallen und ihrer militärischen Macht beraubt. Die Armee und das Innenministerium waren mit den Söhnen ländlicher Notabeln besetzt. Aber noch blieben die Gewerkschaften (UMT) und die UNFP stark, und es war nicht auszuschließen, daß sie sich angesichts einer offenen politischen und ökonomischen Allianz des Königs mit den Söhnen der ländlichen Notabeln wieder mit dem Istiqlal verbünden konnten.

### **Der Terroranschlag von 1963/64 und die Entpolitisierung des öffentlichen Lebens**

Die Notwendigkeit, den Istiqlal und die UNFP aus dem öffentlichen Leben auszuschalten, um jede für politische Entscheidungen relevante Position des öffentlichen Lebens mit der Klientele des Königs zu besetzen, bestand also nach wie vor. Da der direkte Terroranschlag von 1959 die politische Kraft der UNFP und ihr Ansehen bei den Massen nicht hatte brechen können, ging der König diesmal anders vor. Er konzentrierte seine Repression auf die UMT. Sie wurde vor die Alternative gestellt, sich entweder auf syndikalistische Maßnahmen im engsten Sinne des Wortes zu beschränken und dabei mit der Unterstützung des Königs rechnen zu können, oder weiterhin politische Aktionen durch die Mittel der Demonstration und des Streiks zu unterstützen und zusehen zu müssen, wie ihre Kader aus ihren Arbeitsplätzen entlassen würden<sup>49</sup>.

In dieser entscheidenden Phase der marokkanischen Politik stellte die Gewerkschaft den Schutz ihrer eigenen Organisation vor die Notwendigkeit der politischen Aktion. Sie unterwarf sich den Drohungen, akzeptierte das Angebot des Königs und trennte sich von der politischen Führung und von der UNFP<sup>50</sup>. Widerstrebende Gewerkschaftsführer wurden durch Einzelterror und durch Ausschluß aus der Gewerkschaft unschädlich gemacht<sup>51</sup>. Damit war die UNFP von der stärksten Arbeiterorganisation des Landes isoliert. Ihre politische Macht schien zur *quantité négligeable* zu werden.

49 Waterbury, S. 222—23.

50 a.a.O., S. 222—23.

51 a.a.O., S. 226.

Die Überzeugung des königlichen Hofes, daß sein Manöver erfolgreich verlaufen sei, verstärkte sich, als im Jahre 1962 der König einen von seinen Beratern — nicht von einer Verfassungsgebenden Versammlung — ausgearbeiteten Verfassungsentwurf zur Volksabstimmung vorlegte, der eine Art orléanistischen Parlamentarismus institutionalisieren sollte. Nur die UNFP rief zum Boykott des Referendums auf, hatte aber mit diesem Aufruf keinerlei Erfolg.

1963 setzte daher der König, ohne die neuen Kommunalwahlen abzuwarten, den Termin für die Wahlen zum ersten marokkanischen Parlament fest. Zu diesen Wahlen trieb er die von ihm geförderte Partei der Söhne ländlicher Notabeln in eine Einheitsfront mit der städtischen Partei seines Innenministers, Guedira, und taufte das Ganze „Front zur Verteidigung der verfassungsmäßigen Einrichtungen“. Eine gekonnte Wahlkreismanipulation sollte das übrige tun. Aber da man die UNFP für ausgeschaltet hielt, manipulierte man nur, um die Kandidaten des Istiqlal zu treffen. Das Ergebnis war enttäuschend. Die Königs-Partei erhielt nur 24 % aller Stimmen und 69 der 144 Parlamentssitze. Der Istiqlal, die UNFP und die Unabhängigen errangen zusammen 76 % aller Stimmen und eine knappe Mehrheit von 75 Sitzen<sup>52</sup>.

Damit war öffentlich klargestellt worden, daß die absolute Mehrheit der Marokkaner massiv gegen die Politik ihres Königs votiert hatte. Prompt entdeckte das Innenministerium eine Verschwörung gegen König Hassan. 130 Mitglieder der UNFP, unter ihnen 21 der 28 Parlamentsabgeordneten, wurden verhaftet. Monatelang wurden sie von der Außenwelt abgeschlossen gehalten, brutalen Folterungen unterworfen und zu Geständnissen gezwungen, die sie vor Gericht wieder zurückzogen. Elf prominente Politiker wurden zum Tode verurteilt. Die meisten von ihnen wurden 1965 — nach dem tagelangen Aufenthalt in Casablanca — begnadigt<sup>53</sup>. Im gleichen Jahr löste der König das Parlament auf und verhängte den Ausnahmezustand, während dessen alle legislativen und exekutiven Rechte beim Monarchen liegen. Dieser Ausnahmezustand dauerte bis 1970. Angesichts der Karikatur einer Verfassung, die ihn dann ablöste<sup>54</sup> muß man sagen, er dauert bis heute.

Der Prozeß von 1963/64 hatte seine Funktion erfüllt. Die politischen Organisationen der arbeitenden Bevölkerung standen in kompletter Zersplitterung gegeneinander. Das im Istiqlal organisierte Kleinbürgertum distanzierte sich von der UNFP, um sich die Basis für ein Arrangement mit dem König zu erhalten. Die Gewerkschaftsführung löste die letzten existierenden Verbindungen zur UNFP und versuchte — erfolglos — eine Allianz mit dem Istiqlal aufzubauen<sup>55</sup>. Die Kader der UNFP saßen in den Gefängnissen, waren isoliert und in Organisation und Öffentlichkeitsarbeit um Jahre zurückgeworfen.

52 a.a.O., S. 261.

53 Das Argument Nr. 63.

54 Jacques Robert: La Constitution du 31 Juillet 1970, in: *maghreb* N° 41, September—Oktober 1970.

55 Waterbury, S. 228.

### Die Interessen des Königs an der Blockierung des Industrialisierungsprozesses

Unter diesen Bedingungen konnte der König darangehen, eine seinen Interessen auch langfristig entsprechende Politik zu treiben. Die königliche Familie ist sowohl Marokkos einflußreichster Privatkapitalist als auch Marokkos größter Grundbesitzer: „Der königliche Palast hat eine sehr reale Kommando-Stellung sowohl in den kommerziellen Aktivitäten Marokkos als auch in der Verteilung von Protektion . . . Mitglieder der königlichen Familie wie Prinz Maulay Ali haben sich aktiv an den Handelsgeschäften des Königreichs beteiligt und der Palast hat substantielle Investitionen in Banken und Unternehmungen innerhalb und außerhalb Marokkos . . . Des Königs Schwäger Hassan Yacoubi, Ahmed Osman und Mohammed Cherkaoui haben innerhalb der . . . Geschäftswelt eine substantielle Unterstützung durch den Palast erfahren. Sie sind jetzt Mitglieder einer ökonomischen Familie, deren Grenzen der Souverän immer weiter auszudehnen sucht. Zu diesem Zweck kann der König den Fluß der Regierungsgeschäfte so dirigieren, daß er einige Mitglieder der Elite auf Kosten anderer bevorzugt oder die Ungehorsamen bedroht . . . die neuen aufgeklärten marokkanischen Kapitalisten sind durch diese Taktik am leichtesten verwundbar, denn wenn sie ein unternehmerisches Risiko eingehen, sind sie auf den Kredit und den Schutz des Staates angewiesen.“

„In derselben Weise hat die königliche Familie ihren Landbesitz in Marokko vergrößert. Prinz Maulay Abdullah ist einer der bedeutendsten marokkanischen Landbesitzer geworden . . . die königliche Familie steht an der Spitze der neuen ländlichen Bourgeoisie . . .“

Diese Kommando-Stellung des Königs im ökonomischen Bereich wird durch seine Verfügungsgewalt über den Verwaltungsapparat unterstützt: „. . . der König kontrolliert die begehrtesten Verwaltungsposten und manipuliert Ernennungen in derselben Weise, in der er ökonomische Sanktionen und Belohnungen verteilt: um seine weltliche Klientele bei der Stange zu halten, neue Rekruten anzuwerben und Gegner nicht ins Gewicht fallen zu lassen<sup>56</sup>.“

Jede Politik, die eine geplante Industrialisierung zum Ziel hat, läuft daher den Interessen des Königs zuwider. Eine langfristige Festlegung der Wirtschaftsprozesse muß die Manipulation des Geschäftslebens auf nationaler Ebene erschweren. Diese aber braucht der König sowohl als Druckmittel gegen nicht genehme politische Bewegungen innerhalb der städtischen Bourgeoisie als auch zur persönlichen Bereicherung. Eine Industrialisierungsplanung würde den Einfluß der technokratischen Bürokratie, von der ein nicht unerheblicher Teil in der UNFP organisiert ist<sup>57</sup>, stärken und durch die notwendigerweise größere Selbständigkeit der administrativen Organe auch die Manipulation der Besetzung von Verwaltungsposten schwie-

56 a.a.O., S. 150—52.

57 a.a.O., S. 213—14.

riger gestalten. Sie würde damit den Einfluß des Königs und des repressiven Apparats innerhalb der staatlichen Organisationen schwächen. Sie wäre, wie die UNFP mehrfach deutlich gemacht hat, nicht ohne eine Landreform und einen Abzug des überschüssigen Kapitals aus der Agrarwirtschaft denkbar<sup>58</sup>. Damit wäre der König, dessen Familie über einen Besitz von ca. 100 000 Hektar im modernen Sektor verfügt<sup>59</sup>, unmittelbar betroffen. Die Grundlage seines Reichtums, d. h. seiner im engeren Sinne ökonomischen Macht, wäre gefährdet.

Aber zumindest ebenso wie die ökonomischen und administrativen Konsequenzen hätte der Monarch die politischen Folgen zu fürchten, die sich aus einem solchen ökonomischen und sozialen Transformationsprozeß ergeben würden. Eine expandierende Industrie würde eine Stärkung der Arbeiterklasse und einen zunehmenden Einfluß des modernen Flügels der städtischen Bourgeoisie nach sich ziehen. Dieser hat bei Wahlen zu Industrie- und Handelskammern und auch bei anderen Gelegenheiten bewiesen, daß er einer zeitweiligen Koalition mit der UNFP nicht abgeneigt ist, weil er von ihr eine konsequente Industrialisierungspolitik erwartet<sup>60</sup>. Zumindes der Teil des Kleinbürgertums, der im Einzelhandel beschäftigt ist, würde sein ökonomisches Interesse durch ein solches politisches Bündnis vertreten sehen: eine stärkere Kaufkraft der städtischen Bevölkerung bedeutet für ihn erhöhte Gewinne. Endlich würden zu einem solchen Klassenbündnis die Kleinbauern gehören, die durch die Expansion des Großgrundbesitzes ihre Existenz gefährdet sehen und in einer Landreform die einzige zu ihrer Rettung mögliche Politik. Einem solchen Bündnis wäre der Repressionsapparat nicht gewachsen.

Durch die 1963—64 erfolgte Isolierung der Kräfte des progressiven Lagers voneinander hatte der König die Hände frei, die bereits vollzogenen Schritte zur Einleitung des seine Position gefährdenden sozialen und ökonomischen Transformationsprozesses rückgängig zu machen. Noch während die Kader der UNFP in den Gefängnissen Marokkos gefoltert wurden, begann der Monarch mit der Zerschlagung der von den Regierungsvertretern dieser Partei aufgebauten Planungsinstitutionen.

„Unter dem im November 1963 ernannten Kabinett wurden die von Bouabid in der Mobilisierung des Regierungsapparats erzielten Fortschritte rückgängig gemacht, indem man das Superministerium für Entwicklungszwecke demontierte. „Das marokkanische Vorgehen“, so kommentiert der amerikanische Marokko-Experte Douglas E. Ashford, „zeigt die Angst der Monarchie davor, neue organisatorische Bindungen auf unteren sozialen Ebenen zu ermutigen. Diese Befürchtungen spiegeln sich auch in anderen Aspekten der marokkanischen

58 Zartman, S. 133—38/ al-Alam 29. 7. 70: mithaq al-kutis al-wataniya (Die Chartre des Nationalen Blocks).

59 Yves Durrieu: Le Maroc Va-T-Il Bouger? in Politique Aujourd'hui, Januar 1970.

60 Waterbury, S. 131, 137.

Planung wider. Planung verband sich unauflöslich mit der Schaffung neuer politischer Institutionen, was sie in jedem Lande tut, das eine substantielle Verpflichtung eingeht. Angesichts der Notwendigkeit, Macht zu delegieren und Möglichkeiten der Teilnahme an ihr zu schaffen, war die marokkanische Alternative der Rückzug<sup>61</sup>.

Wenn hier noch die Angst vor den politischen und administrativen Konsequenzen der Rationalisierung und Mobilisierung des Regierungsapparats ausschlaggebend schien, so machte doch die seit 1965 betriebene Politik deutlich, daß sich der Schlag auch gegen die sozialen und ökonomischen Transformationen richtete, die im Programm der Industrialisierung enthalten waren. Bouabid hatte während seiner Amtszeit als Wirtschaftsminister eine Reihe autonomer Körperschaften gegründet, „... die spezifische wirtschaftliche Probleme behandeln sollten. Von besonderer Bedeutung waren die Nationale Bank für die Ökonomische Entwicklung (BNDE), die Staatsbank für Industrielle Beteiligung (BEPI) und das Nationale Amt für Bewässerung (ONI). Diese Institutionen dienten als Anziehungspunkte für zahlreiche Techniker, von denen man sagen kann, daß sie darauf aus waren zu handeln, und begierig, umfassende Projekte auszubauen. Doch betrachtete man offensichtlich die sozialen und ökonomischen Veränderungen, die ihren Plänen inhärent waren, als einen zu hohen Preis für Resultate, die nicht notwendigerweise dem Regime zugute kommen würden. Eine Zeit lang mag der König mit der Idee gespielt haben, diese Organisation durch die Ministerien zu kontrollieren, unter deren Jurisdiktion sie fielen. Aber jetzt ist klar geworden, daß man diese Methoden übermäßig anstrengend findet, und das Ziel ist jetzt, die Autonomie dieser Ämter völlig zu beseitigen“<sup>62</sup>.

Parallel zu dieser Lahmlegung der potentiellen Agenturen industrieller Entwicklung und rationeller Wirtschaftsplanung erfolgte der dritte Schlag. Gegenüber dem von der UNFP aufgestellten ersten Fünf-Jahres-Plan wurden die Investitionen in die Industrie im Drei-Jahres-Plan (1965—67) erheblich reduziert<sup>63</sup>. Im gegenwärtig laufenden Fünf-Jahres-Plan (1968—72) beträgt die gesamte Summe der Industrie-Investitionen nur 60 % der Summen, die die öffentliche Hand in die Landwirtschaft investieren wird. 50 % der Industrie-Investitionen sollen aber von privatem Kapital getragen werden, d. h. die Industrie-Investitionen der öffentlichen Hand machen 30 % ihrer Agrar-Investitionen aus und sind gleich hoch wie die Ausgaben für den Tourismus<sup>64</sup>. Selbst wenn alle Planungsdaten erfüllt werden sollten, selbst wenn das private Kapital zum erstenmal in der Geschichte des unabhängigen Marokko die von ihm erwarteten Investitionen in der vorgesehenen Höhe vornehmen sollte, wird der An-

61 Douglas E. Ashford, *Political Aspects of Rural Development in North Africa*, in *State* . . . 220.

62 Waterbury 276.

62 Waterbury, S. 276.

63 Belal und Agourram, S. 164.

64 a.a.O., S. 161, 165.

teil der Industrie-Produktion an der Brutto-Inlands-Produktion nicht wachsen (1968 = 15 %, 1972 = 15,6 %) <sup>65</sup>.

### Der König und die Agrarbourgeoisie

Um diese Politik der Blockierung des ökonomischen und sozialen Transformationsprozesses auf lange Sicht erfolgreich zu betreiben, reicht ein starker Repressionsapparat allein nicht aus. Es bedarf dazu einer Klasse, deren ökonomisches Interesse die Erhaltung des Status quo verlangt, und die ökonomisch stark genug ist, um die wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Landes in ihrem Sinne zu determinieren. Diese Klasse war nur in Ansätzen vorhanden. Es gab die ländlichen Notabeln und die Söhne der großen Qaids mit mittlerem und großem Grundbesitz. Es gab den ausgedehnten Grundbesitz der städtischen Handels- und Finanzbourgeoisie in der Nähe der großen Städte. Aber die politische Stellung der Notabeln war schwach und die städtische Handels- und Finanzbourgeoisie nahm zu den Industrialisierungsplänen eine unentschiedene und ambivalente Haltung ein. Beide Gruppen bewirtschafteten ihr Land vor allem mit traditionellen Methoden <sup>66</sup> und waren daher ökonomisch nicht stark genug, die Wirtschaft des Landes und die Landwirtschaft entscheidend zu verändern.

Deshalb schuf sich der Staat die Mittel, das Entstehen einer ökonomisch starken Klasse zu fördern. Ein königlicher Erlaß vom 26. September 1963 ermächtigte die marokkanische Regierung, den Landbesitz der französischen colons zu enteignen, wenn diese nicht nachweisen konnten, daß sie ihr Land durch einen regulären Kaufvertrag erworben hatten. Das unter diesem Erlaß dem marokkanischen Staat zufallende Land, ca. 250 000 Hektar, gehört zu den fruchtbarsten Ländereien des modernen Agrar-Sektors. Ein zweiter Erlaß verbot den colons, die Rechtstitel auf ihr Land nachweisen konnten, es ohne Genehmigung der Regierung zu verkaufen <sup>67</sup>.

Damit hatten es der Monarch und der Staatsapparat in der Hand, die Zusammensetzung der neuen Klasse zu beeinflussen und ihre ökonomische Position schlagartig zu verstärken. Die ländlichen Notabeln und die städtische Handels- und Finanzbourgeoisie mußten bei der Verteilung von Land und bei Landverkauf selbstverständlich berücksichtigt werden. Aber die Basis der politischen Macht des Königs war der staatliche Repressionsapparat, der sich hauptsächlich aus den Söhnen der ländlichen Notabeln zusammensetzte. Ihnen vor allem mußte in der neuen Klasse eine beherrschende Position geschaffen werden. Durch die Schaffung einer Interessen-Identität zwischen diesen drei Gruppen konnte sich eine ökonomisch einflußreiche Klasse formieren, die mit dem König das Interesse an der Erhaltung des Status quo teilt.

65 a.a.O., 165.

66 Waterbury, S. 139—40.

67 Yves Durrieu, *Le Maroc* ...

Die Politik der Formierung der Agrarbourgeoisie wurde 1963 mit demonstrativen Gesten eingeleitet. Noch während die Kader der UNFP in den Gefängnissen gefoltert wurden, rehabilitierte der König im Oktober 1963 die ländlichen Notabeln und großen Qaids, deren Vermögen 1957 wegen ihrer Kollaboration mit der Protektorsmacht sequestriert worden war<sup>68</sup>.

Ihren Söhnen, den Funktionären des Innenministeriums und Mitgliedern des Offizierskorps, wurde durch die beiden königlichen Erlasse hinreichend Möglichkeit gegeben, unter vorteilhaften Bedingungen die Ländereien der colons im modernen Sektor aufzukaufen. Es lag in der Natur der Sache, daß die colons am ehesten an die königliche Familie und an solche Funktionäre des Staatsapparats verkauften, die ihnen — aufgrund ihres politischen Einflusses — den Transfer des Kaufpreises ins Ausland ermöglichen konnten. Der Monarch und die Vertreter des staatlichen Repressionsapparats haben so unter Ausnutzung der Staatsmacht zu billigen Preisen großen Grundbesitz erworben<sup>69</sup>. „Der politische Zweck der staatlichen Handlungen im landwirtschaftlichen Bereich lief, was die Ländereien der colons angeht, darauf hinaus . . . der Krone und den ihr völlig ergebenden Funktionären Eigentum zu übertragen“<sup>70</sup>.

Die den colons enteigneten Staatsländereien wurden nicht an die Kleinbauern verteilt oder zur Gründung von Produktionskooperativen genützt, sondern unterstehen bis heute der Aufsicht des Innenministeriums<sup>71</sup>. Die private und öffentliche Verfügungsgewalt der Vertreter des staatlichen Repressionsapparats über einen bedeutenden Teil des modernen Sektors der Landwirtschaft stärkt ihre Position im Innenministerium und der Armee, wo sie seit Jahren einen zähen und schwierigen Abwehrkampf gegen das Eindringen der Söhne der städtischen Bourgeoisie in diese Schaltstellen staatlicher Macht führen<sup>72</sup>.

Aber es galt auch, die landbesitzende städtische Handels- und Finanzbourgeoisie in diese neue Klasse der Agrarbourgeoisie einzu beziehen und ihr ökonomisches Interesse an der Erhaltung des Status quo zu stärken. Dieser Schritt wird im gegenwärtig laufenden Fünf-Jahres-Plan durch das Förderungsprogramm für die Landwirtschaft vollzogen.

### Das Förderungsprogramm für die Agrarbourgeoisie

In den Jahren seit 1963 hat der Staat erhebliche Investitionen konstanten Kapitals in den Bau großer Bewässerungsanlagen — vor allem Staudämmen — vorgenommen. Diese wurden in den schon

68 Waterbury, S. 116.

69 a.a.O., S. 140—42, 277/ Yves Durrieu: *Le Maroc . . .* / Jamil Moulahid. *Le Maroc dans l'Inquiétude*, Esprit, November 1970.

70 Yves Durrieu, *Le Maroc . . .*

71 a.a.O.

72 Waterbury, S. 122—23.



vorher gut bewässerten Gebieten des modernen Agrar-Sektors errichtet, der sich dadurch jetzt auf 20 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche Marokkos ausgedehnt hat<sup>73</sup>. Läßt man die unter Aufsicht des Innenministeriums stehenden Staatsländereien außer acht, so befindet sich der Großgrundbesitz des modernen Sektors heute zu je 50 % in den Händen französischer colons und der marokkanischen Agrarbourgeoisie<sup>74</sup>.

Der vorkapitalistische, traditionelle Sektor liegt in den unbewässerten Gebieten und ist zum großen Teil immer noch kollektiver Besitz von Stämmen und Dorfgemeinschaften. Kleinbauern mit Grundstücken bis zu 4 Hektar und Landarbeiter, die auf der Basis eines Anteils am Ernteertrag beschäftigt werden, stellen 85 % der Landwirte des traditionellen Sektors<sup>75</sup>.

Von den 2551 Millionen Dirham (1 Dirham = 1,10 Francs nach der französischen Abwertung) öffentlicher Agrar-Investitionen sind jedoch nur 4 % für die Errichtung kleiner Bewässerungsanlagen, die den Kleinbauern und Landarbeitern zugute kommen, eingesetzt: „Die Investitionspolitik begünstigt wesentlich die großen Bewässerungsanlagen, die vor allem den mittleren und großen Unternehmen zugute kommen“<sup>76</sup>.

Der 1969 erlassene Code für Agrar-Investitionen sieht vor, daß die Investitionen sich auf die bewässerten Gebiete, also auf den modernen Sektor, konzentrieren sollen. Mit den Worten König Hassans II.: „Einige werden sich fragen, was aus den Kulturen auf trockenem Boden wird, da doch bisher nur von den bewässerten Zonen die Rede war. Die Antwort ist, daß Wir begonnen haben, Uns vorrangig mit den bewässerten Gebieten zu befassen wegen der Wichtigkeit, die sie aufgrund der Staudämme haben“<sup>77</sup>. Diese Begründung muß den Kleinbauern um so zynischer klingen, als sie, wie alle Bürger, seit Jahren — aufgrund eines Regierungsbeschlusses — einen willkürlich um 100 % erhöhten Preis für Zucker, der in einer teetrinkenden Nation wie Marokko ein Grundnahrungsmittel darstellt<sup>78</sup>, zahlen, „um es dem Staat zu erlauben, gewisse Staudämme zu finanzieren, die in erster Linie die von den reichen Vertretern der Administration gekauften Ländereien bewässern“<sup>78a</sup>.

Der Code schreibt weiterhin vor, daß die Bewirtschaftung unter Benutzung der fortgeschrittensten Techniken und mit einem hohen Maß an Mechanisierung zu betreiben ist. Es ist unmittelbar einleuchtend, daß das für die Kleinbauern erhebliche finanzielle Belastungen

73 a.a.O., S. 140.

74 Yves Durrieu, *Le Maroc* . . .

75 Belal und Agourram, S. 159.

76 a.a.O., S. 161.

77 König Hassan II. in der Vorrede zum Code des Investissements Agricoles, Rabat, Januar 1969, zitiert aus: *Annuaire* . . ., S. 952.

78 Mohammed Lahbabi, *Die sozio-ökonomische Lage Marokkos im Jahre 1965*, S. 83—86 in Mehdi Ben Barka, *Revolutionäre Alternative*, ed. Bassam Tibi, München 1969.

78a Yves Durrieu, *Le Maroc* . . .

und die Gefahr einer weitgehenden Verschuldung bedeutet, zumal die Kleinbauern gehalten sind, als individuelle Eigentümer (nicht etwa als Produktionskooperative) Saatgut und Dünger direkt vom Staat zu kaufen, der ihnen dafür 200 Dirham pro Hektar abnimmt. Diese finanzielle Belastung wird sich also weiter erhöhen.

Eine Höchstgrenze des Grundbesitzes ist nicht vorgesehen. Eher eine Minimalgrenze, denn Grundstücke unter fünf Hektar werden als „nicht lebensfähig“ angesehen und von bestimmten Förderungsmaßnahmen ausgeschlossen. Nur Grundstücke über fünf Hektar werden bei einer eventuellen Verteilung von Staatsländereien durch das Innenministerium berücksichtigt werden<sup>79</sup>. Weiter sieht der Code vor, daß die Bauern sich bis zu 40 0/0, d. h. mit 1500 Dirham pro Hektar, an den Investitionen für die Bewässerung zu beteiligen haben<sup>80</sup>.

Eine Politik der Industrialisierung der Landwirtschaft, der Aufhebung der Parzellierung von Grund und Boden und der Großraumberechtigungen könnte durchaus gerechtfertigt werden. Unter Zugrundelegung einer gleichbleibenden demographischen Zuwachsrates und gleichbleibender Preise wird der Nahrungsmittelkonsum Marokkos von 5 Milliarden Dirham im Jahre 1964 auf 12 Milliarden Dirham im Jahre 1985 steigen müssen, wenn das jetzige Niveau gehalten werden soll<sup>81</sup>. Diese Politik müßte aber, um eine soziale und ökonomische Katastrophe abzuwenden, Arbeitsplätze für die große Zahl von Kleinbauern und Landarbeitern schaffen, die in einer modernisierten Landwirtschaft keine Beschäftigung mehr finden. Die Ausdehnung des modernen Sektors in Industrie und Landwirtschaft müßte aufeinander abgestimmt sein und miteinander parallel gehen. Eine solche Art der Wirtschaftsplanung widerspräche aber den Interessen der Agrarbourgeoisie, des Innenministeriums und des Monarchen. Die nur an deren Interessen orientierte gegenwärtige Landwirtschaftspolitik wird daher vor allem vier Konsequenzen haben. Die erste betrifft den traditionellen Sektor. Er wird gegenüber dem Großgrundbesitz des kapitalistischen Agrar-Sektors noch konkurrenzunfähiger werden, als er es bisher schon ist. Da seine Produktion auch nicht ausreicht, die Subsistenz seiner Mitglieder zu erhalten und da er weiterhin von allen Förderungsmaßnahmen ausgeschlossen bleibt, wird der Exodus vom traditionellen Sektor in die Bidonvilles ein immer größeres Ausmaß annehmen.

Die zweite Konsequenz betrifft die Kleinbauern innerhalb des modernen Sektors und der durch die Bewässerungsanlagen ihm jetzt angeschlossenen Gebiete. Bei der Verteilung der Staatsländereien werden sie nicht berücksichtigt. Dazu kommt, daß der Code die Auflösung des Kollektiveigentums der Stämme und Dorfgemeinschaften beschleunigt. Das wäre ein vernünftiger Schritt, wenn es durch Produktionskooperativen abgelöst würde. Tatsächlich erfolgt diese Auflösung aber auf rein privatkapitalistischer Basis. Zwar sieht der Code

79 Belal und Agourram, S. 161.

80 Fathallah Oulalou, *Chronique Economique*, in *Annuaire* . . . , S. 573.

81 Yves Durrieu, *Le Maroc* . . .

vor, daß Grundstücke unter fünf Hektar und Grundstücke in Kollektiveigentum von der 40 %igen finanziellen Beteiligung an den Investitionen für die Bewässerungsanlagen ausgenommen werden sollen<sup>82</sup>, aber gleichzeitig wird der Verkauf des individuellen Nutzungsrechts am Kollektiveigentum an andere Mitglieder der Dorf- oder Stammesgemeinschaft begünstigt<sup>83</sup>. So werden Nutzungsrechte einzelner an immer ausgedehnteren Flächen des Kollektiveigentums entstehen, die endlich zur Umwandlung des Nutzungsrechts in formelles Eigentum und damit zur Auflösung des Kollektivbesitzes führen werden. Dieser Prozeß, in dessen Verlauf sich die Dorfnotabeln in die Klasse der Agrarbourgeoisie einreihen werden, ist bereits jetzt zu beobachten<sup>84</sup>. Da diese Entwicklung eine unmittelbare Existenzbedrohung der Kleinbauern und Landarbeiter darstellt, und da sie auch sehen können, wer aus ihr Nutzen zieht, wird sich in immer steigendem Maße der Widerstand der Kleinbauern und Landarbeiter im modernen Sektor formieren.

Die dritte Konsequenz betrifft die Entwicklung der marokkanischen Industrie. Da der Staat 60 % der Unkosten für die Produktivitätssteigerung des Bodens im modernen Sektor übernimmt, setzt er de facto eine Prämie auf den Landkauf im großen Maßstab, d. h. auf den Abzug städtischen Kapitals in die Landwirtschaft. Der fruchtbare und gut bewässerte Boden verspricht schnell zu realisierende Profite, während Industrie-Investitionen langfristige Festlegungen des Kapitals verlangen und die Realisierung der Profite erst nach Jahren zu erwarten ist. Das Kapital der städtischen Handels- und Finanzbourgeoisie wird also in Landkauf angelegt werden und nicht in Industrie-Investitionen. Dies ist der Weg, auf dem die landbesitzende städtische Handels- und Finanzbourgeoisie in die Agrarbourgeoisie integriert wird.

Die vierte Konsequenz betrifft das Verhältnis der marokkanischen Wirtschaft zu den hochindustrialisierten Ländern und die Sicherung der Ernährung der marokkanischen Bevölkerung durch die modernisierte Landwirtschaft. Die Konzentrierung der öffentlichen Investitionen auf den Agrar-Sektor wird mit Sicherheit die Abhängigkeit der marokkanischen Volkswirtschaft vom Export der Agrar-Produkte verstärken. Diese machen schon gegenwärtig 45 % der Werts aller marokkanischen Exporte aus<sup>85</sup> (der zweite große Exportposten sind Bodenschätze: Phosphat, das 1968 24 % des Werts aller marokkanischen Exporte ausmachte<sup>86</sup>, Eisen, Blei, Zink und Mangan<sup>87</sup>). Dazu kommt, daß mit dem Anwachsen des Großgrundbesitzes eine Konzentration auf wenige Export-Produkte wie Zitrusfrüchte und Baumwolle auf Kosten des Getreideanbaus zu beobachten ist, die

82 Artikel 20 des Code des Investissements Agricoles.

83 Artikel 21 des Code des Investissements Agricoles.

84 Jamil Moulahid, a.a.O.

85 Waterbury, S. 304.

86 Belal und Agourram, S. 167.

87 Oualalou, S. 574—75.

Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung also zugunsten der Export-Güter-Produktion zurücktritt<sup>88</sup>. Die volkswirtschaftliche Aufgabe, das Nahrungsmitteldefizit auszugleichen, wird also durch eine Klasse, die nur an unmittelbar zu realisierenden Profiten interessiert ist, nicht gelöst werden. Die Konzentration auf wenige Export-Güter schafft eine strukturelle Abhängigkeit der marokkanischen Ökonomie vom Außenhandel, die Entwicklung der terms of trade wird langfristig diese Abhängigkeit verstärken und die Aussichten auf eine politische und ökonomische Selbständigkeit Marokkos verringern.

### **Marokkos Abhängigkeit von der EWG**

Das läßt sich schon aus dem Assoziierungsvertrag ablesen, den Marokko mit der EWG geschlossen hat. Die in ihm enthaltenen Schutzklauseln räumen der EWG einen bestimmenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik Marokkos ein. Wenn Marokko Schutzzollbestimmungen für neue Industrien einführen will, so ist es nach den Vertragsbestimmungen verpflichtet, dazu die Einwilligung der EWG einzuholen. Die EWG hingegen kann alle sie verpflichtenden Vertragsbestimmungen einseitig lösen, wenn diese „sektorielle Schwierigkeiten“ in EWG-Ländern auflösen. Dieser Terminus ist im Vertrag nicht definiert, also für jede Interpretation offen. Marokko hat damit im Bereich der Industrialisierung seine „Initiative verloren. Die Industrialisierung hängt nicht mehr von den im Entwicklungsplan festgehaltenen Zielen ab, sie hängt ab vom EWG-Partner. Wenn dieser sich dagegen veranlaßt fühlt, seine Bestimmungen im landwirtschaftlichen oder industriellen Bereich zu ändern, so geht das die assoziierten Partner nichts an. . . Endlich läßt der europäische Partner keine vorgeschlagenen Modifikationen [der Vertragsbestimmungen] zu, wenn ihm nicht entsprechende Konzessionen zugestanden werden“<sup>89</sup>.

Der erweiterte Absatzmarkt für Agrar-Produkte hat die marokkanische Agrarbourgeoisie dazu verleitet, jeden Anspruch auf autonome politische Zielsetzungen in der nationalen Wirtschaftsplanung aufzugeben. Er ist die Leine, an der die EWG die Agrarbourgeoisie hält und sie ist der Haken, an dem das strategisch wichtige Marokko im westlichen Lager festgemacht ist. Die Voraussage von Ernest Gellner, daß Hassan II. als der letzte französische Pro-Konsul in Nordafrika in die Geschichte eingehen werde, scheint sich zu bestätigen<sup>90</sup>.

### **Die politischen Konsequenzen: der Terrorprozeß von Marrakesch**

Der blockierte Transformationsprozeß fordert seine Opfer. Gegenwärtig sind 30—50 % der städtischen Bevölkerung arbeitslos und

<sup>88</sup> Belal und Agourram, S. 151.

<sup>89</sup> Bruno Etienne, Maghreb et C.E.E., in *Annuaire* . . . , S. 191.

<sup>90</sup> Ernest Gellner in *New Society* 16. 5. 63, zitiert aus: A. J. Meyer: *Economic Planning in North Africa, in State* . . . , S. 253.

60 % der Landbevölkerung unterbeschäftigt<sup>91</sup>. Nach den Daten des Fünf-Jahres-Plans wird die Gesamtzahl der in allen ökonomischen Sektoren vorhandenen Arbeitsplätze um 2 % anwachsen, die Zahl der Arbeitslosen aber um 3 %. Der Plan kalkuliert also ein Anwachsen der Arbeitslosen um 225 000 Personen ein<sup>92</sup>.

Die Landflucht, die gegenwärtig 100 000 Menschen jährlich vom Land in die Bidonvilles treibt<sup>93</sup>, wird durch das im Fünf-Jahres-Plan enthaltene Programm zur Förderung der Agrarbourgeoisie weiter zunehmen.

Der Monarch weiß, daß der Protest der Massen gegen diese Konsequenzen des Fünf-Jahres-Plans nur durch den massiven Einsatz des Repressionsapparats aufgehalten werden kann. Er hat deswegen in den letzten Jahren alle wichtigen Aufgaben des Landwirtschaftsministeriums dem Innenministerium übertragen<sup>94</sup>. Auch für die Bidonvilles und die Städteplanung ist nicht mehr das Ministerium für Öffentliche Arbeiten zuständig, sondern das Innenministerium<sup>95</sup>. Seit 1967 versucht dieses, das Bidonville-Problem durch die gewaltsame Rückführung der Bidonville-Einwohner aufs Land zu lösen<sup>96</sup>. Der Staatsapparat reduziert sich zunehmend auf den reinen Repressionsapparat und die Lösungen, die er für die durch seine Politik entstandenen sozialen und ökonomischen Probleme anbieten kann, erschöpfen sich dementsprechend in der Anwendung von Gewalt.

Das begreifen die Massen. Die Arbeiter sehen, daß mit der wachsenden Zahl der Bidonville-Einwohner und der Arbeitslosen ihre Aussichten auf die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen geringer werden. Angesichts der Tatsache, daß schon jetzt auf jeden Industrie-Arbeiter zwei Arbeitssuchende in den großen Städten entfallen, kann jeder Streik mit der Drohung der Entlassung beantwortet werden. Alles kommt also für die Arbeiter darauf an, eine Solidarisierung der Bidonville-Einwohner mit ihren konkreten Kampfmaßnahmen zu erreichen. Diese Solidarisierung ist nur durch gemeinsame politische Zielsetzungen und gemeinsame politische Organisation zu erreichen. Da der Staatsapparat den Bidonville-Einwohnern nur in der Form der gewalttätigen Negation ihrer Hoffnungen und Wünsche gegenübertritt sind die Bedingungen dafür gegeben. Der zentrale Vorwurf, der den jetzt in Marrakesch angeklagten 193 Sozialisten gemacht wird, ist, daß sie es gewagt haben, Parteizellen in den Bidonvilles und unter den Kleinbauern zu gründen<sup>97</sup>.

Die Gewerkschaften haben nach vielen Schwankungen endlich begriffen, daß mit der Stagnation der Industrie auch ihre Organisation an Stärke verliert. Die Studenten verstehen, daß eine stagnierende

91 Belal und Agourram, S. 154.

92 a.a.O., S. 154—55.

93 Waterbury, S. 305.

94 a.a.O., S. 284.

95 a.a.O., S. 286.

96 a.a.O., S. 155—56.

97 Siehe die Berichterstattung der offiziellen marokkanischen Presse-Agentur über den Prozeß.

Volkswirtschaft ihre Aussichten auf einen ihrer Ausbildung gemäßen Arbeitsplatz hinfällig macht.

Seit Jahren berichten daher die Korrespondenten der europäischen Presse über die wachsende Unzufriedenheit in den Städten, über imponierende Demonstrationen von Zehntausenden von Arbeitern in allen großen Städten Marokkos, die unter den Losungen „Geduld hat ihre Grenzen“, „Aufhebung der Bidonvilles“, „Arbeit für alle“, „Brot für das Volk“ und „Wir wollen eine wirkliche Demokratie“ geführt werden. Lang andauernde Streiks bestimmen das Bild an den Universitäten, die gerade jetzt, in den ersten Junitagen 1971, Zeugen brutaler Polizeiangriffe waren<sup>98</sup>.

Aber 1970 artikulierte sich diese Unruhe zum erstenmal in der Geschichte des unabhängigen Marokko auch unter den Kleinbauern. Mit Steinen, Knüppeln und alten Jagdflinten bewaffnet, versuchten im Frühjahr und im Spätherbst des Jahres 1970 Bauern die Übernahme von Gütern französischer colons durch neue marokkanische Großgrundbesitzer zu verhindern. Das Militär zerschlug die Unruhen, niemand kennt die Zahl der Opfer<sup>99</sup>. Der König und die Agrarbourgeoisie haben durch kollektiven und individuellen Terror die Parteien jahrelang jeder Möglichkeit beraubt, auf politische Entscheidungen und die Organisation des wirtschaftlichen und sozialen Lebens Einfluß zu nehmen. Die Massen, die das begriffen haben, reagieren darauf, indem sie ihrer Verzweiflung in spontanen Aktionen Ausdruck geben.

Das ist gleichzeitig die neue Dimension, die die Vorgeschichte des jetzt in Marrakesch stattfindenden Terrorprozesses charakterisiert. Die in Aktionen artikulierte Unzufriedenheit der Massen zeigt, daß sie bereit sind, eine aktive Rolle im politischen Leben Marokkos zu spielen und dies nicht mehr allein durch den Konflikt zwischen Kleinbürgertum und städtischer Bourgeoisie einerseits, den König und die Agrarbourgeoisie andererseits bestimmen zu lassen.

Diese Entwicklung zeigt sich auch innerhalb der politischen Parteien. Ein Vergleich der Klassenzugehörigkeit der Angeklagten in den beiden gegen die UNFP gerichteten Terrorprozessen von 1963/64 und 1971 macht das deutlich. Unter den 106 Angeklagten von 1963/64 war kein Arbeiter, und nur 5 Bauern repräsentierten die Landbevölkerung<sup>100</sup>. Unter den jetzt in Marrakesch vor Gericht stehenden Kadern der UNFP sind 80 Arbeiter und Angestellte, 42 Kleinbauern, 13 Lehrer und Professoren, 7 Studenten, 8 Beamte, 24 Händler und Handwerker und sechs Rechtsanwälte<sup>101</sup>. Nach neueren Berichten gehören auch mehrere Polizei-Offiziere zu den Angeklagten<sup>102</sup>. Was

98 Stellungnahme der Union Nationale des Etudiants Marocains vom 12. 6. 71.

99 Bahi Mohammed: Le Maroc dans l'Attente, in *Africasia* N° 32, Januar 71.

100 Waterbury, S. 212.

101 Maroc 1956—1971, 15 années d'Indépendance = 15 années de Répression, Le Procès de Marrakesch, Brochure N° 1, S. 33.

die Gerüchte über zahlreiche Verhaftungen im Offizierskorps angeht<sup>103</sup>, so werden sie durch die Liste der Angeklagten von Marrakesch nicht bestätigt. Das bedeutet nicht notwendigerweise, daß sie als widerlegt zu gelten haben.

Der Vergleich zwischen den beiden Prozessen zeigt das neue Kräfteverhältnis im politischen Leben Marokkos. In den Arbeitern und Kleinbauern sieht der König seine gefährlichsten Gegner. Sie will er mit diesem Prozeß treffen und einschüchtern. Noch ist ihm das — wie die zahlreichen sehr militanten Streiks in den großen Städten während des ersten Halbjahrs 1971 zeigen — nicht gelungen<sup>104</sup>.

Die Parteien und Gewerkschaften wissen, daß sie vor der Wahl stehen, entweder dem Druck des Repressionsapparats nachzugeben und ihre Glaubwürdigkeit bei den Massen zu verlieren, oder die Unterdrückung auf sich zu nehmen und mit Entschlossenheit die Forderungen der Massen zu artikulieren. Auch unter den Bedingungen des Terrors erfolgt diesmal — anders als 1963/64 — keine Distanzierung des Istiqlal oder der Gewerkschaften von der UNFP. 1968 war die Führung der Gewerkschaft (UMT) wieder in die UNFP zurückgekehrt. 1969 hatten UNFP und Istiqlal zum erstenmal seit vielen Jahren gemeinsame Erklärungen gegen die Politik des Königs unterzeichnet. Im Juli 1970 schloß sich, noch während die Verhaftungen der UNFP-Kader im ganzen Lande erfolgten, auch der Istiqlal mit der UNFP zu einem „Nationalen Block“ zur Verteidigung der demokratischen Grundrechte und zur Durchsetzung eines Minimalprogramms zur Überwindung der Unterentwicklung zusammen.

Damit sind die politischen Fronten in Marokko zum erstenmal seit vielen Jahren wieder klaggestellt. Die reaktionäre Allianz, der König und die Agrarbourgeoisie, versucht durch den Einsatz des staatlichen Repressionsapparats die Allianz der Arbeiterschaft und der Kleinbauern mit dem Kleinbürgertum und der städtischen Intelligenz zu zerschlagen.

Diese Aufgabe soll der jetzt stattfindende Prozeß erfüllen. Da die Vorwürfe gegen die Angeklagten sich als so haltlos erwiesen, daß der Untersuchungsrichter des ursprünglich für die Verhandlung vorgesehenen Militärgerichtshofs eine Befassung mit dem Anklagedossier ablehnte (eine Tatsache, die zu vielen Spekulationen Anlaß gab und die zu Recht vom „Nationalen Block“ als „fait capital“ apostrophiert wird), wurde der Prozeß einem Gerichtshof zugewiesen, dessen Vorsitzender 1957 auf der Liste der am meisten kompromittierten Kollaborateure der Protektorsmacht stand. Er wird über viele An-

102 DPA-Meldung vom 14. 6. 71.

103 Jamil Moulahid, *Le Maroc dans l'Inquiétude*.

104 al-Hadaf 29. 5. 71: die marokkanische Regierung erneuert ihre willkürlichen Terrorangriffe, dort auch die Nachricht über die Ermordung eines der UNFP angehörenden Gewerkschafters während der 1. Mai-Feiern in Serrat, einer der Regionen, in der 1970 Bauernunruhen stattfanden.

geklagte zu urteilen haben, die in den fünfziger Jahren ihr Leben für die Unabhängigkeit Marokkos einsetzten. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß er seine Aufgabe gemäß seinen Instruktionen erfüllen wird.

Das zeigt bereits seine Weigerung, sich mit den Folterungen zu befassen, aufgrund derer den Angeklagten die Geständnisse, die die Grundlage der Anklageschrift bilden, abgepreßt wurden. Nachrichten über diese Folterungen lagen seit Januar dieses Jahres aus Marokko vor. Sie werden jetzt offiziell bestätigt. Der Rechtsanwalt Christian Bourguet, Delegierter der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen, berichtete am 22. Juni in Paris von medizinischen Gutachten, die schwere Blutergüsse, schmerzhaft Narben und offene Verletzungen bei den Angeklagten festgestellt haben und diese eindeutig auf Folterungen zurückführen<sup>105</sup>. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Folterungen auch während des Prozesses fortgesetzt werden.

Die in diesem Prozeß zu befürchtenden Todesurteile sollen die Arbeiter, Kleinbauern und Bidonville-Einwohner ebenso wie die Intellektuellen und Kleinbürger abschrecken und demoralisieren. Sie werden einen Teil dieser beabsichtigten Wirkung erreichen, wenn die demokratische Öffentlichkeit außerhalb Marokkos dem Prozeß von Marrakesch weiterhin stumm zuschauen wird.

Es geht in dem kommenden Prozeß um das Überleben von 193 marokkanischen Sozialisten, es geht um das Überleben der sozialistischen Partei Marokkos. Es geht darum zu verhindern, daß die einzige bestehende Alternative zur reaktionären Allianz physisch und organisatorisch liquidiert wird.

Nur eine intensive faktische und moralische Unterstützung durch die demokratische Öffentlichkeit in aller Welt kann die Angeklagten noch retten. Die europäischen Sozialisten sind aufgerufen, sich mit den Angeklagten von Marrakesch zu solidarisieren und sie mit allen Mitteln zu unterstützen.

**Solidaritätsadressen und Unterstützungen an:  
Comité International des Inculpés de Marrakesch  
Maître Buttin  
14 Rue Monsieur le Prince  
Paris 6<sup>e</sup>**

Anhang

#### **Nachtrag zum Putsch vom 10. Juli 1971**

Die obskuren Umstände, unter denen sich der Versuch eines Militärputschs am 10. Juli in Marokko vollzog, die Tatsache, daß General Oufkir es vorgezogen hat, die zehn führenden Offiziere nicht als Kronzeugen in einem Gerichtsverfahren auftreten, sondern sie ohne Richterspruch erschießen zu lassen, erschweren die Beurteilung dieses Unternehmens.



Die vorläufige Aufstellung von Hypothesen scheint jedoch aufgrund des vorliegenden Materials in einigen Punkten möglich zu sein.

1. Marokko ist in sechs Militärregionen aufgeteilt, an deren Spitze jeweils ein regionaler Generalstab steht. Die in diesen Militärregionen stationierten Truppen unterstehen nicht dem allgemeinen Generalstab in Rabat, sondern dem königlichen Militärkabinett (*maison militaire royale*). Die Kommandanten der drei zentralen Militärregionen Rabat, Fes und Marrakesch, die Generäle Ahmou, Bougrine und Habibi wurden wegen aktiver Beteiligung am Putsch erschossen. Die ihnen unterstehenden Militärregionen umfassen ein Gebiet, in dem die wichtigsten marokkanischen Städte liegen und in dem mehr als die Hälfte der marokkanischen Bevölkerung konzentriert ist. Fünf der fünfzehn marokkanischen Generäle waren am Putsch beteiligt. Die regionale Ausdehnung und die Bedeutung des Unternehmens darf also nicht unterschätzt werden.

2. Es ist offensichtlich, daß die Generäle bei ihrer Aktion die Struktur ausgenutzt haben, die das gesamte politische, administrative und militärische Leben Marokkos bestimmt: die aus der Furcht der Monarchie vor der Delegation jeglicher Form von Macht resultierende Konzentrierung aller Gewalt in den Händen einiger weniger Vertrauensleute des Königs. Die Monopolisierung der Macht durch den Monarchen oder seine Vertrauenspersonen ist in einem solchen System wichtiger als die Möglichkeit ihres Einsatzes für definierbare Ziele. So wie im zivilen Bereich alle Qualifikationen hinter diesen Gesichtspunkt zurücktreten (Hassan II.: „manchmal sage ich zu meinen Ministern: wenn morgen keiner von euch mehr Regierungsaufgaben übernehmen wollte, würde ich zu meinem Chauffeur sagen: sei du Minister“, Waterbury, S. 270), so auch in der Armee: „Hier wird es“, so führte der Monarch aus, „keine Generals- und Obersten-Revolve geben wie im Irak, weil ich meinen Generälen und Obersten nicht das Kommando über die Truppen gebe“ (Zartman, S. 107). Daher wurden die Militärregionen nicht dem allgemeinen Generalstab unterstellt, sondern dem königlichen Militärkabinett (*maison militaire royale*), dessen Chef der General Medbouh war: „Nichts konnte ohne General Medbouh geschehen. Mehr noch: nur dieser konnte alles tun. Als Chef des königlichen Militärkabinetts (*maison militaire royale*) verfügte er über erstaunlich weitgehende Vollmachten, die aus der Konzentration der Autorität auf den Monarchen und seine unmittelbare Umgebung resultieren. Er war das wesentliche Verbindungsglied zwischen dem Chef des Generalstabs (dem Monarchen) und dem Generalmajor Baschir, der eins der Opfer des 10. Juli werden sollte. Ohne seine Billigung konnte keine Truppe im Lande ihren Standort wechseln“ (Le Monde, 17. 7. 1971).

Diese Politik der Monopolisierung der Macht, die das gesamte öffentliche Leben Marokkos bestimmt, hat am 10. Juli zum erstenmal die ihr immanente Irrationalität gegen den Monarchen gerichtet. Was als Sicherung der Monarchie gegen politische Gefahren gedacht war, enthüllte sich als Bedrohung. Das personalistische Regime des Monarchen macht ihn zum Gefangenen von Personen.

3. Das gilt auch für die Situation nach dem Putsch. Ob die laut „Spiegel“ in Marokko umlaufenden Gerüchte stimmen, daß der Innenminister, General Oufkir, mit den Putschisten im Bunde war und sie in eine Falle gelockt hat, kann niemand sagen. In jedem Fall hat Oufkir heute für seine Person und für das von ihm beherrschte Innenministerium alle faktische Macht in Marokko erobert. Die Armee scheidet als Konkurrent für die nächste Zeit aus: 9 der 15 marokkanischen Generäle sind tot, unter ihnen auch der

Chef des königlichen Militärkabinetts. Man wird annehmen dürfen, daß auch das Deuxième Bureau, das bisher allein General Medbouh auskunftspflichtig war, nach den jetzt gemachten Erfahrungen der Kontrolle des Innenministeriums unterstellt werden wird. Oufkir und das Innenministerium werden das Monopol auf alle Nachrichten haben.

4. Die Frage nach den Motiven und Zielen des Putsches kann nur in der Form der Negation beantwortet werden. Die Generäle und Obristen des Putsches waren für ihre anti-sozialistische und pro-westliche Einstellung bekannt. General Medbouh hat 1959 und — nach den Aussagen des französischen Rundfunks — auch 1963/64 eine entscheidende Rolle in der Verfolgung der UNFP gespielt. Man darf annehmen, daß sie für die Formen des Sozialismus, denen sich Militärregimes des Nahen Ostens lange verpflichtet wußten, keine Sympathie hatten. Dies um so mehr, als die meisten von ihnen aus Familien „ländlicher Notabeln“ stammen.

Es scheint, daß der unmittelbare Anlaß des Putschversuchs ein Bestechungsskandal war, den General Medbouh im Frühjahr dieses Jahres aufgedeckt hatte, und in den Minister und hohe Würdenträger verwickelt waren. Das hatte ihm die Feindschaft der Umgebung des Königs eingetragen. Mehrfach soll er — nach *Le Monde* — in den letzten Monaten die Furcht geäußert haben, daß das Ausmaß der Korruption in der politischen und administrativen Führung Marokkos einen „linken“ Militärputsch auslösen könne. Es scheint, daß der von ihm geführte Putschversuch dieser Gefahr zuvorkommen sollte.

Ungeklärt bleiben die politischen Intentionen von Oberst Ababou, dem Leiter des Ausbildungszentrums für Unteroffiziersanwärter. Die Schüler dieser Institution stellten die einzige kämpfende Truppe; während der Zeit, in der sie den Rundfunk besetzt hielten, gaben sie gegen die Agrarbourgeoisie gerichtete Losungen aus. Aber um Möglichkeiten der Interpretation dieser Gruppe gegenüber den Generälen zu gewinnen, wird man noch lange warten müssen.

## Besprechungen

### Philosophie

**Garaudy, Roger:** Die Aktualität des Marx'schen Denkens. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1969 (241 S., kart., 18,— DM).

Im Vorwort meint Alfred Schmidt, etwas voreilig, „das vorliegende Buch bildet einen vorläufigen Abschluß der Entwicklung Garaudys vom Doktrinär zum humanistischen Kritiker“. Garaudy selbst sagt es im Vorwort präziser: „Es geht darum, die Müßigkeit aller Versuche des sich ständig erneuernden Revisionismus zur Verfälschung und Entschärfung des Marx'schen Denkens zu erweisen.“

Der aufgeschlossene Leser erfährt aus diesem Buch, im Gegensatz zu manchen anderen, was Marx wirklich sagte. Der Gegenwartsbezug des Marx'schen Denkens ist schon deshalb von höchster Wichtigkeit, weil der Autor mit vollem Recht auf den Umstand verweist, daß „in unseren Tagen der Marxismus eine faktische Universalität erreicht, wie sie keine geistige, politische oder philosophische Bewegung der Vergangenheit je gekannt hat“ (230). Ein Drittel der Weltbevölkerung lebe in Gesellschaften, die den Sozialismus im Sinn der Marx'schen Lehre aufbauen; alles Denken und Handeln müsse Bezug nehmen auf den Marxismus — entweder dafür oder dagegen.

Diese Betrachtung, so unoriginell sie zu sein scheint, ist deshalb wichtig, weil sie das Panorama bildet, das dem Leser nach einer ausgedehnten Wanderung durch die Weiten des Marx'schen Denkraumes geboten wird. Für Garaudy reicht, im Gegensatz zu anderen kritischen Deutern, der sozialistische Aufbau, bei aller Verschiedenheit der Bauweise, von der Elbe bis zum Pazifischen Ozean. Das anklägerische Gleichheitszeichen der Konvergenztheorie verwandelt sich in das beruhigende Gleichheitszeichen des sozialistischen Lagers.

Trotz der Deformationen. Über diese sagt Garaudy: „Das Ausmaß des Erfolgs des Marxismus ist zuweilen vermindert oder verdunkelt worden, weil das Marx'sche Denken selber verdunkelt wurde. Während eines Vierteljahrhunderts mußte der heroische und leidvolle Aufbau des Sozialismus, dem die Welt des Kapitals mit der Politik des Drahtverhaus antwortete, unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes vonstatten gehen“ (232). Doch habe die öffentliche Selbstkritik des ersten und größten aller sozialistischen Länder Bedingungen für eine Wiedergeburt des marxistischen Denkens und für eine großartige schöpferische Entwicklung geschaffen. Soweit Garaudy 1964.

Ob der Autor nach der tschechoslovakischen Tragödie an dieser Perspektive festhält, ist nicht bekannt. Vieles spricht dafür. Es sei nur festgehalten, daß Garaudy in diesem Buch die Illusion der bürgerlichen Demokratie gründlich bloßstellt, um zu schließen: „Indem der Entfremdung des Staates als Herrschaftsorgan der Gesellschaft ein Ende gemacht wird, ist die Diktatur des Proletariats schon vor dem Absterben des Staates die authentischste Form der Demokratie“ (219).

Worin der Rezensent Vorbehalte anmeldet, das ist Garaudys Gewichtsverschiebung im Abwägen der das Denken von Marx bestimmenden Einflüsse von Hegel zu Fichte. Für Garaudy ist der philosophische Einfluß Fichtes auf Marx deshalb so wichtig, weil er in solcher Verbindung im Marxismus die Dimension der Subjektivität zu retten glaubt, die ihm, wie den Existentialisten, wesentlich scheint. Mit der Lehre des jungen Marx, der Mensch mache sich machend, also tätig, selbst, folge der Marxismus der Fichteschen Lehre getreuer als die Existentialisten, die sich in dieser Beziehung nicht so sehr an den Rationalisten Fichte als an den Irrationalisten Kirkegaard halten (37).

Der Rezensent kann der Aufwertung Fichtes zum Vater der marxischen Anthropologie nicht folgen; ebensowenig gelingt es ihm im Agnostizismus Kants irgendeinen „Dualismus“ zu finden (43).

Bruno Frei (Wien)

**Boudon, Raymond: A quoi sert la notion de „structure“?**

Essai sur la signification de la notion de structure dans les sciences humaines. Editions Gallimard, Paris 1968 (244 S., kart., 15 F).

Wie konnte ein in der wissenschaftlichen Debatte anscheinend unumstrittener *Konsensus*begriff — Struktur — zur Grundlage einer derart *kontroversen* Denkrichtung, wie sie der Strukturalismus darstellt, werden? Diese Frage versucht Boudon zunächst durch den Hinweis auf die Vieldeutigkeit des Strukturbegriffs zu beantworten, die er minuziös entfaltet.

Boudon geht dabei von zwei Prämissen aus: erstens, daß der *Strukturbegriff* untrennbar mit dem *Systembegriff* verbunden ist, zwischen strukturalistischen Ansätzen und Ansätzen der Systemtheorie folgerichtig eine Verbindung aufgezeigt werden kann; zweitens, daß innerhalb der vielfältigen Versuche zur Definition des Begriffs „Struktur“ eine *intentionale* und eine *effektive* Definition unterschieden werden müssen. Die erste bleibt deskriptiv, sie „spielt“ mit der Vieldeutigkeit des Strukturbegriffs und könnte ebenso durch einen beliebigen anderen Terminus ersetzt werden. Die zweite Definition richtet sich auf ein bestimmtes Objekt in seiner spezifischen *Strukturiertheit*, ihr liegt ein logisches Modell zugrunde, das in bestimmten Fällen mathematisierbar sein kann.

Nachdem Boudon einen Überblick der Definitionsversuche erster Art gegeben hat, richtet sich sein Hauptinteresse auf einen Begriff

von Struktur, der als zu einem spezifischen Theorietypus zugehörig betrachtet wird — einer Theorie nämlich, die einen spezifischen Kontext von Systemelementen erklären will.

Diese These stellt Boudon im Hauptteil seines Buches dar. Er orientiert sich dabei sowohl an „klassischen“ Fragestellungen der Soziologie — etwa an der Diskussion der Verstehensproblematik oder an der Analyse der methodologischen Implikationen von Durkheims „Suicide“ — als auch an aktuellen Diskussionen in der Linguistik, im Funktionalismus, in der allgemeinen Systemtheorie.

In einer sehr präzisen, dabei umfassend ansetzenden Diskussion grenzt Boudon den Begriff „Strukturalismus“ auf Fragestellungen ein, die sich auf einen bestimmten *Systemcharakter ihres Objektbereichs* beziehen — im Gegensatz zu jenem „magischen Strukturalismus“ (structuralisme magique), der suggerieren möchte, durch Rückgriff auf den Terminus „Struktur“ könne der Begriff „Essenz“ restauriert werden.

Einen derart eingeschränkten Begriff von Strukturalismus analysiert Boudon nunmehr in verschiedenen Bereichen: der Verwandtschaftsanalyse von Lévi-Strauss, wie sie in „Les structures élémentaires de la parenté“ (1949) vorliegt, den Untersuchungen zur Sozialstruktur „primitiver“ Gesellschaften von George Peter Murdock und den strukturell-funktionalen Analysen Parsons'. Er gelangt dabei zur Konstatierung verschiedenartiger strukturalistischer Theorien, die sich nach dem Grade ihres möglichen Falsifikationsniveaus unterscheiden lassen. Am „härtesten“, weil tendenziell am eindeutigsten falsifizierbar, erweist sich dabei der Ansatz von Lévi-Strauss, am wenigsten falsifizierbar erscheint die Parsonssche Theorie. Generell erblickt Boudon darin einen Rückstand der Makrosoziologie gegenüber den Untersuchungen eng begrenzter Objektbereiche, wie wir sie in der Linguistik oder in der ethnographischen Verwandtschaftsforschung vor uns haben. Boudon schließt mit der Feststellung, daß es nicht eine strukturalistische Methode, sondern nur differierende strukturalistische Theorien gäbe. Im Bereich der literarischen Kritik haben sich diese Theorien bisher als am wenigsten nützlich erwiesen, generell erscheint aber auch ihre Anwendbarkeit im soziologischen Makrobereich als gering.

Wolf Lepenies (Berlin)

**Topitsch, Ernst:** Mythos, Philosophie, Politik. Zur Naturgeschichte der Illusion. Rombach Verlag, Freiburg 1969 (170 S., kart., 14,— DM).

In Anlehnung, ja Angleichung an Sir Karl Popper, britisch geadeltem Österreicher, propagiert der Autor, Ordinarius für Philosophie in Graz, das Schlagwort von der „wertfreien Ideologiekritik“. In der vorliegenden Sammlung von Etuden über das Thema, wiederholt Topitsch den kurzatmigen Versuch, den Marxismus der vorwissenschaftlichen Weltinterpretation einzureihen und so abzuwerten. Das löbliche Vorhaben, die wissenschaftliche Erkenntnis von vor- und

unwissenschaftlichen Elementen zu säubern setzt freilich voraus, daß Einigkeit darüber besteht, was wissenschaftlich ist. Topitschs Erudition geht an dem entscheidenden Punkt vorbei, der das Kriterium der Gesellschaftswissenschaft ist, im Gegensatz zur Naturwissenschaft: die Dimension der Geschichte. Topitsch bewegt sich ausschließlich in einem abstrakten, geschichtslosen Raum; ein Kritiker findet mit Recht, Topitschs Methode Gesellschaftsphilosophie zu betreiben, sei „philologisch“. (Egon Rigler in „Wiener Tagebuch“, Februar 1971.) Mit solchem Instrumentarium an das Lehrgebäude von Marx heranzugehen, kann nur zu grotesken Ergebnissen führen, die man nur mit dem Aufwand übermenschlicher Höflichkeit Mißverständnisse nennen kann.

Topitsch ist großzügig bereit, seine wertfreie Weltanschauungsanalyse auch in den Umkreis des Marxismus einzuordnen, „sofern man diesen von seinem kognitiven Gehalt her versteht und von seinen Funktionen als politisches Credo und/oder innerweltliche Erlösungslehre absieht“ (9). Marx habe aber seine materialistische Anthropologie nicht konsequent durchgeführt, „sondern ist an wesentlichen Punkten in einer aus jüdischem Messianismus und gnostisch-eschatologischen Mythen stammende Deutung des sozialökonomischen Prozesses als eines providentiellen Heilsgeschehens befangen geblieben“; hier gelte es, die Entmythologisierung über Marx hinaus weiterzutreiben, „und nicht in die Verkündigung der Evangelisten Marcuse, Lukács und Bloch zurückzufallen“.

Also, der Marxismus ein vorwissenschaftliches, „archaisches“ Denkgebilde; was aber bietet Topitsch als Ersatz an? Den werthafte normativen Methoden setzt er deskriptive, wertfreie entgegen; er unterscheidet biomorphe, technomorphe und soziomorphe Weltdeutungen (40). Ins Deutsche übersetzt reduziert sich dieser großartige Apparat auf formale Modelle, ohne konkreten, d. h. geschichtlichen Gehalt. Wenn etwas vor- oder/und unwissenschaftlich ist, dann gewiß diese Methode. Bei solcher „Entzauberung“ der Geschichte von Ideologie bleibt nicht nur die Ideologie auf der Strecke, sondern auch die Geschichte.

Topitsch begreift nicht, daß die Erwartungsdimension (Bloch) den Erkenntniswert des Marxschen Befundes nicht beeinträchtigt, ihn vielmehr ergänzt. Der Mensch produziert, und von der Art, wie er produziert, hängen seine Ideen ab, die auf seine Tätigkeit rückwirken. Aber ist es verboten zu hoffen?

Ein Nebenprodukt der ahistorischen, abstrakt-formalen Methode des Autors ist die Gleichstellung der Klassenkampflehre mit der Rassenkampflehre eines Carl Schmitt (in seiner nazistischen Periode). „Carl Schmitt benützt dieselbe Immunisierungsstrategie, wie die oben behandelten marxistischen Theoretiker (Marcuse, Lukács, Bloch) und es ist sehr wohl möglich, daß er von dieser Form der marxistischen Ideologielehre angeregt worden ist“ (160). Schließlich muß auch Hegel auf dem Schlachtfeld der „wertfreien Ideologiekritik“ fallen, sei doch sein dialektisches Vernunftdenken ein ideales Instrument zum Aufbau einer Herrschaftsideologie.

In dem abschließenden Essay „Grundformen antidemokratischen Denkens“ gibt Topitsch das Dogma der wertfreien Beschreibung gesellschaftlichen Verhalten überraschend auf und wechselt zur „normativen“ Methode über. Der einzige gesellschaftliche Wert, den der Philosoph anerkennt, ist die „freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung“ (145). Das war zu erwarten. Die Zerstörung des „Mythos“ von der Klassengesellschaft endet beim Mythos von der bürgerlichen Demokratie! Die deskriptive Analyse der modernen kapitalistischen Industriegesellschaft kann natürlich am Trend zur Oligarchisierung und Bürokratisierung nicht vorbeigehen und ihr Wortführer muß zugeben, daß mit den Mitteln der Weltanschauungsanalyse und Ideologiekritik gegen solche Entwicklungen nicht allzuviel auszurichten sei (168), aber immerhin: „es gibt im demokratischen Rechtsstaat mancherlei Sicherungen“ und wenn die nichts nützen, könnte es den Ombudsman geben — wie in Dänemark. . .

Der Gipfelsturm endet im Flachland.

Bruno Frei (Wien)

## Soziologie

**von Krockow, Christian Graf: Sozialwissenschaften, Lehrerbildung und Schule. Plädoyer für eine neue Bildungskonzeption.** C. W. Leske Verlag, Opladen 1969 (71 S., kart., 5,80 DM).

Der vorliegende Beitrag ist der erste der neuen Reihe von Studien und Texten zur politischen Bildung, die vom Frankfurter Studienbüro für politische Bildung herausgegeben wird. Der Textteil umfaßt 43 Seiten, im Anhang wird zusätzlich ein Überblick über die Prüfungsordnungen für Lehrer allgemeinbildender Schulen gegeben.

Krockows Schrift, die aus einem Gutachten für den Deutschen Bildungsrat hervorgegangen ist, will ein Plädoyer sein für eine „extensive wie intensive Einbeziehung von sozialwissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen in Lehrerbildung und Schule“ (9). Krockow votiert für ein „neues, kritisches Bildungsprinzip, das Leitfaden und Richtmaß eines künftigen Bildungssystems sein kann“ (9). Er stellt dar, inwieweit die Sozialwissenschaften in Lehrerbildung und Schule Fuß gefaßt haben, nimmt kritisch Stellung zu den möglichen Ausbildungs- und Bildungsfunktionen der Sozialwissenschaften und formuliert neue Zielvorstellungen für ihre Einbeziehung in Schule und Hochschule. Für Krockow ist Erziehung weitgehend mit Sozialisation identisch, eine Interpretation, vor der sich Erziehungswissenschaftler noch immer scheuen.

Erziehung ist kein Geschehen, „das sich allein zwischen der ‚Lehrerpersönlichkeit‘ und dem ‚Kinde‘ abspielt“ — sagt er —, „sondern

sie ist vielfältig sozial bedingt, vorgeformt, gebrochen“ (26). Daher weist er auf die Notwendigkeit einer besseren sozialwissenschaftlichen Ausbildung aller Lehrer hin und zwar für eine Schule, die nicht mehr die „gesellschaftliche Grundordnung des 19. Jahrhunderts“ (36) repräsentiert, nicht mehr „letztlich klassenbestimmt“ (36) ist, sondern eine „kursdifferenzierte Gesamtschule“ (37) darstellt.

Auch hinsichtlich einer neuen Didaktikkonzeption fordert Krockow mehr sozialwissenschaftliche Reflexion und kommt dabei auf Probleme des Curriculums. Zur Lehrerbildung macht er praktikable Vorschläge. In einem Stufenplan skizziert er eine Entwicklung, die ihren vorläufigen Abschluß findet in einer sozialwissenschaftlich fundierten Gesamtschule und in einer an Stufen orientierten Lehrerbildung, in die die Sozialwissenschaften integriert sind.

Die im Anhang dargestellten Überblicke über die Prüfungsordnungen haben wenig Informationswert, sie sind z. T. heute bereits veraltet. Die dargestellten Ausbildungsstrukturen in den einzelnen Bundesländern scheinen kaum miteinander vergleichbar, da man immer die länderspezifischen Reformkonzeptionen mitberücksichtigen muß.

Gerwin Schefer (Kirchhain)

**Günther, Karl-Heinz und Gottfried Uhlig: Geschichte der Schule in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1968.** Volk und Wissen Volkseigener Verlag, Berlin 1969 (220 S., Ln., 9,80 M).

Obwohl die beiden Autoren sich auf die Schulgeschichte der Nachkriegszeit in der DDR beschränken, berücksichtigen sie im ersten Kapitel ihres Buches auch die frühere Geschichte des deutschen Bildungswesens.

Einerseits sei durch die relativ frühe Einführung der allgemeinen Schulpflicht in Preußen das allgemeine Bildungsniveau gehoben worden, andererseits aber verstanden es die herrschenden Klassen in Deutschland, „dieses hochorganisierte Bildungswesen gegen die Interessen des deutschen Volkes einzusetzen“ (9).

Günther und Uhlig weisen darauf hin, daß Schulzwang und Wehrpflicht in einem unmittelbaren Zusammenhang standen, denn ein Analphabet war als Soldat untauglich. Der Slogan „Es sei eigentlich der preußische Schulmeister gewesen, der die Schlacht von Königgrätz gewonnen habe“ signalisiert diesen instrumentalen Charakter, besonders des „niederen“ Schulwesens. Die herrschenden Klassen in Deutschland hatten zwar ein genuines Interesse an der Niveauhebung des Elementarunterrichts und der religiösen Indoktrination, an einer darüber hinausgehenden Bildung für alle, wie sie den Kindern privilegierter Gruppen in den Gymnasien zuteil wurde, war ihnen nicht gelegen. Lediglich einige Vertreter bürgerlicher Pädagogen wie z. B. Diesterweg, sowie Repräsentanten der Arbeiterbewe-



gung (Liebknecht, Bebel, Zetkin) fordern schon recht früh eine Demokratisierung der Schule. Die nach 1945 in der damaligen SBZ einsetzende Schulreform wird verstanden als Fortführung jener demokratischen Schulerneuerungsversuche, wie sie z. B. im Gothaer Programm der SPD oder im Reichsschulgesetzentwurf der KPD (1927) fixiert worden sind.

Die Autoren untersuchen die Entwicklung der DDR-Schulreform von der Entfaschisierung nach dem Krieg bis zur Verwirklichung eines einheitlichen sozialistischen Bildungssystems Ende der 60er Jahre. Hauptkennzeichen der DDR-Schulreform ist die polytechnische Bildung, jenes Moment einer allseitigen Erziehung, auf das bereits Karl Marx mit allem Nachdruck verwies und das heute zur Grundlage der „Zehnklassigen allgemeinen polytechnischen Oberschule“ gehört.

Die Autoren haben versucht, die Entwicklung des Schulwesens in der DDR vor dem Hintergrund der Parteitagebeschlüsse der SED zu dokumentieren. Es wird allerdings der Eindruck erweckt — und das muß kritisch angemerkt werden — als wären die schulreformerischen Initiativen in der DDR lediglich von den Delegierten der Parteitage ausgegangen. Vernachlässigt sind jene Impulse, die von der Lehrerschaft, den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen ausgegangen sind.

Von Beginn an hat die SED sich gegen die soziale Benachteiligung der Arbeiter- und Bauernkinder eingesetzt. Die Ergebnisse dieser Bemühungen sind u. a. einmal in der strukturellen Vereinheitlichung des Schulwesens zu sehen (institutionalisierte Chancengleichheit) und zum anderen an dem großen Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder bei Hochschulabsolventen (ca. 50 %). Vergleicht man diesen Anteil mit dem in der BRD, dann wird der nach wie vor vorhandene Klassencharakter westdeutscher Bildungsinstitutionen deutlich. Der in der BRD seit Konstituierung des Deutschen Ausschusses und des Bildungsrates lauter werdende Ruf nach mehr Chancengleichheit ist bis heute unwirksam geblieben; die sporadischen Gesamtschulversuche erfüllen demgegenüber kaum mehr als Alibifunktionen. Ein Vergleich der Schulreformerentwicklung in der BRD mit derjenigen in der DDR verdeutlicht, daß sowohl organisatorische als auch curriculare Veränderungen aus den 60er Jahren in der DDR heute erst in der BRD aktuell werden.

In der Darstellung von Günther und Uhlig fällt jedoch der Mangel an kritischer Distanz zur eigenen Konzeption negativ ins Gewicht. An keiner Stelle werden etwa die Schwierigkeiten und Fehlplanungen bei der Verbindung zwischen Schule und produktiver Arbeit erwähnt. Neben diesen inhaltlichen Mängeln stört der Aufbau dieser Schulgeschichte. Nur schwer findet man die einzelnen wichtigen Abschnitte, besonders hinsichtlich der organisatorischen Entwicklung. Eine Zahlentafel und ein Sach- und Personenregister im Anhang würden gute Dienste leisten.

Gerwin Schefer (Kirchhain)

**Werner, Wolfgang:** Vom Waisenhaus ins Zuchthaus. Ein Sozialbericht. Nachwort von Martin Walser. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1969 (267 S., kart., 16,— DM).

Die Stationen dieser *vita criminalis* sind wechselnd, dennoch monoton: Uneheliche Geburt, Waisenhaus, mit zwei Jahren Unterbringung in einer Pflegestelle, danach in einem Heim, wieder zurück zur Pflegemutter, dann erneut in Kinderheime, Fürsorgeerziehungsheime und so fort. Nach 17 Jahren fand Werner seine Mutter an der Bahnlinie von Wuppertal in einer Notunterkunft. Seine Karriere setzt sich in Strafanstalten, zuletzt im Zuchthaus mit kurzen Unterbrechungen in der „Freiheit“ fort. Die Anlässe, gering oder gravierend — Diebstahl, Inzest, Zuhälterei, Raub und die endlose Skala eines Lebens, das verpfuscht ist, weil es von Anfang an verpfuscht wurde — gleichviel: eine Anstalt folgte immer. Mit 27 Jahren schrieb er diesen Bericht; eine Lebensgeschichte, die keine Geschichte ist und kein Leben erzählt. Er zeigt, daß die Ursprünge von Verwahrlosung und Kriminalität in den frühkindlichen Sozialisationskonstellationen zu suchen sind (Fehlen der Mutter, Heimunterbringung, Wechsel der primären Bezugspersonen), so, wie die Gesellschaft diese Konstellationen produziert und zuläßt. Eine folgerichtige Linie führt so vom Waisenhaus über die Fürsorgeerziehung, die weder Fürsorge kennt noch Erziehung ist, in die Strafanstalt. Die Destruktivität der Sprache des Berichts entspricht diesem Leben, das Opfer und verfügbares Objekt staatlicher Erziehung und ihrer Institutionen wurde. Grausamkeit und Verachtung, Rohheit und Ignoranz setzen sich in den Produkten dieser Sozialisationsagenturen fest. Dies als schlichte Divergenz von staatlichem Erziehungsanspruch und -ergebnis zu bezeichnen, wäre nicht nur Untertreibung. Es ist die trostlose Inkompatibilität, die das System staatlicher Sozialisation und Erziehung zu verantworten hat. Sündenbock jedoch ist allemal der, der die Normen nicht übernehmen konnte, weil sie ihm nicht angeboten, sondern hingeschmissen und eingepöbeln wurden.

Der Versuch einer Besprechung dieses Buches kann nur die Funktion einer „Nach“sprechung haben. Sie läuft darauf hinaus, die Analyse Werners in artifizielle Sprache zu übersetzen und zu verkürzen, wobei die Ursprünglichkeit und Grausamkeit dieser Sprache verlorengelht und damit ihre wesentliche und emanzipatorische Dimension: die Direktheit und Spontaneität der Anklage bis in die Sprache.

Die Vermutung, daß etwas an dem Zirkel unreflektierter staatlicher Erziehungspraktik geändert werden müsse und die Hoffnung, daß hier Praxis sich vollziehe — nicht in dem Sinne, daß etwas passiere, sondern daß alle sich handelnd bemerkbar machen, sind, wie eben diese Praxis auch lehrt, oft nichts mehr als eine beruhigende Selbstbetrügerei, die von der Verpflichtung, selbst etwas zu tun, so schön entlastet.

Heiner Christ (Gießen)

## Soziale Bewegung und Politik

**Helms, Hans G:** *Fetisch Revolution. Marxismus und Bundesrepublik.* Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1969 (205 S., kart., 9,80 DM).

Der Band vereinigt drei Arbeiten, von denen zwei bereits separat erschienen und in überarbeiteter Fassung neu vorgelegt werden, während der Haupttext *Fetisch Revolution, Linksradikalismus unter monopolkapitalistischen Bedingungen* erstmals publiziert wird.

Die im *Fetisch Revolution* vorgetragene Analyse der antiautoritären Studentenbewegung unterscheidet sich von den beiden großen Gruppen literarischer Produktionen zum gleichen Thema. Kritik an den Linksradikalen übt auch Helms, aber sie hat nichts mit der Kritik und Polemik gemeinsam, die von reaktionärer Seite in zahllosen Pamphleten verbreitet wurde. Links steht auch Helms, aber mit den Linksradikalen verbindet ihn wenig, ihre Publikationen geben ihm Anlaß zur Frage, „ob die Linksradikalen überhaupt zu progressiver Reflexion ihrer gesellschaftlichen Lage und somit zum Übergang auf politisch relevante Positionen fähig sind oder ob sie . . . in einer politisch irrelevanten Protesthaltung erstarren werden, die graduell privatisiert werden kann und zur Adaption an die bestehende Klassenherrschaft führen muß“ (41 f.).

Die zentrale Frage des Autors lautet, welchen Ort die Vertreter „jene(r) Form des gegenwärtigen Linksradikalismus, die aus der besonderen gesellschaftlichen Funktionssphäre des höheren Bildungswesens entstanden ist und an sie gebunden bleibt“, in einer Klassenanalyse einnehmen. Ihre Klassensituation und die historische Entwicklung der Klasse, der sie angehören, entscheide über ihr politisches Gewicht. Helms geht von der durch Marx und Engels gegebenen Klassenanalyse aus: Proletariat, Bourgeoisie und Kleinbürgertum. Das Kleinbürgertum „wird graduell ökonomisch und politisch proletarisiert . . . die Kluft zwischen Bourgeoisie und Kleinbürgertum (vergrößert sich) kontinuierlich, während die Kluft zwischen Kleinbürgertum und Arbeiterklasse sich kontinuierlich verringert“ (152). Mit Marx differenziert Helms innerhalb der Arbeiterklasse zwischen produktiven und kommerziellen Arbeitern, d. h. „zwischen Arbeitern, die Waren und somit unmittelbar Mehrwert produzieren, und Arbeitern, die in den Bereichen der Verwaltung der Produktionsprozesse, der Warenzirkulation und der Kommunikationen tätig sind. Diese letzteren subsumiert Marx unter den Begriff des ‚kommerziellen Arbeiters‘. ‚Der kommerzielle Arbeiter‘, heißt es im ‚Kapital‘ (MEW, Bd. 25, S. 311), ‚produziert nicht direkt Mehrwert. Aber der Preis seiner Arbeit ist durch den Wert seiner Arbeitskraft, also deren Produktionskosten, bestimmt, während die Ausübung dieser Arbeitskraft . . . , wie bei jedem anderen Lohnarbeiter, keineswegs durch den Wert seiner Arbeitskraft begrenzt ist. Sein Lohn steht

daher in keinem notwendigen Verhältnis zu der Masse des Profits, die er dem Kapitalisten realisieren hilft. Was er dem Kapitalisten kostet und was er ihm einbringt, sind verschiedene Größen. Er bringt ihm ein, nicht indem er direkt Mehrwert schafft, aber indem er die Kosten der Realisierung des Mehrwerts vermindern hilft, soweit er, zum Teil unbezahlte, Arbeit verrichtet“ (153 f.). Den Marxschen Terminus des „kommerziellen Arbeiters“ möchte Helms ergänzen um den des „dienstleistenden Arbeiters“ (155). Ob dies notwendig ist, soll hier nicht diskutiert werden; Helms selbst spricht davon, daß beide Kategorien einander überschneiden und daß es „wenig sinnvoll“ sei, „zwischen beiden prinzipiell zu unterscheiden“ (155). Zum kommerziellen oder dienstleistenden Arbeiter sind zu rechnen: Personen mit dem Status eines Lohnarbeiters oder eines Angestellten oder eines Beamten; die angeführten Marxschen Kriterien gelten für sie alle. Objektiv sind Angestellte und Beamte Lohnarbeiter im Sinne von Marx, mögen sie sich subjektiv auch dem Kleinbürgertum, dem Mittelstand zurechnen. Die sogenannte Mittelstandsgesellschaft existiert nicht. Der alte Mittelstand, den Marx und Engels beschrieben — Handwerker, Bauern, Kleinfabrikanten, Kleinhändler —, geht ständig zurück; der sogenannte „neue Mittelstand“, eine Schöpfung bürgerlicher Soziologen (Lederer, Marschak), ist dem kommerziellen oder dienstleistenden Teil der Arbeiterklasse zuzurechnen. „Es ist an der Zeit, die eingeübten Vorstellungen von Arbeiterklasse und Kleinbürgertum oder Mittelstand fahren zu lassen. Es ist an der Zeit, zu begreifen, daß der Bourgeoisie nur noch Arbeiter gegenüberstehen“ (155). Helms stützt sich hier auf Helmut Steiner (Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus, Berlin-DDR 1967), dessen Analyse der Angestellten- oder Mittelstandsfrage zur Zeit sicher die brauchbarste ist.

Die Klassenanalyse, die Helms vorträgt, enthält eine Unklarheit. Liest sich der oben referierte Passus so, als existiere *eine* Arbeiterklasse, *innerhalb* derer zwischen produzierenden und kommerziellen Arbeitern zu unterscheiden sei, so ist an anderer Stelle von *zwei* Arbeiterklassen, der produktiven und der kommerziellen bzw. dienstleistenden, die Rede (166 ff.). Marx selbst hat zwar die Unterscheidung zwischen produktivem und kommerziellem Arbeiter getroffen, er hat aber niemals den Schluß gezogen, es gebe zwei Arbeiterklassen.

Die Mehrzahl der Studenten bereitet sich auf eine Tätigkeit vor, die alle Kriterien der kommerziellen oder dienstleistenden Arbeit erfüllt, sie werden, mit dem Status eines Angestellten oder Beamten, in Kürze Lohnarbeit verrichten, sei es als Techniker, Lehrer, Verkaufsleiter etc. Subjektiv schätzt die Mehrzahl der Studenten ihre künftige Tätigkeit indessen keineswegs als die eines Lohnarbeiters ein, subjektiv rechnen sie sich zum „Mittelstand“ oder „gehobenen Mittelstand“. Erst in den letzten Jahren drang eine Ahnung von der tatsächlichen Entwicklung in das studentische Bewußtsein. Auf die sich deutlicher abzeichnende Proletarisierung der akademischen Be-

rufe erfolgte eine widersprüchliche Reaktion. Einerseits Angst vor der „Entwertung“ der Position, die der Student später einzunehmen hofft, andererseits Erkenntnis der eigenen Klassenlage. Das Ergebnis beider Reaktionsweisen war die studentische Revolte, in der sich progressive Züge mit retardierenden Momenten vermischten.

Aus dem breiten Spektrum der Studentenbewegung greift Helms den antiautoritären Flügel heraus und untersucht dessen zentrale Publikationen der Jahre 1966—1968. Diese Beschränkung hat ihren Grund in der Tatsache, daß der antiautoritäre Flügel 1968 der dominierende war. Die Wandlungen, die die antiautoritäre Bewegung nach 1968 durchmachte, sind in der 1969 abgeschlossenen Arbeit nicht berücksichtigt, auch nicht die Tendenzen, die später zur Bildung der DKP-Hochschulgruppen führten. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die Schriften von Dutschke, Rabehl, Enzensberger und Cohn-Bendit.

„Die Ambiguität des politischen Engagements der Studenten“ (43) wird immer wieder betont. Mit Engels mokiert sich Helms über die „Zudringlichkeit des sozialistisch angehauchten deutschen Studios.“ „Sie . . . müssen selbst bemerkt haben, wie wenige von den jungen Literaten, die sich an die Partei hängen, sich die Mühe geben, Ökonomie, Geschichte der Ökonomie, Geschichte des Handels, der Industrie, des Ackerbaus, der Gesellschaftsformen zu treiben. . . . Es ist manchmal, als glaubten diese Herren, es sei alles gut genug für die Arbeiter.“ (Brief von Engels an C. Schmidt, 5. 8. 1890, MEW, Bd. 37, S. 437.) „Indes ist die Tatsache, daß sie kommen, Anzeichen von dem, was herannaht.“ (Brief von Engels an A. Bebel, 9./10. 11. 1891, MEW, Bd. 38, S. 212.) „Was . . . herannaht, ist eine bisher kaum vorstellbare Intensivierung der Exploitation der Arbeiterklassen . . . An der Intensivierung der Exploitation sich aktiv zu beteiligen, hat die herrschende Klasse denen als Pflicht auferlegt, die sie zum Studium privilegiert. Die Studenten protestieren gegen die Verpflichtung um so wütender, weil sie sich als Gruppe isoliert empfinden und ohnmächtig, ihr sich zu entziehen, und weil sie ahnen, daß die bereitwillige Integration in die exploitativen Funktionsketten ihre eigene Exploitation bedeutet“ (47).

Helms hebt einige Momente der Studentenbewegung besonders hervor. Einerseits weist er auf die trotz aller Beschwörungen der Praxis nachweisbare Praxisfeindlichkeit der Linksradikalen hin; „mit der Praxis . . . anders als theoretisch sich zu befassen, gilt Intellektuellen seit je als verwerflich“ (58). Andererseits betont er, „daß die Privilegien, die sie (die Studenten) genießen, vom Mehrwert finanziert werden, den die Arbeiterklasse produziert, und daß es deswegen objektive Interessenkollisionen zwischen ihnen und der Arbeiterklasse gibt . . .“ (48). Bei den Linksradikalen bestehe eine geheime Angst vor einer wirklich revolutionären Umwälzung und der ihr notwendig folgenden Diktatur des Proletariats, „denn wenigstens im Unterbewußtsein bejahen die linksradikalen Studenten ihre akademischen Privilegien und ahnen, daß ein von kapitalistischer Ausbeutung befreites Proletariat diese Privilegien abschaffen müßte . . .

Diese in der linksradikalen Bewegung zusammentreffenden und vielfach unreflektiert bleibenden heterogenen Momente lassen sie ... zwischen Anarchismus und Marxismus hinundherpendeln“ (59). — Am Beispiel des Verhältnisses der antiautoritären Bewegung zum Staat belegt Helms, wie wenig marxistisch, trotz aller marxistischen Terminologie, die Haltung der Linksradikalen ist. Ihre Argumentation läuft letztlich darauf hinaus, „den wirklichen Klassenfeind, die Bourgeoisie, durch den Ersatzklassenfeind Staat (zu) substituieren“ (79). Dem Anti-Etatismus der Studenten setzt er ausführliche Überlegungen von Engels gegenüber: „Die Anarchisten stellen die Sache auf den Kopf. Sie erklären, die proletarische Revolution müsse damit *anfangen*, daß sie die politische Organisation des Staates abschafft. Aber die einzige Organisation, die das siegende Proletariat fertig vorfindet, ist eben der Staat. Er mag der Änderung bedürfen, ehe er seine neuen Funktionen erfüllen kann. Aber ihn in einem solchen Augenblick abschaffen, das hieße, den einzigen Organismus zerstören, vermitteltst dessen das siegende Proletariat seine eben eroberte Macht geltend machen, seine kapitalistischen Gegner niederhalten und diejenige ökonomische Revolution durchsetzen kann, ohne die der ganze Sieg enden müßte in einer Niederlage und in einer Massenabschlachtung der Arbeiterklasse ...“ (Brief von Engels an Van Patten, 18. 4. 1883 [Entwurf], MEW, Bd. 36, S. 11 f.)

Ein besonderes Kapitel widmet Helms der Kritischen Theorie und ihren Zusammenhängen mit der antiautoritären Bewegung. Zur Zeit der faschistischen Herrschaft habe die Kritische Theorie ihre geschichtsphilosophischen Axiome aus der Kritik des „totalitären“ Staates entfaltet. „Die führende Rolle des Monopolkapitals in der faschistischen Herrschaftsordnung wurde ... kaum berührt“ (85). Zur Untermauerung des Axioms von der Allgewalt des Staates „wurden die stalinistischen Liquidationen der linksradikalen Opposition und der konterrevolutionären bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte bemüht. Sie taugten scheinbar zur Bestätigung, weil sie im Licht der faschistischen Praxis betrachtet wurden. Ob sie nicht möglicherweise gerade durch die faschistisch organisierte monopolkapitalistische Umwelt erzwungen wurden, um der UdSSR ein Mindestmaß sozialistischer Praxis zu ermöglichen, wurde nicht einmal in Ansätzen diskutiert“ (82 f.). In der von der Kritischen Theorie entwickelten Totalitarismus-Kritik verbanden sich antifaschistische Reaktionen und antikommunistische Ressentiments; als Paradebeispiel dieser Mischung wird Marcuses *Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus* angeführt. Die dort nachzulesende Totalitarismus-Kritik haben Kritische Theorie und studentischer Linksradikalismus gemein. Ein „totaler“ Staat und eine nie näher untersuchte Wirtschaft, die vor allem als Destruktionsmaschine verstanden wird, verbinden sich in ihren Augen zu einem undurchschaubaren, anonymen Unterdrückungsapparat, auf dessen Gewalt die Kritische Theorie mit politischer Abstinenz, die studentische Linke mit „Gegengewalt“ antwortet, zwei Reaktionsweisen, die näher verwandt sind, als es auf den ersten Blick scheinen mag.

Die Fixierung auf einen „totalen“ Staatsapparat machte den Autoritären eine Klassenanalyse, und das heißt auch, Analyse ihrer eigenen Rolle in der Gesellschaft, weitgehend unmöglich. Bei aller Differenzierung besteht Einigkeit in der Vorstellung, das Proletariat jedenfalls sei *nicht* die revolutionäre Klasse. Die Arbeiterklasse sei durch steigenden Lebensstandard korrumpiert. „Die lineare Kausalverbindung zwischen ‚steigendem Lebensstandard der abhängigen Massen‘ und sinkendem Klassenbewußtsein ‚hat noch einen Nebeneffekt: sie schiebt die Schuld am Fortbestand des Systems denen zu, die nach wie vor unterm Kapitalismus am meisten leiden ... Hinter Enzensbergers Theorie, die Arbeiter hätten sich quasi freiwillig entmündigen lassen, steckt eine impertinente und arrogante Unmündigkeitstheorie: die Arbeiter seien von sich aus zu politischer Bewußtseinsbildung und Opposition gegen System überhaupt nicht fähig“ (129).

Wenn nicht das Proletariat die Revolution macht, wer macht sie dann? Die „Neue Linke“. Die mühsame Konstruktion einer „Neuen Linken“ aus den verschiedensten „Randgruppen“ — Arbeiter stagnierender Industriezweige, Hippies, die Jugend, Häftlinge, Asoziale, Lumpenproletariat und was immer genannt wurde — war notwendig, da die alte Linke abgeschrieben war. Eine Schlüsselstellung innerhalb der „Neuen Linken“, die nach Marcuse „überhaupt nicht klassenmäßig definiert werden“ kann, nimmt die Intelligenz ein, der akademische Nachwuchs weist sich ungeniert eine entscheidende Position zu.

Helms weist nach, daß eine Ahnung von der fortschreitenden Proletarisierung der akademischen Berufe in die Universitäten gedrungen, die Reaktion darauf aber zwiespältig ist. Antifaschistische Resentiments verbinden sich mit antikommunistischen; die Revolution wird zwar gefordert, die Klasse aber, die allein sie durchführen kann, diffamiert.

In dem Aufsatz *Marcismus und Bundesrepublik. Zur Verwandlung der sozialdemokratischen Partei von der revolutionären Organisation der Arbeiterklasse zum ‚Grenzträger‘ der monopolkapitalistischen Herrschaft* wird die Entwicklung der SPD in den letzten hundert Jahren untersucht. Eingangs wird die Stichhaltigkeit der Behauptung geprüft, der Arbeiterklasse sei es in den letzten hundert Jahren kontinuierlich besser gegangen. Eine materielle Verbesserung ist unbestreitbar, aber die gesellschaftliche Kluft, die den Arbeiter vom Kapitalisten trennt, hat sich erweitert. „Je rascher die Arbeiterklasse die ihr feindliche Macht, den fremden, über sie gebietenden Reichtum vermehrt und vergrößert, unter desto günstigeren Bedingungen wird ihr erlaubt, von neuem an der Vermehrung des bürgerlichen Reichtums, an der Vergrößerung der Macht des Kapitals zu arbeiten, zufrieden, sich selbst die goldenen Ketten zu schmieden, woran die Bourgeoisie sie hinter sich herschleift“. (K. Marx, Lohnarbeit und Kapital, MEW, Bd. 6, S. 416.) Im Prinzip ist die Stellung der Arbeiterklasse dem Kapital gegenüber unverändert geblieben. Die Organisation der Arbeiterklasse, die SPD, hat nichtsdestoweniger

ihren Charakter gewandelt. Der Grund hierfür liegt nicht nur in den „goldenen Ketten“. Die SPD, zunächst reine Arbeiterpartei, nahm zwischen 1870 und dem Ersten Weltkrieg eine große Masse ehemaliger Bauern, Handwerker und sonstiger Angehöriger des Mittelstandes auf, die ihr unter dem Druck der ökonomischen Entwicklung zuströmten. Deshalb waren diese Massen neuer Mitglieder aber noch längst keine Sozialisten — sie brachten ihre alten mittelständischen Vorstellungen als Mitgift in ihre Ehe mit der neuen sozialdemokratischen Partei ein. Helms zitiert ausführlich aus den Äußerungen von Engels zu der Gefahr, die hierdurch für die politische Linie der Partei entstand. Engels hatte schon 1884 August Bebel gewarnt, die Verwässerung der Prinzipien der Partei könne so weit gehen, daß im entscheidenden Augenblick die SPD nicht mehr der Gegner, sondern der Rettungsanker der Bourgeoisie werden könne, was 1918 auch tatsächlich eintrat. Für die Politik der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg gilt dasselbe.

Die Grundzüge der Entwicklung der SPD sind richtig gezeichnet. Einige Lücken bleiben allerdings. Nachdem Helms die soziologischen Umschichtungen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in Anlehnung an Engels charakterisiert hat, verzichtet er darauf, dies auch für den Zeitraum zwischen den Kriegen und für die Jahre nach 1945 zu tun. Erwähnung hätten auch Entstehung und Politik der KPD finden müssen, die ja gerade den Gegenpol der beschriebenen Entwicklung darstellt. Nicht berücksichtigt hat Helms ferner die zahlreichen Untersuchungen Lenins zur Politik der deutschen Sozialdemokratie vor und im Ersten Weltkrieg.

Ausgezeichnet ist die *Kritik der westdeutschen Marx/Engels-Ausgaben*, welche die vierzehn im Jahre 1968 auf dem Markt befindlichen Editionen einbezieht. Nach der getroffenen Auswahl und den Vorworten bzw. Einleitungen schlüsselt Helms die politischen Motive auf, denen die verschiedenen Ausgaben ihre Entstehung verdanken. Einmal decken sie einen Nachholbedarf, denn über zwanzig Jahre war im Zeichen des Kalten Krieges nahezu nichts von Marx und Engels in der Bundesrepublik verlegt worden. Dann aber steht hinter zahlreichen der plötzlich ins Kraut geschossenen Ausgaben das Interesse, die sich ausbreitende politische Unruhe in der BRD aufzufangen. Scheinbar nützlich für denjenigen, der sich über die Arbeiten von Marx und Engels orientieren will, entstellen diese Ausgaben tatsächlich mehr oder weniger grob das Werk beider Autoren. Die Arbeiten von Engels fallen weitgehend unter den Tisch, von Marx werden mit Vorliebe die Frühschriften gedruckt. So fehlt denn das gesamte militärtheoretische Werk — zur Hauptsache von Engels —, die ökonomischen Arbeiten sind unterrepräsentiert, die Auseinandersetzungen von Marx und Engels mit dem Anarchismus und kleinbürgerlicher Ideologie, die Bände füllen und heute wieder aktuell sind, werden nicht berücksichtigt. Die Marx/Engels-Ausgaben erweisen sich als eine politisch motivierte Verfälschung. Die einzig gute Ausgabe der Marx/Engels-Werke stammt aus der DDR.

Walter Fischer (Bonn)



**Schwelien, Joachim:** Richard Nixon, ein Präsident der Mittelklasse. Sammlung „Zeitfragen“ Nr. 6, hrsg. von Wilhelm Hennis. Verlag Wegner, Hamburg 1969 (140 S., br., 10,— DM).

Schwelien ist seit zehn Jahren deutscher Fernseh- und Rundfunkkorrespondent in Washington; hier liegt einer seiner anspruchslosen Kommentare gedruckt vor.

Nach Schwelien ist Nixon ein „gemäßigter Konservativer“, der die Nation zu einigen sucht (81). Zu diesem Urteil gelangt er, u. a. durch Geringschätzung der farbigen Minderheiten — Neger, Puertorikaner, Mexikaner, Indianer —; er schreibt von diesen „Minoritäten“ stets nur in Anführungsstrichen (ab 43), die anscheinend über die Tiefe der Krise, in der sich die USA befinden, und die durch Nixons Politik zugespitzt wird, hinwegtäuschen sollen. Warum die Gleichberechtigungsgesetze nicht zur Integrierung der „Minoritäten“ geführt haben, ist Schwelien unerklärlich. Ihm zufolge ist Nixon ausschließlich durch seine antikommunistische Hetze im Falle Hiss-Chambers so bekannt geworden, daß ihn Eisenhower als Mitkandidaten wählte, und er Vizepräsident wurde. Indes will ihm Schwelien seine antikommunistischen „Flegeljahre“ nicht nachrechnen, zumal ja Adenauer Ähnliches zu verantworten habe (79). Zudem wurde Nixon als Vizepräsident in Carácas und Lima „Objekt einiger von den Kommunisten inspirierten Haßausbrüche“ (93), ging aber „aus diesen unerquicklichen Vorfällen als Held hervor“ (94). J. F. Kennedys Tod „erschütterte Nixon tiefer als Millionen Zeitgenossen“, denn er hatte dem Ermordeten „eine unverhohlene, aber nie erwiderte Bewunderung gezollt“ (113). Was an Nixon bewundert werden könnte, kann aber selbst Schwelien nicht sagen.

Der Untertitel: „ein Präsident der Mittelklasse“ soll nicht ausdrücken, daß die von Nixon vertretene „Mittelklasse“ gleichwohl die Geschäfte des Finanzkapitals besorgt. „Ramparts“ drückten den von Schwelien gemeinten Sachverhalt ähnlich, nur treffender aus, als sie von „Richard dem Drittrangigen“ sprachen. Im Zusammenhang damit enthüllten sie einen Erpressungsversuch von Nixons New Yorker Anwaltsfirma im Interesse einer US-Großfirma gegenüber kanadischen Behörden. Schwelien hat von dergleichen nie gehört.

Nixon „umgeht jedes Festlegen auf die wirklich großen Sachprobleme und Zeitfragen“ (82), was auch von Schweliens Darstellung gilt. Außer solchen Details wie Nixons Blutdruck am rechten (124:82) und linken (120:80) Arm (11) ist sie wenig aufschlußreich.

Ulrich Küntzel (Göttingen)